

# Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und  
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz OS.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoepphadius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Dyksoch, Gleiwitz  
Anzeigen-Aufnahme und -Verwaltung: Verlagsanstalt Rirsch & Müller, E. m. b. H., Beuthen OS., Industriestraße \* Telefon 467—469  
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM  
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“, Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

1. Jahrgang / Februar 1926 / 2. Heft

## Inhaltsverzeichnis:

1. Bergschuldirektor Bergassessor a. D. Hans Fromm t. . . . .	54
2. Dr. Schaffrath, Gleiwitz: Die Bedeutung der Reichsbahndirektion Oppeln. . . . .	55
3. Geh. Reg.-Rat Georg Kleinow, Berlin-Lichterfelde: Die deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925. . . . .	59
4. Justizrat Koss, Dresden-Körschenbroda: Anwendung deutschen Rechts auf polnische Aufwertungsschulden. . . . .	65
5. Dr. Franz Goerrig, Siegburg: Die neue Gestaltung des Reichswirtschaftsrates. . . . .	68
6. Dr. Kurt Schroth, Berlin: Aus der Geschichte des Kłodnikkanals. . . . .	74
7. Wirtschaftsberichte: Der westoberschlesische Steinkohlenmarkt im Januar-Februar 1926. — Die Mechanisierung des ober-schlesischen Bergbaues. — Der Kohlenvorrat in Deutsch-Oberschlesien. — Die Ebbewegung am Sylvestertag. — Von der ober-schlesischen Eisen- industrie. — Deutsch-polnische Handelsbeziehungen in Eisen- und Stahlwaren. — Aus der ober-schlesischen Zement- industrie. — Die Erwerbslosigkeit in Oberschlesien. — Entwicklung der Konjunktursziffer in Oberschlesien in den Jahren 1924 und 1925. — Kraftfahrzeuge in Oberschlesien. — Der Wasserumschlag auf der Oder im Jahre 1926. — Die Wagen- gestellung der Reichsbahndirektion Oppeln im Januar 1926. — Eisenbahngüterverkehr über ober-schlesische Uebergangs- stationen im Januar 1926. — Gefährdung des Auslandsabfahres des ostoberschlesischen Kohlenbergbaues. — Der polnische Kohlenexport im Januar 1926. — Ein Projekt für den Zusammenschluß ostoberschlesischer Hüttenwerke. — Gründung eines Exportverbandes der polnischen metallverarbeitenden Industrie. — Die Zementindustrie in Polen. — Die Ent- wicklung der polnischen Papier- und Zelluloseindustrie. — Der Kapitalbedarf Polens im Jahre 1925. (Kongreßpolen und Galizien). — Polens Finanzen und Wirtschaft im Kampf um die Sanierung. Von Dr. Fritz Geißler-Bielitz. — Das Bielitz-Bialauer Industriegebiet in seiner Nachkriegsentwicklung und seine gegenwärtige Lage. — Die Lage in der Odrau-Karwiner Montanindustrie. — Danzigs gegenwärtige Wirtschaftslage. Von Dr. Kurt Poralla-Breslau. — Ein neuer russischer Ausfuhrzolltarif.	76
8. Mitteilungen: Vorstandswahl der Industrie- und Handelskammer Oppeln. — Ergänzungswahlen zur Industrie- und Handelskammer. — Bereidigung eines Bücherfachverständigen. — Prüfungsordnung für Bewerber um öffentliche Anstellung und Bereidi- gung als Bücherrevisor. — Bergmännische Hochschultagung.	89
9. Steuerwesen Einreichung der Lohnsteuerbelege. — Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. — Steuerabzug vom Arbeitslohn bei Kurzarbeitern. — Aenderung der Steuerzinsverordnung. — Die Vermögenssteuervorauszahlung am 15. Februar 1926. — Luxussteuer. — Der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages zur Finanz- politik der Gemeinden. — Umsatzsteuerumrechnungsätze auf Reichsmark im Januar 1926.	90
10. Verkehrswesen: Eisenbahn: Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission. — Abrufen der Züge in den Wartebäumen der Bahnhöfe. — Ausnahmetarif für Glasstroh und Glas. — Frachtberechnung zwischen den Grenzstationen und den Tarifgrenz- punkten der politischen Grenze. — Herabsetzung der Stundungsgebühren der deutschen Verkehrs-Kredit-Bank. — Ein neuer polnischer Eisenbahngütertarif. — Post: Postschiedsverkehr 1925. — Drucksachenbestimmungen. — Postwertzeichen. — Codelotelegramme. — Wortzählung in Telegrammen. — Fernspreckgebühren. — Verzeichnis der Postanstalten, Eisen- bahn-, Kraftwagen-, Luftverkehrs- und Dampfschiffstationen.	94
11. Gesetzgebung und Verwaltung: Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — Verordnung über den Handel mit Tafelschokolade vom 11. 12. 1925. — Aus- schaltung des Einzelhandels. — Sicherungsübereignung und Registerpfandrecht. Pfandbriefanstalten für Handel und Industrie. Veröffentlichung der Wechselprotokolle. — Herabsetzung der Gebühren für Wohnungsanfragen.	98
12. Messen und Ausstellungen: Breslauer Frühjahrmesse vom 7.—9. März. — Eine polnische Holzmesse.	100
13. Allgemeines: Wirtschaftsstrife und Studentenhilfe.	100
14. Geschäftsaufsichten und Konkurse in Oberschlesien	101
15. Bücher und Zeitschriften	102
16. Statistisches: Produktion und Absatz des westoberschlesischen Bergbaues. — Die Hauptbahn-Wagengestellung für den Versand von Stein- kohle, Koks und Bricketts Deutsch-Oberschlesiens nach den Uebersichten der Reichsbahndirektion Oppeln. — Gliederung des Abfahres an Steinkohlen, Koks und Bricketts Deutsch-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im Monat Dezember 1925. — Nachweisung der im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau im Monat Dezember 1925 verfahrenen und entgangenen Schichten. — Nachweisung der im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau im Jahre 1925 verfahrenen und entgan- genen Schichten. — Im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne für den Monat Dezember 1925. — Im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne für das Jahr 1925. — Die Metall- industrie Deutsch-Oberschlesiens. — Steinkohlenförderung und Absatz Polnisch-Oberschlesiens. — Produktion und Absatz der Koksanstalten Polnisch-Oberschlesiens. — Produktion und Absatz der Brickettfabriken Polnisch-Oberschlesiens. — Deutsche Großhandelsindexziffer. — Reichsindexziffer für die Kosten der Lebenshaltung. — Uebersicht über den Londoner Goldpreis.	104



## Bergschuldirektor Bergassessor a. D. Hans Fromm †

Am 16. Februar, früh 1 Uhr, ist der Direktor der deutsch-oberschlesischen Bergschulkurse in Peiskretscham, Bergassessor a. D. Hans Fromm, inmitten rüstigen Schaffens im besten Mannesalter durch den schnellen, unerbittlichen Tod zur letzten Schicht heimgeholt worden.

Geboren am 19. Dezember 1878 zu Königshütte als Sohn des kaufmännischen Direktors Fromm bei der Vereinigten Königs- und Laurahütte A.-G., siedelte er vier Jahre später mit seinen Eltern nach Berlin über, wo er seine Schulbildung empfing und im Falck-Realgymnasium im Februar 1898 die Reifeprüfung ablegte. Nach Ableistung des Befähigungsjahres auf dem Bahn- und Krugschacht in Königshütte und auf dem Zinkerzbergwerk Neue Helene bei Scharley studierte der Verstorbene auf der Universität und der Bergakademie in Berlin das höhere Bergfach und bestand im November 1903 das Examen als Bergreferendar. Seine Ausbildungszeit für den praktischen Bergbau führte ihn sodann auf die Guidogrube bei Hindenburg, auf die Zeche Camphausen bei Saarbrücken, in den Münsterbezirk, nach Magdeburg, Niederschlesien, nach dem Aachener- und Ruhrrevier, in das Siegerland und den Harz, zuletzt zwecks Vorbereitung der Assessorarbeit nach Oberungarn. Die Staatsprüfung als Bergassessor legte der Verbliebene am 22. März 1909 ab und folgte am 1. Februar 1910 einem Rufe als Lehrer für Bergbaukunde an die Oberschlesische Bergschule zu Tarnowitz, der er bis zu seinem Lebensende treu geblieben ist.

Bei Ausbruch des Weltkrieges zu den Waffen gerufen, rückte er mit einem schlesischen Ersatztruppenteil im Juli 1915 ins Feld und nahm Anteil an dem Vordringen der deutschen und österreichischen Heere nach der Durchbruchsschlacht von Tarnow-Gorlice. Bei den Kämpfen um Iwangorod geriet er mit den zusammengeschlossenen Resten seiner Kompanie in russische Kriegsgefangenschaft, die ihn volle fünf Jahre bis zum Juli 1920 in Ostrußland und namentlich in Sibirien festhielt. Die zerstörenden Einflüsse dieser furchtbaren Zeit sind zweifellos die Hauptursache seines frühen Hingangs gewesen, obgleich er sie — körperlich wenigstens — durch starke Beteiligung an kraftvollem Sport zu bekämpfen suchte.

Seine Heimkehr versetzte ihn sofort wieder in den Kampf um die Deutscherhaltung seiner ober-schlesischen Heimat, für die er als aufrechter deutscher Mann mit ganzer Kraft eintrat. Leider blieb ihm der Enderfolg versagt. Nach dem polnischen Maiaufstand im Sommer 1921 zur Leitung der ober-schlesischen Bergschule in Tarnowitz berufen, mußte er den Uebergang der Bergschule in Tarnowitz, einer der wichtigsten deutschen Kulturstätten in Oberschlesien in polnische Hände erleben. Er selbst mit seinen gleichgesinnten Mitarbeitern mußten gezwungen die polnische Staatsangehörigkeit tragen. Zwei Jahre noch gelang es, wenn auch unter stetig wachsenden Schwierigkeiten, Entrechtungen und Vergewaltigungen, die Reste der deutschen Bergschule in Tarnowitz im alten Sinne weiterzuführen, bis schließlich im Juli 1924 die letzten beiden Semester der Anstalt mit tiefer Bitterkeit im Herzen mit ihren Lehrern die alte Pflanzstätte deutschen Geistes verlassen mußten.

Man fand Aufnahme in Peiskretscham, aber in leeren Räumen, da die gesamte Schulausstattung bis auf den letzten Nagel in Tarnowitz zurückbleiben mußte. Hier setzte nun eine intensive, geradezu leidenschaftliche Arbeit des Verstorbenen ein, der neu zu begründenden Schule die Sammlungen und Unterrichtsmittel zu beschaffen, um die Anstalt in den Traditionen von Tarnowitz würdig fortzuführen. Es muß als ein hervorragendes Verdienst bezeichnet werden, wenn es dem Verstorbenen in den 18 Monaten zu Peiskretscham gelungen ist, ohne Aufwendung großer Mittel die Unterlagen zu schaffen, die ein ersprießliches Arbeiten an der neuen Stätte überhaupt ermöglichten. Seinen Mitarbeitern und Schülern stand er in seinem schlichten, aufrichtigen, entgegenkommenden Wesen ohne jede Trübung die ganze Zeit hindurch als Freund, Mitarbeiter und Vorgesetzter in einer Person und mit gleicher Treue nahe. Ebenso erfreute er sich in weiten Kreisen der Bevölkerung von Tarnowitz und Peiskretscham großer persönlicher Beliebtheit, weil seine gewinnende Art, seine stets gleichbleibende Freundlichkeit auch den Einfachsten aus dem Volke richtig anfaßte, warmes Verständnis für dessen Nöte und eine offene Hand bekundete. Im Amt und Umwelt seines Lebenskreises, namentlich in seiner großen Familie, hat sein plötzlicher Tod durch einen Schlaganfall eine schmerzliche Lücke gerissen, die sich nur schwer schließen wird.

Glück auf!

R. K.



## Die Bedeutung der Reichsbahndirektion Oppeln.

Von Dr. Schaffrath, Gleiwitz.

Bekanntlich gehörten bis zum Jahre 1895 die oberschlesischen Eisenbahnstrecken zum Bereich der Eisenbahndirektion Breslau. Dieser Zustand erwies sich aber mit dem Ausbau der oberschlesischen Strecken als nicht mehr zweckmäßig, weil der Bezirk Breslau zu groß wurde und den Verkehr nicht mehr in dem erforderlichen Ausmaß entsprechend den örtlichen Erfordernissen regeln konnte. Der Bezirk wurde deshalb geteilt und in Kattowitz eine eigene Eisenbahndirektion geschaffen, welche sämtliche oberschlesischen Eisenbahnen zugeteilt erhielt.

Die oberschlesischen Eisenbahnen und die oberschlesische Montanindustrie haben sich seitdem gegenseitig in hohem Maße befruchtet und gefördert. Denn die Eisenbahndirektion Kattowitz stand in engster Fühlung mit Bergbau, Eisen-, Zinkindustrie und dem Handel und suchte den Bedürfnissen des Verkehrs sowohl in betrieblicher als auch in tarifarischer Hinsicht Rechnung zu tragen. Die Folge dieses zielbewußten Zusammenarbeitens zwischen Bahn und Wirtschaft war einer der Gründe für die glänzende Entwicklung der oberschlesischen Industrie in den letzten Jahrzehnten, wodurch der oberschlesische Bezirk einer der wichtigsten Frachtgeber für die Eisenbahn geworden ist.

Der Verkehr überragte sehr bald den der Direktionsbezirke von Breslau und Posen. Dies führte in Verbindung mit den Aussichten auf eine weitere Entwicklung des Verkehrs dazu, daß in richtiger Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahndirektion Kattowitz Aufgaben von besonderer Bedeutung für den Verkehr übertragen wurden. Neben der Geschäfts- und Federführung in den Kohlentarifen von Oberschlesien nach Preußen, Sachsen, Süddeutschland und nach Oesterreich-Ungarn wurde ihr Ende der 90er Jahre Sitz und Stimme in der Ständigen Tarifkommission eingeräumt. Die Eisenbahndirektion Breslau mußte diese in tarifarischer Hinsicht hochwichtige Stelle an Kattowitz abgeben, weil der oberschlesische Bezirk den niederschlesischen überflügelt hatte. Daneben wurde die Kattowitzer Direktion in zunehmendem Ausmaß in den sonstigen die Belange Oberschlesiens berührenden Tarifverbänden (Rußland, Balkan, Rumänien, nordische Länder, Italien, Schweiz) beteiligt. Von Bedeutung war auch, daß die Kattowitzer Direktion im Interessen-Zusammenschluß der Staatsbahnen des Deutschen Reichs, kurz „Deutsche Gemeinschaft“ genannt, vertreten war und innerhalb dieser Gemeinschaft neben den allgemeinen Erfordernissen der deutschen Volkswirtschaft die besonderen Belange Oberschlesiens im internen deutschen wie im ausländischen Verkehr tatkräftig wahren konnte. Auf dem Gebiete der Wagenangelegenheiten und des Fahrplanwesens waren der Eisenbahndirektion Kattowitz gleichfalls besondere Befugnisse eingeräumt worden. Sie war u. a. im Ausschuß für die gegenseitige Wagenbenutzung im Rahmen des Übereinkommens für die gegenseitige Benutzung der Güterwagen der deutschen Eisenbahnverwaltungen vertreten, ein Umstand, der gerade zu Zeiten starker Inanspruchnahme der Wagen durch die benachbarten Länder von Bedeutung war. Erinnert sei in diesem

Zusammenhang nur an die Wagenbeistellungsverträge mit den benachbarten österreichischen Bahnen, welche die Eisenbahndirektion Kattowitz abgeschlossen hat, und die sich als wirksames Mittel zur Abschwächung des nicht selten beobachteten übermäßig starken Wagenmangels erwiesen. Das alles gab der Eisenbahndirektion Kattowitz trotz ihres verhältnismäßig kleinen Streckennetzes eine allmählich immer mehr zunehmende Bedeutung gegenüber den benachbarten Direktionen, deren Eigenverkehr trotz ihres längeren Streckennetzes erheblich schwächer war.

Hierin trat am 15. Juni 1922 eine Aenderung ein durch das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Die infolge der widersinnigen Teilung Oberschlesiens nach Oppeln verlegte deutsche Reichsbahndirektion verlor etwa ein Drittel ihrer Streckenlänge an die polnisch gewordene Staatsbahndirektion Kattowitz und die Gebiete Neustadt, Reiffe, Grottkau und Falkenberg an die Reichsbahndirektion Breslau. Außerdem hatte sie bereits mit dem Inkrafttreten des Friedensdiktats die Strecken Kuchelna—Troppau und Annaberg ausschließlich Deutsch-Krawarn an die tschechoslowakische Staatsbahn verloren.

Mit der gewaltsamen Zerreißung Oberschlesiens waren auf die polnische Staatsbahn etwa 70 Prozent der Kohlengruben, 60 Prozent der Hütten sowie der bei weitem größte Teil der Zinkindustrie übergegangen, auf die tschechoslowakische Staatsbahn das in landwirtschaftlicher Hinsicht wichtige Hultschiner Ländchen mit einigen kleineren Steinkohlenbetrieben und an die Reichsbahndirektion Breslau die Leinen- und Schuhindustrie der Neustädter Gegend neben den bereits genannten rein landwirtschaftlichen Kreisen Oberschlesiens.

Leider machte sich auch bald in der bisherigen Haltung der Deutschen Reichsbahn und ihrer Rechtsnachfolgerin, der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Oberschlesien gegenüber ein Umschwung fühlbar. Die wohlwollende und die Besonderheit der Lage der oberschlesischen Wirtschaft würdigende Unterstützung machte zunächst einer Politik der Zurückhaltung Platz, die bald durch eine völlige Umstellung abgelöst wurde. Anstatt der oberschlesischen Montanindustrie einen angemessenen Ersatz dafür zu schaffen, daß ihre natürlichen wirtschaftlichen Produktionsbedingungen durch die Zerreißung Oberschlesiens verschlechtert waren, und sie von ihren wichtigsten, ihr sehr günstig gelegenen Absatzgebieten abgedrängt oder mindestens beschränkt war, ging die Reichsbahngesellschaft daran, die der oberschlesischen Eisenbahndirektion vorher eingeräumten Vollmachten stark zu Gunsten der niederschlesischen Verwaltungsstelle zu beschneiden. Die Reichsbahn berücksichtigte dabei aber nicht, daß der Verlust, den der Oppelner Bezirk durch das Diktat von Versailles und die unheilvolle Note von Genf erlitten hat, nur ein vorübergehender sein konnte, und daß gerade die Durchschneidung der Industrieobjekte zu einer konzentrierten Zusammenfassung und einem allmählichen Wiederaufbau des deutschgebliebenen Teiles führen mußte.



Die von allen wirklichen Kennern der Verhältnisse vor der gewaltsamen Zerreißung Oberschlesiens vorausgesagte Entwicklung hat sich auch bald angebahnt. Zwangsläufig suchte die deutschgebliebene Industrie die Nachteile der Abspaltung im Interesse der deutschen Wirtschaft zu überwinden. Denn die unheilvollen Folgen der Zerstörung des geschlossenen Wirtschaftszentrums beeinflussten ungünstig die Rentabilität der Werke und riefen Produktionshemmungen bedenklichster Art hervor. Trotz aller im Genfer Diktat gegebenen Schutzvorschriften blieb für eine gedeihliche Fortentwicklung verständnisvolle Unterstützung und aufmerksame Pflege der zentralen Verwaltungsstellen unabweisliche Voraussetzung. Bedauerlicherweise hat die Reichsbahngesellschaft diese Aufgabe in dem absolut erforderlichen Ausmaß nicht erkannt, obwohl gerade sie an dem Wiedererstarken Oberschlesiens schon aus rein finanziellen Gründen ein besonderes Interesse hat. Es ist zwar zuzugeben, daß die ungeheuren Lasten des Dawes-Abkommens und die Bezahlung der außerordentlichen Pensionslasten der Reichsbahngesellschaft eine Sparsamkeitspolitik zur zwingenden Pflicht machen. Völlig falsch ist es aber, die Reichsbahndirektion Oppeln durch die Wegnahme der früheren Vorzugsstellung zu einer Direktion 2. Klasse zu degradieren, zumal die Reichsbahndirektion Oppeln mit der polnischen Staatsbahndirektion Kattowitz, die mit allen Sonderbefugnissen ausgestattet ist, in ständiger Fühlung steht und daher auch im nationalen Interesse eine gewisse Vorrechtsstellung für sich in Anspruch nehmen muß.

Wenn die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft unaachtet der Warnungen der beteiligten Regierungsstellen, der Provinzialverwaltung, der Industrie- und Handelskammer Oppeln sowie der berufenen Interessenträger der ober-schlesischen Montanindustrie, welche vornehmlich die besonders gearteten staats- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse Deutsch-Oberschlesiens unterstrichen, zu gegenständlichen Maßnahmen schritt, dann muß dies als eine geradezu charakteristische Verständnislosigkeit bezeichnet werden, mit der man in den zuständigen Kreisen der Reichsbahn den Bedürfnissen der ober-schlesischen Wirtschaft gegenübersteht. Ohne jeden ersichtlichen Grund wurden die Befugnisse der Reichsbahndirektion Oppeln auf der einen Seite wiederholt arg beschnitten, und auf der anderen Seite wurden weder der Direktion noch dem deutsch-oberschlesischen Wirtschaftsleben die Möglichkeiten zur Vertretung ihrer Interessen gegeben, die anderen weniger wichtigen Bezirken als selbstverständlich zugestanden wurden.

Aus der Fülle des vorhandenen Materials, aus denen die Umstellung im Verhalten der Reichsbahngesellschaft erkennbar wird, seien hier nur einige wenige Fälle näher geschildert: Die Eisenbahndirektion Kattowitz und anfangs auch die Reichsbahndirektion Oppeln hatten, wie bereits ausgeführt, Sitz und Stimme in der für das Eisenbahntarifwesen ganz besonders wichtigen Ständigen Tariffkommission. Bis Ende vorigen Jahrhunderts oblag die Wahrnehmung dieser Geschäfte der Eisenbahndirektion Breslau und ging trotz des Einspruchs niederschlesischer Kreise infolge der überragenden Bedeutung, welche der Kattowitzer Direktionsbezirk hatte, auf die Direktion Kat-

towitz über. Ganz plötzlich ordnete Ende 1924 ohne Befragen der Industrie- und Handelskammer und der wirtschaftlichen Verbände die Reichsbahn-Hauptverwaltung die Rückverlegung des Sitzes in der Ständigen Tariffkommission an die Reichsbahndirektion Breslau an. Damit ging der deutsch-oberschlesischen Wirtschaft die Möglichkeit der besonderen Vertretung tatsächlich verloren, weil eine solche nur im engsten Zusammenarbeiten und durch persönliche Fühlungnahme von Bahn und Industrie geschehen kann. Sachliche Gründe für diese überraschende Maßnahme wurden nicht gegeben, sondern die Eingaben und Anfragen wurden mit Scheingründen beantwortet. Daraus aber kann Deutsch-Oberschlesien nur folgern, daß wirkliche Gründe für die Maßnahme der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht vorlagen, und daß, wie allenthalben angenommen wird, andere Gründe von entscheidender Bedeutung waren. Anders ist auch eine derartige, den besonderen Wirtschaftsbedürfnissen Deutsch-Oberschlesiens geradezu ins Gesicht schlagende Maßnahme nicht zu verstehen.

Erst nach jahrelangen Bemühungen gelang es, die Reichsbahn-Hauptverwaltung dazu zu bewegen, die Reichsbahndirektion Oppeln mit der Vertretung der Deutsch-Oberschlesien besonders interessierenden Fragen in den Unterausschüssen der Ständigen Tariffkommission zu beauftragen. Dieser Ausweg zeigt zwar, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ihre zweckwidrige Maßnahme inzwischen erkannt hat, er genügt aber in der Auswirkung den ober-schlesischen Belangen nicht, weil der Oppelner Direktion nur eine beratende, nicht aber beschließende Stimme zugestanden ist. Oberschlesien muß daher auf der völligen Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse bestehen und ist auch der Ueberzeugung, daß sich die Reichsbahn diesem durchaus berechtigten Verlangen auf die Dauer nicht verschließen kann.

Ein zweiter, ebenso wichtiger Punkt ist die Entziehung der Geschäfts- und Federführung in den Rohlentarifen ab Oberschlesien nach dem übrigen Deutschland sowie nach Oesterreich Ungarn usw., welche der ehemaligen ober-schlesischen Direktion Kattowitz obgelegen hat.

In Fahrplanangelegenheiten, und zwar sowohl auf dem Gebiete des Personen- wie auch des Güterverkehrs ist der Reichsbahndirektion Oppeln ebenfalls die führende Stellung genommen worden. Das beweisen die langjährigen Klagen der Provinz Oberschlesien über die ungünstigen Zuverbindungen, bei denen die Sonderinteressen des Breslauer Bezirks, mehrfach sogar der Stadt Breslau allein, zum Nachteil des ganzen ober-schlesischen Reviers und des Verkehrs mit den Nachbarländern die ausschlaggebende Rolle spielen.

Ganz besonders kraß aber liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Güterzugverbindungen; nahm doch ein Transport ab Oberschlesien nach Hamburg seewärts oft genug 10 bis 12 Tage und ein solcher nach Stettin 8 bis 10 Tage in Anspruch. Hier ist allerdings in letzter Zeit nicht zuletzt als eine Folge des Eingreifens des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Gleiwitz eine Besserung eingetreten. Eine endgültige Besser-



zung wird aber nur dann zu erreichen sein, wenn die Reichsbahndirektion Oppeln die früheren besonderen Befugnisse wieder erhält.

Auch die schwere Schädigung Oberschlesiens durch die teilweise Stilllegung der im Bezirk liegenden hervorragend ausgebauten Eisenbahnwerkstätten zu Gunsten der Breslauer Direktion und die Verlegung der Materialbeschaffungsstelle von Oppeln nach Breslau zeigen, daß tatsächlich alle wichtigen Funktionen einer Direktion dem Bezirk Oppeln entgegen den Belangen des Verkehrs Oberschlesiens und der ihm benachbarten Länder zu Gunsten der Reichsbahndirektionen Breslau und Frankfurt a. O. genommen worden sind.

Betrachtet man nun gegenüber dem Umschwung im Verhalten der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft die Verkehrsbedeutung der Direktion Oppeln etwas näher, so zeigen auch diese Erwägungen das Ungerechtfertigte in der Einstellung der Hauptverwaltung. Die Betriebslänge der zum Bezirk Oppeln gehörigen Reichsbahnstrecken beträgt rund 880 Kilometer, die des Breslauer Bezirks, einschließlich 2102 Quadratkilometer der Provinz Oberschlesien\*) 2625 Kilometer und die des Bezirks Frankfurt a. O. 2287 Kilometer. Der niederschlesische Bezirk ist also etwa 3 mal und der Frankfurter Bezirk etwa 2,6 mal an Betriebslänge größer als der von Oppeln. Hieraus könnte man schließen, daß auch der Verkehr in den beiden ersten Bezirken 3 bzw. 2,6 mal größer sein müßte als der des Bezirks Oppeln. Das ist aber nicht der Fall. Denn beispielsweise wurden in der Woche vom 22. bis 28. November 1925 im Bezirk Oppeln 30 225 Güterwagen, einschließlich 591 Wagen für Arbeitszwecke der Bahn gestellt, im Bezirk Breslau dagegen 39 089, einschließlich dem unverhältnismäßig hohen Bedarf an Arbeitswagen von 4101 und im Bezirk Frankfurt a. O. nur 14 886, einschließlich 4353 Arbeitswagen. Die arbeitstägliche Wagengestellung betrug also in diesem Zeitraum im Bezirk

Oppeln	5 042 einschl. und 4 953 ausschl. Arb.-Wagen
Breslau	6 515 " " 5 833 " " "
Frankfurt. a. O.	2 488 " " 2 223 " " "

Die Reichsbahndirektion Oppeln hat somit nahezu die Wagengestellungszahl des 3 mal größeren Bezirks Breslau erreicht und die des Bezirks Frankfurt a. O. um etwa 2,6 mal überholt. Aus diesem Zahlenmaterial ergibt sich, daß der Eigenverkehr des Bezirks Oppeln trotz seiner geringen Betriebslänge nahezu gleich groß dem des 3 mal größeren Breslauer Bezirks und 2,6 mal so groß als der des 2,6 mal größeren Frankfurter Bezirks schon jetzt ist. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, daß der von mir gewählte Zeitraum für die Wagengestellung der vorwiegend landwirtschaftlichen Direktionen Breslau und Frankfurt a. O. der Herbstkampagne wegen außerordentlich günstig ist. Und endlich ist dabei auch nicht der

Ausfall an Wagen im oberschlesischen Bezirk infolge des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges berücksichtigt.

Ein ähnliches Bild zeigen die Zugleistungen im Güterzugdienst unter Anrechnung der Züge, welche die betreffenden Bezirke nur durchlaufen. Auf Grund der von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft geführten Nachweisungen finden wir nämlich beim Bezirk

Oppeln	109 000 Zug-km mit 10 400 000 Wagenachs-km
Breslau	225 000 Zug-km mit 20 025 000 Wagenachs-km
Frankfurt a. O.	122 000 Zug-km mit 10 084 000 Wagenachs-km

Rechnet man im Bezirk Breslau die Durchfuhr aus Oberschlesien ab, so bleiben für den Breslauer Bezirk 194 000 Zugkilometer mit 16 333 000 Wagenachskilometer. Auf den Hauptbahnhöfen entfallen auf einen Zugkilometer

im Bezirk Oppeln	98
" " Breslau	94 und
" " Frankfurt a. O.	98

Wagenachskilometer. Diese Zugleistungszahlen zeigen, daß der Betrieb im Bezirk Oppeln ganz erheblich dichter und damit lohnender als in den beiden anderen Bezirken ist. Hervorgehoben muß dabei noch werden, daß in der genannten Berichtswoche aus dem Bezirk Oppeln nicht weniger als 383 Lastgüterzüge in den Bezirk Breslau eingeführt wurden, von denen 84 Breslau glatt durchfahren und weitere 68 Lastzüge dort nur eine geringe Umbehandlung erfahren haben. Zusammen sind dies 31 287 Zugkilometer mit 3 691 866 Wagenachskilometer. Auf der Hauptabfuhrlinie Brodau—Liegnitz hat der Verkehr aus Oberschlesien nahezu zwei Drittel des Gesamtgüterverkehrs dieser Strecke ausgemacht, denn von den 38 zwischen Brodau und Liegnitz täglich regelmäßig verkehrenden Güterzügen bringen 23 ihre Belastung aus Oberschlesien.

Die Zugleistungen der Reichsbahn im Personenzugdienst ergeben ein für Breslau weniger ungünstiges Bild. Hier betragen in dem genannten Zeitabschnitt die Zugkilometerleistungen:

im Bezirk Breslau	rund 200 000 Zugkilometer
im Bezirk Oppeln	100 000 Zugkilometer
im Bezirk Frankfurt	17 200 Zugkilometer.

Bei einem genauen Vergleich des Verhältnisses der Streckenlänge zu den Zugkilometern neigt aber auch hier die Waagschale zu Gunsten von Oppeln. Berücksichtigt muß nämlich werden, daß die Personenzüge im Oppelner Bezirk im allgemeinen und ganz besonders im Industriegebiet wesentlich besser besetzt sind als die in den Bezirken von Breslau und Frankfurt. Da der Bezirk Oppeln außerdem über ein verhältnismäßig kleines Streckennetz verfügt, ist zweifellos der Oppelner Bezirk auch hier bei weitem lohnender.

Daß die Reichsbahndirektion Oppeln eine bevorzugte Stellung im Osten des Reichs unbedingt verdient, geht auch besonders deutlich dann hervor, wenn der Verkehr mit den Nachbarländern, auf den die Reichsbahn aus finanziellen und Wettbewerbsgründen größten Wert legt, mit in Rechnung gestellt wird. Im Verkehr mit Polen sind vorhanden im Bezirk Oppeln

\*) Anmerkung: Die Reichsbahngesellschaft glaubte auf Grund des Artikels 396 des Genfer Vortrags die Befugnisse der Reichsbahndirektion Breslau auf dieses Gebiet ausdehnen zu müssen. Die Industrie- und Handelskammer Oppeln aber kämpft entsprechend dem Wunsche Oberschlesiens gegen diese unberechtigte Erweiterung des Breslauer Bezirks energisch an.



außer den 5 Schmalspurbahnübergängen 16 Grenzübergänge \*), im Bezirk Breslau 2 Grenzübergänge und im Bezirk Frankfurt a. O. 5 Grenzübergänge.

Von allen diesen Uebergängen weist jeder einzelne des Bezirks Oppeln einen bedeutenderen Streckenübergangsverkehr auf als die sämtlichen Uebergänge des Bezirks Breslau bzw. Frankfurt zusammen.

Im Verkehr mit der Tschechoslowakei verfügt die Reichsbahndirektion Oppeln über 13 Uebergänge, Breslau über 9 Uebergänge. Aber auch hier ist allein der Verkehr über die zum Bezirk Oppeln gehörende Grenzübergangsstation Oderberg mindestens ebenso stark wie der sämtlicher Breslauer Uebergänge zusammen.

Ein überaus treffendes Bild von der Bedeutung der 3 Reichsbahndirektionsbezirke im Verkehr mit dem angrenzenden Ausland ergibt der Eigenversand. Es führten nämlich aus im Jahre 1923 \*\*):

	13 (Oberschlef.)	14/15 (Breslau)	17 (Frankfurt)
nach			
Westpolen	182 543	20 172	29 625
Ostoberchlesien	541 202	149 349	7 662
Ostpolen			
einschl. Galizien	52 804	17 697	12 274
Rumänien	1 002	205	2 573
Ungarn	956	1 257	44
Jugoslawien	1 917	866	32
Tschechoslowakei	232 082	193 967	3 553
Deutsch-Oesterreich	9 262	50 102	6 455
Insgesamt:	1 021 768	433 415	62 218

Dabei muß bemerkt werden, daß sich der Verkehrsbezirk 13 mit dem Reichsbahndirektionsbezirk Oppeln, 14/15 mit dem Bezirk Breslau und 17 in der Hauptsache mit Frankfurt a. O. deckt. Bei Betrachtung dieser Zusammenstellung muß noch hinsichtlich des Verkehrs mit der Tschechoslowakei, mit Oesterreich, Ungarn und Südslawien beachtet werden, daß insbesondere der Kohlenverkehr von Deutsch-Oberschlesien — wenigstens noch zurzeit — durch die Tarifpolitik der beteiligten ausländischen Bahnen außer-

ordentlich stark gedrosselt wird, während der Versand aus dem ostoberchlesischen Revier durch Tarifiermäßigungen nach dem Genfer Diktat begünstigt wird.

Bei solcher Sachlage hätte man erwarten müssen, daß die Geschäfts- bzw. Federführung in den Tarifverbänden mit den oben angeführten ausländischen Staaten, ganz besonders aber mit Polen, der Reichsbahndirektion Oppeln hätte übertragen werden müssen. Tatsächlich war ihr auch durch das Genfer Diktat von Anfang an die Geschäftsführung im oberchlesischen Wechsel- und Verbandsverkehr übertragen. In der Zeit des Ueberganges der Staatshoheit Ostoberchlesiens an Polen oblag der Reichsbahndirektion Oppeln ferner die Geschäfts- bzw. Federführung der durch die Breslauer Regierungs- und Eisenbahnverhandlungen festgelegten Verkehre zwischen polnischen Stationen untereinander sowie mit polnischen und ostpreussischen Stationen über Kreuzburg. Ebenso war die Reichsbahndirektion Oppeln beauftragt, die Tarifverhältnisse zwischen Ostoberchlesien und dem Auslande im Durchgang durch Deutschland zu regeln. Erst später wurde zum allgemeinen Befremden die Reichsbahndirektion Breslau mit der Aufgabe betraut, die Tarifverhältnisse zwischen Polen ausschließlich Polnisch-Oberschlesien und dem Auslande im Durchgang durch Deutschland zu regeln. Im Verlauf der Zeit übernahm dann Breslau schließlich auch noch die Verkehre zwischen Polnisch-Oberschlesien und dem Auslande im Durchgang durch Deutschland sowie die Verkehre zwischen Deutschland und dem Auslande durch Polen (z. B. Rumänien). Hier verließ also die Reichsbahn-Hauptverwaltung, die grundsätzlich miteinander verwandte Geschäfts- und Federführungen in einer Hand vereint und zwar in der, in welcher der stärkste Verkehr liegt, ohne sachliche oder zwingende Gründe ihre bisherige Einstellung zu Gunsten des Breslauer Bezirks und überließ Oppeln nur die Geschäfte, welche durch das Genfer Abkommen und die Breslauer Regierungs- und Eisenbahnverhandlungen zu Gunsten von Oppeln bereits festgelegt waren. Ein solches Geschäftsgebahren der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft läßt befürchten, daß sie in absehbarer Zeit der Reichsbahndirektion Oppeln sehr zum Schaden der oberchlesischen Wirtschaft auch noch die letzten Tarifgeschäfte abzunehmen und der Reichsbahndirektion Breslau zu übertragen gedenkt.

Bei der Beurteilung der Bedeutung eines Bezirks der Reichsbahn für sich allein oder im Vergleich mit anderen Bezirken kann aber nicht nur die augenblickliche Verkehrslage berücksichtigt werden. Es müssen vielmehr die Entwicklungsmöglichkeiten in Ansatz gebracht werden. Hier aber bietet Deutsch-Oberschlesien bei weitem die besten Aussichten. Während nämlich die Entwicklungsmöglichkeit der Industrien in dem Breslauer Bezirk auch bei normalem Geschäftsgang nur sehr begrenzt ist, sind die Aussichten für Deutsch-Oberschlesien durchaus hoffnungsvoll. Kenner der Verhältnisse setzen es als selbstverständlich voraus, daß der deutsch-oberchlesische Verkehr unter der Voraussetzung normaler Geschäftsverhältnisse und zweckmäßiger Binnentarife eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren wird. Daß diese Aussichten nicht übertrieben sind, beweist allein die Entwicklung des

\* Anmerkung: Grenzübergangsbahnhöfe:

**Bezirk der Reichsbahndirektion Oppeln:**

Grenze Polen:

Hauptbahn: Pitschen, Lublin, Pawonkau, Brynnel, Beuthen Stadtwalb, Karf, Beuthen-Hauptbahnhof, Beuthen West, Bobref Sp., Morgenroth, Borfigwerk, Hindenburg, Sosniza, Poremba, Summin, Annaberg;

Schmalspurbahn: Rößberg, Beuthen Dreieck, Bobref, Dombrowa, Poremba;

Grenze Tschechoslowakei Oderberg, Kuchelna, Troppau, Jägerndorf;

**Bezirk der Reichsbahndirektion Breslau:**

Grenze Polen: Trachenberg und Freyhan;

Grenze Tschechoslowakei: Ziegenhals, Barzdorf, Mittelwalde, Mittelsteine, Halbstadt, Liebau, Grünthal, Heinersdorf, Seidenberg.

**Bezirk der Reichsbahndirektion Frankfurt a. O.**

Grenze Polen: Kreuz, Schneidemühl, Firchau, Bentzen, Frankfurt.

\*\*\*) Die Verkehrstatistik des Jahres 1924 ist noch nicht erschienen.



deutsch-oberschlesischen Kohlenbergbaues. Trotz der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage und keineswegs günstiger Eisenbahntarife betrug der Hauptbahnversand im Durchschnitt eines Monats allein für Steinkohlen im Jahre

1922:	441 031 t,
1923:	450 211 t,
1924:	636 653 t,
im 1. Halbjahr 1925	722 076 t,
im 3. Vierteljahr 1925	1 168 452 t,
im 4. Vierteljahr 1925	1 171 814 t.

Eine gedeihliche Fortentwicklung dürfte in der Hauptsache gesichert sein, wenn die Reichsbahn in der innerdeutschen Tarifgebarung die derzeitige Schwere des Frachtdruckes vom deutsch-oberschlesischen Bergbau nimmt und den Verkehr mit dem Auslande in ähnlicher Weise fördert, wie sie das bei der Ruhrkohle, z. B. im Verkehr mit den Niederlanden durch den Ausnahmetarif 6 a usw., tut.

Auch die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie wird wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren und unter dem Zwange der Zerreißung Oberschlesiens dabei sich umstellen in der Erwartung, daß die Bahn in ihrem eigenen Interesse und in dem des gesamten Ostens des Reiches die unbedingt notwendigen Tarifermäßigungen erstellt.

Dringend geboten ist endlich eine kräftige tarifarische Unterstützung der deutschgebliebenen Zinkindustrie, damit diese an die Wiederselbstständigmachung durch Errichtung eigener Röst- und Rohzinkhütten herangehen und damit der gesamten deutschen Volkswirtschaft wertvolle Dienste leisten kann.

Eine günstige Weiterentwicklung der heutigen Provinz Oberschlesien ist aber nur dann möglich, wenn die Bahn wie in den Vorkriegsjahren Hand in Hand mit dem Erwerbsleben arbeitet. Dazu ist vor allem notwendig:

1. eine einflußreiche, mit den notwendigen Geschäfts- und Federführungen betraute sowie

mit entsprechenden Befugnissen und Geschäften ausgestattete Reichsbahndirektion, die Sitz und Stimme in der Ständigen Tariffkommission und in den Verkehrsausschüssen hat,

2. die Bestellung eines ständigen Mitgliedes der deutsch-oberschlesischen Industrie in die Ständige Tariffkommission und in deren Unterausschüsse, in den Reichseisenbahnrat usw.,
3. die Berufung eines genauen Sachkenners der östlichen Verhältnisse in den Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft,
4. die Zuziehung der deutsch-oberschlesischen Interessenvertretungen von Industrie und Handel zu allen wichtigeren Verkehrs- und Tarifierungsfragen nicht nur im innerdeutschen Verkehr, sondern auch in den Verkehren mit den ausländischen Bahnen.

Oberschlesien will vom Reich und seinen Zentralstellen nichts geschenkt haben. Es muß aber ein Eintreten in die Lücken verlangen, die seiner Wirtschaft durch die politischen Geschehnisse, welche die Gesamtheit angehen, entstanden sind. Hierzu gehört in erster Linie eine praktische und keine bürokratische Verwaltungspolitik der Reichsbahngesellschaft.

Nur bei einer verständigen Verkehrspolitik der Reichsbahngesellschaft wird zu vermeiden sein, daß grundlegende Lebensbedingungen unserer Wirtschaft in Frage gestellt und keine Standortverschiebungen vorgenommen werden, wie sie in letzter Zeit ernstlich erwogen werden mußten. Deutsch-Oberschlesien muß von der Deutschen Reichsbahn fordern, daß die in den letzten zwei Jahren begangenen Fehler nicht nur wieder gutgemacht, sondern darüber hinaus durch Beseitigung des stark überhöhten Frachtenstandes die Grundlagen geschaffen werden können, auf der die gesunde Weiterentwicklung des scharf umstrittenen Grenzlandes Oberschlesien aus allgemeinen nationalen Gründen möglich ist.

## Die deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925.

Von Geh. Reg.-Rat Georg Kleinow, Berlin-Lichterfelde.

### I. Vorbemerkungen.

Das Anfang Dezember 1925 vom Deutschen Reichstage angenommene, nunmehr der Ratifizierung harrende Vertragswerk vom 12. Oktober 1925 bedeutet in erster Linie die gesetzliche Feststellung des Zustandes der deutsch-russischen Beziehungen im Sommer des Jahres 1925 unter der Perspektive des Vertrages von Rapallo vom 16. April 1922. Weber von deutscher noch von der Seite der Sowjetregierung ist bei den Vertragsverhandlungen, die über zwei Jahre in Anspruch genommen haben, eine grundsätzliche Veränderung der beiderseitigen Standpunkte zugebilligt worden. Beide Regierungen haben festgehalten an den ideologischen Grundlagen, auf denen die beiderseitigen Staats- und Wirtschaftsverfassungen aufgebaut sind, am Individualismus bzw. am Kollektivismus, d. h. Deutschland an der grundsätzlichen Vorherrschaft des Privateigentums,

die Sowjetunion an der grundsätzlichen Vorherrschaft des Staatseigentums. Bei solcher prinzipiellen Festlegung der Standpunkte war der Versuch der deutschen Unterhändler, einen Handelsvertrag zustande zu bringen, der, ähnlich wie die deutsch-russischen Verträge der Vorkriegszeit, eine gewisse Sicherheit und Stetigkeit in die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder hätte bringen können, zum Scheitern verurteilt. Der Hauptvertrag vom 12. Oktober 1925 „kann“, wie es in der dazugehörigen Denkschrift des Auswärtigen Amtes heißt, „weder formell, noch inhaltlich als Handelsvertrag im üblichen Sinne bezeichnet werden“. <sup>1)</sup> Die Aufgabe der Unterhändler be-

<sup>1)</sup> Bd. 5 der Deutschen Wirtschaftsgesetze, Georg Kleinow, „Die deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge nebst Konsularvertrag“, Verlag Reimar Hobbing, Berlin 1926. (XII + 358 S.) Preis geb. Mark 14.—, S. 7. —



schränkt sich darauf, die beiden Standpunkte, die unmöglich unter ein gemeinsames internationales Recht zu bringen waren, durch eine Anzahl von Einzelabkommen miteinander zu verbinden und nach Möglichkeit da neues gemeinsames Recht zu schaffen, wo bisher ausschließlich der Machtwille der Parteien Geltung hatte. Den Ausgangspunkt für dieses Streben bildete Artikel 5 des Rapallo-Vertrages, in dem vorgelesen war, daß „die beiden Regierungen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen“ werden.<sup>2)</sup> Artikel 3 des Rapallo-Vertrages sah den Abschluß eines Konsularabkommens vor.<sup>3)</sup>

Abgesehen vom Konsularvertrage<sup>4)</sup> und vom Abkommen über die Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten,<sup>5)</sup> die beide grundsätzlich mit den auf diesem Gebiet üblichen internationalen Verträgen übereinstimmen, sind die zu einem einheitlichen Ganzen miteinander verbundenen Einzelabkommen als Brücken anzusprechen über den Abgrund, der zwischen den deutschen individualistischen Wirtschaftsanschauungen und den kollektivistischen der Sowjetrepubliken klafft. Diese sieben Einzelabkommen bilden zusammen mit einer Anzahl von älteren Kollektivverträgen<sup>6)</sup> und verbunden durch „Allgemeine Bestimmungen“<sup>7)</sup> den Hauptvertrag des Vertragswerks vom 12. Oktober 1925.<sup>8)</sup> Als Anhänge sind die Abkommen über Versicherung, Tiereinfuhr und im Zusammenhang mit dem Konsularvertrage das Nachlaßabkommen gleichfalls Brücken im obigen Sinne.

In mancher Hinsicht knüpfen die neuen Verträge an die deutsch-russischen Handelsverträge der Vorkriegszeit an. Dies wird bei den grundsätzlichen Fragen der Meistbegünstigung und der Gegenseitigkeit offenbar. Ganz deutlich als Erbe des zarischen Rußland tritt die Sowjetregierung in allen Asien berührenden Punkten auf. Mancherlei Schwierigkeiten liegen in dem schon von der zarischen Regierung verteidigten Anspruch, die an das Sowjetterritorium angrenzenden asiatischen Länder als ausschließliche Domäne der russischen Wirtschaft behandeln zu wollen und sie gegen alle europäischen Waren abzuschließen. Solange Großbritannien die Entwicklung des deutschen Ueberseehandels besonders auch nach Asien nach Kräften behindert hat, hatten die Moskowiter alle Utouts Deutschland gegenüber in der Hand und nützten ihre Ueberlegenheit aus. Nachdem aber deutsche Waren wieder über See durch Afghanistan und China nach der Mongolei und nach Tibet gelangen, hat sich das Mißverhältnis der Kräfte ein wenig ausgeglichen. Infolge der Uebernahme des Prinzips der Meistbegünstigung haben nun Bestimmungen in Anwendung zu kommen, die sich an die Verträge der Sowjetunion mit Persien und Afghanistan vom Jahre 1921 anlehnen.<sup>9)</sup> Deutsche Interessenten am Transit nach Persien, Afghanistan, Tibet, nach der Mongolei und Mandschurei durch die Sowjetunion werden gut tun, sich in jedem einzelnen Falle immer wieder von neuem an die russische Abteilung

des Auswärtigen Amtes zu Berlin oder an die Deutsche Botschaft in Moskau zu wenden.

## II. Einschränkung der Willkür.

Die Einzelabkommen umfassen noch nicht alle Gebiete, die durch Verträge gesichert werden mußten. So ist, — um nur ein wichtiges Gebiet zu nennen — der „Abschluß eines Abkommens über den gesetzlichen Schutz des literarischen und künstlerischen Urheberrechts“ im Art. 7 des Abkommens über gewerblichen Rechtsschutz nur erst vorgesehen.<sup>10)</sup> Andere Einzelgebiete sollen auf dem Wege der direkten Verständigung zwischen der Sowjetregierung einerseits und deutschen Wirtschaftsorganisationen andererseits zur Regelung gelangen. Das Vorbild für solche Verständigung ist gegeben durch den Konzeptions-Vertrag der Sowjetregierung mit dem „Wirtschaftlichen Verbande der deutschen Hochseefischereien G. B.“ zu Bremen, dessen Abschluß im Schlußprotokoll zu Artikel 2 des Seeschiffsabkommens und Note Nr. 7 vorgesehen ist.<sup>11)</sup> Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhange ist die Regelung des Transitverkehrs durch das Gebiet der Sowjetunion nach Asien, (Persien, Afghanistan, Mongolei, China) die bisher nicht gelungen ist. Nach dem Schlußprotokoll zu Art. 5 und 6 der Allgemeinen Bestimmungen soll „hinsichtlich der Transitfrage eine Lösung auf der Basis von Gesellschaften alsbald nach Unterzeichnung dieses Vertrages versucht werden“.<sup>12)</sup> Das ist für den praktischen Bedarf nicht eben viel!

Im Ganzen betrachtet wird man die Einzelbestimmungen der Abkommen als einen Aufbau von Recht kennzeichnen, wo bisher die unumschränkte Willkür sowohl der staatlichen Verwaltungs- und Polizeibehörden wie auch der kommunistischen Wirtschaftsexperimentatoren herrschte.

Nicht restlos kann man dies für die Organe der politischen Polizei sagen, die unter dem Namen Staatspolitische Verwaltung, kurz GPU., gehen. Bezüglich dieser sind lediglich Milderungen in der Handhabung ihrer Befugnisse eingetreten; an den Befugnissen selbst ist nichts geändert worden. Die Milderungen liegen einmal in der Einengung des Begriffs der „Wirtschaftsspionage“, alsdann in der Behandlung Verhafteter und schließlich darin, daß Reichsdeutsche nicht mehr administrativ verschickt werden dürfen, sondern fortan in die Heimat ausgewiesen werden müssen, worüber sie eine Bescheinigung von der ausweisenden Behörde zu erhalten haben.<sup>13)</sup> Bei Verhaftungen und Festnahmen sind die Bestimmungen von Art. 10 und 11 des Niederlassungsabkommens<sup>14)</sup> sowie Art. 16 des Konsularvertrages<sup>15)</sup> anzuwenden. Nach diesen Bestimmungen ist die die Verhaftung anordnende Behörde gehalten den zunächst erreichbaren deutschen Konsul oder die Deutsche Botschaft in Moskau direkt innerhalb kürzester Frist von einer Verhaftung in Kenntnis zu setzen. Bei der Verhaftung, Vernehmung, Beschlagnahme, Durchsuchung an Bord eines deutschen

<sup>2)</sup> Kleinow, a. a. D. S. 5. — <sup>3)</sup> ebenda S. 4. — <sup>4)</sup> ebenda S. 182—218. — <sup>5)</sup> ebenda S. 219—224. — <sup>6)</sup> Kleinow, a. a. D. S. 50. — <sup>7)</sup> ebenda S. 42—50. — <sup>8)</sup> ebenda S. 42—181. —

<sup>9)</sup> nachzulesen bei Kleinow a. a. D. S. 281/3. —

<sup>10)</sup> Kleinow a. a. D. S. 181. — <sup>11)</sup> Kleinow a. a. D. S. 139—143. — <sup>12)</sup> ebenda S. 46. —

<sup>13)</sup> Art. 6 des Niederlassungsabkommens, s. bei Kleinow a. a. D. S. 64. — <sup>14)</sup> bei Kleinow a. a. D. S. 70, 71 und 302. — <sup>15)</sup> ebenda S. 195. —



Handelschiffahrt treibenden Schiffes kommt Art. 24 des Konsularvertrages in Anwendung.<sup>16)</sup> Dieser Artikel bestimmt: „Soll in einem Hafen des einen Teils an Bord eines Handelschiffahrt treibenden Schiffes des andern Teils eine Untersuchungshandlung . . . Zwangsvollstreckung oder eine andere Handlung amtlichen Zwanges vorgenommen werden, so ist hiervon . . . der Konsul . . . pp. des Flaggenstaates . . . unter genauer Angabe der Stunde zu benachrichtigen und zur Anwesenheit einzuladen.“<sup>17)</sup> Ferner ist vereinbart, daß verhaftete Personen sich direkt telegraphisch, telephonisch, brieflich an den zunächst erreichbaren Vertreter ihres Landes wenden dürfen, sofern sie die Kosten für die Beförderung der Nachricht in bar vorstrecken. Den Konsuln pp. steht das Recht zu, verhaftete Landsleute im Gefängnis aufzusuchen und mit ihnen in Verkehr zu bleiben, sofern nicht Kollisionsgefahr im einzelnen Falle besteht.<sup>18)</sup> Die Möglichkeit der Verhaftung von Konsularbeamten pp. wird durch Art. 11 des Konsularvertrages auf bestimmte Fälle eingeschränkt, vor allem wenn „Militärspionage im Sinne des Art. 213 der Sow. Str. Ges. Buchs von einem Konsularbeamten während eines Kriegszustandes mit einer dritten Macht begangen worden ist.“<sup>19)</sup>

Die Anwendung der berückichtigten Spionage-Paragraphen auf wirtschaftliche Beteiligung ist durch das Vertragswerk beschränkt durch die positiven Bestimmungen über Zulassung von Reisenden in das Gebiet der Sowjetunion, die wir weiter unten zusammenhängend betrachten wollen.

Hier sei nur noch auf eine Beschränkung willkürlicher Maßnahmen hingewiesen, die mit dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zusammenhängt. Eine große Anzahl von Bestimmungen der verschiedenen Abkommen setzen den uferlosen Experimenten in der Sowjetwirtschaft Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Dadurch sind deutsche Konzessionsinhaber in die Lage versetzt, sich durch entsprechende Anwendung der Bestimmungen vor experimentativen Eingriffen in ihre Unternehmung auf Sowjetboden weitgehend zu schützen. Den Ausgangspunkt für diese Begrenzung bildet Art. 1 des Wirtschaftsabkommens, in dem ausdrücklich verabredet ist, daß die vertragschließenden Teile sich beim „wirtschaftlichen Wiederaufbau auf das Vorkriegsmaß“ . . . „vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt leiten lassen werden.“<sup>20)</sup> Wichtig in diesem Zusammenhange ist die Vereinbarung der diplomatischen Note Nr. 3, die die Anwendung des § 30 des Sow. B. G. B. auf mit den deutschen Wirtschaftsorganen getätigten Geschäfte ausschließt. Der § 30 bestimmt nämlich: „Nichtig ist ein Rechtsgeschäft, das in gesetzwidriger Absicht oder zur Umgehung des Gesetzes geschlossen ist, ebenso ein Rechtsgeschäft, das auf die offenbare Schädigung des Staates gerichtet ist.“<sup>21)</sup> Der Schlußteil dieses Paragraphen ist viel-

fach von staatlichen Firmen der Sowjetunion zu Repressalien gegen deutsche Vertragsgegner angewandt worden. Nunmehr, nachdem die Nichtigkeitseinrede nicht mehr von der Sowjet Handelsvertretung oder staatlichen Wirtschaftsorganen der Sowjetunion erhoben werden kann, ist die Rechtsicherheit für ein den Vorschriften entsprechend abgeschlossenes Geschäft, sowie für dessen Abwicklung nicht geringer, wie im Privatverkehr. Gleichfalls eine Beschränkung der Willkür liegt in den Bestimmungen über Schiedsgerichte in Handelsachen; auch davon weiter unten.

### III. Die Zulassung von Reisenden und Akquisition.

Die Aufstellung des Begriffs der Wirtschaftsspionage ist ein Rudiment aus der Zeit des Weltkrieges, das die „revolutionäre“ Regierung der Sowjetunion in ihre Gesetzgebung übernommen hat, da sie sich als im Kriegszustande mit der gesamten „kapitalistischen Welt“ wähnt. Der Abbau der Spionagefurcht schreitet in dem Maße fort, wie sich im Innern die politische Stellung der Bolschewisten festigt. Das Spionagemoment ist denn auch ziemlich weit — nicht vollständig — zurückgetreten; geblieben ist dagegen und wird neuerdings wieder schärfer betont das Moment der „Gegenrevolution“. Als Gegenrevolution kann schon ein Verstoß gegen Bestimmungen des Außenhandelsmonopols ausgelegt werden. In dieser Richtung hat das Vertragswerk für den deutschen Wirtschaftler, der im Gebiet der Sowjetunion Handelsgeschäfte vorbereiten und betreiben will, noch keine restlose Klarheit bringen können. Es ist vielmehr alles auf den Taft des in der Sowjetunion reisenden Ausländers bei seinem Verkehr mit allen Geschäftsfreunden abgestellt. Ein Fortschritt gegen den bisherigen Zustand ist darin zu erkennen, daß der deutsche private Industrielle und Exporteur als „Wirtschaftsorgan“ mit den staatlichen Wirtschaftsorganen der Sowjetunion auf gleichem Fuße behandelt werden soll und direkte Fühlung mit der Kundschaft nehmen kann. „Die Staatsangehörigen jeden vertragschließenden Teils sollen die Gebiete des andern betreten, verlassen, darin reisen und sich daselbst aufhalten oder niederlassen können usw.“<sup>22)</sup> Die diplomatische Note Nr. 1 vereinbart hierzu ausdrücklich, daß „die Wirtschaftsorgane . . . und ihre Vertreter“ die Einreisegenehmigung „durch die zuständigen Konsularbehörden“ erhalten; es sind somit die Rückfragen in Moskau grundsätzlich beseitigt. Auch wird die Einreisegenehmigung — mit dem Hinweis auf bestehende Ein- und Ausfuhrregelungen oder zentrale Wirtschaftsregelungen oder Registrierungs Vorschriften nicht abgelehnt werden.“<sup>23)</sup> Der Begriff „Wirtschaftsorgan“ umfaßt im Sinne des Vertrages „Handel und Gewerbetreibende physische Personen, sowie Gesellschaften und juristische Personen jeder Art.“<sup>24)</sup> Ueber die Bestimmung der erwähnten Note Nr. 1 ist im Sitzungs-Protokoll die Zusicherung dahin gegeben wor-

<sup>16)</sup> ebenda S. 200. — <sup>17)</sup> i. a. Art. 26 des Konsularvertrages, bei Kleinow a. a. D. S. 202. —

<sup>18)</sup> Kleinow, a. a. D. S. 302/3, sowie Art. 11 des Niederl.-Abf. ebenda S. 71/2.

<sup>19)</sup> Schlußprotokoll zu Art. 11 d. Konsularvertrages, bei Kleinow a. a. D. S. 192/93. —

<sup>20)</sup> Kleinow, a. a. D. S. 84. — <sup>21)</sup> ebenda.

<sup>22)</sup> Art. 1 des Niederl.-Abf., bei Kleinow, a. a. D. S. 52. —

<sup>23)</sup> Absatz 1 und 2 der Note Nr. 1, bei Kleinow a. a. D. S. 53. Die russischen Paßbestimmungen ebenda S. 304 ff. Reisegepäck S. 347 ff. —

<sup>24)</sup> Schlußprotokoll zu Art. 11 d. Wirtschaftsabkommens, bei Kleinow a. a. D. S. 98. —



den, „daß die Einreisegenehmigung für Wirtschaftsorgane und ihre Vertreter, wozu auch Reisende gehören, nur dann versagt werden wird, wenn im Einzelfalle gegen die Person, die einzureisen wünscht, besondere Bedenken bestehen“. <sup>25)</sup> Auf Grund dieser Verabredungen kann nun jede deutsche Firma eine oder mehrere Personen in das Gebiet der Sowjetunion entsenden mit dem Auftrag den Markt für irgend einen Artikel zu erkunden. Nicht ganz fest steht es mit der Möglichkeit, bei solchen Erkundungsreisen auch alle Waren ohne Unterschied als Muster vorzuführen. In Artikel 29 des Wirtschaftsabkommens, wo von der Freiheit von Ein- und Ausgangsabgaben gesprochen wird, werden nur „Musterkarten und Muster in Abschnitten oder Proben,“ ferner „Reklame, Preislisten, Kataloge, Annoncen und dergleichen, die in einzelnen Exemplaren zur Einfuhr gelangen“ erwähnt. <sup>26)</sup>

Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein Nadelfabrikant z. B. seinen Reisenden je ein Sortiment Nähadeln, ein Werkzeugfabrikant ein Sortiment Handwerkszeug, Feilen, Nägel, Sägeblätter zur Vorführung bei der Kundschaft mit auf die Reise geben kann. Wie aber steht es mit Kleinmaschinen, etwa Schreibmaschinen, Motoren, Pflügen, Waffen, Wasser- und Gasmessern, optischen Apparaten, medizinischen Instrumenten, Radio- und Telephonapparaten usw.? Der Vertrag gibt darauf keine Antwort. Es bleibt also dem deutschen Unternehmer vorbehalten, die Grenze des Erlaubten aufzusuchen. Unseres Erachtens geht aus dem Sinn des Vertrages das Recht für den deutschen Reisenden hervor, Muster von Erzeugnissen aller Art in je einem Exemplar mit sich zu führen, wenn er der Sowjetregierung eine Sicherheit dafür bietet, daß er das Muster-Exemplar nur auf dem gesetzlich zulässigen Wege, also durch die Außenhandelsorgane des Staates im Gebiet der Sowjetunion verkauft. Dazu wird es nötig sein, das fragliche Gerät oder die Kleinmaschine bei den Organen der Handelsvertretung registrieren zu lassen und einen entsprechenden Vermerk in den Paß des Reisenden aufzunehmen. Wird ein solcher Weg abgelehnt, so müßte der Reisende am Grenzübergange den Eingangszoll auf den Apparat pp. hinterlegen und zur Ausreise dieselbe Uebergangsstelle benutzen, um sich darüber ausweisen zu können, daß er gesetzmäßig verfahren ist. In jedem Falle ist hier für eine große Zahl von deutschen Artikeln ein Zustand geschaffen, der durch ergänzende Bestimmungen geklärt werden muß.

Für mittlere und größere Maschinen, Anlagen, Artikel des Massenbedarfs ist im Vertrage besser, wenn auch nicht ausreichend gesorgt. Davon mehr im Abschnitt von Konsignationslagern und Ausstellungen.

Was den Reisenden selbst anbetrifft, so kann er sich absolut sicher fühlen, sofern er darauf verzichtet, direkte Geschäftsabläufe mit Firmen oder Personen zu tätigen, die zum Betriebe des Außenhandels nicht berechtigt sind. Besonders streng verfolgt würde ein solcher Reisender, wenn er etwa mit

Privatunternehmern Geschäfte abschließen wollte, ohne Vermittlung der zuständigen Staatsorgane. Ein solches Vorgehen könnte je nach dem Ansehen, das der in Frage kommende russische Privatunternehmer bei der Sowjetregierung genießt, sehr leicht zur Anklage wegen Gegenrevolution, Gefängnisstrafen und Ausweisungen führen. Wie außerordentlich empfindlich man in der Sowjetregierung bezüglich des Außenhandelsmonopols ist, geht daraus hervor, daß allein die Erörterung der Möglichkeit, das Außenhandelsmonopol modifizieren zu können, dem Finanzkommissar Sokobnikow die Stellung gekostet hat, trotz dessen großer Verdienste um die Stabilisierung der Tschernowez-Baluta.

Der Reisende, der einen Markt für seinen Artikel gefunden hat, ist gehalten, die Aufträge, die ihm auf dem Sowjetterritorium gegeben werden könnten (ohne daß er sie direkt ausführen darf!) an die nächste zur Ausübung des Außenhandels berechnigte staatliche Stelle zu leiten. Zu seiner persönlichen Sicherheit tut ein erfolgreicher Reisender gut, sich bei Entgegennahme eines Auftrages — auch von staatlichen Organen — einen Zeugen zu beschaffen, der ihm möglichst schriftlich bestätigt, daß er den Auftrag zunächst als Briefträger entgegen nimmt, um ihn an die zuständige Stelle des Staatsapparates zu leiten. Dies ist besonders außerhalb Moskaus zu beachten. In Moskau haben sich die Behörden schon besser miteinander ausgespielt. Das gleiche kann von Charkow gesagt werden. Der Geschäftsabschluß erfolgt mit dem betreffenden staatlichen Wirtschaftsorgan unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Außenstelle des Handelskommissariats. Diese ist gehalten die verabredeten Bedingungen und Preise zu kontrollieren und bei der Konkurrenz nachzuprüfen. Infolgedessen kann es angesichts der Lücken, die der Vertrag enthält, auch in Zukunft geschehen, daß der Reisende gar nicht für seine Firma, sondern für die Konkurrenz gearbeitet hat! Da nun aber der Sowjetregierung der Reisendenbesuch nicht willkommen ist, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß man im Staatsapparat die Tätigkeit der Reisenden nicht gerade fördern wird. <sup>27)</sup>

In diesen Ausführungen soll keine Aufforderung liegen, das Bereisen der Sowjetunion zu unterlassen; sie soll nur auf Klippen aufmerksam machen, die umschifft werden müssen. Im übrigen möchten wir allen Interessenten dringend empfehlen, sich in der Sowjetunion möglichst viel persönlich anzusehen, damit sie sich einen Begriff von den Möglichkeiten für ihre besondere Branche bilden können. Dem Mutigen gehört die Welt, wenn er sie kennt!

#### IV. Vertreter, Konsignationslager, Ausstellungen.

Für die Einfuhr deutscher Waren in das Gebiet der Sowjetunion sind seitens der Sowjetunion Vorkehrungen getroffen worden, die sowohl im Niederlassungsabkommen, <sup>28)</sup> im Wirtschaftsabkommen, <sup>29)</sup> im Seeschiffsabkommen, <sup>30)</sup> im Abkommen über den gewerblichen Rechtsschutz <sup>31)</sup> und im Konsularvertrage <sup>32)</sup> Berücksichtigung gefunden haben.

<sup>27)</sup> siehe auch Kleinow, a. a. O. S. 304, 312 u. f. —

<sup>28)</sup> f. a. Kleinow a. a. O. S. 51 ff. — <sup>29)</sup> ebenda S. 83 ff. — <sup>30)</sup> ebenda S. 136 ff. — <sup>31)</sup> ebenda S. 170 ff. — <sup>32)</sup> ebenda S. 182 ff. —

<sup>25)</sup> Anmerkg. zu Art. 1 des Niederl.-Abf. bei Kleinow a. a. O. S. 56. — <sup>26)</sup> Punkt 3 und 4 d. Art. 29 des Wirtschaftsabf. bei Kleinow a. a. O. S. 109. —



Nach Art. 2 des Niederlassungsabkommens „dürfen die Staatsangehörigen jedes vertragsschließenden Teils sich auf dem Gebiete des andern Teils jeder durch die Landesgesetze den I n l ä n d e r n oder den Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nationen nicht verbotenen Tätigkeit widmen, mag diese auf Erwerb gerichtet sein oder nicht . . .“<sup>33)</sup> In Punkt 2 des Schlußprotokolls zu diesem Artikel wird dann ausdrücklich erläutert: „Als nicht verbotene Tätigkeit im Sinne des Art. 2 gilt auch die Tätigkeit . . . von Ingenieuren oder Technikern, die . . . an der Durchführung von bestehenden Aufträgen und Bestellungen . . . als technische Fachleute zur technischen Beratung, zur Ueberwachung oder zur Ausführung von Reparaturen von früheren Aufträgen und Lieferungen teilnehmen.“<sup>34)</sup> Im Sitzungsprotokoll ist weiter festgestellt, daß „die Vertretung von Einzelfirmen, Aktiengesellschaften und Handelsgesellschaften als solche von der Anwendung des Art. 2 nicht ausgeschlossen ist“.<sup>35)</sup> — Es ist somit möglich, Reichsdeutsche, die sich in der Sowjetunion zu dauerndem Wohnsitz niederlassen, mit der Vertretung der Interessen einer deutschen Einzelfirma oder Aktiengesellschaft oder Handelsgesellschaft zu betreiben. Nicht direkt ersichtlich ist aus dem Wortlaut des Vertrages, ob ein solcher ständiger Vertreter auch berechtigt ist, ein Musterlager zu unterhalten. Wir möchten dennoch die Frage bejahen, und zwar im Hinblick auf das über die Reisenden gesagte in Verbindung mit (Art. 3 und 4 des Niederlassungsabkommens<sup>36)</sup>, wie auch Art. 5.<sup>37)</sup> Dieser Artikel 5 bestimmt, daß Staatsangehörige, die sich zur Ausübung ihres Berufes (in unserm Falle des Handels und der Akquisition) niedergelassen haben, berechtigt sind . . . Gerätschaften (in unserm Falle Warenmuster), „die für sie zur Ausübung dieses Berufes oder Handwerks nötig sind . . . ohne vorherige Ein- und Ausfuhrbewilligung ein- und auszuführen“. Entgegen steht unserer Annahme nicht, daß „eine allgemeine Freigabe der Einfuhr von Kleinmaschinen“ in den Verhandlungen „nicht zu erzielen war“.<sup>38)</sup> Sie bedeutet nur, daß die Kleinmaschine bei der Einfuhr verzollt werden muß. Immerhin wird erst die Praxis zeigen können, was wirklich rechtens ist.

Sollten Vertreter deutscher Firmen, Musterlager nicht halten dürfen, so sind die deutschen Exporteure auf die Konsignationslager, Niederlagen unter Zollverschluss, sowie schließlich auf die Akquisitionsarbeiten auf Ausstellungen und Messen angewiesen. Alle diese Einrichtungen sind nur nach außerordentlich gründlicher Vorbereitung und vorsichtiger Akkulation zu benutzen. Immerhin bieten sie einem tüchtigen Vertreter die Möglichkeit, bestimmte Artikel, Maschinen, Halbfabrikate, Chemikalien, usw. sicherer zum Verkauf zu bringen, als mit Hilfe direkter Auftragsammlung durch Reisende. Den Zusammenhang dieser Gedankengänge gibt das Kreditbedürfnis des Sowjetstaates.

Die Konsignationslager sind seitens der Sowjetregierung vielleicht weniger dazu eingerichtet, die

Wareneinfuhr zu erleichtern, als mit deren Hilfe und den dort niedergelegten Waren inländische Kapitalien zu mobilisieren und über langfristige Kredite, die der Warenbesitzer gewähren muß, dem Fiskus Betriebskapital zuzuführen. Die Konsignationslager bilden die schärfste Konkurrenz für alle privaten Reisenden und Warenlager. Firmen, die entschlossen sind, langfristige Kredite zu gewähren, werden einen recht hübschen Umsatz erzielen, wenn sie das Konsignationslager beschicken unter gleichzeitiger Bestellung von Vertretern oder Reisenden und diese für den Verkauf aus dem Konsignationslager wirken lassen. Sie müssen dabei in Betracht ziehen, daß sie selbst von der Barzahlung, die Verbraucher dem Konsignationslager leisten, zunächst keinen Nutzen haben und auf die Auszahlung monatelang warten müssen.<sup>39)</sup> Wo Geschäfte über die Konsignationslager vom Deutschen Reich oder von Banken finanziert werden, bedeutet diese Organisation die Hergabe einer verschleierten Anleihe an den Sowjetstaat.

#### V. Die Berliner Handelsvertretung und staatliche Wirtschaftsorgane.

Nach den gemachten Ausführungen soll der Exporteur nicht zu der Meinung gelangen, daß er im direkten Verkehr mit der Sowjetunion der Mitwirkung der Berliner Handelsvertretung entraten könne. Das entspräche nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Zwar ist die Bedeutung der Handelsvertretung im Rahmen der Behördenorganisation gegen den Moskauer Zentralapparat um ein wenig zurückgetreten,<sup>40)</sup> ihre Bedeutung für den deutschen Interessenten ist unverändert die gleiche geblieben. Die Kontrolle des gesamten deutsch-russischen Außenhandels geht durch die Berliner Handelsvertretung, mögen die einzelnen Geschäfte auf deutschem Boden, auf dem Territorium der Sowjetunion oder sonstwo im Auslande zustande gekommen sein und dort ihren Erfüllungsort haben. Die Berliner Handelsvertretung überwacht alle, also auch die im Gebiete der Sowjetunion selbst durch besondere Vertreter oder Reisende getätigten Abschlüsse; sie kommen in irgend einem Stadium der Abwicklung zu ihrer Kenntnis. Sie gibt den Zentralbehörden in Moskau, Charkow usw. die erforderlichen Aufschlüsse und Auskünfte über die einzelnen in Moskau Verbindung suchenden deutschen Firmen; später erteilt sie die Lizenzen für Ein- und Ausfuhr von Waren usw.

Die neuen Verträge haben die Rechtsstellung der Handelsvertretung scharf umrissen. Infolgedessen dürften Verwechslungen der Handelsvertretungen mit anderen staatlichen Wirtschaftsorganen durch deutsche Wirtschaftler kaum noch vorkommen. In diesem Zusammenhange ist von größter Wichtigkeit, was in den Artikeln 9 bis 11 des Wirtschaftsabkommens vereinbart worden ist,<sup>41)</sup> ferner Art 3 bis 8 nebst Schlußprotokoll.<sup>42)</sup> Bisher

<sup>39)</sup> die Bestimmungen über Konsignationslager s. Kleinow a. a. D. S. 317 ff. — Die Bestimmungen über Pässe, Einreise, Gepäck ebenda S. 304 ff. u. 347 ff. — <sup>40)</sup> Ueber die Neuorganisation des Außenhandelsapparates s. Kleinow a. a. D. S. 259/73.

<sup>41)</sup> Ueber den Gerichtsstand der staatl. Firmen s. Kleinow a. a. D. S. 96 u. 327 ff. — Die Handelsvertretung als Wirtschaftsorgan ebenda S. 335 ff. — <sup>42)</sup> bei Kleinow a. a. D. S. 86 ff. —

<sup>33)</sup> Abs. 1 des Abs. 1 des Art. 2 s. Kleinow a. a. D. S. 57.

<sup>34)</sup> ebenda S. 58.

<sup>35)</sup> ebenda S. 59. — <sup>36)</sup> ebenda S. 59/60. — <sup>37)</sup> ebenda S. 62. — <sup>38)</sup> Bemerkung des Ausw. Amts, Abs. 2 z. Art. 5, bei Kleinow a. a. D. S. 63. —



wurden alle staatlichen Unternehmungen der Sowjetunion, also der Genossenschaftsverband (Zentrosojus) die Trusts, Gemischte Gesellschaften usw. von Ausländern insofern mit der Handelsvertretung gleichgestellt, als man glaubte, daß der Staat unterschiedslos für alle Verbindlichkeiten der einen wie der anderen aufzukommen habe. Die Registrierung aller Geschäfte durch die Handelsvertretung führte weiterhin zu der Auffassung, daß durch diesen Akt und durch die Genehmigung des Geschäfts zum mindesten die Handelsvertretung die Mithaftung übernahm. In ähnlicher Weise führte die Einführung des sog. Garantiescheines der Garantiebank zu Berlin in die Irre. Die Sowjetbeamten hatten keine Veranlassung den Ausländer über den wirklichen Tatbestand aufzuklären. Nun ist durch Art. 9 des Wirtschaftsabkommens bestimmt, daß die staatlichen Unternehmungen bei Tätigkeit ihrer Geschäfte ihre Vertragsgegner „schriftlich“ darauf hinzuweisen haben, daß „die bloße Genehmigung des Geschäftsabschlusses durch die Handelsvertretung, soweit sie erforderlich ist, nicht als Garantie gilt.“<sup>43)</sup>

Auch der Begriff der staatlichen Unternehmungen ist nunmehr so klar herausgearbeitet, daß in dieser Beziehung größere Sicherheit eintreten konnte. Immerhin bedarf es beim Abschluß mit staatlichen Wirtschaftsorganen besonderer Aufmerksamkeit, weil gerade die letzten Monate viele Neugründungen und damit auch neue Organisationstypen gebracht haben, von deren Bonität und Rückhalt bei der Staatsbank ein klares Bild noch nicht zu erhalten war.

#### VI. Schiedsgericht, Gegenseitigkeit, Meistbegünstigung.

Als einen großen Fortschritt sind wir geneigt den Ausbau der bereits erwähnten Schiedsgerichte in Handelsachen anzusprechen.<sup>44)</sup> Nach dem „revolutionären Recht“, das in der Sowjetunion herrscht,<sup>45)</sup> bestimmt die Sowjet-Zivil-Prozessordnung, daß in jedem Zivilstreit der Staatsanwalt jeder Zeit eingreifen kann, sobald sich im Streitverfahren ein Anhaltspunkt dafür bietet, daß Tendenzen sich offenbaren, die eine der Parteien als „sozial schädlich“ oder „gegenrevolutionär“ erscheinen läßt. Das aber ist eins der breitesten Einfallstore der Willkür im „proletarischen Klassenstaat“. Durch den Schiedsvertrag wird entgegen dem sonstigen Sowjetgesetz dem Aufsichtsrichter jedes Eindringen in die Materie und damit jede Einflußnahme auf das Verfahren verwehrt und der Streitfall bleibt auf die konkrete Sache lokalisiert. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, daß alle Verträge, auch einfache Kauf- oder Verkaufsabschlüsse, die Schiedsgerichtsklausel auf Grund Art. 1 des Abkommens über Handelschiedsgerichte enthalten. „Zur Wahrung der Schriftform genügt Briefwechsel.“<sup>46)</sup>

Das ganze Vertragswerk ist auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit (Parität) und der Meistbegünstigung aufgebaut. Beide Grundsätze begegnen in der Praxis den größten Schwierigkeiten. Zwischen den beiden in Frage kommenden Verfassun-

gen ist die volle Gegenseitigkeit ausgeschlossen<sup>47)</sup> und daraus folgert mit zwingender Logik, daß auch das Recht der Meistbegünstigung<sup>48)</sup> nur ein beschränktes sein kann. Noch erweist sich die straff zentralisierte Organisation des Sowjetstaates dem liberalen Staat gegenüber als die überlegene. Auch auf diesem Gebiet wird die praktische Zusammenarbeit des deutschen Unternehmers mit der Sowjetbürokratie erst das absolut ungefährdete Rechtsgebiet abstecken müssen.

#### VII. Der wirtschaftliche Hintergrund des Vertrages.

Was bei Erwähnung der Aufgaben der Konfigurationslagers gesagt wurde, gilt für alle wirtschaftlichen Vereinbarungen des ganzen Vertragswerks: die Sowjetunion hat weniger Wert darauf gelegt auf dem Gebiete der Wirtschaft langlaufende Rechtsbindungen zu schaffen, als ihren Auslandskredit im Zusammenhang mit dem Außenhandelsmonopol auszubauen. Mit dem Abschluß des Vertrages wurde gleichzeitig der Hundert-Millionen-Kredit deutscherseits zugesagt und alle Bestimmungen über Konzessionen, Transitverkehr, Versicherungswesen sind letzten Endes nur praktisch verwertbar, wenn der einzelne deutsche Wirtschaftler sich mit der Notwendigkeit abfinden kann, recht langlaufende Kredite gewähren zu müssen. Damit erhält die Einsichtnahme in die innere Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion eine besondere Bedeutung und die Voraussetzung für richtiges Operieren ist die genaue Kenntnis der Zusammenhänge der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Experimente, denen die Landwirtschaft, die Industrie und der Handel auch zur Zeit unausgesetzt unterworfen sind. Wir haben infolgedessen den Standpunkt vertreten, den Abschluß des Vertrages noch hinauszuschieben. Nun hat man dem fließenden Zustande der Verhältnisse drüben Rechnung getragen durch die Befristung der Laufzeit der Wirtschaftsverträge auf die kurze Spanne von nur zwei Jahren. Der deutsche Wirtschaftler hat also Gelegenheit sich schon in ein bis zwei Jahren mit Wünschen und Forderungen einzustellen für den Fall der Verlängerung der Verträge.

Der inneren Entwicklung stehen wir bezüglich der Landwirtschaft und Industrie im allgemeinen zuversichtlich gegenüber. Die Getreideausfuhr sehen wir dagegen nicht als unbedingt gesichert an. Die wiederholte und verschärfte Kampfansage gegen den Großbauern auf dem 14. Parteitag der regierenden Partei in Moskau bedeutet kein beruhigendes Moment im Hinblick auf die Ablieferung der bäuerlichen Ernte von 1926. Der Großbauer, meist zugleich Getreidehändler, Fuhrunternehmer und Arbeitgeber auf dem Lande, ist zur Zeit noch der Hauptträger des Wirtschaftslebens in der Provinz und dürfte sobald nicht weder durch die kommunistischen Genossenschaften noch durch die teuer arbeitenden Staatshandelsorgane ersetzt werden. Nur in einem Falle wäre unsere Skepsis unberechtigt: das ist, wenn die Regierung imstande wäre, die Bauern mit Textilien, landwirtschaftlichen Maschinen und Sämereien zu erträglichen

<sup>43)</sup> bei Kleinow a. a. O. S. 96 u. 336. — <sup>44)</sup> ebenda S. 155.

<sup>45)</sup> ebenda S. 239. —

<sup>46)</sup> Punkt 2 des Schlußprotokolls z. Art. 1 nebst Anmerk. des Ausw. Amtes bei Kleinow a. a. O. S. 157 ff. —

<sup>47)</sup> bei Kleinow a. a. O. S. 30, 271 ff. —

<sup>48)</sup> ebenda S. 274—296, im übrigen ebenda im Register.



Preisen und rechtzeitig zu beliefern. Anstrengungen in dieser Richtung werden ja gemacht. Nach den Mitteilungen Swidowskis vom Landwirtschaftskommissariat sollen die Bauern 1926 für 120 Millionen Rubel Industrieprodukte erhalten. Gegen die Finanzierung dieses Etatpostens hat der Finanzkommissar Sokolnikow wegen der damit verbundenen Gefährdung der Valuta ernste Bedenken geäußert. Der Erweiterung der Anbaufläche dient der Kauf von 12 000 Traktoren bei Ford unter Inanspruchnahme eines Kredites von zehn Monaten. Die Sowjetunion ist tatsächlich auf den ausländischen Kredit in wachsendem Maße angewiesen, wenn sie den durch die Agitation schnell anspruchsvoll werdenden Bauer befriedigen und zur Herausgabe der Ernte veranlassen will. In diesem Zusammenhang liegt eine starke Sicherheit für private Kreditgeber. Die Sowjetregierung

wird sich wohl hüten in den nächsten zwei Jahren ihre Pflichten ihm gegenüber zu vernachlässigen, wo sie doch in Frankreich und Amerika auf den Abschluß großer öffentlicher Anleihen hinarbeitet. Wir möchten daher glauben, daß trotz der augenblicklichen Depression auf dem russischen Geldmarkt, die sich auch im Rückgang der Auslandsbestellungen bemerkbar macht, der deutsche Industrielle und Exporteur gesichert durch die Verträge vom 12. Oktober 1925 einen zwar nicht großen, aber doch ausreichenden Nutzen im Geschäft mit der Sowjetunion finden wird, auch wenn er sich auf die Hergabe längerer Kredite einläßt. Die deutschen Wirtschaftler mögen deshalb ruhig ihre Fühler nach der Sowjetunion austrecken und sich durch persönliche Einsichtnahme davon überzeugen, wo sie ihre Hebel am zweckmäßigsten ansetzen könnten.

## Anwendung deutschen Rechts auf polnische Aufwertungsschulden.

Von Justizrat Roß in Dresden - Kößchenbroda.

(Nachdruck verboten.)

Das polnische Aufwertungsrecht ist auf der Grundlage der Deutschen Dritten Steuernotverordnung geschaffen worden. Es wertet allgemein nach festen Sätzen auf, stuft sie aber bezirksweise ab, wobei die früher deutschen Gebietsteile mit den geringsten dieser Sätze bedacht werden. Den polnischen Machthabern war es darum zu tun, das in Polen noch vorhandene deutsche Kapital soweit möglich festzuhalten und endgültig der polnischen Wirtschaft einzuverleiben. Ganz besonders gilt dies von den Hypotheken, die seit vor dem Kriege für deutsche Gläubiger auf Grundstücken von Eigentümern polnischen Stammes hafteten. Abgesehen von den Spareinlagen bei polnischen Banken und polnischen Genossenschaften wurde das Wirtschaftsleben des an Polen abgetretenen deutschen Landes bis zur Abtretung fast ausschließlich mit deutschem Gelde gespeist. Die Beleihung von Grundstücken erfolgte durch polnisches Kapital nur ausnahmsweise und vorübergehend. Die Schwierigkeiten, die Polen der Befriedigung des deutschen Gläubigers in den Weg legte, hatten zur Folge, daß noch immer deutsches Aufwertungskapital in großem Umfange in Polen festliegt, wenn auch durch die Schuldner vielfach der Versuch gemacht wurde, den Gläubiger durch Zahlung oder Hinterlegung, beides mit entwertetem Gelde, abzufinden.

Das deutsche Aufwertungsrecht, wie es im Gesetze vom 16. Juli 1925 seinen Niederschlag gefunden hat, ist für den Gläubiger fast durchweg günstiger als das polnische. Zur Beantwortung der Frage, welches der beiden Rechte dem Aufwertungsgläubiger im Einzelfalle den größeren Vorteil bietet, ist nicht der Sonderfall des einen Rechts der Sondernorm des anderen gegenüberzustellen. Vielmehr ist das Aufwertungsergebnis als Ganzes nach beiden Rechten zu prüfen. Bei Würdigung des Verhältnisses, in dem beide Ergebnisse zueinander stehen, wird der deutsche Gläubiger unschwer erkennen, welches der beiden Rechte ihm nützbringender ist. Zugunsten des deutschen Rechts kommt namentlich in Betracht, daß es Hypotheken und durch Hypothek gesicherte Forderungen mit 25 v. H.

aufwertet, während der polnische Aufwertungssatz für Posen, Westpreußen und Oberschlesien niedriger ist, §§ 5, 6, 33 der polnischen Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924. Polen wertet zwar auf, wenn der Gläubiger Zahlung unter Vorbehalt angenommen hat. Dagegen ist die deutschrechtliche Vorschrift, daß der Gläubiger Aufwertung auch fordern darf, wenn er nach dem 14. Juni 1922 geleistete Zahlungen ohne Vorbehalt angenommen hat, dem polnischen Rechte fremd. Ist bei Annahme der Zahlung kein Vorbehalt gemacht, so wertet Polen nicht auf, § 40 der Verordnung in der Fassung vom 27. Dezember 1924. Auch der Sturz des polnischen Zloty gibt dem deutschen Gläubiger zu denken. Verfolgt er sein Recht vor polnischen Gerichten, so wird ihm im Falle des Obfiegens seine Forderung in polnischer Währung zugesprochen. Was dadurch für ihn bei der Zwangsvollstreckung herauskommt, kann heute niemand voraussagen. Der deutsche Gläubiger aus der Vorkriegszeit wird daher in vielen Fällen besser fahren, wenn er seinem Anspruch deutsches Aufwertungsrecht zugrunde legt. Er ist dazu berechtigt.

Ob die Rechtsbeziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner sich nach deutschem oder polnischem Rechte regeln, bestimmt sich in erster Reihe nach der ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung der Vertragsparteien. Hierbei ist ihr mutmaßlicher, vernünftiger Wille zu ermitteln. Bieten sonstige Tatsachen für den Inhalt des Vertragswillens keinen ausreichenden Anhalt, so ist anzunehmen, daß die Parteien das Schuldverhältnis vertraglich dem Rechte des Erfüllungsortes unterstellen. Mitunter ist in der Rechtsprechung das Heimatsrecht (Personalstatut) des Schuldners an die Stelle des Rechtes des Erfüllungsortes gesetzt, und hierbei teils die Staatsangehörigkeit des Schuldners, teils sein Wohnsitz als entscheidend angesehen worden, R. G. R., B. G. B. 5. Aufl. Anm. 7 vor § 1, Anm. 11 vor § 104. Der Grund für die Anwendung des Heimatsrechts ist gleichfalls die stillschweigende Vereinbarung der Vertragsteile. Grundsätzlich ist anzunehmen, daß die



Parteien ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten einheitlich einem bestimmten Rechte unterwerfen, R. G. 68, 205.

Bei der Aufwertung von Forderungen deutscher Gläubiger gegen polnische Schuldner wird es sich gewöhnlich um Schuldverhältnisse handeln, die innerhalb der abgetretenen Teilgebiete vor dem Weltkriege durch Rechtsgeschäfte zwischen Personen entstanden sind, welche damals sämtlich Deutsche waren und in Deutschland ihren Wohnsitz hatten. Auch die Grundstücke, mit denen den Gläubigern für ihre Forderung Hypothek bestellt wurde, lagen in Deutschland. Welchem Rechte sich das Schuldverhältnis einfügte, wurde ausdrücklich nicht vereinbart. Dagegen ergeben die hervorgehobenen Umstände die stillschweigende Vereinbarung, das Vertragsverhältnis dem Deutschen Rechte einzuordnen, zumal ein anderes Recht vernünftiger Weise nicht in betracht kommen konnte, (RG. Jur. Woch. 1922, 399, 1134.) und die Forderung nicht schlechthin dem Rechte der Hypothek folgt. Damit, daß deutsches Land während der Dauer des Vertragsverhältnisses einem neuen Polen zufallen könnte, rechnete beim Vertragsschlusse niemand. Deshalb ist dieses nachträgliche Ereignis für den Inhalt des Vertragswillens der Parteien ohne jede Bedeutung (RG. Jur. Woch. 1921, 230; 1920, 42, RG. Jur. Woch. 1922, 1134). Das deutschem Rechte unterstehende Schuldverhältnis haftet nicht starr an dem Rechtszustande, der zur Zeit des Vertragsschlusses gegeben war, sondern folgt bei künftigen Änderungen auch dem neuen deutschen Rechte, soweit das neue Recht in früher begründete Verhältnisse eingreift. Denn Recht ist immer nur das jeweils geltende Recht, aufgehobenes oder geändertes Recht war Recht, ist es aber nicht mehr.

Das Verhältnis des jetzt polnischen Schuldners der Vorkriegszeit zum deutschen Gläubiger bleibt ebenso deutschem Rechte unterstellt, wenn man das Recht des Erfüllungsortes oder das Heimatsrecht des Schuldners entscheiden lassen will. Bei Entstehung des Schuldverhältnisses lag der Erfüllungsort im Deutschen Reiche, der Schuldner war Deutscher, sein Wohnsitz lag in Deutschland. Nur auf diesen Zeitpunkt, nicht auf spätere Veränderungen kommt es an. Denn auch das Recht des Erfüllungsortes oder der Heimat ist anzuwenden, weil diese Regelung mutmaßlich dem Vertragswillen der Beteiligten entspricht. Das deutsche Recht ist Recht des Erfüllungsortes und gleichzeitig Heimatsrecht. Das Rechtsverhältnis teilt das Schicksal des deutschen Rechts, nicht das des Erfüllungsortes oder der Heimat des jetzt polnischen Schuldners. Was durch die Willensmitwirkung des deutschen Gläubigers erzeugt ist, kann ihm nicht wider seinen Willen durch den Fremdstaat außerhalb dessen Bereichs genommen werden. Das Recht des fremden Staates geht nur soweit, als seine Grenzen reichen. Ist der Vertrag unter der Herrschaft deutschen Rechts vereinbart, so bleibt dieses Recht auch in seiner Fortentwicklung für das Schuldverhältnis maßgebend, sofern nicht der gemeinsame Wille der Vertragsparteien dahin geht, sich dem am Erfüllungsorte oder für die Heimat des Schuldners neu eingeführten Recht zu unterwerfen, oder sofern nicht beide Vertragsparteien örtlich unter der Herrschaft des neuen Rechts stehen, RG. 107, 121, RG. Jur. Woch. 1922, 1134. Der im Deutschen Reiche wohnende Gläubiger darf daher

für das Vertragsverhältnis am deutschen Rechte festhalten.

Weil das Schuldverhältnis deutschem Rechte folgt, muß dasselbe auch für den Aufwertungsanspruch des Gläubigers gelten. Die Aufwertung ist kein Vorgang, der neben dem Schuldverhältnis selbständig und unabhängig von ihm sich vollzieht, sondern Ausfluß des einheitlichen Gläubigerrechts. Sie ist nicht Folge eines neu geschaffenen Rechts, sondern verwirklicht den Anspruch aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis mit einem der Geldentwertung angepaßten Inhalt. Mügel Aufwertungsrecht 3. Aufl. 129 f. Der Aufwertungsstreit betrifft die Höhe der Schuldnerzahlung. Das Verlangen der Aufwertung bringt die Frage zur Entscheidung, wie die Leistung des Schuldners zu erfolgen hat, ob zum Nennbetrage in Papiermark oder zu einem Sage, der dem inneren Werte des seiner Zeit vom Gläubiger Hergegebenen wenigstens zum Teil entspricht. Der Aufwertungsgläubiger verfolgt die ursprüngliche Forderung selbst, RG. 110, 165. Wie diese, so untersteht auch die Höhe der Leistungspflicht, die Aufwertung, der deutschen Rechtsordnung, § 15 Nr. 2 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 läßt die Anwendung des deutschen Aufwertungsrechts für das persönliche Schuldverhältnis zu, auch wenn das belastete Grundstück nicht mehr im Inlande liegt. Hier kann nur an die Deutschland durch den Versailler Vertrag entzogenen Gebietsteile gedacht sein.

Der deutsche Gläubiger wird mit dem Begehre auf Anwendung deutschen Aufwertungsrechts nur durchbringen, wenn er seinen Anspruch außerhalb Polens geltend macht. Daß das polnische Gericht im Rechtsstreit gegen den Angehörigen seines Staates deutsches Aufwertungsrecht zugrunde legt, ist nicht anzunehmen, entspräche auch kaum dem Gedankengange der polnischen Aufwertungsverordnung. Artikel 304 des Versailler Vertrages weist alle Streitigkeiten aus Verträgen, die vor seinem Inkrafttreten zwischen Angehörigen des Deutschen Reiches und Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte geschlossen sind, der Entscheidung des Gemischten Schiedsgerichtshofs zu. Dadurch wird die Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Aufwertung polnischer Vorkriegsschulden nicht ausgeschlossen (RG. 103, 259, die drei ungedruckten Urteile des Reichsgerichts bei Ruffner Jur. Woch. 1924, 703 Fußnote, RG. Jur. Woch. 1922, 1132, 1136). Denn die Verträge, um die es sich handelt, sind nicht zwischen Deutschen und Angehörigen eines Feindstaates, sondern zwischen Parteien geschlossen, die beim Vertragsschlusse Angehörige des Deutschen Reiches waren. Die gegenteilige Ansicht des Reichsgerichts (106, 56), nach der die Zuständigkeit des deutschen Gerichts nicht gegeben ist und auch durch Vereinbarung der Beteiligten nicht begründet werden kann, wird von Haase (Jur. Woch. 1924, 658) ausführlich und zutreffend widerlegt. Auch Mügel S. 142 spricht im Hinblick auf die abgetretenen Landesteile von der Möglichkeit inländischer Gerichtsstände und wendet dann für die persönliche Forderung deutsches Aufwertungsrecht an. Er bezieht sich hierbei auf § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 21. Juli 1925, die auch den Gerichtsstand des Vermögens kennt. Daß die Zuständigkeit der Gemischten Schiedsgerichtshöfe keine ausschließliche ist, nimmt übrigens das Reichsgericht 108, 50 an.



Wenn § 15 Nr. 2 Aufw. G. in Übereinstimmung mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen deutsches Aufwertungsrecht gelten läßt, auch soweit es sich um Schuldverhältnisse aus den abgetretenen Teilen Pommerns, Westpreußens und Oberschlesiens handelt, kann damit immer nur das deutsche Aufwertungsrecht in seiner Gesamtheit, nicht nur abgespaltene Teile dieses Rechts gemeint sein. Das deutsche Recht sieht Anmeldungen bei der Aufwertungsstelle, dem Amtsgericht, vor. In weitem Umfange entscheidet über die Aufwertung die deutsche Aufwertungsstelle, namentlich auch im Falle des § 15 Nr. 2, §§ 69, 70, Aufw. G., ihre Zuständigkeit darf durch Vereinbarung erweitert werden, § 71. Ueberweist das deutsche Recht die Entscheidung der deutschen Aufwertungsstelle in bestimmten Grenzen, so kann für Aufwertungsansprüche die Zuständigkeit der deutschen Gerichte überhaupt innerhalb ihres sonstigen Machtbereichs nicht zweifelhaft sein. Die rechtskräftige Entscheidung der Aufwertungsstelle ist für die Gerichte und Verwaltungsbehörden bindend, § 75. Für welche denn? Für die deutschen Gerichte und die deutschen Verwaltungsbehörden! Das deutsche Aufwertungsrecht paßt nicht in den Rahmen des Deutsch-Polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofs, bei dem es keine Aufwertungsstelle gibt, sondern ist in seinen Einzelheiten von der Mitwirkung der deutschen Aufwertungsbehörden untrennbar. Der Versailler Vertrag steht bei richtiger Auslegung seines Artikels 304 diesem Ergebnis nicht entgegen. Unklare Bestimmungen des Vertrages sind gegen die alliierten und assoziierten Mächte und ihre Angehörigen ausulegen, RG. Jur. Woch. 1922, 398.

Das Liquidationsrecht Polens hindert die Rechtsverfolgung vor deutschen Gerichten schon deshalb nicht, weil die Prozeßführung des Gläubigers keine Verfügung über die Forderung darstellt, RG. Anm. 7 vor § 104 BGB., RG. Jur. Woch. 1922, 398.

Will der deutsche Gläubiger seinen Aufwertungsanspruch gegen den in Polen wohnenden früheren Reichs-, jetzt polnischen Staatsangehörigen vor einem deutschen Gerichte verfolgen, so ist Voraussetzung dafür die sachliche und örtliche Zuständigkeit des deutschen Gerichts. Das Gericht muß nach deutschem Aufwertungsrecht sachlich zuständig sein. Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach der deutschen Zivilprozeßordnung. In vielen Fällen wird der Gerichtsstand des Vermögens gegeben sein, wobei für Forderungen als Vermögensort der Wohnsitz des Schuldners gilt. Klagen, mit denen das dingliche Hypothekenrecht an einem jetzt in Polen gelegenen Grundstück ausgeübt wird, können vor deutschen Gerichten nicht erhoben werden, weil der Gerichtsstand der belegenen Sache nach § 24 ZPO. ausschließlich ist. Dadurch erledigt sich die Frage, ob die Aufwertung dinglicher Rechte an Grundstücken, welche jetzt in Polen liegen, deutschen oder polnischen Gesetzen folgt, von selbst. Sie wäre übrigens zugunsten des polnischen Rechts als Ortsrechts der belegenen Sache zu entscheiden, Dernburg BR. 1 § 38, weil die Grundstücke durch ihre Lage dem Machtbereich jedes anderen Rechts entzogen sind. Das dingliche Recht und die persönliche Forderung gehen eigene Wege, Dernburg a. a. O. § 40 Anm. 7, Habicht Einwirkung 516, 517. Gegen den persönlichen Schuldner ist die Rechtsverfolgung des Gläubigers vor dem zuständigen deutschen Gericht

zulässig. Der deutsche Gläubiger wird den polnischen Schuldner zweckmäßig vor dem deutschen Gericht auf Aufwertung in Anspruch nehmen, wenn es dem Gläubiger möglich ist, das ergehende Urteil in absehbarer Zeit im Reichsgebiete zu vollstrecken. Also dann, wenn der Schuldner im Inlande Vermögenswerte hat, oder wenn Aussicht dafür vorhanden ist, daß er künftig Vermögen im Reiche haben wird. In Polen wird das Urteil des deutschen Gerichts nicht vollstreckt, Polen verweigert ihm die Anerkennung.

Ist bereits Zahlung erfolgt, und hat der Gläubiger entweder bei der Annahme sich seine Rechte vorbehalten oder die Leistung ohne Vorbehalt nach dem 14. Juni 1922 angenommen, so findet die Aufwertung nur statt, wenn der Gläubiger den Anspruch auf Aufwertung bis zum 1. Januar 1926 bei der deutschen Aufwertungsstelle angemeldet hat. Für den Fall, daß das belastete Grundstück im Auslande liegt, ließ § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. Juli 1925 beim Mangel eines inländischen allgemeinen Gerichtsstandes die Anmeldung für persönliche, durch Hypothek gesicherte Forderungen bei dem Amtsgericht zu, in dessen Bezirk sich Vermögen des Schuldners befindet. Diese Vorschrift wurde durch die weitere Verordnung vom 27. November 1925 Artikel I § 2 dahin ergänzt, daß der Gläubiger auch bei demjenigen Amtsgericht anmelden durfte, in dessen Bezirk er selbst seinen Wohnsitz (Sitz) hat. Von dort ist die Bestimmung unverändert in Artikel 118 Abs. 2 der Durchführungsverordnung vom 29. November 1925 übergegangen. Die Ausdehnung der Zuständigkeit auf das Wohnsitzgericht des Gläubigers gab ihm ein neues Mittel zur Wahrung seines Aufwertungsanspruchs. Auch wenn der Schuldner kein Vermögen im Deutschen Reiche hatte, war der Gläubiger imstande, sich durch Anmeldung die Aufwertung zu sichern. Das Mittel war um so wertvoller, als eine künftige Grenzregulierung zwischen Deutschland und Polen nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, und der Gläubiger durch sie in die Lage kommen kann, seinen Aufwertungsanspruch später vor deutschen Gerichten geltend zu machen.

Bedauerlich ist die Kürze der Frist, die dem Gläubiger für die Anmeldung bei dem Gerichte seines Wohnsitzes gelassen wurde. Der Reichsanzeiger, in dem die Verordnung vom 27. am 28. November 1925 veröffentlicht wurde, wird verhältnismäßig wenig gelesen. Das die Verordnungen vom 27. und 29. November 1925 enthaltende Stück des Reichsgesetzesblattes ist erst am 5. Dezember 1925 in Berlin ausgegeben. Berücksichtigt man, daß in die Frist Weihnachten fiel, so betrug die Zeit für die Anmeldung nur etwa drei Wochen. Der rechtskundige, vorsichtige Gläubiger wird fristmäßig angemeldet haben. Der Durchschnittsgläubiger nicht, für ihn bedarf die Frist der Verlängerung. Das Gutachten des Kammergerichts Deutsche Juristenzeitung 1926, 61, das eine allgemeine Fristverlängerung für nicht erforderlich hält, steht damit nicht in Widerspruch. Es würdigt nur die normale Aufwertungsanmeldung des Gesetzes vom 16. Juli 1925, nicht die durch die Verordnungen vom 27. und 29. November 1925 neu geschaffenen Möglichkeiten. Als das Kammergericht sein Gutachten erstattete, haben ihm die beiden Verordnungen anscheinend nicht vorgelegen.



# Die neue Gestaltung des Reichswirtschaftsrates.

Von Dr. Franz Goerrig, Siegburg.

Die neue deutsche Reichsverfassung vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, Seite 1383 ff) sieht im Artikel 165 die Bildung eines Reichswirtschaftsrates vor. Diesem sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung und Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat soll nach der Reichsverfassung auch das Recht haben, solche Gesetzesvorlagen selbst zu beantragen mit der Maßgabe, daß die Reichsregierung sie auch dann unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstage einzubringen hat, wenn sie nicht zustimmt. Endlich soll der Reichswirtschaftsrat nach Artikel 165 der Reichsverfassung die Vorlage von Gesetzesvorschlägen durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstage vertreten lassen können.

In vorläufiger Ausführung dieser Verfassungsbestimmung besteht bekanntlich bereits auf Grund der Verordnung vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 858) und der hierzu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsverordnungen vom 20. Juni und 28. Juni 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 1327 und 1335) ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat. Da dieser jetzt bestehende Reichswirtschaftsrat jedoch nur als vorläufige Uebergangseinrichtung ins Leben gerufen war und seine Zusammensetzung ebenso wie die Regelung der Zuständigkeits- und Verfahrensfrage in manchen Punkten sich als reformbedürftig erwiesen hat, soll er baldmöglichst durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat ersetzt werden. Zu diesem Zwecke sind im Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium Referentenentwürfe unter Berücksichtigung der Vorentwürfe eines Unterausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates aufgestellt und durch Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt Nr. 40/41 vom 2. November 1925, Seite 486 ff nebst einer amtlichen Darstellung ihrer Grundzüge zur öffentlichen Diskussion gestellt worden.

Mit Rücksicht auf die hohe praktische Bedeutung, die dem Reichswirtschaftsrat innerhalb der gesetzgeberischen Körperschaften vor allem auch in den nächsten Jahren der endgültigen Ausgestaltung des neuen deutschen Wirtschafts- und Arbeitsrechtes zukommen wird, erscheint eine solche öffentliche Erörterung der vorliegenden Referentenentwürfe in weitem Maße dringend erforderlich.

Was zunächst die Grundfrage des ganzen Problems, nämlich die Frage anbelangt, ob überhaupt die Schaffung eines Reichswirtschaftsrates im Sinne des Artikels 165 der neuen Reichsverfassung zweckmäßig ist, oder ob nicht insbesondere die Rücksicht auf den Zwang zur größtmöglichen Sparsamkeit einen Verzicht auf eine solche Körperschaft rechtfertigt, so muß diese Frage meines Erachtens wohl unbedingt im Sinne der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung entschieden werden.

Richtig ist allerdings, daß zweifellos durch die Tätigkeit im Reichswirtschaftsrat zahlreiche und gerade die für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens bedeutendsten Wirtschaftsführer während nicht unerheblicher Zeit ihren eigentlichen Berufsaufgaben entzogen werden. Auch muß zugegeben werden, daß die Aufrechterhaltung des Reichswirtschaftsrates und des für ihn benötigten Verwaltungsapparates nicht unerhebliche Mittel beanspruchen wird.

Tatsächlich dürfte jedoch diese Anforderung an Führerkraft und Unterhaltungskosten nicht nutzlos bleiben. Durch die Zuspitzung des parlamentarischen Systemes auf vielfach allzu einseitige oder wenigstens übermäßig einseitig vertretene Parteiziele und Parteiforderungen droht die überaus große und ernste Gefahr, daß auch weiterhin bei der Ausgestaltung des Reichswirtschafts- und Sozialrechtes unter Zurückdrängung oder Nichtbeachtung wirtschaftlicher Notwendigkeiten politische Parteiziele und Parteitendenzen in wirtschaftshemmender Form den Ausschlag geben, und daß infolgedessen die deutsche Wirtschafts- und Arbeitsgesetzgebung nicht rechtzeitig wieder den Weg auf die feste Grundlage einer wirtschaftsfördernden und wirtschaftsnüchternen Realpolitik findet.

Zuzugeben ist zwar auch, daß auch die Erörterungen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat vielfach eine ungenügende Loslösung von einseitigen Parteitendenzen erkennen ließen. Dem steht aber gegenüber, daß unverkennbar die Beratungen und Beschlüsse im vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit Rücksicht auf die bessere Einfühlung der dort vertretenen Wirtschaftsführer in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf erheblich festerem Boden standen. Dieser Vorteil wird noch mehr in die Erscheinung treten, wenn bei einer zweckmäßigen Ausgestaltung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und bei einer besseren Regelung der Berufungsfrage noch mehr dafür gesorgt wird, daß der Reichswirtschaftsrat tatsächlich ein Gremium der hervorragendsten deutschen Wirtschaftskenner und Wirtschaftsführer wird.

In diesem Zusammenhange bleibt die weitere Vorfrage zu prüfen, ob die im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Hierarchie des Wirtschaftsparlamentes sich überhaupt noch als zweckmäßig und durchführbar erweist. Der Artikel 165, der einleitend bestimmt, daß Arbeiter, Angestellte und Unternehmer bzw. deren beiderseitige Organisationen dazu berufen sind, gleichberechtigt an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, sieht bekanntlich im Absatz 2 als Unterbau des Reichswirtschaftsrates neben den Betriebsarbeiterräten nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat vor. Diese Bezirksarbeiterräte sollen nach Absatz 3 des Artikels 165 der Reichsverfassung zur Erfüllung der



gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und „zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze“ mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten zusammentreten, welche so zu gestalten sind, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

In bewußter Abweichung von diesen Verfassungsgrundsätzen bestehen bisher lediglich die Betriebsvertretungen einerseits und der vorläufige Reichswirtschaftsrat andererseits und auch die jetzt vorliegenden Referentenentwürfe sehen eine selbständige Schaffung des Reichswirtschaftsrates aus dem Volks- und Wirtschaftsganzen heraus vor, ohne zunächst die Schaffung der Untergruppen, also der Bezirksarbeiterräte und der Bezirkswirtschaftsräte abzuwarten. Ganz abgesehen davon, daß vorläufig in weitesten deutschen Volks- und Wirtschaftskreisen und selbst in Gewerkschaftskreisen die Anschauungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der alsbaldigen Schaffung besonderer Bezirksarbeiterräte und Bezirkswirtschaftsräte noch erheblich auseinandergehen, ist die alsbaldige Schaffung eines Reichswirtschaftsrates schon deshalb notwendig, damit bei der bevorstehenden Ausgestaltung des deutschen Arbeits- und Wirtschaftsrechtes, zu der auch die Frage der Schaffung der Bezirksarbeiterräte und Bezirkswirtschaftsräte gehört, im Reichswirtschaftsrat eine Körperschaft mit bestgeeigneten Sachkennern vorhanden ist, um durch ihre Begutachtung und ihre fachkundige Mitarbeit eine zweckmäßige Ausgestaltung des Arbeits- und Wirtschaftsrechtes zu garantieren.

Was nun die Referentenentwürfe, wie sie im Reichsarbeitsblatte veröffentlicht sind, selbst anbelangt, so ist zunächst rein äußerlich zu bemerken, daß die beabsichtigte Trennung der den Reichswirtschaftsrat betreffenden Gesetzesbestimmungen in zwei besondere Gesetze und die getrennte Vorlage eines Referentenentwurfes zu einem Gesetzentwurf über den Reichswirtschaftsrat und eines Referentenentwurfes zu einem besonderen Gesetzentwurf zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat unzweckmäßig erscheint, weil dadurch die Materie nur unnützlich zersplittert und der Ueberblick sehr erschwert wird. Da wir ohnehin an einem Mangel an Einzelgesetzen nicht zu leiden haben, dürfte es unbedingt richtiger sein, die ganze Materie in einem einheitlichen Gesamtgesetze zu behandeln, zumal die Bestimmungen des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes über den Reichswirtschaftsrat fast restlos in dem Gesetzentwurf zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat wiederholt werden.

Die Abgrenzung des Aufgabengebietes des künftigen Reichswirtschaftsrates in den beiden Referentenentwürfen erscheint dagegen zweckmäßig und annehmbar. Nach den Entwürfen soll der künftige Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung, den Reichstag und den Reichsrat bei wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen zu beraten, solche Maßnahmen anzuregen, Untersuchungen auf diesen Gebieten vorzunehmen und die Reichsregierung bei der Durch-

führung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Maßnahmen zu unterstützen haben. Wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Reichsregierung soll auch ermächtigt sein, den Reichswirtschaftsrat schon bei den Vorarbeiten zu einem solchen Gesetzentwurf zu hören. Nach § 29 des Ausführungsentwurfes soll die Zuziehung des Reichswirtschaftsrates zu den Vorarbeiten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfen auch die Regel bilden. Bedenklich erscheint dagegen die Bestimmung des § 3 des Gesetzentwurfes, nach welcher die Vorlage eines Gesetzentwurfes an den Reichswirtschaftsrat unterbleiben kann, wenn der Reichswirtschaftsrat schon bei den Vorarbeiten zu einem solchen Entwurf gehört worden ist. Erfahrungsgemäß werden nämlich sehr häufig die Regierungsentwürfe noch im letzten Augenblicke vor der Einbringung in den Reichstag, wenn auch nicht in einzelnen so doch oft in grundlegenden Bestimmungen geändert und es erscheint nicht gerechtfertigt, dem Reichswirtschaftsrat das Recht der Begutachtung solcher nachträglichen Änderungen zu nehmen. Außerdem dürfte es viel wertvoller sein, wenn der Reichstag und der Reichsrat neben dem Regierungsentwurf ein zu dem endgültigen Gesamtentwurf vom Reichswirtschaftsrat aufgestelltes Gutachten erhalten, damit sie klar erkennen können, wie gerade die im Reichswirtschaftsrat vertretenen Wirtschaftsgruppen den praktischen Wert des Gesamtentwurfes und seiner Einzelbestimmungen beurteilen. Dies schließt natürlich die Zweckmäßigkeit einer Zuziehung des Reichswirtschaftsrates schon zu den Vorarbeiten des Regierungsentwurfes nicht aus, zumal ja durch eine rechtzeitige Zuziehung des Reichswirtschaftsrates leicht zu scharfe Gegensätze zwischen den Vorschlägen der Regierung und den Ansichten des Reichswirtschaftsrates vermieden werden können.

Der Reichswirtschaftsrat soll weiter das Recht haben, durch die Vollversammlung und die Ausschüsse wirtschaftspolitische und sozialpolitische Gesetzesvorlagen von grundlegender Bedeutung zu beantragen. Die Regierung soll verpflichtet sein, sie auch dann unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstage einzubringen, wenn sie ihnen nicht zustimmt. In diesem Falle soll die Vollversammlung oder der betreffende Ausschuß des Reichswirtschaftsrates berechtigt sein, die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstage vertreten zu lassen. Auch in allen anderen Fällen sollen die Reichsregierung, der Reichstag, der Reichsrat oder deren Ausschüsse verlangen können, daß die Vollversammlung oder der in Frage kommende Ausschuß des Reichswirtschaftsrates die abgegebenen Gutachten vor dem Reichstage, dem Reichsrat oder deren Ausschüssen mündlich erläutert.

Während der Reichswirtschaftsrat nach den jetzt geltenden Gesetzesbestimmungen 326 Mitglieder zählt, soll der künftige Reichswirtschaftsrat nur 126 ständige Mitglieder zählen. Da hierdurch der Kreis der Verbände und Wirtschaftsgruppen, die eigene ständige Vertreter in den Reichswirtschaftsrat entsenden können, eine recht wesentliche Einschränkung erfährt,



sollen die Vollversammlung und die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates berechtigt sein, zu einzelnen Beratungen und Beratungsgruppen sogenannte nicht ständige Vertreter hinzu zu berufen. Man wird dieser Entwurfstendenz an sich unbedingt zustimmen können, zumal durch die Beschränkung der Zahl der ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates die Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsgruppen im eigenen Interesse gezwungen werden, bei der Auswahl der in den Reichswirtschaftsrat zu entsendenden Vertreter größte Sorgfalt anzuwenden, sodaß der zahlenmäßigen Verringerung des Reichswirtschaftsrates zweifellos ein höherer wirtschaftlicher und sachmännischer Wert gegenüber stehen wird. Bei dieser Einschränkung der Zahl der ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und der dadurch bedingten Beschränkung des Ernennungsrechtes der einzelnen Wirtschaftsverbände wird es naturgemäß nicht ausbleiben, daß zahlreiche Verbände und Verbandsgruppen sich bei der vorgesehenen Verteilung des Ernennungsrechtes benachteiligt fühlen. Es wird daher sorgfältiger Abwägung der verschiedenen Interessengruppen und der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Gruppen bedürfen, um wenigstens allmählich eine möglichst weitgehend befriedigende Lösung der Zuteils- und Ernennungsfrage zu bilden. Als zweckmäßig dürfte sich nach dieser Richtung hin daher auch die Bestimmung des § 51 des Entwurfes zu den Ausführungsbestimmungen erweisen, in welchem es heißt, daß der Vorstand des Reichswirtschaftsrates alle sechs Jahre der Reichsregierung Vorschläge für eine Aenderung des Gesetzes zu unterbreiten hat und daß die Reichsregierung nach Anhörung des Reichsrates und mit Zustimmung eines Ausschusses des Reichstages durch Verordnung die Körperschaften, die nach dem Gesetz zur Benennung von ständigen Mitgliedern berechtigt sind, auf Grund der Vorschläge des Reichswirtschaftsrates anderweitig bestimmen oder die Zahl der von ihnen zu benennenden Mitglieder im Rahmen der für die Abteilungen durch das Gesetz vorgesehenen Mitgliederzahl ändern kann.

Zunächst sieht der Entwurf vor, daß die 126 ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sich auf vier Abteilungen wie folgt verteilen sollen: Auf die Abteilung I (Unternehmervertreter) 41 Mitglieder, auf die Abteilung II (Arbeitnehmervertreter) 41 Mitglieder, auf die Abteilung III (Vertreter der nicht privatwirtschaftlichen Zwecken dienenden Körperschaften) 14 Mitglieder, auf die Abteilung IV (von der Reichsregierung und dem Reichsrat ausgewählten Persönlichkeiten sowie Vertreter der Tagespresse) 30 Mitglieder.

Die Abteilung I soll in sechs Gruppen zerfallen, auf die die Unternehmervertreter wie folgt verteilt werden sollen:

Gruppe 1: 12 Vertreter der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Fischerei.

Gruppe 2: 12 Vertreter der Industrie, gemeinschaftlich von dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Reichsverbande der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu benennen.

Gruppe 3: 4 Vertreter des Handwerks, gemeinschaftlich von dem Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag und dem Reichsverbande des deutschen Handwerks zu benennen.

Gruppe 4: 5 Vertreter des Handels, und zwar: 3 Vertreter des Großhandels.

1 Vertreter des Einzelhandels.

1 Vertreter des Auslandsdeutschtums.

Gruppe 5: 4 Vertreter der Banken und des Privatversicherungswesens.

Gruppe 6: 4 Vertreter des Verkehrs.

Bezüglich der Abteilung II nimmt der Entwurf von der Verteilung der Gruppen Abstand. Er bestimmt lediglich, daß die 41 Vertreter der Arbeitnehmergemeinschaft von den allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbünden, dem allgemeinen freien Angestelltenbunde, dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverbande deutscher Angestelltengewerkschaften, dem Verbande der deutschen Gewerksvereine und dem Gewerkschaftsbunde der Angestellten zu benennen sind, und daß sich unter ihnen in angemessener Zahl Vertreter der Angestellten und zwar mindestens 2 Vertreter der Angestellten der Land- und Forstwirtschaft und ein Vertreter der Angestellten der Schifffahrt befinden müssen. Unter den Vertretern der Arbeiter müssen sich mindestens 7 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft und 3 Vertreter der Arbeiter des Transportgewerbes befinden. Diese Art der Berufung der Mitglieder für die Abteilung II scheint wenig glücklich und wird zweifellos Anlaß zu den größten Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten geben. Es wird jede Gewerkschaftsgruppe sich benachteiligt fühlen, weil sie nicht genügend vertreten zu sein behaupten wird, weil man es unterlassen hat, in angemessener Weise die Mitglieder auf die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen zu verteilen. Ersichtlich ist auch nicht, warum man gerade der Land- und Forstwirtschaft und dem Transportgewerbe eine bestimmte Mindestzahl von Vertretern garantiert, und warum man auf der anderen Seite bedeutsame Arbeitnehmergruppen, beispielsweise die Vereinigung der leitenden Angestellten ganz übergeht.

Die Abteilung III soll in 4 Gruppen zerfallen, von denen umfassen soll:

Gruppe 7: 6 Vertreter der Städte, der Landgemeinden und der Landkreise.

Gruppe 8: 3 Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten.

Gruppe 9: 2 Vertreter der Konsumgenossenschaften.

Gruppe 10: 3 Vertreter des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens.

Für die Abteilung IV sollen zunächst 14 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten vom Reichsrat ernannt werden, wobei Vertreter der Unternehmer- und Arbeitnehmerinteressen möglichst in gleicher Zahl zu ernennen sind. 14 weitere Persönlichkeiten, die durch



besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind, sollen von der Reichsregierung ernannt werden. Unter diesen sollen sich Vertreter der freien Berufe der Beamtenschaft, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft und der wirtschaftlichen und sozialen Rechtskunde in angemessener Zahl befinden. Die beiden letzten Vertreter sollen vom Verein Deutscher Zeitungsverleger bzw. vom Reichsverbande der deutschen Presse benannt werden.

Soweit dieselbe Körperschaft mehrere Vertreter zu benennen hat oder soweit von mehreren Körperschaften gemeinschaftlich mehrere Vertreter benannt werden, sollen dabei gemäß § 3 des Ausführungsentwurfes die verschiedenen Teile des Reichsgebietes angemessen berücksichtigt werden. Für die Benennung der Vertreter soll der Reichswirtschaftsminister eine bestimmte Frist setzen. Nach ergebnislosem Ablauf der gesetzten Frist soll er die nicht besetzten Stellen nach eigenem Ermessen aus den Kreisen der Beteiligten besetzen dürfen. Wichtig und neu ist, daß nach § 1 des Ausführungsentwurfes als Mitglieder des Reichswirtschaftsrates rechtswirksam nur solche Personen benannt werden können, die zum deutschen Reichstage wählbar sind, das 30. Lebensjahr vollendet haben und nicht durch Spruch des beim Reichswirtschaftsrate einzurichtenden Ehrengerichtes für dauernd unfähig erklärt worden sind, Mitglied des Reichswirtschaftsrates zu sein. Durch diese Bestimmung soll verhütet werden, daß Personen zum Reichswirtschaftsrate benannt werden, gegen deren Ernennung wegen ihres Alters oder wegen ihrer Betätigung Bedenken vorliegen.

Als nicht ständige Mitglieder können von dem Vorstande des Reichswirtschaftsrates Persönlichkeiten oder Vertreter von Verbänden berufen werden, die von den Abteilungen des Reichswirtschaftsrates oder von der Reichsregierung vorgeschlagen werden, oder die auf Aufforderung seitens der Abteilungen oder der Reichsregierung von den Verbänden vorgeschlagen worden sind. Die Reichsregierung bzw. die Abteilungen des Reichswirtschaftsrates sollen jedoch nur solche Verbände zum Vorschlag nicht ständiger Mitglieder auffordern, welche auch ein Bannungsrecht bezüglich der ständigen Vertreter im Reichswirtschaftsrate haben. Diese letztere Bestimmung scheint nicht voll begründet, zumal durch die Einräumung eines Vorschlagsrechtes bezüglich nicht ständiger Mitglieder solche Verbände einigermaßen entschädigt werden könnten, denen mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der ständigen Vertreter im Reichswirtschaftsrate ein Benennungsrecht nicht eingeräumt werden kann. Zweckmäßig ist die Bestimmung des § 8, die besagt, daß die Verbände bei der Benennung oder bei dem Vorschlag von ständigen oder nicht ständigen Vertretern nicht auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt sind.

Die ständigen Mitglieder werden für 6 Jahre einberufen. Alle zwei Jahre soll nach näherer Bestimmung der Geschäftsordnung ein Drittel der Mitglieder ausscheiden, und es soll die Benennung und Einberufung von Ersatzmitgliedern von denselben Stellen und in derselben Weise vorgenommen werden

wie die Bestellung der ersten Vertreter. Dasselbe soll bei vorzeitigem Ausscheiden einzelner ständiger Mitglieder mit der Maßgabe gelten, daß Ersatzmitglieder, die an Stelle eines vorzeitig ausgeschiedenen Mitgliedes in den Reichswirtschaftsrat eingetreten sind, ihre Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsrat in demselben Zeitpunkte verlieren, in welchem das vorzeitig ausgeschiedene Mitglied wegen Ablaufes seiner Benennungsperiode aus dem Reichswirtschaftsrate ordnungsmäßig ausgeschieden wäre.

Außerst bedenklich erscheint die Bestimmung des § 10, die besagt, daß die Reichsregierung die Einberufung eines ständigen Mitgliedes widerrufen kann, wenn eine Körperschaft, die das Mitglied benannt hat, es beantragt, oder wenn eine solche Körperschaft sich gespalten bzw. ganz oder teilweise mit einer anderen Körperschaft verschmolzen hat, oder wenn durch Austritt von Mitgliedern wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung eingetreten sind. Ein solches Widerrufsrecht steht meines Erachtens in Widerspruch zu dem Gesetzeszwecke, nach welchem der Reichswirtschaftsrat ein möglichst unparteiisches Gutachterkollegium im Interesse der Gesamtwirtschaft sein soll. Es steht außerdem im Widerspruch zu der Bestimmung des § 15 des Entwurfes, die ausdrücklich besagt, daß die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Vertreter der gesamten Wirtschaft des deutschen Volkes sein, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sein sollen. Auch ist die Bestimmung unvereinbar mit dem Absatz 2 des Entwurfes, nach welchem die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates wegen ihrer Abstimmung oder wegen der in Ausübung ihrer Mitgliedschaft geäußerten Äußerungen weder gerichtlich noch dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden dürfen. Die nicht ständige Mitgliedschaft soll endigen, sobald der Vorstand des Reichswirtschaftsrates dem Mitgliede die Mitteilung zustellt, daß der Verhandlungsgegenstand, zu dessen Beratung das betreffende Mitglied einberufen wurde, erledigt ist.

Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sollen berechtigt sein, über Personen, die ihnen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Tatsachen anvertrauen, oder denen sie in ihrer Eigenschaft Tatsachen anvertraut haben und über diese Tatsachen selbst das Zeugnis zu verweigern. Zur Teilnahme an den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates sollen Mitglieder, die Beamte oder Angehörige der Wehrmacht sind, keines Urlaubes bedürfen. Soweit die Mitglieder in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis als Angestellte oder Arbeiter stehen, sollen sie das Recht auf die zur Ausübung ihrer Mitgliedschaft erforderliche freie Zeit haben. Umgekehrt sollen die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sich jeder mißbräuchlichen Verwertung der infolge ihrer Mitgliedschaft zu ihrer Kenntnis gelangten Tatsachen, Maßnahmen und Pläne zu enthalten haben, und sie sollen verpflichtet sein, über vertrauliche Verhandlungen unbedingte Verschwiegenheit zu wahren. Mitglieder, welche die amtliche Schweigepflicht verletzen oder die in gewinnfuchtiger Absicht ihren Einfluß als Mitglied des Reichswirtschaftsrates mißbrauchen,



sollen durch Spruch des Ehrengerichtes ihrer Mitgliedschaft für verlustig erklärt werden können. Daneben soll das Ehrengericht auf dauernde Unfähigkeit zur Mitgliedschaft des Reichswirtschaftsrates sowie auf Veröffentlichung des Spruches erkennen können. Das Ehrengericht soll aus einem vom Präsidenten des Reichsgerichtes zu ernennenden richterlichen Beamten als Vorsitzenden und 4 Beisitzern bestehen, von denen jede Abteilung des Reichswirtschaftsrates einen bestimmt.

Die Organisation und Arbeitsweise des Reichswirtschaftsrates ist in folgender Weise vorgesehen:

Als Organe des Reichswirtschaftsrates sollen in Frage kommen: der Vorstand, die Abteilungen, die Ausschüsse und die Vollversammlung.

Der Vorstand soll aus neun ständigen Mitgliedern bestehen, die aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden wählen. Von den Mitgliedern des Vorstandes sollen je drei von der Abteilung I und II, ein Mitglied von der Abteilung III und zwei Mitglieder von der Abteilung IV auf je ein Jahr gewählt werden. Dieser Vorstand soll die Geschäftsordnung erlassen und über die für die Verwaltung des Reichswirtschaftsrates notwendigen laufenden Geschäfte beschließen, wobei die Geschäftsführung in der Hand des Vorsitzenden des Vorstandes liegen soll.

Jede der vier Abteilungen soll sich einen Abteilungs vorsitzenden wählen; außerdem sollen die Abteilungen ständige Mitglieder für die Ausschüsse auswählen und Vorschläge für die Einberufung von nicht ständigen Mitgliedern aufstellen. Für Beratungsgegenstände, welche die besonderen Interessen der freien Berufe berühren, oder bei denen die Mitarbeit von Vertretern dieser Berufe erforderlich erscheint, sollen diese Berufe bei den Vorschlägen für die Einberufung von nicht ständigen Mitgliedern besonders berücksichtigt werden.

Auf jeden Fall sollen durch den Vorstand des Reichswirtschaftsrates je ein sozialpolitischer, finanzpolitischer und wirtschaftspolitischer Ausschuß mit der Bezeichnung „Hauptausschuß“ bestellt werden. Diese Hauptausschüsse sollen 27 bis 30 Mitglieder und darunter mindestens 18 ständige Mitglieder, neun nicht ständige Mitglieder und auf Vorschlag der Reichsregierung eventuell weitere drei nicht ständige Mitglieder enthalten. Daneben können mit Zustimmung des Vorstandes und der Reichsregierung durch die Hauptausschüsse Sonderausschüsse für einzelne Aufgaben eingesetzt werden, welche bis zu 30 Mitglieder zählen dürfen.

Die Hauptausschüsse sollen zur Begutachtung der Vorlagen der Reichsregierung zuständig sein, soweit sie diese Aufgabe nicht einem Sonderausschuß übertragen.

Damit die gesetzgebenden Körperschaften auch ein Bild von den Ansichten der Minderheiten der Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates erhalten, sollen bei Gutachten der Haupt- und Sonderausschüsse des Reichswirtschaftsrates die Minderheit, der die Mehrheit der Vertreter einer Abteilung im Ausschuß oder mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Aus-

schusses angehört, berechtigt sein, Minderheitsgutachten abzugeben, die dann der Reichsregierung zusammen mit dem Mehrheitsgutachten zu übermitteln sind. In einem solchen Falle müssen die Mehrheits- und Minderheitsgutachten die Namen der Mitglieder enthalten, die für sie gestimmt haben. Auch auf Antrag eines einzelnen Vertreters einer Gruppe soll die Erstattung eines Minderheitsgutachtens zulässig sein, wenn vier Fünftel der Mitglieder der Gruppe des Antragstellers den Antrag unterstützen und wenn die Namen dieser Mitglieder seiner Gruppe unter dem Minderheitsgutachten angeführt werden.

Die vom Reichswirtschaftsrate bezw. seinen Ausschüssen abgegebenen Gutachten sollen von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstage zusammen mit den Gesetzentwürfen vorgelegt werden müssen. In eiligen Fällen soll die Reichsregierung allerdings berechtigt sein, die Gutachten des Reichswirtschaftsrates dem Reichsrat und dem Reichstage nachträglich vorzulegen. Die Hauptausschüsse sollen weiterhin befugt sein, Gesetzesvorlagen von grundlegender Bedeutung bei der Reichsregierung zu beantragen. Hierzu soll allerdings die Zustimmung des Vorstandes des Reichswirtschaftsrates erforderlich sein, wenn die Gesetzesvorlage oder die Anregung des Hauptausschusses nicht im Zusammenhange mit einer von der Reichsregierung zur Begutachtung überwiesenen Vorlage steht.

Weniger zweckmäßig als diese im Großen und Ganzen billigungswerten Geschäftsordnungsbestimmungen des Entwurfes ist die im § 34 vorgesehene Vorschrift, nach welcher in den Haupt- und Sonderausschüssen ein Vertreter der Reichsregierung ohne Stimmrecht den Vorsitz zu führen hat. Es dürfte dem Charakter des Reichswirtschaftsrates als eines sachverständigen Beraters der gesetzgebenden Körperschaften mehr entsprechen, wenn auch der Vorsitz in den Sonder- und Hauptausschüssen von einem Mitgliede des Reichswirtschaftsrates selbst geführt würde. Die Interessen der Reichsregierung an den Beratungen des Reichswirtschaftsrates sind bereits ausreichend dadurch sichergestellt, daß die Vertreter der Reichsregierung jederzeit Zutritt zu den Sitzungen des Vorstandes der Ausschüsse und der Vollversammlung haben, und daß sie auch jederzeit von den Ausschüssen auf Antrag zu hören sind.

Neben der Zuziehung der nicht ständigen Mitglieder, die nur bei dem Gegenstande stimmberechtigt sein sollen, zu dessen Beratung sie berufen sind, sollen die Haupt- und Sonderausschüsse berechtigt sein, Personen, die nicht Mitglieder des Ausschusses sind, wegen ihrer besonderen Sachkunde als Sachverständige zu hören. Auch soll die Regierung berechtigt sein, die Anhörung von Sachverständigen, die sie selbst vorgeschlagen hat, zu verlangen.

Nach § 38 des Ausführungsentwurfes sollen die Sitzungen der Haupt- und Sonderausschüsse nur dann öffentlich sein, wenn der Ausschuß mit zwei Drittel Mehrheit die Öffentlichkeit beschließt. Auf Antrag von zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder soll der Vorsitzende jedes Ausschusses verpflichtet sein, einzelne Sitzungen für vertraulich zu erklären. Wenn diese Bestimmungen noch verständlich erscheinen, um



im Interesse der Mehrheit der Mitglieder des betreffenden Ausschusses die Beratungen des Ausschusses vor unliebsamer Rücksichtnahme auf die Öffentlichkeit zu schützen, und um dadurch die Mitglieder zu möglichst unparteiischer Stellungnahme zu veranlassen, so erscheint es doch sehr bedenklich, daß der Vorsitzende jedes Haupt- oder Sonderausschusses, der nach den Entwurfsbestimmungen bekanntlich ein Vertreter der Reichsregierung ist, auch selbständig berechtigt sein soll, jede Sitzung für vertraulich zu erklären. Es besteht die Befürchtung, daß der Regierungsvertreter von diesem Rechte auch in solchen Fällen Gebrauch macht, in denen die Allgemeinheit ein besonders starkes Interesse an rechtzeitigem Bekanntwerden der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates und seiner einzelnen Mitglieder hat. Umso bedenklicher ist diese Bestimmung, als nach Absatz 3 des § 38 des Entwurfes die ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates an Sitzungen, die für vertraulich erklärt worden sind, auch nicht als Zuhörer teilnehmen dürfen, soweit sie nicht Vorsitzende des Vorstandes oder der Abteilungen sind.

Auf Verlangen der Reichsregierung oder auf Verlangen von zwei Drittel der ständigen Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und mit Zustimmung der Reichsregierung soll der Vorstand einen weiteren Ausschuß zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete bestellen dürfen. Dieser Ausschuß soll jeweils für die Untersuchung eines bestimmten Gebietes bestellt werden. Er soll jedoch nicht zum Zwecke der Untersuchung von Vorgängen bei einem einzelnen Unternehmen berufen werden können. Dagegen soll nach § 41 des Entwurfes der Vorsitzende des Ausschusses befugt sein, soweit die Untersuchung von einzelnen Vorgängen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete erforderlich ist,

1. von jedermann Auskunft über Tatsachen, die für die Beurteilung der zu erforschenden wirtschaftlichen Verhältnisse von Wichtigkeit sind, zu verlangen;
2. Betriebseinrichtungen und Räume, in denen Waren hergestellt, gelagert oder feilgehalten oder Leistungen vorgenommen werden, zu besichtigen oder zu untersuchen;
3. Unterlagen für die Bemessung von Preisen oder Vergütungen einzusehen.

Die unter Ziffer 1—3 aufgeführten Befugnisse sollen mit Zustimmung des Vorsitzenden des Ausschusses von dem Ausschuß oder einzelnen Mitgliedern oder auf Antrag des Vorsitzenden von der Reichsregierung durch einen Beauftragten ausgeübt werden können.

Auch in dem Ausschuß zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete soll ein Beauftragter der Reichsregierung den Vorsitz führen. Dieser Beauftragte soll in diesem Falle auch ein volles Stimmrecht besitzen. Gegen diese in Aussicht genommene Bevormundung des Reichswirtschaftsrates durch die Regierung müssen ebenfalls aus den bereits oben angegebenen Grün-

den Bedenken geltend gemacht werden. Unzweckmäßig erscheint auch die Bestimmung des § 45 des Entwurfes, nach welchem Berichte über die Verhandlungen des Ausschusses zur Untersuchung tatsächlicher Verhältnisse auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete und die von ihm getroffenen Feststellungen nur mit Zustimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden dürfen. Die Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft hat das lebhafteste Interesse daran, daß die Untersuchungen und Feststellungen des Reichswirtschaftsrates gerade dann bekanntgegeben werden, wenn die Reichsregierung eine solche Bekanntgabe nicht wünschen wird, weil der Reichswirtschaftsrat zur Feststellung einer ungünstigen Einwirkung bestimmter Geseze oder Regierungsmaßnahmen gekommen ist.

Zweckmäßig erscheint dagegen die Vorschrift des § 48 des Entwurfes, die dem Reichstage und seinen Ausschüssen das Recht gibt, Mitglieder des Reichstages zur Teilnahme an den Verhandlungen der Ausschüsse und den Vollversammlungen des Reichswirtschaftsrates teilnehmen zu lassen und sie zu bevollmächtigen, bei solchen Verhandlungen Fragen an die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates und an die Sachverständigen zu richten. Es dürfte die Verhandlungen im Reichstage recht günstig beeinflussen, wenn möglichst viele Mitglieder des Reichstages von dieser Ermächtigung Gebrauch machen und sich durch Teilnahme an den Verhandlungen des Reichswirtschaftsrates möglichst eingehend über die Ansichten der Wirtschaftssachverständigen informieren würden. Darin dürfte ein gewichtiges und vorteilhaftes Gegengewicht gegen die politische Gebundenheit der Abgeordneten liegen.

Vollversammlungen des Reichswirtschaftsrates, die aus sämtlichen ständigen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates bestehen, sollen nur auf Verlangen der Reichsregierung oder von 75 ständigen Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates mit Zustimmung des Vorstandes des Reichswirtschaftsrates zusammen treten können. Auch diese Bestimmung erscheint bedenklich. Zweckmäßig dürfte es jedenfalls sein, zum mindesten den Ausschüssen das Recht zu verleihen, in Fällen, in denen ihnen dies zweckmäßig erscheint, also insbesondere zur Erörterung besonders schwieriger Fragen eine Sitzung der Vollversammlung zu beantragen.

Zusammenfassend kann nach allem zu den vorliegenden Entwürfen gesagt werden, daß ihre Erhebung zum Gesetz nur dann der deutschen Wirtschaft Vorteile bringen und die wirtschafts- und sozialrechtliche Gesetzgebung günstig beeinflussen kann, wenn zunächst durch eine entsprechende Ausmerzuna seiner Mängel erreicht wird, daß der künftige Reichswirtschaftsrat ein wirklich unabhängiges und einflußreiches Sachverständigenkollegium wird, und daß seine Beratungen und Beschlüsse auch in ausreichendem Maße nicht nur zur Kenntnis der amtlichen Stellen sondern auch zur Kenntnis der Allgemeinheit gelangen. Außerdem erfordert das Interesse an einer übersichtlichen Gesetzgebung die Zusammenfassung der beiden vorliegenden Gesetzentwürfe zu einem einzigen möglichst einheitlichen und klar gefaßten Gesamtentwurfe.



## Aus der Geschichte des Kłodnikkanals.

Von Dr. Kurt Schroth, Berlin.

(Schluß)

### Betrieb der Schifffahrt.

Nachdem anfangs die Befahrung des Kłodnik-Kanals bis Gleiwitz von der K. & D. K. mit Oboerfähnen vorgesehen war, sah man, noch ehe es zu einer Verschiffung kam, aus „gegründeten Ursachen“ davon ab und richtete die Kanalschifffahrt auf eigens dazu erbauten Fahrzeugen und Kohlenbooten ein, und hatte eine Zeitlang dabei die Absicht, diesen Schiffsgefäßen die Form der auf der Przemsja gebräuchlichen flachen Galeeren zu geben; nach angestellten Prüfungen und Versuchen fand man sie aber zum Gebrauche auf dem Kłodnik-Kanal für ungeeignet. Man baute zwei Typen:

1. Zum Transport von Kohlen und anderen schweren Artikeln von kleinerem Kaliber kleine Boote, welche bis 30 Räder gingen; sie waren 20 Fuß lang, 6½ breit und 4 tief und faßten 200 Scheffel.

2. Zum Transport von langen und großen, aber leichten Artikeln längere Boote; sie waren 50 Fuß lang, 6½ breit und 4 tief.

1804 waren von solchen Booten 36 vorhanden, wobei die größere Anzahl wohl solche der ersten Gattung waren.

Das Kanalreglement vom 4. August 1812 erlaubte in § 1 die Befahrung des Kłodnik-Kanals von der Ober bis an die Schleuse XVI bei Brzeźnik mit oberchlesischen Oboerfähnen, von da bis Gleiwitz mit Booten der unter Nr. 2 angegebenen Abmessungen mit einer Tragfähigkeit von 200 Ztr. und auf der dritten Etappe von Gleiwitz bis Zabrze mit Booten der unter Nr. 1 angegebenen Größe mit einer Tragfähigkeit von 75 Ztr.

Schon bald aber hatte man erkannt, daß eine Schifffahrt mit dergleichen Booten, die eine kostspielige und zeitraubende Umladung aller Güter in Kosel verlangte, wenig lohnend und vorteilhaft sei. Man ging deshalb dazu über, die 18 Schleusen, an denen es lag, daß Rähne größerer Dimensionen auf den Kanal nicht verkehren konnten, zu erweitern; im Jahre 1823 waren die Erweiterungsarbeiten bei allen Schleusen vollendet und von Kosel bis Gleiwitz konnten fortan Oboerfähne den Kanal befahren: Die Bedeutung des Kanals war durch diese Vornahme ungeheuer gestiegen.

Oboerfähne mit Abmessungen von 106 Fuß Länge (ohne Steuerruder) und einer Breite von 12½ Fuß mit einer Tragfähigkeit von 1000—1200 Ztr.<sup>1)</sup> konnten jetzt ohne Umladung von Breslau bis Gleiwitz und umgekehrt fahren, wobei sie zu jeder Zeit bei einem Tiefgange von 18 Zoll flottkommen konnten.

Wie es sich schon im Laufe der Ausführungen gezeigt hat, sollten Menschen und Pferde benutzt werden, um die Boote auf dem Kanal fortzubringen; zwei Fahrzeuge wurden dabei zusammen von einem Schiffer als Steuermann besorgt und passierten zusammen auch die Schleusen; in zwei Tagen hoffte man die Strecke Kosel-Laband und zurück zurückzulegen.<sup>2)</sup>

### Abgaben und Frachten.

Die weitaus meiste Beachtung verdienen die Abgaben und Frachten, welche bei Benutzung und Verschiffung auf dem Kłodnik-Kanal gezahlt werden mußten; war doch neben anderen wichtigen Zwecken Hauptzweck des Kanals, die Unmöglichkeit des Landtransports der Kohle zur Ober, verursacht neben anderen Hindernissen hauptsächlich durch die zu hohen Anfuhrkosten, zu beseitigen; konnte eine Ermäßigung der Anfuhrkosten durch den Kanal nicht erreicht wer-

den, so hatte er seine Aufgabe vollkommen verfehlt. Die K. & D. K. hat dies auch bald erkannt.

Für 2½ Sgr. pro Schffl. glaubte sie bei Beginn der Schifffahrt den Transport, das Ein- und Ausladen der Kohlen in und aus den Kanalschiffen, überhaupt das ganze Expeditions-Tractement ausführen zu können. Und in der Tat wurde auch dieser Satz im allgemeinen beibehalten. In dem schon erwähnten Etatsprojekt der Hauptholzhofadministration für das Jahr 1806/07 waren die Kanalgefälle mit 2 Sgr. pro Schffl., bei Privaten allerdings mit 3 Sgr. pro Schffl. festgesetzt, wobei aber auch in Wirklichkeit diese letzte Erhöhung vorläufig fallen gelassen werden sollte.<sup>1)</sup>

Das Oberbergamt zahlte z. B. für die Verfrachtung seiner Kohlen an:

1. eigentlichen Kanalgefällen, Frachten, Schlußengelbern usw. für jeden Scheffel Steinkohlen 2 Gr. 4½ Pfg., für jeden Scheffel Koks, weil sie leichter sind, nur 1 Sgr. 4½ Pfg.

2. Expeditionsgebühren:

a) bei der Expeditionschleuse Nr. 18 bei der Gleiwitzer Niederlage für jeden Schffl. Steinkohlen oder Koks ¼ Pfg.,

b) bei der Expeditionschleuse Nr. I in Kosel denselben Preis; an Expeditionsgebühren zusammen also 1½ Pfg.<sup>2)</sup>

1) Erst später, wenn der Kanal bis nach Gleiwitz fertig sein wird, sollten 3 Sgr. erhoben werden. Im Jahre 1805 z. B. war an Prommiß der Auftrag ergangen, die Kohlen, welche auf Rechnung des D. B. A. verschifft werden, mit Gebühren von 3 Sgr. zu belegen.

2) Das D. B. A. war vom Berghauptmann Gerhard aufgefordert worden, wegen der Angelegenheit der Expedition auf dem Kłodnik-Kanal, „die gegenwärtig so unverhältnismäßig teuer bezahlt werden muß“, Untersuchungen in dieser Hinsicht anzustellen. Nach Erledigung verschiedener anderer Fragen folgen dann in diesem Berichte interessante Ausführungen über die Kosten der Expedition, welche wir teilweise wiedergeben wollen:

„Nach unserem Ermessen kann der Ausdruck „unverhältnismäßig teuer“ sich nur als Gegensatz auf ein anderes Verhältnis beziehen und dieses kann nur entweder die Landfracht oder die sonst übliche Wasserfracht sein.“ Nach Angabe der obigen Frachtsätze, welche auch die Verfrachtung des Eisens berücksichtigen (eigentliche Kanalgefälle usw. wie bei den Kohlen, Expeditionsgebühren zusammen 6½ Pfg.), folgt dann ein anschaulicher Vergleich der Verschiffung auf dem Kłodnik-Kanal mit der Landanfuhr und der Verfrachtung auf der Oder.

Nach dieser Darstellung (der obigen Frachtsätze) müssen wir die nötige Erläuterung über die Landfrachten geben (es ist das zugleich auch eine Ergänzung unserer Ausführungen über den Landstraßenverkehr) und dabei die Entfernung von Gleiwitz bis Kosel zum Anhalt nehmen, als worauf es eigentlich ankommt, denn das Roh-eisen, welches von der Königshütte nach Kosel gehen sollte, mußte ebenfalls über Gleiwitz gehen und da die Kanalfracht bis Kosel jetzt bei Gleiwitz anfängt, so muß man bloß die Landfracht von Gleiwitz bis Kosel als eine Basis zur Vergleichung mit der Wasserfracht nehmen. Wir haben bereits oben bemerkt, daß an den Steinkohlen-transport von Zabrze oder den umliegenden Gruben nach Kosel ganz und gar nicht zu denken ist, weil die Unmöglichkeit in Abicht des Fuhrweises und der Kosten dagegen streift. Es kann daher nur der Eisenlandtransport in Betracht gezogen werden. (Hierzu möchten wir anführen, daß die Landfracht bei einem Transport von 600 Schffl. Kohlen im Jahre 1771 von Emanuelstegengrube bis nach Ratibor pro Schffl. 8 Sgr. 13½ Pfg. betrug, also ungefähr beinahe das 4fache des Wassertransports.)

Schon der Landtransport des Roheisens von der Königshütte bis zur Niederlage bei Gleiwitz auf eine Entfernung von 3½ Meilen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, und er muß durch gute Sommerwege, durch vorzügliche Schlittenbahnen und ansehnliche Futtervorräte begünstigt werden, wenn anders er stattfinden soll und wenn man erträgliche Fuhrpreise bewirken will.

Gesetzt nun es träten alle günstigen Umstände zusammen, fester Sommerweg, gute Schlittenbahn, hinreichendes Futter und die nötige Anzahl von Fuhrern, so würde man auf die sechs Meilen 3 Gr. 9½ Pfg. zahlen müssen. Aber schwerlich wird man für diesen Preis Fuhrern bekommen, da für den oberchlesischen Bauer diese Entfernung schon groß ist. Es ist also: die Landfracht zirka 4 Gr., die Kanalfracht zirka 2 Gr. 4½ Pfg., also billiger um 1 Gr. 7½ Pfg. Ohne den Kanal könnte man auf oberchlesische Steinkohlen gar nicht rechnen.

1) Das war das Maß der Schiffsgefäße, wie es im Jahre 1834 die Regierung in Oppeln zur Festsetzung in Antrag gebracht hatte; zum großen Nachteil des Kanals und Schiffsverkehrs waren größere Rähne (111 Fuß lang, 12 Fuß 7½ Zoll breit, 4 Fuß 7 Zoll tief mit einem Ladegewicht von 1400 bis 1500 Zentner bei einem Tiefgang von 3 Fuß 10 Zoll) hinaufgekommen; sie fanden nur zu häufig ein schlechtes Fortkommen; ihr Durchschleusen war sehr beschwerlich (die Steuerpuder mußten abgenommen werden), oft blieben sie auf den Untiefen des Kanals sitzen. Zu einer amtlichen Festsetzung der oben erwähnten Maße kam es allerdings nicht.

2) Was das Ziehen der Rähne mit Pferden anbetrifft, so scheint man das damals nicht eingeführt zu haben; im Jahre 1857 scheint man den ersten Versuch gemacht zu haben, und zwar auch nur auf einer Teilstrecke.



Das Kanal-Reglement vom 4. August 1812<sup>1)</sup> brachte gleichfalls auch neue Tariffestsetzungen mit sich:

1. Für einen Grubenscheffel Steinkohlen oder Koks, welche auf Schiffsgefäßen, die 50 bis 100 Fuß lang waren, den Kanal von Gleiwitz bis Schleuse Nr. 1 durch 18 Schiffschleusen sechs Meilen lang an die Oder mit voller Ladung befuhren, verfrachtet wurden, mußte für jede Schleuse 1 $\frac{1}{2}$  Pfg. gezahlt werden;

2. Ladungen auf Kanalbooten, mit welchen der Kanal von Gleiwitz bis Zabrze 1 $\frac{1}{4}$  Meile lang befahren wurde, und die wegen der Maschineneinrichtung der auf diesem Kanal-Duft befindlichen Rollbrücken nur 20 bis höchstens 27 Fuß lang sein dürfen, bezahlten nachstehende Gefälle:

a) von der Niederlage bei Zabrze über eine Rollbrücke bis oberhalb der zweiten Rollbrücke zur Glewitzer Eisengießerei pro Grubenscheffel Steinkohlen oder Koks 3 $\frac{1}{2}$  Pfg.;

b) von der Niederlage bei Zabrze über beide Rollbrücken bis zur Niederlage bei Gleiwitz pro Grubenscheffel Steinkohlen 6 Pfg.

3. Für ein Schiff oder Kanal-Fahrzeug, welches auf einem Kanal-Duft zwischen einer oder der anderen Schleuse mit Ladungen fährt, ohne eine Schiffschleuse zu passieren, bezahlte man 1 Rthlr. für jede Tour hin und zurück.

4. Für 20 Schffl. Steinkohlen, welche auf einem Lagerplatz höchstens 6 Monate aufbewahrt bleiben, würden an Niederlagskosten bezahlt 1 Sgr.

5. Für die Benutzung des Treidelsteiges mit Pferden wurden entrichtet:

a) für jedes Zugpferd von Zabrze bis Gleiwitz oder zurück vor einem beladenen Gefäß 6 Pfg.,

b) für jedes Zugpferd von Gleiwitz bis Schleuse Nr. 1 oder zurück vor einem beladenen Gefäß 1 Sgr. 6 Pfg.;

c) für Pferde, welche leer gingen und vor ledigen Gefäßen wurde nur die Hälfte bezahlt.

An Fracht- und Mietkosten mit den dazu erforderlichen Schiffsgefäßen und Riehleuten, inkl. Ein- und Ausladen waren für einen Scheffel Steinkohlen oder Koks zu entrichten:

1. Von Zabrze über eine Rollbrücke bis zu der Glewitzer Eisengießerei 3 $\frac{3}{4}$  Pfg.;

2. Von Zabrze über beide Rollbrücken bis zur Glewitzer Niederlage 4 Pfg.;

3. vom Gleiwitz bis Schleuse Nr. 1 7 $\frac{1}{2}$  Pfg.;

4. auf kürzere Distanzen pro Kanal-Duft von einer Schleuse bis zur anderen  $\frac{1}{2}$  Pfg.

Die Abgaben nach diesem Tarif waren, wie damals üblich, auf die Steinkohlen selbst, als Warenzölle also, gelegt; im allgemeinen kann behauptet werden, daß sie ziemlich hoch waren.

Die schon erwähnte Umwandlung der Warenzölle in fogen. Schiffsgelber (11. Juni 1816) erforderte auch eine Abänderung des bisherigen Tarifes. Durch das „Regulativ und Tarif zur Entrichtung der Schiffschleusen- und Niederlagegelder am Kłodnik-Kanal für die Kanalstrecke von Gleiwitz bis Kōsel vom 21. Dezember 1819“ wurde mit Aufhebung des alten Tarifes bestimmt, daß ein Schleusenöffnungsgeld dergestalt entrichtet werden solle, daß für die Oeffnung einer jeden Schleuse, die Schiffsgefäße mögen beladen sein oder nicht, 16 gute Groschen gezahlt werden mußten. Für das Kanalbefahren ohne Schleusenbenutzung wurde nichts entrichtet; gleichfalls fiel das Leinpfad- und Treidelstiegsgeld weg.

Brachten auch diese Bestimmungen Einfachheit in den Betrieb des Kanals, so führten sie im allgemeinen eine Er-

Wasserfracht: Von Oppeln bis Breslau auf 12 Meilen hat man nur 2 $\frac{1}{2}$  Sgr. und von Cosel bis Breslau auf 22 Meilen nur 2 $\frac{3}{4}$  bis 3 Sgr. an Wasserfracht pro Zentner Roheisen zu bezahlen, wogegen dann freilich die Wasserfracht auf die kurze Kanalstrecke von 6 Meilen zu 2 Sgr. 4 $\frac{1}{2}$  Pfg. sehr hoch erscheinen muß. Wenn man aber erwägt, daß die kleinen Kanalfahrzeuge nur etwa 100 Zentner fassen, dagegen aber ein Overtahn 300 bis 500 Ztr., je nachdem der Wasserstand ist, besonders aber, daß sich auf der kurzen Entfernung 18 Schleusen befinden und daß die Kanalboote durch Pferde und Menschen gezogen werden müssen, so wird man die Kanalgefälle nicht allzu hoch finden.

1) Wir geben dabei natürlich nur die den Versand von Steinkohlen betreffenden Bestimmungen an.

niedrigung der Abgaben nicht herbei. Dies trat erst im Jahre 1836 ein durch die allerhöchste Kabinettsorder vom 25. 2. 1836 „Die Abänderung des Regulativs vom 21. Dez. 1819 wegen der Abgaben für Benutzung des Kłodnik-Kanals betr.“ Motiviert war die Ermäßigung damit, daß die erfolgte Tilgung der Bauschulden des Kłodnik-Kanals eine solche zulasse und daß vor allem aber der Verkehr nach der Oder mit Steinkohlen und anderen Gegenständen von großer Masse bei verhältnismäßig geringem Wert eine Erleichterung der Abgaben bedürfe.

§ 1 bestimmte:

Für unbeladene Rähne soll nicht mehr, wie der § 1 des Regulativs vom Jahre 1819 bestimmte, die Abgabe für jede Schleusenöffnung 20 Sgr. (16 gute Gr.), sondern nur 7 Sgr. 6 Pfg. sein.

§ 2. Von Rähnen, die mit Steinkohlen oder Koks oder anderem Feuerungsmaterial beladen sind und die alle 18 Schleusen des Kanals passieren, soll die Abgabe wie von ungeladenen Rähnen erhoben werden.

Es war dies eine bedeutende Ermäßigung; um beinahe den dritten Teil der früheren Kosten konnten die Steinkohlen auf der ganzen Länge des Kanals befördert werden; für den Absatz nach Kōsel und die weitere Verschiffung auf der Oder waren diese Bestimmungen von weitgehender Bedeutung.

Um den am Kanal oeleanen Kohle verbrauchenden Werken den Gebrauch der Kohlen vorteilhafter zu gestalten, gewährte dann eine Allerhöchste Kabinettsorder vom 30. Mai 1840 bei der Benutzung des Kanals den Steinkohlen und Koks eine weitere Erleichterung, indem sie bestimmte, daß von solchen Rähnen, die sieben oder mehr Schleusen passierten, in allen Fällen nur eine Gesamtabgabe von 4 Thlr. 15 Sgr. zu erheben sei.

### Bedeutung des Kłodnik-Kanals.

Ueber den Zweck des Kanals haben wir im Laufe der bisherigen Ausführungen die Hauptsache erfahren: haben wir auch gesehen, daß er allsamen den gehegten Hoffnungen nicht entsprach und weit hinter den Erwartungen zurückblieb, indem einmal die Hilfsmittel der Schiffsahrtstechnik für den Massentransport doch noch nicht entwickelt genug waren, und indem zum anderen Male nur mit großen Schwierigkeiten und zu hohen Preisen erhalten werden konnten, um die Anfuhr der Steinkohlen von den Gruben bis zum Kanal zu bewerkstelligen, so muß doch ohne weiteres zugegeben werden, daß der Kanal für den Steinkohlenablaß Oberschlesiens in der verkehrslosen Zeit von großer Bedeutung war. Nur durch ihn allein war überhaupt eine Versendung nach außerhalb des engeren Industriegebietes nach den Verbrauchsstätten längs des Kanals und dann weiter längs der Oder hauptsächlich bis Breslau zur Möglichkeit geworden.<sup>1)</sup> Kriegs- und Domänen-Kammer und Bergbehörden, mit Hohn und Reden an der Spitze, taten denn auch ihr Möglichstes, um „den bei der Projektierung der Kłodnik-Kanal-Anlage geübten Endzweck, sowohl dem hiesigen (Breslau) als dem Berlinerischen Publico wohlfeilere Kohlen zu verschaffen“, zu erreichen.

Durch Maßnahmen, wie z. B. die folgende, wo die zum Kłodnik-Kanal-Debit bestimmten Steinkohlen von einer im Jahre 1806 eingetretenen Preiserhöhung nicht getroffen wurden, suchte man den Absatz auf diesem Verkehrswege zu fördern und seine Bedeutung zu heben. „Ich werde zur Beförderung des mit der Kłodnik-Kanal-Anlage beabsichtigten Hauptzwecks (soweit mein Wirkungskreis es irgend vermag), beitragen und zu dem Ende den Betrieb und Haushalt der Kōl. Steinkohlenförderung bei Zabrze, welche den größten Teil des auf dem Kanal zu verschiffenden Kohlenquantums liefern wird, aufs zweckmäßigste und so disponieren, daß die bisherigen Kohlenpreise, womöglich nicht und nur in dringenden Fällen, erhöht werden sollen,“ so schrieb z. B. Reden am 20. März 1806 an Hohn.

1) „... daß daraus 9032 Rthlr. 15 Sgr. gelöst werden, ist weniger bemerkenswert, als daß in diesen Gegenden bei Cosel und Krappitz ohne den Kanal, folglich Erleichterung des Transportes nie eine Anwendung der Steinkohlen stattgefunden haben würde, wie wir auch ebenso sicher behaupten, daß nie oberschlesische Steinkohlen nach Niederschlesien oder Berlin oder Stettin hätten gelangen können, wenn der Kanal nicht vorhanden wäre,“ so schrieb das D. V. A. an die Berghauptmannschaft am 11. März 1811.



Als daher auch im Jahre 1802 der Kanal bis nach Brzeźń an Schleuse 14 „in einige Nähe der Kohlengruben“ gebracht worden war und von da auch schon schiffbar war, suchte bald das D. B. A. mit der Verschiffung zu beginnen. Das im folgenden Jahre hereinbrechende Unwetter vereitelte diese Absichten und erst im Jahre 1804 trat das D. B. A. mit seinem Wunsche wieder vor, einen Versuch mit Verschiffung von 10 000 Scheffeln ober-schlesischer Steinkohlen auf dem Kłodniz-Kanal nach der Mark vorzunehmen; der Kanal war in der Zwischenzeit von Laband aus, bei Schleuse 16, schiffbar geworden. Von hier aus fand dann auch bis zu seiner endgültigen Herstellung von einem 300 000 Scheffel fassenden Niederlagsplatz die Verfrachtung aller Produkte statt. Im Frühjahr 1805 sollte die Verschiffung allgemein beginnen und mit 15 000 Scheffeln Steinkohlen von Seiten der K. & D. K. ein erster Versuch gemacht werden, und so waren auch zu Beginn dieses Jahres bei Laband für Kgl. Rechnung (K. & D. K.) 8000 Schffl. Klein- und 2000 Schffl. Steinkohlen, angefahren, während das D. B. A. für eigene Rechnung 8000 Schffl. kleine Kohlen zum Versand bereit hatte.

Ueber die Verschiffung von Kohlen in den folgenden Jahren ist folgendes anzugeben:<sup>1)</sup>

In Betracht kamen hauptsächlich hierbei nur das D. B. A. und die K. & D. K., wobei das erstere eine größere Rolle spielte.

Oberbergamtlicherseits war der Kanal also von 1805 benutzt worden. In 6 Jahren von 1805 bis Ende 1810 waren von ihm 110 013 Scheffel Steinkohlen auf dem Kłodniz-Kanal

1) Leider hat aus dem vorhandenen Aktenmaterial die Versandstatistik auf dem Kłodniz-Kanal nur bis zu den Jahren 1809/10 entnommen werden können. Ueber die folgenden Jahre liegt Material nicht vor.

verfrachtet worden, wobei die Versendung am schwächsten in dem Kriegsjahre 1807 (nur 400 Scheffel Steinkohlen) und am lebhaftesten im Jahre 1810 waren, wo 36 350 Scheffel den Kanal passierten.

Für Kgl. Rechnung wurden versandt:

	Scheffel		Geldbetrag	
	große	kleine		
	Kohlen			
1804/05	2 428½	7267	1662 Rthlr.	18 Sgr.
1805/06	13 485½	1571	3455	3 "
1806/07	20 799½	2204	3976	6 "
1807/08	192½	—	320	15 "
	für die Breslauer Niederlage.			
1806/07	5 961½	—	1159	6 "
1807/08	6 050½	—	1104	9 "
	für die Brieger Niederlage.			

In den folgenden Jahren nahm natürlich der Versand zu;<sup>2)</sup> und in die zwanziger Jahren fiel dann die Blüte der Kłodniz-Kanal-Schiffahrt überhaupt. In den letzten Jahren wurden auf dem Kłodniz-Kanal versandt:<sup>2)</sup>

Jahr	Stück = Kohlen Tonnen	Schmiede-Würfel- kleine	Zusammen
1842	25 100	1909	27 009
1843	—	—	48 273½
1844	62 385	373	62 758
1845	52 601	4314	56 915

Der Grund für die niedrige Versandziffer im Jahre 1842 lag darin, daß der Kanal wegen Schleusenreparaturen zeitweilig gesperrt war.

1) Ende Februar 1811 lagen z. B. schon 61 516 Schffl. Steinkohlen bei Gleiwitz zur Versendung bereit.

2) Im Jahre 1857 waren z. B. 79 233 Tonnen auf dem Kanal von Gleiwitz aus verschifft worden, wovon innerhalb des Kanals 62 770 Tonnen abgingen und 16 463 Tonnen zur Weiterversendung auf der Oder gelangten.

## Wirtschaftsberichte

### Der west-ober-schlesische Steinkohlenmarkt im Januar-Februar 1926.

Die Gesamtförderung betrug im Januar bei 24 Arbeitstagen 1458 785 t, mithin förderfähig 60 783 t. Die durchschnittliche Tagesleistung ist also gegenüber Dezember mit 1 397 702 t bzw. 60 770 t bei 23 Arbeitstagen nahezu unverändert geblieben. Es hat sich jedoch in der zweiten Januar-Hälfte ein allmähliches Nachlassen der Tagesförderung bemerkbar gemacht, das auch in der ersten Februar-Hälfte weiter anhält. Zur Zeit liegt der förderfähige Durchschnitt etwa bei 57 000 t. Der Grund für die Verringerung der Förderung liegt in der wesentlichen Verschlechterung des Abfahes.

Im Januar belief sich der Gesamtabsatz noch auf 1 374 071 t gegen 1 311 239 t im Dezember. Die Nachfrage war in der ersten Januar-Hälfte, abgesehen von Staubkohle, in allen Sortimenten gut, ließ aber in der zweiten Monatshälfte besonders bei den Industriosortimenten stark nach. Die Lieferungen von Grobkohle (Stückkohle) an die Reichsbahn, die zeitweise unter normal gewesen waren, konnten erhöht werden, da die großen Vorräte der Reichsbahn, die im Herbst vorlagen, sich verringert haben.

Auch bei der Ausfuhr ist eine geringe Zunahme von rund 72 500 t im Dezember auf rund 86 000 t im Januar zu verzeichnen.

Die Verschlechterung des Inlandsabfahes ist einmal auf die milde Witterung zurückzuführen, wodurch der Bedarf an Hausbrandkohle zurückgegangen ist, und zum andern auch auf das Ruhen des Schiffsverkehrs auf der Oder. Viele am Wasser gelegenen Verbraucher, die sich rechtzeitig genügend eingedeckt hatten, warten den Beginn der neuen Schiffsverkehrsperiode ab, da die Differenz zwischen Bahn- und Wasserfracht nicht unbedeutend ist; sie schwankt z. B. bei Verfrachtungen nach Berlin zwischen 3 und 4 M für die Tonne.

In der ersten Februar-Hälfte hat sich die Abablage weiter verschlechtert; daraus erklärt sich der Rückgang der

Förderung und die Zunahme der Halbenbestände. Diese sind von 11 577 t Ende Dezember auf 22 841 t Ende Januar und rund 40 000 t Mitte Februar gestiegen.

Die scharfe Konkurrenz besteht unvermindert fort. Die Einfuhr aus England ist zwar etwas zurückgegangen, dafür ist jedoch die westfälische und sächsische Kohle stärker hervorgetreten. Besonders Westfalen versucht Oberschlesien aus Mecklenburg, Pommern und Ostpreußen zu verdrängen. Auch die Klagen über gelbliche Verluste infolge außerordentlich unpünktlicher Zahlungsengänge wollen nicht verstummen.

Der Koksmarkt blieb weiter ungünstig. Produziert wurden im Januar 93 819 t bzw. arbeitstäglich 3026 t gegen 91 237 t bzw. 2947 t im Dezember bei je 31 Arbeitstagen. Der Absatz, der im Dezember 103 109 t betrug, stellte sich im Januar auf 102 752 t. Die Halbenbestände sind etwas zurückgegangen, betrugen aber Ende Januar immer noch 123 623 t. Auch im Februar ist bisher keine Besserung eingetreten, noch zu erwarten, da der Hauptabnehmer von Koks, die Eisenindustrie, infolge der katastrophalen Lage des Metallmarktes von Tag zu Tag zu weiteren Betriebseinschränkungen gezwungen wird.

Bei Bricketts war die Lage im Januar unverändert. Die Produktion betrug bei 24 Arbeitstagen 43 215 t bzw. arbeitstäglich 1801 t gegen 43 090 t bzw. 1873 t im Vormonat bei 23 Arbeitstagen. Abgesetzt wurden 43 115 t (Dezember = 42 859 t).

In den Pöhlen sind Verringerungen nicht eingetreten. Eine neue Belastung droht dem Bergbau jedoch von der Versicherungsseite her. Die zur Zeit im Ausschuss des Reichstages in Beratung stehende Knappschafftsnovelle, welche nach dem Willen der Regierung dem Bergbau eine Ermäßigung der sozialen Lasten bringen sollte, dürfte nach den verschiedenen „Verbesserungen“ im Reichswirtschaftsrat und Reichstagsausschuss das Gegenteil, nämlich eine ganz wesentliche weitere Belastung nach sich ziehen.



## Die Mechanisierung des oberschlesischen Bergbaues.

Ebenso oft wie dem Bergbau der unberechtigte Vorwurf gemacht wird, daß er in der Inflationszeit seine Anlagen zu sehr erweitert und ausgebaut hätte und hieraus die gegenwärtigen Schwierigkeiten folgten, wird umgekehrt mit der gleichen Ueberzeugungstreue behauptet, daß der Bergbau rückständig wäre und nicht genügend Geldmittel zur Mechanisierung und Verbesserung der maschinellen Einrichtungen aufgewendet würden. Es dürfte deshalb von Interesse sein, durch zahlenmäßige Feststellungen sich ein Bild darüber zu verschaffen, in welchem Umfange tatsächlich an die Stelle der Menschenkraft heute schon die Maschinenkraft getreten ist. Diese Betrachtung ist von besonderem Interesse auch mit Rücksicht darauf, daß die sogenannte Förderleistung im Bergbau ohne Rücksicht auf den Grad der Mechanisierung auf die Fördermenge je Kopf und Schicht der Belegschaft bezogen wird. Tatsächlich ist dies eine sehr rohe Berechnung, welche die Art des Vorkommens wie auch die maschinelle Einrichtung der Grube nicht berücksichtigt. Will man das Verhältnis der Förderleistung je Mann und Schicht in den einzelnen Jahren, insbesondere in der Vorkriegszeit und in der Gegenwart miteinander vergleichen, so müßte man eigentlich den inzwischen erfolgten Ausbau der maschinellen Einrichtungen, sei es nach der Kraftmenge, sei es nach den geldlichen Kosten mit berücksichtigen. Derartige Berechnungen lassen sich für ein ganzes Revier allerdings leider kaum anstellen, weil stets so viele besondere Momente und Einzelheiten zu berücksichtigen sind, daß derartigen Berechnungen eine durchschlagende Beweisraft kaum inneohnt, wenn sie auch gewisse Anhaltspunkte für die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse geben. Auf jeden Fall ist aber festzustellen, daß nicht jede Leistungssteigerung durch erhöhte Anforderungen an die Arbeitskraft des Bergmanns erzielt ist.

Abgesehen von diesem Leistungsproblem ist aber die Frage des Ueberganges von der physischen zur maschinellen Kraft auch sonst von großem Interesse und großer Bedeutung. Es sollen deshalb nachstehend für einige wichtige Zweige die zahlenmäßigen Unterlagen für das Jahr 1914 und für Ende 1925 gegeben werden.

	1914	1925
Pferde	420	127
Seilbahnen		
mit Preßluftantrieb	14	79
mit elektrischem Antrieb	18	93
Lokomotiven		
Benzollokomotiven	83	113
elektrische Lokomotiven	29	89
Schüttelrutschen-Motore		
mit Preßluftantrieb	118	407
mit elektrischem Antrieb	—	41
Länge der Schüttelrutschen in m	1 580	23 288
Förderhüpfel im Abbau		
mit Preßluftantrieb	100	1 266
mit elektrischem Antrieb	37	186
Handbohrmaschinen		
mit Druckluftantrieb	1 101	3 079
mit elektrischem Antrieb	76	471
Abbauhämmer	6	697
Schrämmaschinen	14	299
Drüsenventilatoren		
mit Preßluftantrieb	20	242
mit elektrischem Antrieb	17	76
Pumpen in Vorrichtung und Abbau	92	317
Fördermaschinen		
Anzahl	42	54
Leistungsfähigkeit in t je Std.	4 833	6 803
Kompressoren		
Anzahl	30	53
Leistungsfähigkeit in angesaugter Luft: cbm je Stunde	126 800	330 680
Auftobvorrichtungen am Schacht	11	30

Ferner sind auf verschiedenen Anlagen noch Schiebepöhlen, Schwenkböhlen, Umlaufkettenbahnen und ähnliche Einrichtungen geschaffen worden, um den Förderwagenumlauf am Schachte zu beschleunigen und zu erleichtern.

Die Abbauhämmer haben sich im allgemeinen im oberschlesischen Bergbau wenig eingeführt. Bei den mächtigen Flözen und der sehr festen Kohle sind zufriedenstellende Re-

sultate im allgemeinen nicht zu erzielen. Die oben erwähnten 697 Abbauhämmer sind daher auch überwiegend (420 Stück) auf der Gleiwitzer Grube in Benutzung, wo ähnliche Verhältnisse wie in Westfalen vorliegen. Eine größere Anzahl ist ferner noch auf der Concordiagrube in Gebrauch und war auf der Sosnizagrube in Benutzung, solange der Abbau dort hauptsächlich in den hangenden, wenig mächtigen Flözen umging.

Den oben näher ausgeführten Zahlen für die Mechanisierung stehen folgende Zahlen für die menschliche Arbeitskraft und für das Ergebnis beider gegenüber. Die Zahl der verfahrenen Schichten hat betragen:

im Jahre 1914	9 257 729
im Jahre 1925	12 367 755
die Förderung auf den deutsch gebliebenen Gruben:	
im Jahre 1914	9 398 310 t
im Jahre 1925	14 272 687 t

## Der Kohlenvorrat in Deutsch-Oberschlesien.

Die Preussische Geologische Landesanstalt hat auf Veranlassung des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins Berechnungen über die Kohlenvorräte in Oberschlesien angestellt, welche nach der Grenzziehung auf der deutschen Seite geblieben sind. Die Berechnungen sind bis zu einer Tiefe von 1000 m vorgenommen worden. Da die Randgebiete des produktiven Carbons noch verhältnismäßig wenig erforscht sind, können diese Berechnungen naturgemäß nicht auf unbedingt genaue Zuverlässigkeit Anspruch erheben, obgleich sie mit größter Vorsicht aufgestellt sind. Die Bauwürdigkeitsgrenze ist für die einzelnen Flöze bei der Randgruppe mit 0,50 m Mächtigkeit, bei der Mulden- und Sattelflözgruppe mit 1 m angenommen worden. Die Berechnungen sind in der Art und Weise erfolgt, daß auf Grund der Ausdehnung des flözführenden Carbons und der Mächtigkeit der Flöze der Kohleninhalt berechnet wurde und davon die bereits abgebauten Mengen abgezogen worden sind. Es ergeben sich hiernach folgende Zahlen:

Randgruppe	5 870 Millionen cbm
Sattelflözgruppe	2 470 Millionen cbm
Muldengruppe	330 Millionen cbm
zusammen:	8 670 Millionen cbm

Zwecks Berücksichtigung der beim Abbau der Kohle entstehenden Verluste pflegt man im Kohlenbergbau 1 cbm = 1 t zu setzen, obgleich das spezifische Gewicht der Kohle 1,3 beträgt. Geschieht dies auch im vorliegenden Falle, so ergibt sich, daß im deutsch gebliebenen Teil Oberschlesiens 8 670 Millionen t vorhanden waren, wovon rund 350 Millionen t als bereits abgebaut in Abzug zu bringen sind. Die vorhandenen Vorräte würden demnach unter Berücksichtigung der zu erwartenden Abbauverluste rund 8 320 Millionen t betragen. Nicht in Rechnung gezogen sind diejenigen Mengen, die man zum Schutze der Tagesoberfläche voraussichtlich wird stehen lassen müssen.

Von Interesse ist es, den auf geologischen Schätzungen beruhenden Zahlen Berechnungen gegenüberzustellen, die von den bereits aufgeschlossenen und in Betrieb befindlichen Gruben angestellt worden sind. Diese Zahlen können auf ziemlich weitgehende Genauigkeit Anspruch erheben, da die Felder der in Betrieb befindlichen Gruben ja meist ziemlich genau durchforscht und bekannt sind. Derartige Berechnungen ergeben eine Menge von 2 432 Millionen t in den Betrieb befindlichen 15 Gruben (einschl. Beuthengrube).

Bei den Mengen, welche nach den Berechnungen der geologischen Landesanstalt in den noch unverritzten Feldern anstehen, ist insbesondere noch zu beachten, daß es sich hier zum großen Teil um Vorkommen handelt, welche erheblich ungünstigere Gewinnungsmöglichkeiten aufweisen als die zur Zeit in Betrieb befindlichen Gruben. Insbesondere dürfte in der Randgruppe, die ja die Hauptmenge der noch vorhandenen Kohlenvorräte umfaßt, die Mächtigkeit der Flöze wesentlich geringer sein als in der Sattel- und Mulden- und außerdem die Gewinnung vielfach durch Sprünge und Verwerfungen erschwert sein, so daß man in dieser Beziehung für die Zukunft noch mit mancherlei Ueberraschungen rechnen müssen. Das Ergebnis der in den letzten Jahren zwecks Untersuchung der Randgebiete niedergebrachten Bohrungen hat jedenfalls ein sehr ungünstiges Resultat ergeben.



### Die Erdbewegung am Ehlvestertag.

Am 31. Dezember 1925, nachmittags etwa um 3.10 Uhr, wurde im oberchlesischen Industriebezirk eine Erderschütterung bemerkt, die etwa 5 Sekunden dauerte. Eine Rundfrage des O.S. Berg- und Hüttenmännischen Vereins, um die Ausdehnung der Erdbewegung festzustellen, hat folgendes Ergebnis gehabt:

Im Industriedreieck Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg wurde die Erschütterung überall in größerem Umfange festgestellt. Besonders bemerkbar war sie in den höheren Stockwerken der Wohnhäuser. Auffällig ist, daß aus Sosniza Angaben nicht zu erhalten waren. Ob dies an den Untergrundverhältnissen dieses Ortes oder an der Tatsache liegt, daß in Sosniza nur niedrige Häuser vorhanden sind, mag dahingestellt bleiben.

Von den gemeldeten Einzelbeobachtungen ist noch folgendes zu erwähnen:

Auf der Straße Vörsigwerk-Rudahammer wurde ein Hochspannungskabel auseinandergerissen, so daß ein Defekt an der Dehnungsmuffe entstand. Zwischen Schomberg und Bobref wurde ein Telefonkabel derartig zusammengepreßt, daß es aufbrach. In Biskupitz ist von der Kirche eine Kreuzblume abgefallen. Nach Norden zu ist die Bewegung wahrgenommen worden in Mieschowitz, Kofittwitz, Weiskretscham. Bei dem Gut Wessolla ist ein Draht einer Hochspannungsleitung wahrscheinlich infolge der Bewegung des Mastes gerissen. In Weiskretscham scheint die Bewegung nur noch sehr schwach gewesen zu sein. Sie wurde nur von einer einzigen Stelle aus bemerkt und gemeldet. Nach Westen zu scheint über Gleiwitz hinaus die Bewegung nicht fortgeschritten zu sein, wenigstens liegen aus Laband Meldungen nicht vor.

Von zwei Seiten wurde mitgeteilt, daß die Erdbewegung auch in Ratibor wahrgenommen sein soll. Eine Befestigung aus Ratibor selbst war jedoch nicht zu erhalten.

Jenseits der Grenze wurde der Erdstoß bemerkt und gemeldet auf der Florentinegrube, in Lipine auf der Mathildegrube sowie in Schwientochlowitz, ferner bei der Gottes-Regen-Grube und auf der Friedenshütte. Ebenso konnte die Erdbewegung festgestellt werden in Ruda, auf der Rheingrube bei Rattowitz, auf der Maggrube bei Michalkowitz und schließlich auf der Hugo-Schachtanlage der Gräfin Laura-Grube. Dies ist der östlichste Punkt, von welchem eine Mitteilung vorliegt. Auch hier wird die Bewegung noch als kräftig bezeichnet und eine deutliche Bewegung der Einrichtungsgegenstände festgestellt.

Auffällig ist, daß die Mitteilungen über die Richtung der Bewegung sich widersprechen. Sie wird teilweise als westöstlich, teilweise aber auch als nord-südlich angegeben. Der Zahl der Erdstöße nach wird teils von 3, teils von 5 Wellen berichtet.

Bei der Ausdehnung der Erdbewegung auf eine Entfernung in nord-südlicher Richtung von 10 km und in ost-westlicher Richtung von 20 km, insgesamt also in einem Umkreis von rund 200 qkm dürfte es klar sein, daß es sich nur um eine tektonische Bewegung handeln kann.

### Von der oberchlesischen Eisenindustrie.

Das Erzgeschäft liegt noch sehr ruhig. Nur der notwendigste Bedarf wird hereingenommen. Für Oberschlesien kommen nach wie vor in erster Linie nur Auslands-erze in Frage. Der Bezug von Inlandserzen ist bei der Tarifpolitik der Reichsbahn unwirtschaftlich.

Die Lage der oberchlesischen Hochofenwerke hat sich noch weiter verschlechtert. Die Bestände an Roheisen haben zugenommen, der Absatz ist ganz erheblich zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind bekannt. Zu den überall wirksamen Ursachen wie Kapital- und Kreditnot und ausländische Konkurrenz kommt für Oberschlesien die ungünstige Frachtlage, die trotz allen dringenden Vorstellungen bei den zuständigen Stellen noch keine nennenswerten Erleichterungen erfahren hat, und die Einführung der Acht-Stunden-Schicht ab 1. Januar und damit des Drei-Schichtensystems, die sich in der Erhöhung der Selbstkosten auswirkt. Der Absatz beschränkt sich im wesentlichen auf das Inland. Das darniederliegende Auslands-geschäft erfährt bisher keine Belebung. Selbst die bisherige Ausfuhr an Spezialeisen nach

dem benachbarten Ausland stößt infolge der in Ostoberschlesien erwachsenden Konkurrenz auf erhebliche Schwierigkeiten.

Unter diesen Umständen ist die Notwendigkeit, die Produktion noch weiter zu beschränken, heute größer als je. Es gelang zwar, bis Ende Januar im Dezember 6 Hochöfen in Betrieb zu halten, dann aber ließen sich Betriebs-einschränkungen jedoch nicht mehr vermeiden. Die Vörsigwerk-M.-G. hat sich dazu entschließen müssen, ab 1. Februar die beiden noch in Betrieb stehenden Hochöfen für die Dauer von 8 Wochen zu dämpfen und die Arbeiterkraft zu beurlauben. Bei dem vorhandenen großen Bestande an Roheisen ist jedoch die Aufrechterhaltung des Betriebes in den übrigen Betriebsabteilungen gewährleistet. Inwieweit die anderen Werke dem Vorgehen von Vörsigwerk sich werden anschließen müssen, bleibt abzuwarten. Die Lage ist jedenfalls ernster denn je. Ob die gemeldete Versteifung der englischen und französischen Roheisenmärkte auch Oberschlesien eine Erleichterung bringen werden, steht dahin.

Auch in Fertig- und Schmiedeeisen ist eine Verschlechterung des Geschäfts festzustellen. Der Auftragsbestand ist im allgemeinen derart zurückgegangen, daß weitere Feierschichten eingelegt bzw. Werksbeurlaubungen vorgenommen werden mußten. Die Lieferfristen betragen für die meisten Erzeugnisse nur wenige Tage. Die abnehmende Ausnutzung der Betriebsanlagen wirkt sich immer nachteiliger auf die Selbstkosten aus.

Die Lage am Blechmarkt hat sich nicht gebessert. Es gehen nach wie vor so wenig Aufträge ein, daß nur etwa drei einfache Schichten in der Woche verfahren werden können. Große Objekte erscheinen so gut wie gar nicht am Markt. Sehr nachteilig wirkt sich besonders das völlige Ausbleiben der Reichsbahnaufträge aus.

Das Geschäft in Stab-, Band- und Formeisen zeigt seit Anfang des Jahres eine geringe Belebung, die auf die Abwicklung der Vorverhandsgeschäfte einzelner mitteldeutscher Werke und auf die langen Liefertermine der Saarwerke zurückzuführen sein dürfte. Die Nachfrage nach faltgewalztem Band- und Stabeisen war sehr schwach, da die weiterverarbeitenden Werke ihre Betriebe z. T. stillgelegt haben oder doch nur beschränkt weiterarbeiten. Nur Verpackungsbandeisen war reger gefragt. Das Geschäft in Draht und Drahtzeugnissen liegt ruhig, da der Großhandel nicht, wie früher üblich, bereits jetzt größere Lagerbestände anzusammeln vermag. Beim Export von Drähten gelang es bisher im allgemeinen, die vom Drahtverband, der seine Tätigkeit am 1. Januar aufgenommen hat, festgesetzten Preise zu erzielen. Die Verbandszuweisungen in Röhren sind nach wie vor unzulänglich. In Halbzeug gelang es, einen größeren Exportauftrag hereinzunehmen.

### Deutsch-polnische Handelsbeziehungen in Eisen- und Stahlwaren.

Mit Rücksicht auf den zur Zeit herrschenden Zollkrieg sind die nunmehr vorliegenden Ein- und Ausfuhrzahlen für Eisen- und Stahlwaren im ersten Halbjahr 1925, von besonderem Interesse.

Es betrug in Schrott und Alteisen die Einfuhr aus Polen 679 t, die Ausfuhr nach Polen 93 942 t. In Roheisen, Handelseisen, Stabeisen, Band- und Blechen, Grauguß und Schmiedestücken betrug die Einfuhr aus Polen 68 027 t, die Ausfuhr nach Polen 15 716 t. Eisenerze wurden nach Deutschland eingeführt 2462 t, ausgeführt 78 691 t. Hierbei dürfte es sich fast ausschließlich um die Durchfuhr schweidischer Erze handeln, die hier als Ausfuhr gebucht sind.

Zur Ausfuhr von Schrott und Alteisen nach Polen ist, soweit es sich um Oberschlesien handelt, nach den Genfer Bestimmungen Deutschland verpflichtet. Ein Interesse an diesen Lieferungen besteht auf der deutschen Seite bekanntlich jedoch nicht. Bei dem Handel in fertigen Produkten dürfte es sich vor allen Dingen um starke Lieferungen ostoberschlesischer Eisenhütten nach Deutschland handeln.

Die Zahlen zeigen erneut, daß die von interessierter Seite kürzlich gebrachte Nachricht, daß die ungünstige Lage der deutsch-oberschlesischen Eisenindustrie auf den deutsch-polnischen Zollkrieg zurückzuführen sei, nicht zutrifft. Wenn eine Einfuhr von 68 000 t und nur eine Ausfuhr von 15 700 t wegfällt, so kann hierdurch nur der Eisenbedarf in Deutschland



aus einheimischer Produktion sich erhöhen, so daß dieser Fortfall niemals zu Ungunsten der deutschen Produktionsstätten wirken kann.

Die Handelsbeziehungen in Eisen im 1. Halbjahr 1925 sind auch noch insofern beachtlich, als sie wiederum zeigen, daß auch in dieser Beziehung das überwiegende Interesse an dem Warenaustausch bei Polen liegt.

### Aus der obereschlesischen Zementindustrie.

Mit zuversichtlicher Stimmung erfolgte der Uebergang in das neue Geschäftsjahr, nachdem es nach langen Verhandlungen am Jahreschluß gelungen war, die aufgekündigten drei großen Zementverbände wieder auf eine Reihe von Jahren auf fast unveränderter Grundlage in bewährter Form zusammenzuschließen. Die Hoffnungen haben sich jedoch bisher nicht erfüllt.

Die Absatzstörung, die infolge der großen Vorräte und des ungeeigneten Bauwetters bereits am Jahresende zur Stilllegung einiger Werke geführt hatte, verschärfte sich weiter, so daß der Versand nur gering war.

Die Preise blieben unverändert.

Auslandslieferungen fanden nicht statt. Wieweit sie zukünftig möglich sein werden, wird von der geforderten vorläufigen Behandlung der Zollfrage abhängig sein, bei welcher Zement aber nicht wieder als Handelsobjekt benutzt werden darf.

Den bisher geltenden Arbeitsvertrag haben die Gewerkschaften zum 31. März 1926 gekündigt, vermutlich um die Durchführung der Dreischichten-Arbeitszeit zu erzielen.

Es ist zu hoffen, daß in Anbetracht der bedrängten Wirtschaftslage der gesunde Sinn unserer besonnenen alten Arbeitskräfte die Unmöglichkeit der Durchführung derartiger Wünsche einsehen wird.

### Die Erwerbslosigkeit in Oberschlesien.

Die Wintermonate, die überall im Zeichen eines starken Wirtschaftsrückganges standen, haben die Zahl der Erwerbslosigkeit auch in Oberschlesien außerordentlich ansteigen lassen. Während in der zweiten Novemberwoche „nur“ 11 251 Arbeitsuchende, darunter 6187 Unterstützungsempfänger gezählt wurden, betrug ihre Zahl in der Woche vom 24.—30. Januar 42 349 bzw. 35 015, bei den Arbeitsuchenden also fast das Vierfache, bei den Unterstützungsempfängern fast das Sechsfache. Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Monaten November-Januar zeigt nachstehende Tabelle:

Arbeitswoche	Arbeitsuchende	Unterstützungsempfänger
9. 11. — 14. 11. 25	11 251	6 187
16. 11. — 21. 11. 25	12 228	7 340
23. 11. — 28. 11. 25	14 026	8 954
30. 11. — 5. 12. 25	16 570	10 921
6. 12. — 12. 12. 25	20 162	14 374
14. 12. — 19. 12. 25	24 626	17 772
21. 12. — 24. 12. 25	27 236	21 549
28. 12. 25 — 2. 1. 26	30 908	24 521
4. 1. 26 — 9. 1. 26	34 102	27 663
11. 1. 26 — 16. 1. 26	35 231	28 096
18. 1. 26 — 23. 1. 26	40 181	32 741
24. 1. 26 — 30. 1. 26	42 349	35 015

Die noch nicht vorliegenden Ziffern der ersten beiden Februarwochen dürften noch ein weiteres, wenn auch langsameres Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien ausweisen.

Einen Vergleich der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien mit der in Preußen und den einzelnen preussischen Provinzen und ihre Entwicklung seit Mitte November gestattet die nächste Tabelle. Dabei ist allerdings zu beachten, daß in ihr nur die Hauptunterstützungsempfänger, jedoch nicht die Arbeitsuchenden überhaupt berücksichtigt sind, so daß die ganze Schwere der Arbeitslosigkeit in ihr, gemessen an der Bevölkerungszahl, nicht zum Ausdruck kommt.

An den angegebenen Stichtagen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, berechnet auf 1000 der Bevölkerung:

	15.11.25	1.12.25	15.12.25	1.1.26	15.1.26
Ostpreußen	3.7	6.8	11.1	14.4	16.8
Grenzmark	0.7	3.5	7.7	12.6	14.6
Berlin	9.1	12.7	19.3	29.4	35.2
Brandenburg	2.5	4.8	10.8	16.4	21.5
Pommern	5.2	8.7	16.0	20.4	23.2
Oberschlesien	5.9	7.9	12.7	17.8	21.8
Niederschlesien	4.7	7.6	12.8	19.1	23.5
Prov. Sachsen	3.6	5.8	12.6	19.3	23.3
Schleswig-Holstein	11.5	15.5	23.0	27.4	30.0
Hannover	6.5	9.7	15.9	18.7	21.1
Westfalen	15.6	16.9	26.3	30.5	37.3
Hessen-Nassau	9.2	12.6	18.7	23.5	27.2
Rheinprovinz	14.9	19.0	25.9	30.3	34.3
Preußen insgesamt	8.9	12.2	18.5	23.8	28.1

### Entwicklung der Konkursziffer in Oberschlesien in den Jahren 1924 und 1925.

Während des Krieges und insbesondere mit zunehmender Inflation sank die Konkursziffer in Deutschland von 11 534 im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 und 10 480 im Jahre 1914 nach einem vorübergehenden Ansteigen in den Jahren 1919—1921 auf 497 im Jahre 1923, um dann nach Durchführung der Währungsstabilisierung und Umstellung der Wirtschaft auf Goldmark von neuem und in immer beschleunigterem Tempo wieder anzusteigen.

In Oberschlesien nahm die Entwicklung den gleichen Verlauf. Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist, wurden in Oberschlesien im Jahre 1923 nur zwei Konkursanträge gestellt, von denen der eine mangels Masse abgelehnt wurde. Auch im 1. Vierteljahr 1924 gehörten Konkurse noch zu den Seltenheiten. Erst im 2. Vierteljahr 1924 begann die rapide Zunahme, die über die Verschlechterung der Wirtschaftslage in Oberschlesien erschreckenden Aufschluß gibt.

#### Konkurse in Oberschlesien 1923—1925.

	Neue Konkurse			Von den neuen Konkursen betroffen				
	eröffnete Konkurse	mangels Masse abge- lehnte Anträge	insgef.	natürl. Person	Nachlässe	Einzel- Stimmen	Gesellschaft	Gewerks- schaften
1923	1	1	2	1	1	—	—	—
1. Viertelj. 1924	1	1	2	1	—	—	1	—
2.     "      "	17	1	18	5	1	7	5	—
3.     "      "	41	3	44	27	—	10	6	1
4.     "      "	46	7	53	27	3	9	13	1
insgef. 1924	105	12	117	60	4	26	25	2
1. Viertelj. 1925	44	7	51	30	4	14	3	—
2.     "      "	38	3	41	21	—	14	6	—
3. Viertelj. 1925	58	5	63	24	3	24	12	—
1.—3. Viertel- jahr 1925	140	15	155	75	7	52	21	—

Das Bild, welches die Konkursziffer gibt, wäre jedoch nicht vollständig ohne die Zahl der Geschäftsaufsichten. Die Entwicklung der Geschäftsaufsichtsziffer in den ersten drei Vierteljahren 1925 sei daher beigelegt.

#### Geschäftsaufsichten in Oberschlesien Januar—September 1925.

	Geschäftsaufsichten							Von den neuen Geschäftsaufsichten betroffen		
	angordnet	abgelehnt	Zusammen	beendete			natürl. Person	Nachlässe	Einzelstimmen	Gesellschaften
				Belebensführung in den Konturs	durch Zwangsvergleich	aus sonstigen Gründen				
1. Viertelj. 1925	22	2	24	2	17	1	6	—	14	4
2. „ „	20	2	22	2	6	—	11	—	8	3
3. „ „	25	2	27	6	8	3	6	1	17	3
1.—3. Viertelj. 1925	67	6	73	10	31	4	23	1	39	10



### Kraftfahrzeuge in Oberschlesien.

Am 1. Juli 1925 wurden im Deutschen Reich 425 826 Kraftfahrzeuge (ohne die weder anmelde- noch steuerpflichtigen Kleinfahräder) gezählt, wovon fast ¾ auf Preußen entfielen. Unter den im Reich gezählten Kraftfahrzeugen befanden sich 161 508 Krafträder, 175 665 der Personenbeförderung und 80 363 der Lastenbeförderung dienende Kraftwagen sowie 8290 Kraftfahrzeuge für andere Zwecke (Feuerlöschwagen, Straßenreinigungsmaschinen u. dergl.).

In Oberschlesien wurden am gleichen Stichtage insgesamt nur 3405 Kraftfahrzeuge, d. i. 0,8 Prozent der Gesamtsumme, gezählt, u. z. 1038 Krafträder, 1668 Personenkraftwagen (darunter 70 Kraftomnibusse), 609 Lastkraftwagen, 5 Kraftwagen für Feuerlöschzwecke, 4 selbstfahrende Straßenreinigungsmaschinen und 81 Zugmaschinen ohne Güterladerraum.

Unter den Krafträdern überwiegen die Größen bis zu 1,5 Steuer-P. S. (533), 448 besaßen 1,5—3 und nur 57 mehr als 3 Steuer-P. S. Unter den Personenkraftwagen stehen die Wagen mit 6—10 Steuer-P. S. oben an. Ihre Zahl beträgt 662. Es folgen die Stärken: bis 6 St. P. S. 423, 10—14 St. P. S. 246, 14—18 St. P. S. 145, mehr als 18 St. P. S. 122 Wagen. Von den Lastkraftwagen besaßen 34 ein Eigengewicht bis 1000 kg, 103 von mehr als 1000—2000 kg, 65 von mehr als 2000—3000 kg, 206 von mehr als 3000—4000 kg, 201 von mehr als 4000 kg.

Dem Verwendungszweck nach dienten von den 1668 der Personenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge 62 Kraftwagen und 60 Kraftomnibusse (7,3 Prozent) dem öffentlichen Fuhrverkehr (Droschken, Omnibusse), 84 Personenkraftwagen und 6 Kraftomnibusse (5,4 Prozent) für Zwecke öffentlicher Behörden (einschließlich Post und Reichsbahn) und 1452 Personenkraftwagen sowie 4 Kraftomnibusse (87,3 Prozent), für gewerbliche, berufliche und sonstige Zwecke. Bei den Lastkraftwagen läßt sich der Verwendungszweck nur für Wagen mit mehr als 2000 kg Eisengewicht angeben. Von den gezählten 472 Wagen dieser Größe fanden 92 für Zwecke öffentlicher Behörden, 40 im Transportgewerbe, 32 im Brauergewerbe, 27 im Müllereigewerbe, 70 im Baugewerbe und verwandten Gewerbebezügen, 31 in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 180 für sonstige Zwecke Verwendung.

Personen- und Lastkraftwagen wurden fast ausschließlich von Verbrennungsmaschinen angetrieben. Nur 8 Personenkraftwagen und 10 Lastkraftwagen besaßen elektro-motorischen und nur 2 Fahrzeuge Dampftrieb.

Ueber die Zahl der Kraftfahrzeuge in Oberschlesien im Verhältnis zur Einwohnerzahl, so wie ihre Zunahme seit 1914 unterrichtet nachstehende Tabelle. Zum Vergleich sind die entsprechenden Ziffern für Preußen und das Reich beigefügt:

Zahl der Kraftfahrzeuge im Verhältnis zur Einwohnerzahl

in	auf 10 000 Einwohner entfallen															
	Kraftfahrzeuge überhaupt				Krafträder				Personenkraftwagen				Lastkraftwagen			
	1914	1923	1924	1925	1914	1923	1924	1925	1914	1923	1924	1925	1914	1923	1924	1925
Oberschlesien . . . . .	7,2*	16,8	20,9	24,8	1,8*	3,4	6,3	7,6	5,1*	9,6	10,4	12,2	0,3*	3,8	4,2	4,4
Preußen . . . . .	12,5	34,0	46,9	66,3	2,8	8,4	14,2	23,5	8,5	16,8	22,4	28,3	1,2	8,6	9,9	13,1
Deutsches Reich . . . . .	14,1	36,0	47,4	68,2	3,4	10,0	15,8	25,9	9,2	17,0	21,4	28,1	1,5	8,7	9,8	12,9

Die Tabelle zeigt, wie sehr Oberschlesien hinter dem Staats- bzw. Reichsburchschnitt zurückbleibt u. z. sowohl, was die Häufigkeit der Fahrzeuge wie was ihre Vermehrung seit 1914 anbelangt. Bemerkenswert sei dazu, daß Oberschlesien relativ bei weitem die wenigsten Kraftwagen von sämtlichen preussischen Provinzen bzw. deutschen Ländern besitzt. Nur in der Gruppe der Lastkraftwagen sind die Ziffern für die Grenzmark Posen, Westpreußen und Oldenburg noch um ein Geringes niedriger als in Oberschlesien.

\* Ganz Schlesien.

### Der Wasserumschlag auf der Oder im Januar.

Infolge der Ende 1925 einsetzenden milden Witterung konnte die Oderschiffahrt Anfang Januar wieder aufgenommen werden, kam jedoch bereits am 10. wieder zum Erliegen. Der Umschlag in den ober-schlesischen Oderhäfen blieb daher gering.

Vom Schiff zur Bahn wurden insgesamt 7103 t umgeschlagen, davon 6681 in Cosel-Hafen, 422 in Oppeln. Unter den in Cosel-Hafen umgeschlagenen Gütern befanden sich: 2746 t Erze, 1795 t Schwefelsäureabfälle, 300 t Phosphat, 310 t Altschrott und 1530 t sonstige Güter. In Oppeln-Hafen wurden 377 t Erze und 45 t andere Güter vom Schiff zur Bahn verladen.

Von Bahn zu Schiff wurden insgesamt 17 629,5 t umgeschlagen: 17 104,5 t in Cosel-Hafen, 525 t in Oppeln-Hafen. Zum Umschlag gelangten: 13 492,5 t Kohle und Koks (12 967,5 t in Cosel-Hafen, 525 t in Oppeln-Hafen), 182,5 t Eisen, 1421,5 t Getreide, 1473,5 t Zink, 589,5 t Zucker, 470 t sonstige Güter.

### Die Wagengestellung der Reichsbahndirektion Oppeln im Januar 1926.

Im Bereich der Reichsbahndirektion Oppeln wurden im Januar 156 033 Wagen angefordert. Gestellt wurden 156 026 Wagen. Davon 142 117 D-Wagen, 10 376 G-Wagen und 3540 sonstige Wagen. Die Kohlenverladungen beanspruchten 126 964, der Koks- und Brickettransport 2317, der Zement- und Kalktransport 692, bzw. 882 Wagen. Arbeitstäglich betrug die Wagengestellung bei 24 Arbeitstagen im Januar im Durchschnitt 6500.

### Eisenbahn-Güterverkehr über ober-schlesische Uebergangsstationen.

Die Einfuhr über ober-schlesische Uebergangsstationen betrug im Januar insgesamt 5927 Wagen. Davon kamen 1099 aus der Tschechoslowakei, 3981 aus Polen, 197 aus Ungarn, 629 aus Rumänien, 6 aus Italien und 15 aus Jugoslawien. Aus der Tschechoslowakei kamen überwiegend Holzladungen. Daneben Eisen, Magnesit, Seile, Fleisch u. a. Bei der Einfuhr aus Polen nahmen ebenfalls Holzladungen den breitesten Raum ein. Rumänien lieferte Lebensmittel und Futtermittel.

Die Ausfuhr über ober-schlesische Uebergangsstationen belief sich im gleichen Monat auf 6236 Wagen. Davon waren 3078 für die Tschechoslowakei, 1778 für Polen, 967 für Österreich, 235 für Ungarn, 113 für Rumänien, 58 für Italien, 7 für Jugoslawien bestimmt.

Die Durchfuhr durch Deutschland über ober-schlesische Uebergangsstationen betrug 9890 Wagen.



## Gefährdung des Auslandsabfahes des ostoberschlesischen Kohlenbergbaues.

Die Erkenntnis, daß die Existenz der ostoberschlesischen Kohlenindustrie im Rahmen des polnischen Staates gefährdet ist, bricht sich, wie aus dem nachstehenden in deutscher Uebersetzung wiedergegebenen Artikel des Kattowitzer Organs *Korjanty*, der „Polonia“, vom 3. Februar hervorgeht, selbst in polnischen Kreisen immer mehr Bahn, freilich, ohne daß man sich die tatsächliche Ursache der Gefährdung eingesteht, nämlich, daß die Einverleibung einer so mächtigen Schwerindustrie wie die ostoberschlesische in einen vorwiegenden Agrarstaat, der bereits durch eine so unrentable Industrie wie die Lodzer Textilindustrie belastet ist, zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Staates führen muß. Die „Polonia“ schreibt:

„Nediglich die Kohlenindustrie Westoberschlesiens hat Vorteile durch den Zollkrieg erlangt und nützt die Konjunktur aus, die durch die völlige Ausschaltung der polnischen Kohle auf dem deutschen Markte geschaffen worden ist. Zwar haben sich die deutschen Hoffnungen darauf, daß die ostoberschlesische Kohlenindustrie infolge des Verlustes des deutschen Absatzmarktes gänzlich zusammenbrechen wird, nicht erfüllt, doch ist es andererseits zur Tatsache geworden, daß in einer Zeit, wo die ostoberschlesische Kohlenindustrie unter großen Abfahschwierigkeiten zu kämpfen hat, die Kohlenindustrie Westoberschlesiens sich von Monat zu Monat günstiger entwickelt.

Die Kohlenförderung in ganz Oberschlesien belief sich vor dem Kriege auf 3 640 000 Tonnen monatlich, wovon 2 670 000 Tonnen oder 74 Prozent auf Ostoberschlesien und 970 000 Tonnen oder 26 Prozent auf Westoberschlesien entfielen. Nach der Angliederung Ostoberschlesiens an Polen hat sich das Verhältnis grundsätzlich geändert. Noch günstiger gestalteten sich die Verhältnisse im Jahre 1923, als die Monatsdurchschnittsförderung Westoberschlesiens 728 000 Tonnen oder 24,8 Prozent und die Ostoberschlesiens 2 206 000 Tonnen oder 75,2 Prozent betragen hat. Vom 1. Dezember 1923 ab ist die Arbeitszeit in der westoberschlesischen Kohlenindustrie über Tage auf 10 Stunden verlängert worden und von da ab verschob sich das Kohlenförderverhältnis zu Ungunsten Ostoberschlesiens. Die Produktion Westoberschlesiens im Jahre 1924 belief sich im Monatsdurchschnitt auf 908 000 Tonnen oder 31,4 Prozent, die Ostoberschlesiens auf 1 975 000 Tonnen oder 68,6 Prozent. Dieses Förderverhältnis verschlechterte sich noch wesentlich in der ersten Hälfte des Jahres 1925, indem die Monatsdurchschnittsförderung Westoberschlesiens auf 986 000 Tonnen oder 34,6 Prozent gestiegen, die Ostoberschlesiens dagegen auf 1 858 000 Tonnen oder 67,3 Prozent zurückgegangen ist.

Nach Ausbruch des Zollkrieges hörte die Kohlenausfuhr nach Deutschland vollkommen auf und in der Folge machte sich in Ostoberschlesien ein weiterer Rückgang der Kohlenförderziffer bemerkbar, bei einer gleichzeitigen Steigerung der Produktion in Westoberschlesien. Die Monatsdurchschnittsförderung in Ostoberschlesien sank auf 1 562 000 Tonnen oder 56,1 Prozent herab, dagegen stieg die Förderung Westoberschlesiens auf 1 226 000 Tonnen oder 43,9 Prozent. In den nächsten Monaten stieg zwar die Förderung Ostoberschlesiens und erreichte im Oktober 1 871 000 Tonnen, ist jedoch im Dezember auf 1 753 000 Tonnen zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Förderung Westoberschlesiens und erreicht im Oktober die Höchstziffer von 1 528 000 Tonnen, um ebenfalls in den folgenden Monaten auf 1 431 000 Tonnen bzw. 1 395 000 Tonnen zurückzugehen. Immerhin gestaltete sich das Produktionsverhältnis so, daß auf Westoberschlesiens Förderung 44 Prozent und auf die Ostoberschlesiens 56 Prozent der Gesamtförderung entfielen.

Der ostoberschlesische Kohlenexport nach Deutschland belief sich im Monatsdurchschnitt im ersten Halbjahr 1925 auf 481 000 Tonnen. Indessen hat die Förderungssteigerung im Monat Oktober v. Js. in Westoberschlesien bereits 542 000 Tonnen im Verhältnis zum Monatsförderungs-durchschnitt des ersten Halbjahres betragen, so daß der Ausfall der polnischen Kohle auf den deutschen Märkten im Osten nicht nur ohne weiteres gedeckt werden konnte, sondern auch ein größeres Quantum auf den nahegelegenen ausländischen Märkten abgesetzt worden ist. Der Auslandsexport westoberschlesischer Kohle ist von einem Monatsdurchschnitt

von 54 500 Tonnen im ersten Halbjahr auf 77 164 Tonnen im Monat November 1925 gestiegen.

In der Tatsache, daß die westoberschlesische Kohlenindustrie in der Lage war, den Bedarf des eigenen Marktes voll zu decken, und gleichzeitig noch größere Quanten Kohle im Auslande abzugeben, beruht für die ostoberschlesische Kohlenindustrie eine nicht zu unterschätzende Gefahr, wenn man berücksichtigt, daß der Hauptanteil der westoberschlesischen Förderung mit großen Vorteilen auf dem Inlandsmarkte abgesetzt wird. Angesichts der steigenden Förderziffern der westoberschlesischen Kohlenindustrie und der Deutung des Bedarfs des deutschen Marktes, muß damit gerechnet werden, daß die westoberschlesische Kohlenindustrie im Maße der steigenden Förderung bestrebt sein wird, sich neue ausländische Absatzmärkte zu erschließen. Naturgemäß wird die Kohlenindustrie Westoberschlesiens sich diese Märkte mit Rücksicht auf die Transportkosten in erster Linie in den Nachfolgestaaten Oesterreichs zu sichern suchen, die gegenwärtig das günstigste Abfahgebiet für die ostoberschlesische Kohle bilden. Zweidrittel des Gesamtkohlenexportes Ostoberschlesiens in Höhe von 613 457 Tonnen im November und 546 595 Tonnen im Dezember entfiel auf die österreichischen Nachfolgestaaten, über der Export nach Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei hat 400 000 Tonnen monatlich betragen. Es sind dies die einzigen Märkte, die die Selbstkosten decken, während der Export nach anderen Ländern nur unter Verlusten möglich ist. Die westoberschlesische Kohlenindustrie, die im Genuß großer Vorteile durch die hohen Inlandspreise, durch die längere Arbeitszeit und die geringeren Produktionskosten ist, kann mit Leichtigkeit mit Hilfe sogenannter Kampfpreise ihre Kohle nach den österreichischen Nachfolgestaaten werfen und die ostoberschlesische Kohle von den dortigen Märkten verdrängen.

Eine derartige Wendung der Dinge würde für die ostoberschlesische Kohlenindustrie direkt katastrophal sein, da es unmöglich ist, weitere 400 000 Tonnen monatlich auf den skandinavischen und baltischen Märkten unterzubringen, ebenso wie die ostoberschlesische Industrie nicht in der Lage ist, Kampfpreisen längere Zeit standzuhalten. Diese Gefahr der Inflation westoberschlesischer Kohle in den österreichischen Nachfolgestaaten liegt angesichts der vollkommenen Deckung des Bedarfs der deutschen Absatzmärkte und der weiter zunehmenden Förderung sehr nahe und kann nur durch Herabsetzung der Produktionskosten in Ostoberschlesien begegnet werden. Es ist dies für die ostoberschlesische Kohlenindustrie direkt eine Existenzfrage, da der Verlust der Absatzmärkte in den österreichischen Nachfolgestaaten der ostoberschlesischen Kohlenindustrie den völligen Ruin bringen würde.“

Die Ausführungen des *Korjanty*-Blattes „Polonia“ erscheinen uns sehr beachtlich, wenn auch die darin ausgesprochenen Besürdungen aus bestimmten Absichten heraus stark übertrieben sind. In absehbarer Zeit dürfte es Deutsch-Oberschlesien bei dem niedrigen Stand der polnischen Währung unmöglich sein, Ost-Oberschlesien auf dem ausländischen Kohlenmarkt zu unterbieten und damit aus seinen Positionen herauszudrängen. Auf der deutschen Seite wird niemand dem ost-oberschlesischen Bergbau die Erfolge mißgönnen, die er trotz des Währungsverfalles nur mit schwersten geldlichen Verlusten hat erzielen können. Gätte der polnische Staat eher dem ober-schlesischen Bergbau in Eisenbahntariffragen größeres Entgegenkommen gezeigt und dieser sich daher eher auf verstärkte Ausfuhr nach anderen Gebieten einstellen können, anstatt mit voller Macht auf den deutschen Markt zu drücken, so wäre es nicht notwendig gewesen, daß das volle Kontingent von 500 000 t aus Ost-Oberschlesien eingeführt wurde, obgleich auf der deutschen Seite Feuerschichten eingelegt werden mußten und die Halben sich türmten. Ob eine solche Politik nicht vom polnischen Standpunkt aus viel richtiger gewesen wäre, soll nicht näher erörtert werden. Auf jeden Fall hat der polnisch-oberschlesische Bergbau durch sein rigoroses Vorgehen Deutsch-Oberschlesien die Möglichkeit gegeben, zu zeigen, daß man auf die polnische Kohleneinfuhr in Ostdeutschland nicht angewiesen ist. Damit ist Polen ein Trumf aus der Hand gewunden, welcher von der polnischen Regierung immer sehr hoch eingeschätzt worden ist.



### Der polnische Kohlenexport im Monat Januar d. Js.

Obgleich der polnische Kohlenexport im Monat Januar eine Steigerung um 21 000 t im Vergleich zum Vormonat erfahren hat, so blieb er dennoch hinter den im November v. Js. erreichten Höchstzahlen von 690 000 t zurück.

Zurückgegangen ist, im Vergleich zum Monat Dezember, wie aus nachstehender Aufzeichnung hervorgeht, der lohnendere Export nach den fruchtlich günstig gelegenen österreichischen Nachfolge- und den Balkanstaaten, so z. B. nach Deutsch-Österreich um 19 000 t, nach Ungarn um 27 000 t, nach der Tschechoslowakei um 5000 t, nach Jugoslawien um 3000 t und Rumänien um 2000 t, während der weniger lohnendere und mit Verlustpreisen verbundene Export nach den baltischen Staaten eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren hat, darunter nach Schweden um 50 000 t, Dänemark um 18 000 t und Lettland um 5000 t.

Trotz aller Anstrengungen und der mit der Tschechoslowakei und Österreich getroffenen Vereinbarung über die Einräumung eines Vorzugstarifes für den Transport polnischer Kohle über diese Länder nach Italien, ist der Export nach Italien nicht nur nicht gestiegen, sondern im Vergleich zum Dezember um 3000 t zurückgegangen. Es stellt sich heraus, daß der Export polnischer Kohle nach Italien infolge der trotz des Ausnahmetarifes noch immer hohen Frachtsätze nur auf dem Seewege über Danzig möglich und auch dann noch mit so großen Verlusten verbunden ist, daß er für die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Es läßt sich dafür kaum ein Preis von 8 Schweizer Franken per Tonne franko Grube erzielen, während die Fracht über die Tschechoslowakei und Österreich franko Grenzstation Tarvisio ungefähr 22 Schweizer Franken beträgt.

Polnischerseits beabsichtigt man mit der Tschechoslowakei und Österreich erneut in Verhandlungen über weitere Ermäßigung der Tarife für polnische Kohle nach Italien zu treten. Gleichzeitig soll während der bevorstehenden polnisch-italienischen Verhandlungen über die Revision des polnisch-italienischen Handelsvertrages die Frage der Einräumung von Tarifzugeständnissen für polnische Kohle auf den italienischen Eisenbahnen wie überhaupt die erleichterte Einfuhr polnischer Kohle nach Italien eine Regelung erfahren.

Der tägliche Kohlenexport selbst hat im Monat Januar im Vergleich zum Dezembermonat mit 27 670 t einen Rückgang um 290 Tonnen erfahren.

	Monats- durchschnitt im 1. Halb- jahr 1925	Dezember 1925	Januar 1926
Österreich	194 000 t	299 000 t	280 000 t
Ungarn	36 000	96 000	69 000
Schweden	—	49 000	99 000
Dänemark	2 000	49 000	67 000
Tschechoslowakei	47 000	55 000	50 000
Danzig	26 000	36 000	37 000
Lettland	1 000	11 000	16 000
Jugoslawien	8 000	8 000	5 000
Schweiz	2 000	6 000	6 000
Italien	1 000	13 000	10 000
Rumänien	6 000	10 000	8 000
Litauen	1 000	1 000	3 000
Memel	1 000	3 000	3 000
Finnland	—	—	1 000
Deutschland	451 000	3 000	—
Anderer Länder	—	4 000	10 000

Zusammen: 776 000 t 643 000 t 664 000 t

Von diesen Quanten wurden über die zwei polnischen Seehäfen befördert:

	t	13 000 t	20 000 t
Ueber Gdingen	—	13 000	20 000
Ueber Danzig	29 000	99 000	156 000

### Ein Projekt für den Zusammenschluß ostobererschlesischer Hüttenunternehmen.

Die Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb beabsichtigt nach Meldung des Krakaauer Blattes „Nowa Reforma“ eine Interessengemeinschaft mit der Bismarckhütte einzugehen. Die vor einiger Zeit aufgenommenen Verhandlungen gehen erfolgreich vor sich und es ist in den

nächsten Wochen mit einer endgültigen Beschlußfassung zu rechnen. Die Ursachen des Zusammenschlußplanes sind sowohl in der allgemeinen Krise der Hüttenindustrie wie auch in der ungenügenden Aufnahmefähigkeit des innerpolnischen Marktes zu suchen. Falls die Verhandlungen scheitern sollten, ist die Stilllegung einiger größerer Hütten nicht ausgeschlossen, wovon bereits die Woiwodschaftsbehörden unterrichtet worden sind.

### Gründung eines Exportverbandes der polnischen metallverarbeitenden Industrie.

Die Lage der polnischen metallverarbeitenden Industrie gestaltet sich seit längerer Zeit außerordentlich kritisch. Der Geldmangel und die allgemeine Unsicherheit machen Geschäfte so gut wie unmöglich. Die Waggon- und Lokomotivenfabriken haben die vorliegenden Aufträge aufgearbeitet. Die Aussichten auf Bestellungen der Staatsbahn sind höchst ungünstig, da die Staatsbahn große Streichungen in ihrem Haushaltsplan vornehmen mußte. Befriedigend ist vorläufig nur die elektrotechnische Industrie beschäftigt, dagegen sahen sich die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken trotz der guten Ernte in Polen mangels Aufträge gezwungen, die Hälfte ihrer Belegschaften zu entlassen und zum Teil die Betriebe ganz still zu legen. Auch die Hälfte der in Polen bestehenden Wagenfabriken mußte stillgelegt werden. Der Betrieb wird dort wie auch in den Kesselfabriken nur dank den spärlichen Regierungsaufträgen aufrecht erhalten.

Um die Absatzmöglichkeiten durch Erschließung neuer Absatzgebiete vornehmlich des russischen Marktes, zu steigern, hat die polnische metallverarbeitende Industrie unlängst einen Exportverband unter der Firma „Związek Exportowy Przemysłu Metalowego Przeróbczego“ in Form einer G. m. b. H., gegründet, mit dem Hauptzwecke, die Ausfuhr und den Verkauf sämtlicher Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie auf gemeinschaftliche Rechnung vorzunehmen. Der Exportverband beabsichtigt, der polnisch-russischen Handelsgesellschaft „Polrob“ beizutreten und einen Teil der in dem Besitz der vorgenannten Gesellschaft befindlichen Aktien des „Sowpoltorg“ — Sowjetrussisch-polnische Handelsgesellschaft zu übernehmen.

### Die Zementindustrie in Polen.

Die polnische Zementindustrie umfaßt zur Zeit 13 Fabriken. Von diesen sind 8 Fabriken des früheren russischen Teilgebiets in dem „Verbande der polnischen Portlandzementfabriken“ in Warschau (polnische Anschrift: Związek Polskich Fabryk Portland-Cementu w Warszawie) und 4 Fabriken des früheren österreichischen Teilgebiets in dem Syndikat „Büro der Vereinigten Zementfabriken“ in Krakau (polnische Anschrift: Biuro Zjednoczonych Fabryk Cementu w Krakowie) vereinigt. Die einzige im früheren preussischen Teilgebiet in Westpreußen (Neustadt-Weißerowo) belegene Fabrik steht außerhalb jedes Verbandes.

Die erstgenannte Gruppe der polnischen Zementfabriken hatte in den letzten Jahren vor dem Kriege einen sehr großen Aufschwung zu verzeichnen. Nach Angaben des Verbandes der polnischen Portlandzementfabriken in Warschau stellten sich die Produktionsziffern dieser Gruppe in den Jahren 1909—1914 wie folgt:

1909	= 183 000 Tonnen,
1910	= 230 000 Tonnen,
1911	= 320 000 Tonnen,
1912	= 332 000 Tonnen,
1913	= 450 000 Tonnen,
1914	= 308 000 Tonnen,

Die 4 Fabriken des früheren österreichischen Teilgebiets, die denen des ehemaligen russischen Teilgebiets an technischen Einrichtungen überlegen sind, weisen in den Jahren 1911—1913 eine Produktion von durchschnittlich 247 500 Tonnen auf. Hiervon wurden im jetzigen Polen, und zwar:

in Galizien	144 000 Tonnen,
in Polnisch-Tschechen	30 000 Tonnen,

verbraucht; der Rest diente in der Hauptsache dem Inlandsverbrauch Österreich-Ungarns, ausgeführt wurden etwa 25 000 Tonnen.



Was die technischen Einrichtungen anbetrifft, so sind unter den 13 Fabriken des jetzigen Polens 11 mit den allernuesten technischen Einrichtungen versehen. Die Zahl der Rotationsöfen beträgt 22, die der Schachtanlagen 5, darunter eine automatische.

Die Produktion der gesamten polnischen Zementindustrie hat sich wie folgt entwickelt:

	Zahl der in Betrieb befindl. Zementfabriken	Gesamte Zementförderung: Tausend Tonnen	Index: (1911/13=100)
1911/13	13	612	100
1919	12	194	32
1920	13	231	38
1921	13	342	56
1922	13	459	75
1923	14	505	83
1924	14	350	57

Nach einem vorübergehenden Aufschwung während der Inflationsjahre 1921—23 ergibt sich für das Jahr 1924 ein sehr ungünstiges Bild. Dieser Rückgang in der polnischen Zementproduktion dürfte infolge der Wirtschaftskrise im Jahre 1925 noch eine Verschärfung erfahren haben.

Die Ein- und Ausfuhr-Statistik weist für die Jahre 1920—1925 folgende Zahlen auf:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1920	1 455	40 564
1921	956	73 985
1922	24 389	81 308
1923	32 214	20 082
1924	14 486	30 051
1925:		
Januar—Oktober	0	9 762

Während sich somit zu Beginn der Inflation, d. h. in den Jahren 1921—1922 eine stark gesteigerte Ausfuhr bemerkbar machte, fiel 1922—1923 die Ausfuhr infolge der durch die Inflation begünstigten Belebung der Baurätigkeit, gleichzeitig erfolgte eine erhebliche Steigerung der Einfuhr. Der Rückgang der Ausfuhr in den Monaten—Januar—Oktober 1925 dürfte, abgesehen von der verminderten Produktion, zum Teil auch auf den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg zurückzuführen sein.

Das Gesamtbild, das diese beiden Tabellen bieten, ist somit dasjenige einer Reduzierung der Produktion auf höchstens 57 Prozent der Vorkriegsmenge, eines gänzlichen Aufhörens der Einfuhr, aber andererseits auch eines sehr starken Rückganges in der Ausfuhr.

Was die Preise für polnischen Zement anbetrifft, so kosteten loco Fabrik:

	je 100 kg
1. vor dem Kriege 10 Rub = 3 Rubel	4,90 Zloty
2. im 1. Quartal 1924	4,50 Zloty
3. im 2. Quartal 1924	3,75 Zloty
4. im 3. Quartal 1924	3,50 Zloty
5. im Jahre 1925	5,20 Zloty
6. Ende Dezember 1925	8,50 Zloty

(Der letzte Preis entspricht bei dem jetzigen Stande des Zlotys (1 Dollar gleich 8 Zloty) 5,496 Goldzloty).

Die letzte, vom Syndikat der Zementfabriken beschlossene Steigerung auf 8,50 Zloty erklärt sich vor allem aus der Entwertung des Zloty in den letzten Monaten. Das polnische Handelsministerium hat jedoch bereits in zwei Konferenzen die Zementfabrikanten zu veranlassen gesucht, die Preise herabzusetzen; die Fabrikanten haben sich jedoch geweigert, der Aufforderung des Ministeriums nachzukommen.

### Die Entwicklung der polnischen Papier- und Zelluloseindustrie.

Die polnische Papierindustrie zählt zu den wenigen Industrien in Polen, deren Produktion im Jahre 1925 trotz der Wirtschaftskrise eine erhebliche Steigerung erfahren hat. Es ergibt sich hieraus der Schluß, daß die polnische Papierindustrie weitgehende Entwicklungsmöglichkeiten vor sich hat, umso mehr, wenn man berücksichtigt, daß die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes sich von Jahr zu Jahr steigert und billige Rohstoffe in reicher Menge zur Verfügung stehen. Polen gehörte bis vor dem Kriege zu den

jenigen Ländern, deren Papierverbrauch hinter dem der westeuropäischen Staaten weit zurückstand.

Gegenwärtig umfaßt die polnische Papierindustrie 16 im Verbande der polnischen Papierfabriken zusammengefaßte Papier- und Pappfabriken und vier außerhalb des Verbandes stehende Werke, deren Gesamtproduktion im Jahre 1925 76 000 Tonnen Papier und Pappe im Werte von 50 Millionen Zloty gegen 48 800 Tonnen im Vorjahre betragen hat. Die Produktion des letzten Jahres übersteigt bereits die Vorkriegsproduktion um 6000 Tonnen.

Die Produktionsfähigkeit der polnischen Papierfabriken ist damit nicht erschöpft und kann bei dem gegenwärtigen Betriebsstande auf 100 000 Tonnen jährlich gebracht werden.

Selbst bei Ausnutzung der vollen Produktionsmöglichkeiten entsprechend dem gegenwärtigen Betriebsstande wird die polnische Industrie nicht in der Lage sein, den stetig wachsenden Inlandsbedarf zu decken, umso mehr, da in Betracht gezogen werden muß, daß der gegenwärtige Papierkonsum von 3,5 Kilo pro Jahr und Kopf der Bevölkerung noch weit hinter dem Verbrauch anderer europäischer Staaten zurücksteht.

Trotz der Produktionssteigerung war die polnische Papierindustrie nicht in der Lage, den Bedarf des Landes im Jahre 1925 zu decken und 31 735 Tonnen im Werte von 21 648 000 Zloty oder 41,7 Prozent der Gesamtproduktion mußten aus dem Auslande eingeführt werden.

An dem polnischen Papierimport ist neben Österreich und Finnland in erster Linie Deutschland und naturgemäß die oberschlesische Papierindustrie beteiligt. Der Import ist im Vergleich zum Vorjahre trotz der hohen Schutzölle um 70 Prozent gestiegen. Der Gesamt-Papierverbrauch Polens im Jahre 1925 wird nach Berücksichtigung der am 1. Januar 1924 und 1925 vorhanden gewesenen Vorräte mit 107 735 kg beziffert.

Die Papieraufuhr Polens ist im Jahre 1925 zwar ebenfalls von 2794 Tonnen im Werte von 1 866 000 Zloty auf 5441 Tonnen im Werte von 3 712 000 Zloty gestiegen, fällt jedoch nicht ins Gewicht. Sie umfaßt Zigarettenpapier, das nach Rumänien und verhältnismäßig auch nach England und Holland exportiert wurde, ferner das von der Oberschlesischen Papierfabrik in Stahlhammer als Spezialartikel erzeugte Natronkraftpapier, das vornehmlich in Deutschland jedoch auch in England und Amerika Absatz fand.

Die Entwicklung der polnischen Zelluloseindustrie geht Hand in Hand mit der Entwicklung der polnischen Papierindustrie und ihre Produktion, die im Jahre 1925 34 673 Tonnen betragen hat, übersteigt die des Vorjahres um 5000 Tonnen. Die Sulfitzelluloseproduktion hat bereits die Vorkriegsproduktion überschritten. Die allgemein verwendbare Sulfitzellulose wird von der Fabrik Sänger in Wloclawek, Kongreßpolen, und von der Zellulosefabrik Chulow in Oberschlesien erzeugt. Die Sulfitzelluloseindustrie vermochte nicht nur den Bedarf der eigenen Papierfabriken zu decken, sondern konnte auch bedeutende Quanten nach dem Auslande ausführen. Neben der Sulfitzellulose erzeugt die Papierfabrik in Stahlhammer den zur Herstellung des Natronkraftpapiers dienenden Natronzellstoff, der, da er in den übrigen polnischen Fabriken keine Verwendung findet und die eigene Papierfabrik nur in der Lage ist, 50 Prozent zu Papier zu verarbeiten, im Auslande, vornehmlich in Deutschland bei den Konzernfabriken Absatz findet. Polen führte im Jahre 1924 15 213 Tonnen Zellulose im Werte von 4 472 000 Zloty gegen 14 505 Tonnen im Werte von 4 465 000 Zloty im Vorjahre aus, führte dagegen Sulfitzellulose in feinen, im Lande nicht hergestellten Qualitäten aus Rumänien und anderen Ländern in einem Gesamtquantum von 3106 Tonnen im Werte von 961 000 Zloty gegen 4365 Tonnen im Werte von 1 225 000 Zloty ein. Die Zellulosefabriken verarbeiteten im Jahre 1924 208 690 Raummeter Holz, die Zahlen für das Jahr 1925 liegen noch nicht vor, dürften jedoch erheblich höher sein. Holz verarbeiten außerdem noch die einzelnen Papierfabriken angeschlossenen Holzschleifereien, die die Werke mit Rohstoffen in der Gestalt von Holzmasse beliefern. Der Holzbedarf der Schleifereien belief sich im Jahre 1924 auf 80 000 Raummeter, dürfte jedoch im letzten Jahr ebenfalls erheblich gestiegen sein. Ungünstig wirkt auf die Produktion



der Papierfabriken die geringe Zahl der Schleifereien, wodurch Polen trotz überaus großen Holzreichtums gezwungen wird, auch Holzmasse für die Papierproduktion aus dem Auslande vorwiegend aus Oesterreich und Finnland zu importieren.

### Der Kapitalbedarf Polens im Jahre 1925 (Kongresspolen und Galizien).

Die ungesunde Gründungstätigkeit, die nach Entstehen des selbständigen Staates Polen im Jahre 1919 einsetzte und der der Standpunkt entsprang, daß die staatliche Selbständigkeit eine ausreichende Basis für die Industrialisierung des Landes sei, hatte in den Jahren 1921/23, begünstigt durch die Inflation, ihren Höhepunkt erreicht, um sodann nach Stabilisierung der polnischen Währung im Jahre 1924 und 1925 abzuflauen. Die Inflation hat gerade in Polen zu der Illusion geführt, daß das Land über genügendes Investierungskapital für alle diese Neugründungen und für die Fortentwicklung derselben verfügt. Man vergaß, daß die Gründungen zumeist mit Hilfe von Banken und Regierungskrediten erfolgten, die sodann in entwertetem Gelde zurückgezahlt wurden. Diese oft plan- und ziellosen Gründungen waren, wie die Erfahrungen nach der Stabilisierung der Währung erwiesen haben, durchweg ungesund und die meisten Industrie-, Handels- und Bankunternehmen aus der Gründerzeit liquidierten ihre Unternehmen in den letzten zwei Jahren, während die übrigen heute ihre ganze Hoffnung auf die Regierungsunterstützungen und -kredite setzen. Die Industrie Polens ist durch diese ungesunde Gründungstätigkeit weit über den Bedarf und die Aufnahmefähigkeit des polnischen Marktes hinausgewachsen und hat, da sie infolge der teuren Gesteuerungskosten als Exportindustrie nicht in Frage kommt, heute keinerlei Daseinsberechtigung. Wie weit die Planlosigkeit des Gründertums ging, möge aus dem Beispiel erbellten, daß in Polen in der Zeit von 1920 bis 1923 allein 3 Lokomotivfabriken gegründet worden sind, obgleich eine einzige vollkommen genügt hätte, um den gesamten Bedarf der polnischen Staatsbahnen reichlich zu decken. Noch weit planloser erfolgten die Gründungen in der Rüstungs- und anderen Industriezweigen, die heute alle ihre Unternehmen schließen oder liquidieren und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen. Im Jahre 1925 war die Zahl der Neugründungen in Kongresspolen und Galizien äußerst gering gewesen, so sind z. B. 17 Aktiengesellschaften auf dem Gebiete der Industrie, des Handels, des Verkehrs- und Versicherungswesens neu gegründet worden, während das Jahr 1924, obgleich es das Jahr der Stabilisierung der polnischen Währung war, immer noch die Gründung von 127 Aktiengesellschaften brachte. Allerdings kommt dabei in Betracht, daß das Anlagekapital von 28 870 000 Zloty der im Jahre 1925 neugegründeten 17 Aktiengesellschaften um das Doppelte das der im Jahre 1924 gegründeten 127 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 11 110 026 Zloty und 12 Millionen österreichische Kronen übersteigt. Die Konzentrierung der Gründungstätigkeit nimmt also in Polen, wie aus dem Zahlenvergleich hervorgeht, stetig zu. Die Zahl der neu entstehenden Aktiengesellschaften verringert sich rapide nicht nur von Jahr zu Jahr, sondern von Quartal zu Quartal und im letzten Quartal des Jahres 1925 ist überhaupt keine Aktiennengründung erfolgt.

Auch die Kapitalserhöhungen der Aktiengesellschaften im Jahre 1925 sind ihrer Zahl nach zurückgegangen, doch in Bezug auf die Kapitalsumme bedeutend gestiegen. Eine Kapitalserhöhung nahmen im Jahre 1924 156 Aktiengesellschaften in einer Gesamtsumme von 29 109 935 Zloty und 1 447 000 belgische Franken vor, im Jahre 1925 dagegen 41 Aktiengesellschaften in einer Gesamtsumme von 58 332 060,90 Zloty.

Der gesamte Kapitalbedarf im Jahre 1925 hat in Kongresspolen und Galizien bei 58 Aktiengesellschaften 87 202 060 Zloty betragen, war also doppelt so hoch als der Bedarf von 283 Aktiengesellschaften im Jahre 1924 mit 40 219 961 Zloty, 1 447 000 belgischen Franken und 12 Millionen österreichischen Kronen.

Der Kapitalbedarf der polnischen Aktiengesellschaften im Jahre 1925 für Neugründungen und Erhöhung des bisherigen Aktienkapitals verteilt sich auf die einzelnen Branchen wie folgt:

#### Aktiennengründungen:

	Zahl der Ges.	1925	Zahl der Ges.	1924
		Zloty		Zloty
Industrie u. Landwirtschaft	13	28 070 000	98	9 755 971
Handel u. Verkehrswesen .	3	550 000	26	1 229 055
Bankwesen . . . . .	—	—	—	—
Versicherungswesen . . .	1	250 000	3	125 000
Insgesamt	17	28 870 000	127	11 110 026 + 12 Mill. öst. Kronen

#### Erhöhungen des Aktienkapitals:

	Zahl der Ges.	1925	Zahl der Ges.	1924
		Zloty		Zloty
Industrie u. Landwirtschaft	18	45 663 324,20	113	25 651 234
Handel u. Verkehrswesen .	6	3 533 997,50	32	2 500 351
Bankwesen . . . . .	8	4 988 139,20	9	956 494
Versicherungswesen . . .	9	4 146 600,—	2	856
Insgesamt	41	58 332 060,90	156	29 109 935 + 1 447 000 belg. fr.

### Polens Finanzen und Wirtschaft im Kampf um die Sanierung.

Von Dr. Fritz Seifert, Bielitz.

Die Wirtschaftskrise in Polen dauert unentwegt an. Trotz aller Anstrengungen der neuen Regierung und insbesondere des neuen Finanzministers, die Sanierung mit allen Mitteln einer gesunden Wirtschaftspolitik durchzuführen, verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage Polens, die am meisten durch das ständige Anwachsen der Arbeitslosigkeit illustriert wird.

Wohl weist die Handelsbilanz seit nunmehr fünf Monaten eine Aktivität auf, die sogar im Monat Dezember mit einem Ueberschuß von 103 Millionen Zloty ein Maximum darstellt und auch in der Zahlungsbilanz wurde ein Gleichgewicht hergestellt. Aber man darf nicht vergessen, daß die Aktivität der Handelsbilanz in erster Linie mittels künstlicher Mittel erzielt wurde, insbesondere durch eine Drosselung der Einfuhr und durch eine ganz außergewöhnlich hohe, die Leistungsfähigkeit fast übersteigende Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, deren traurige Folgen vielleicht schon in der nächsten Zeit Polen am eigenen Leibe verspüren wird, wenn es gezwungen sein sollte, infolge der Erschöpfung der Getreidevorräte Getreide und Mehl zu höheren Preisen einzuführen. Im übrigen ist die Verringerung der Einfuhr nicht nur eine Folge der seiner Zeit erlassenen Einfuhrverbote, sondern hängt auch in hohem Maße mit der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung zusammen, die sich in einem geringeren Bedarf an Rohmaterialien, Halbfabrikaten, Maschinen und Einrichtungsgegenständen äußert. Diese letztere Erscheinung ist ein bedeutender Beweis einer von Tag zu Tag zunehmenden Stagnation in allen Zweigen der polnischen Industrie.

Die Erfahrungen, die man mit ähnlichen Einschränkungen und polizeilichen Maßnahmen im Handelsverkehr in anderen Ländern gemacht hat, lassen befürchten, daß eine Fortsetzung einer solchen Handelspolitik schließlich sich in den Handelsbeziehungen mit dem Auslande auswirken muß, welche schließlich Handelsverträge nur auf dem Boden der Reziprozität schließen. Die Verfolgung eines Prinzipes möglichst hoher Exporte bei allergeringstem Import ist auf die Dauer nicht durchführbar. Dazu kommt, daß die Ausfuhrmöglichkeit sich in den nächsten Monaten, insbesondere in Getreide, und in Kohle angesichts des nahenden Som-



mers, erschöpfen wird. Dadurch könnte die Aktivität der Handelsbilanz einen schweren Schlag erleiden und durch das Ausbleiben von größeren Zuflüssen ausländischer Zahlungsmitteln auch auf die Zahlungsbilanz einen ungünstigen Einfluß ausüben.

Der Kurs der polnischen Währung ist seit einigen Wochen wieder verhältnismäßig stabil geblieben, obwohl gerade in den letzten Tagen wieder eine Erschütterung des Zloty platzgegriffen hat, für die man als Gründe die Rückzahlung eines Teiles der Interventionskredite, die noch in der Grabsti-Wera aufgenommen wurden, ins Treffen führt. Auf welch schwachen Füßen muß die polnische Währung stehen, wenn die Abzahlung einer Summe von 10½ Millionen Dollar an eine amerikanische Finanzgruppe eine Panik an den Börsen erzeugen konnte. Man hat aus der Tatsache der allmählichen Stabilisierung Schlüsse auf eine Besserung der allgemeinen Finanzverhältnisse in Polen gezogen. Davon kann gewiß nicht die Rede sein. Aber manche Anzeichen sprechen dafür, daß man in Polen neue Wege gehen will, um die im vergangenen Jahr gemachten großen Fehler wieder gutzumachen. Besonders bemerkenswert ist, daß sich bei den führenden Männern der polnischen Finanzen langsam doch der Gedanke Bahn gebrochen hat, daß das bisherige Verhalten Polens gegen Deutschland der polnischen Volkswirtschaft den größten Schaden gebracht hat. In einem ausführlichen Exposé, das der Finanzminister Radechowski vorgelegt hat, werden die außerordentlichen Nachteile, die der deutsch-polnische Handelskrieg für das polnische Wirtschaftsleben herbeigeführt hat, zugegeben. Die im Lande herrschende Geldnot wird in diesem Exposé zum großen Teil auf das Zurückziehen beträchtlicher deutscher Kredite, die früher polnischen Kunden gewährt worden sind, zurückgeführt. Nach den Feststellungen des Finanzministers wurden in der zweiten Jahreshälfte 1925 für 144 Millionen Mark Waren von deutscher Seite nach Polen exportiert, während die polnische Ausfuhr mehr als 182 Millionen Mark betragen haben soll. Interessant sind auch jene Stellen, in dem erwähnten Exposé, die den Zusammenbruch der polnischen Valutapolitik charakterisieren und in denen festgestellt wird, daß im vergangenen Jahre nicht nur der gesamte Devisenvorrat der Bank Polki in der Höhe von 260 Millionen Zloty, sondern auch verschiedene ausländische Anleihen verbraucht worden sind.

Auch die Valuten- und Kreditpolitik der Bank Polki wird einer eingehenden Behandlung durch den polnischen Finanzminister gewürdigt, der mit anderen führenden Männern der polnischen Finanzen zu dem Ergebnis kommt, daß die Durchführung einer Kapitalerhöhung der Bank Polki um 100 bis 150 Millionen Zloty eine Vorbedingung darstellt, ohne die eine Sanierung der zerrütteten Finanzverhältnisse nicht möglich ist. Freilich bleibt allerdings, ob und wie die zur Erhöhung des Kapitals der Bank Polki nötigen 100 bis 150 Millionen Zloty zu beschaffen sein werden. In den letzten Tagen hat sich sogar die polnische Industrie bereit erklärt, eine neue Aktienmission der Bank Polki voll zu übernehmen, wenn die Nationalbank sich verpflichten würde, der Industrie und dem Großhandel in einer den Erfordernissen der Industrie entsprechenden Höhe Kredite zu erteilen. Denn nach der Ansicht polnischer Finanzkreise ist die Nationalbank, die einzige Geldgeberin der Wirtschaft und das Institut für die Zuteilung von ausländischen Devisen, nach dem gegenwärtigen Stand nicht einmal in der Lage, den Bedarf von Industrie und Handel an ausländischen Zahlungsmitteln zu decken. Da der polnische Export schon heute stark im Abnehmen begriffen ist, ist mit einem Zufluß von Devisen in den nächsten Monaten nicht zu rechnen und es wiederholen sich in den letzten Tagen die Fälle, daß die Bank Polki die Anforderungen in fremden Devisen nicht voll befriedigen kann. Ja, es wurde sogar von der Nationalbank zum Schutze gegen eine dauernde Verschlechterung der Währung bei der Bank von England gegen Verpfändung von Goldbarren, die nach England transportiert wurden, ein Kredit in der Höhe von einer Million Pfund Sterling aufgenommen. Alle diese Maßnahmen erfolgen im gemeinsamen Einvernehmen zwischen der Regierung und der Leitung der Bank Polki. Es ist jedenfalls sehr zu begrüßen, daß die unter Grabsti bestehenden scharfen Gegensätze zwischen dem Leiter der staatlichen Finanzpolitik und dem Präsidenten der Nationalbank nunmehr überwunden zu sein scheinen und daß sich die bei-

den für die Währungsentwicklung ausschlaggebenden Faktoren gegenseitig zu unterstützen bestrebt sind.

Auch in der Handelspolitik merkt man entschieden einen neuen Zug und eine neue Richtung. Die Forderung nach der Erschließung eines so mächtigen Absatzgebietes wie Rußland, schon lange von allen Wirtschaftsfaktoren erwogen, scheint in Regierungskreisen Verständnis und Widerhall gefunden zu haben. In den letzten Tagen waren bedeutende Vertreter der Sowjetregierung in Lodz, mit denen man Abkommen zu treffen suchte, die auf die Intensivierung der polnisch-russischen Handelsbeziehungen hinzielen. Schon nach dem Dezemberausweis erscheint Rußland der mächtigste Abnehmer polnischer Textilerzeugnisse. Auch für die anderen Industrien erhofft man durch den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Sowjetrepublik, der in der soeben gegründeten polnisch-russischen Handelskammer zum Ausdruck kommt, eine Belebung.

Nach dem Einsetzen des Balkankrieges mit Deutschland war es den Kohlenindustriellen in Oberschlesien gelungen, unter Aufbringung von großen Opfern neue Absatzgebiete zu gewinnen und der Export von Kohle nach Italien, in die baltischen und nordischen Staaten hatte bedeutend zugenommen, da man sich bemüht hatte, durch Dumpingpreise neues Terrain für den Absatz zu gewinnen. Wenn auch der Ausfall Deutschlands als Abnehmer dadurch nicht weitgemacht wurde, so ist doch in den Wintermonaten die Beschäftigung in den ober-schlesischen Kohlengruben aufrecht erhalten geblieben. Allerdings ist bei der zu gewärtigenden verringerten Nachfrage in den Sommermonaten wieder mit einem schlechteren Beschäftigungsgrad in dieser Industrie zu rechnen. Ähnliches gilt auch für die polnisch-oberschlesische Eisenindustrie, deren Betriebe nach wie vor unter Kapitalmangel leiden und sich heute auf einen scharfen Konkurrenzkampf der deutsch-oberschlesischen Industrie gefaßt machen müssen.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise durch die von Monat zu Monat zunehmende Stagnation in Industrie und Handel äußert sich deutlich in dem unaufhörlichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Nach dem letzten Ausweis des Statistischen Hauptamtes in Warschau betrug die Anzahl der Arbeitslosen über 360 000, für welche der Staat monatlich 10 Millionen Zloty aufbringen muß. Die in den letzten Tagen in verschiedenen Industriegebieten, besonders im Kohlenbergbau, sich geltend machende Streikbewegung, die Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung der Löhne, das Ansuchen der Industriellen bei der Regierung um Bewilligung einer Verlängerung der Arbeitszeit werfen ein richtiges Licht auf die Zuspitzung der Lage.

Nach wie vor erblickt man in Polen in der Erlangung einer Auslandsanleihe die Rettung aus den Schwierigkeiten. Die Ausichten einer ausländischen Anleihe, von welcher Seite immer, unter welchen Bedingungen immer, sind überaus düster. Alle Finanzdelegierten Amerikas haben den Standpunkt vertreten, daß Polen nur dann Anspruch auf fremde ausländische Hilfe erlangen könne, wenn es sein Budget real, d. h. seinen tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend, gestaltet. Das noch immer überdimensionale Budget, das nach den letzten Aufstellungen ein feststehendes Defizit im Staatshaushalte von 300 Millionen für das Jahr 1926 erbringt, bietet keine Ermutigung für einen ausländischen Geldgeber. Wird es dem neuen Finanzminister gelingen, reißlos die Fehler seines Vorgängers auszumachen, dann ist mit einem regeren Interesse des Auslandes für Polen zu rechnen. Eine glückliche Liquidierung des polnisch-deutschen Balkankrieges könnte der polnischen Auslandsanleihe von großem Nutzen sein.

### Das Bielig-Bialaer Industriegebiet in seiner Nachkriegsentwicklung und die gegenwärtige Lage.

8. Das Bielig-Bialaer Industriegebiet mit seiner hochentwickelten Textil-, Maschinen-, und Metallindustrie stellt im Wirtschaftsleben Polens einen sehr wichtigen Faktor dar. Schon im alten Österreich-Ungarn nahmen Bielig's Feintuche den ersten Rang unter den Textilerzeugnissen ein, die fast in alle europäischen Staaten Eingang fanden, während die Erzeugnisse der Maschinenindustrie, insbesondere der Bielig's Textilmaschinen, sich den europäischen Markt eroberten und vielfach auch nach den Ueberseeländern exportiert wurden. Es ist bezeichnend, daß in der Vorkriegszeit und in den ersten Nachkriegsjahren die Engländer Bielig's



Feintuche in großen Massen aufkauften, die dann als feinste englische Ware nach den österreichischen Suffizienzstaaten und dem alten Ausland verandt wurden. Im neuen Polen fiel diesem Industriegebiet eine erhöhte Rolle zu: es sollte in der Textilindustrie die Lodzer, auf den altrussischen Bauernkonsum eingestellte Massenproduktion mit Feintuchen ergänzen und sich ganz neue, ihm bisher unbekannte Absatzgebiete im Inlande erringen. Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit nach dem Auslande zwang bisher zur Einstellung auf dem Inlandsmarkt, während jetzt die Wiederbelebung des vorkriegsmäßigen Auslandsexportes mit allen Mitteln angestrebt wird.

Die Einfügung in den polnischen Wirtschaftskörper blieb nicht ohne Wirkung auf das Bielitz-Bialaer Industriegebiet. Hatte schon der Krieg die Fäden zwischen Bielitz-Biala, und dem laufenden Auslande zerrissen so war doch immerhin durch den fortlaufenden Heeresbedarf des österreichischen Staates eine volle Beschäftigung der Fabriken gewährleistet. Nach Aufhören dieser Absatzmöglichkeit trat in dem Wirtschaftsleben von Bielitz-Biala eine gefährliche Stockung ein, eine Krise, die nach Deckung des Inlandsbedarfes infolge der verringerten Ausfuhrmöglichkeit und des damit verbundenen Bargeldmangels sich von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, verschärfte. Dieses Industriegebiet beschäftigte vor dem Kriege ein großes Heer von Arbeitern, die sich aus den umliegenden Ortschaften von Schlesien und Galizien rekrutierten.

Wenn wir heute die Lage in Bielitz-Biala in den einzelnen Industriezweigen betrachten, so finden wir folgende gemeinsame Erscheinungen: unzureichende Geldeingänge, Mangel an Krediten, schleppende Zahlung der Abnehmer, eine Hochflut von Steuern und sozialen Abgaben, welche die Geldnot auf ein unerträgliches Maß steigern. Was speziell die Textilindustrie betrifft, so hatte diese bis vor kurzem infolge langfristiger Wollkredite vom Auslande her einen gewaltigen Vorsprung ihren polnischen Schwesternindustrien gegenüber. Heute hat das Ausland sich mit Rücksicht auf die Nichteinhaltung der Zahlungsstermine durch die Bielitzer Industriellen als Kreditgeber vollständig zurückgezogen. Deutsche, belgische und französische Wolllieferanten liefern das Material nur mehr gegen Vorauszahlung oder Nachnahmeforderung. Auch der starke Zusammenhang mit der Wiener Wollhandels-A.-G., die den Platz als Rohstofflieferantin zum großen Teile beherrscht, scheint stark gelockert zu sein. In allerletzter Zeit hat diese Wiener Gesellschaft gegen namhafte und sehr bedeutende Großindustrielle den Klageweg beschritten, um längst fällige Forderungen einzuziehen. Allerdings hat gerade die Wiener Wollhandels-A.-G. durch überaus drückende Konditionen, durch Verrechnung von Verzugszinsen bis zu einer Höhe von 20 Prozent, durch eine Belieferung der Fabrikanten mit Rohware über den Bedarf der Industrie hinaus, oft gegen den Willen der Belieferten, in hohem Maße zur Illiquidität der Bielitz-Bialaer Textilindustrie beigetragen.

Augenblicklich leidet diese Industrie an dem Mangel an Absatz und dem Fehlen von Bargeld. Während der Kriegszeit und nach dem Kriege war es den Ententestaaten gelungen, die Absatzgebiete der Bielitz-Bialaer Industrie an sich zu reißen. Zu diesen Gebieten gehörte der Balkan, die Levante, Süd- und Mittelamerika und Ostasien. Die Bemühungen, in diesen Ländern die alte Rundschiff zurückzugewinnen, wurden bis nun durch die teuren Gesteinskosten erschwert. Dazu kam bis vor wenigen Monaten die Belastung der Ausfuhr mit der Umsatzsteuer, so daß ein eventueller Nutzen für den Fabrikanten verloren ging. Heute strebt die Bielitz-Bialaer Textilindustrie, durch das Sinken der Währung und als Folge derselben durch die niedrigeren Produktionskosten begünstigt, wieder eine Eroberung der nach dem Kriege verlorenen Absatzgebiete an. Tatsächlich sind zahlreiche Vertreter und Agenten unterwegs, um die durch ihre vorzügliche Qualität rühmlichst bekannten Spezialerzeugnisse der Bielitzer Textilindustrie in Feintuchen, Hosenstoffen, Billardtuchern usw. in den genannten Gebieten gegen die starke Konkurrenz des bisher leistungsfähigeren Auslandes abzusetzen. Die auf dem Weltmarkte bestbekannte vorzügliche Qualität der Bielitz-Bialaer Kammergarn- und Tuchzeugnisse läßt hoffen, daß es dieser Industrie gelingen wird, wieder ihre Stellung auf dem Weltmarkte zu erobern und man verspricht sich von der Wiedergewinnung dieser Exportgebiete auch eine Besserung der Arbeitsverhältnisse.

Nur vereinzelte Betriebe nützen ihre Kapazität voll aus. Die meisten Betriebe arbeiten nach wie vor durchschnittlich nur 2—3 Tage und die Erzeugung soll lediglich die eingehenden Aufträge befriedigen. Eine Produktion auf Lager, wie sie immer geübt wurde, findet infolge der fehlgeschlagenen Konjunkturerwartungen in den letzten zwei Jahren nicht mehr statt. Wird es also der Industrie gelingen, die alten Exportgebiete wieder zu erobern, so wird sich langsam bei Ausverkauf der alten Vorräte ein Mangel in fertiger Ware bemerkbar machen und die nächste Folge könnte bei großen einlaufenden Aufträgen aus dem Auslande eine Belebung dieser Industrie sein.

Im Tuchhandel trat schon im Sommer 1925 eine Krise ein, die zu Massenliquidierungen führte. Eine Flut von Insolvenzen und Konkursen war die nächste Folge des Zusammenbruches des Plots und der Unmöglichkeit der in dieser Branche während des Krieges und später etablierten Existenzen, die ohne Kapital, lediglich im Vertrauen auf die andauernde Konjunktur im Textilhandel große Lager angekauft hatten, die sie nicht bezahlen konnten. Letzten Endes bedeutet das Verschwinden dieser Händler einen Reinigungs- und Säuberungsprozeß für den immer als solid gegoltenen Bielitzer Platz.

Zu den alten bodenständigen Industrien haben sich in der Nachkriegszeit neue Unternehmungen gesellt. Außer den Textil- und Maschinenfabriken besitzt die Bielitz-Bialaer Industrie noch zwei große Kutespinnereien, Schraubenfabrikation, Papierindustrie, Emaillewerke, eine Kränzfabrik, vier Armaturengießereien und eine Glockengießerei. Auch die Seifenherzeugung wird in zwei Fabriken vorgenommen. In der Nachkriegszeit entstand eine Gummihandweberei, eine Pelzverarbeitung, und die frühere Hutindustrie erfuhr eine bedeutende Erweiterung. Zum Bielitz-Bialaer Industriegebiet im weiteren Sinne gehören auch die dem Eisenbahnknotenpunkte Dzierżys nahegelegenen Industrien. Außer den zwei großangelegten Petroleumraffinerien Racum Dil und Schodnica, liegt in dieser Gegend die Zinkwarenfabrik Silesia, ein großes Bricketwerk und eine Fischkonservenfabrik. Für die Errichtung von Industrien im Umkreise von Dzierżys ist die Nähe eines erst vor wenigen Jahren erschlossenen Kohlenbergwerks maßgebend. Zur Ausnützung der gefördertten Kohle wurde in dessen Nähe eine Elektrizitätszentrale erbaut, die das ganze Industriegebiet einschließlich der Städte Bielitz-Biala mit Licht- und Kraftstrom versieht.

Die Gegenwart ist für die industrielle Entwicklung des von Natur aus so günstig ausgestatteten Bielitz-Bialaer Industriegebietes recht düster. Es ist zu hoffen, daß eine nicht allzuferne Zukunft eine Besserung bringt.

### Die Lage in der Ostrau-Karwiner Montan-Industrie.

S. Die bereits im Dezember des Vorjahres sichtbar gewordene Situationsverschlechterung in der Ostrau-Karwiner Industrie erfuhr im Januar dieses Jahres eine weitere Verschärfung. Im allgemeinen bedeuten die Wintermonate für die Schwerindustrie regelmäßig einen Rückgang in der Produktion. Diese Erscheinung nahm allerdings gerade in diesem Winter einen fast krisenhaften Charakter an. Die Schwerindustrie des Ostrau-Karwiner Reviers, die im Zeichen einer recht erfreulichen Konjunktur in den Sommer- und Herbstmonaten gearbeitet hatte, erlitt in dem gegenwärtigen Winter einen starken Rückschlag, dessen Ursachen in der allgemeinen Wirtschaftslage Europas liegen. Die Gründe dieser Wendung liegen für den Kohlenbergbau in der Einnagung des Absatzes der Kohle durch Verwendung anderer Kraftquellen bei gleichzeitig erhöhter Konkurrenz infolge der Maßnahmen der anderen kohlenfördernden Staaten, insbesondere Englands, Deutschlands und Polens, bei der Eisenindustrie in dem besonders scharfen Wettbewerb, der diesem Produktionszweig aus dem niedrigen Stand des französischen Frankens erwächst. Hierzu kommt noch ein politisches Motiv: die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands. Die bisher noch immer nicht durchgeführte de jure-Anerkennung der Sowjetrepublik durch die Tschechoslowakei bildet ein sehr ernstes Hindernis auf dem Wege zur Eroberung dieses mächtigen Absatzgebietes, vornehmlich für die Witkowitz Eisenwerke. Die Nichtkomptierung russischer Wechsel durch tschechische Banken hat eine begreifliche Zurückhaltung des russischen Auftraggebers zur Folge und



stärkt die Konkurrenz der französischen und englischen Eisenindustrie. Der Mangel an Aufträgen, die unklare handelspolitische Lage und die Kapitalknappheit der tschechoslowakischen Industrie sind also die Hauptgründe für die sich immer mehr geltend machende Stöckung in Produktion und Absatz. Im allgemeinen kann die Lage als ungünstig bezeichnet werden, was sich in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit ausdrückt, doch sind alle Nachrichten von großen Arbeiterentlassungen in der Schwerindustrie unrichtig.

Was im besonderen die Kohlenindustrie dieses Gebietes betrifft, so ergaben schon die Produktionsziffern der einzelnen Zeitabschnitte im Jahre 1925 gegen das Jahr 1924 einen bedeutenden Ausfall und Hand in Hand damit erlitt die Belegschaft eine wesentliche Reduktion. Ebenso war der Export im verflossenen Jahre unbefriedigend und stand jenem des Jahres 1924 wesentlich nach. Demgegenüber wuchsen die Kohlenimporte aus anderen Ländern. Zu Beginn des Januar d. Zs. trat eine weitere Verschlechterung ein. Die Zahl der Arbeitssuchenden im Bereich der Mährisch-Osttrauer Arbeitsvermittlungsstelle im Monat Januar hat sich von 154 auf 946 erhöht. Die Kohlenförderung wies im Januar d. Zs. gegen die Förderung im Dezember 1925 einen Rückgang um 4614 Meterzentnern, d. i. 0,05 Prozent der Förderung vom Vormonate auf und betrug 8.756.730 Meterzentner gegen 8.761.344 Meterzentner im Dezember 1925. Der Kohlenkonsum des Inlandes, insbesondere jener der Industrie, ging zurück und durch die warme Witterung ist der Bergbau, der in den Wintermonaten stärkere Anforderungen auf Hausbrandkohle aufzuweisen hat, auch in diesem Absatz stark beeinträchtigt. Die Exportverhältnisse haben ebenfalls keine Besserung erfahren, sie sind nach wie vor ungünstig und rückgängig. Die Konkurrenzfähigkeit der Kohle des Osttrauer Industriegebietes wird teils durch die Kohlenabgabe, welche in den Konkurrenzländern nicht besteht, teils durch den höheren Eisenbahntarif zur Grenze in eine ungünstige Stellung gedrängt. Zwar hat die Einfuhr polnischer Kohle in die Tschechoslowakei nicht die Höhe des vereinbarten Kontingents erreicht, aber die polnischen Gruben, welche ihren Absatz in Deutschland infolge des Zollkrieges verloren haben, machen alle Anstrengungen durch ausgeprägte Dumpingpreise neue Absatzgebiete zu gewinnen und nehmen besonders den Konkurrenzkampf in jenen Staaten auf, wo tschechoslowakische Kohle bisher Absatz finden konnte. Durch besondere Tarifermäßigungen begünstigt und von einer staatlichen Kohlenabgabe befreit, haben die polnischen Grubenbesitzer oft durch Herunterdrückung der Kohlenpreise sogar unter die Lohnkosten den Konkurrenzkampf gegen die tschechoslowakische Kohle besonders in jenen Ländern, wo die Transportbedingungen für Polen günstiger sind (nordische und baltische Staaten) mit günstigen Ergebnissen für sich verschärft. Andererseits ist die Minderung des Kohlenlieferungsvertrages mit Deutschland ohne günstigen Einfluß für die Ostrau-Karwiner Kohlenindustrie geblieben. Ja, angesichts der einziehenden scharfen Konkurrenz auch der deutschen Kohlenindustriellen muß die tschechische Kohlenindustrie für einen harten Kampf gerüstet sein und die allgemeine Kohlenkrise dürfte kaum in den nächsten Monaten eine Wendung zum Besseren erfahren.

Die Koksproduktion belief sich im Berichtsmonat auf 1.745.234 Meterzentner gegen 1.768.212 Meterzentner im Dezember 1925, d. i. einen Rückgang um 22.928 Meterzentner oder 1,3 Prozent der Dezemberproduktion. Die Bricketterzeugung bei der Karolinenzeche und bei der Koksanstalt Dreifaltigkeit betrug 91.400 Meterzentner gegen 95.307 Meterzentner im Vormonat.

Von der Gesamtförderung an Kohle bzw. Koks entfallen auf (in Meterzentnern):

	Kohle	Koks
Berg- und Hüttenwerksgesellschaft	2 750 200	552 314
Wittowitzer Steinkohlengruben	1 864 000	548 520
Nerbinands-Nordbahn-Gruben	1 141 000	302 000
Steinkohlenbergbau Orlau-Lazb	1 154 000	139 000
Larisch-Männichsche Gruben	989 000	54 900
Kobann-Wilczek'sche Gruben	419 500	—
Ostrau-Karwiner Montangesellschaft	216 200	—
Alpine Montangesellschaft	147 890	79 650
Zwierzinische Steinkohlengew.	74 940	—
<b>zusammen:</b>	<b>8 756 730</b>	<b>1 745 284</b>
<b>d. i. Tonnen:</b>	<b>875 673</b>	<b>174 528</b>

Die Lagerbestände am Ende des Monats Januar betrugen 920 720 Meterzentner Kohle und 1 692 655 Meterzentner Koks gegen 885 933 Meterzentner Kohle bzw. 1 701 573 Meterzentner Koks im Dezember 1925. Der Arbeiterstand im Berichtsmonat bei den Grubenbetrieben beträgt 37 977, bei den Koksanstalten 4069, d. i. bei den Grubenbetrieben eine Steigerung um 0,4 Prozent bei den Koksanstalten ein Rückgang um 0,5 Prozent gegen den Monat Dezember 1925.

Die Produktion und Absatzresultate sind sonach keineswegs befriedigend und die Tendenz ist, mit der Entwicklung in den letzten Jahren verglichen, eine absteigende. Schon die Produktionsziffern der einzelnen Abschnitte im Jahre 1925 illustrieren deutlich die rückläufige Entwicklung. Hieran ergab sich gegen das Jahr 1924 ein Ausfall von 12 Prozent bei der Steinkohle, 8 Prozent bei der Braunkohle und 9 Prozent beim Koks und im Vergleich mit den Ergebnissen des Friedensjahres 1913 sank die Förderung der Steinkohle um 15 Prozent, der Braunkohle um 19 Prozent und des Kosses um 20 Prozent. Diese Ziffern sprechen deutlich und lassen die arge Verführung aufkommen, daß die Kohlenindustrie im Mährisch-Osttrauer Industriegebiet noch schwereren Zeiten entgegengeht. Da der Kohlenexport einen wesentlichen Bestandteil der tschechoslowakischen Handelsbilanz bildet, muß die Erhöhung des Exportes eine wichtige Aufgabe dieser Industrie sein. Diese Aufgabe kann bei der fortschreitenden Konkurrenz nur durch billigere Produktion und Abbau aller Belastungen der Industrie gelöst werden.

Auch die Eisenindustrie hat zu Jahresbeginn keine günstige Entwicklung genommen und zwar hat der nach der Ruhrkonjunktur einziehende Rückschlag immer erheblichere Formen angenommen. Besonders die Metallindustrie und da wieder namentlich in den Walzwerken, weist schwache Beschäftigung auf. Die Walzwerke, die infolge Ruheens der Bautätigkeit keinen Absatz für ihre Erzeugnisse haben, feierten im Januar sogar eine ganze Woche. Dagegen sind die anderen Zweige der Metallindustrie unverändert günstig beschäftigt, was besonders von der Schraubenindustrie und von der Metallmöbelerzeugung zu berichten ist. Auch die Röhrenwalzwerke sind verhältnismäßig günstig beschäftigt. Die Zinkwalzwerke, die im Dezember auf Lager arbeiteten, weisen flauere Beschäftigung auf, da ihr Hauptgeschäft erst in der Bauaison auflebt. Die Hochöfen haben im Januar voll gearbeitet, doch nicht zuletzt deswegen, um Gas und Energie zu gewinnen, während sie ihre Waren auf Lager erzeugten. In der Maschinenindustrie ist die Lage nicht genug klar; der größte Teil der Maschinenfabriken behielt die Beschäftigung des Monats Dezember bei. Die Waggonfabriken dahingegen verminderten ihre Arbeiterstände um insgesamt 120 Personen.

Die äußerst schwere Lage der Eisenindustrie des Ostrau-Karwiner Reviers bildet, wenn auch gegenwärtig, keine Gefahr für ihren Weiterbestand in der gegenwärtigen Ausdehnung vorliegt, doch ein ernstes Moment und mit Recht wird die Anerkennung Sowjetrußlands als ein geeigneter Schritt genannt, um einen mächtigen Abnehmer auf dem Plane erscheinen zu lassen. Wenn der Betrieb in den einzelnen Werken z. Bt. auch fast vollkommen aufrecht erhalten wird, so geschieht dies hauptsächlich aus sozialpolitischen Erwägungen: um die Arbeitslosigkeit nicht weiter zu steigern und die Leistungsfähigkeit dieser Industrie zu erweitern.

### Danzigs gegenwärtige Wirtschaftslage.

Danzigs Außenhandel 1925. — Ungünstige Auswirkungen der polnischen Krise auf das Danziger Wirtschaftsleben. — Regierungsmaßnahmen zur Stützung der noleidenden Wirtschaft.

Von Dr. Curt Poralla, Assistent am Osteuropa-Institut in Breslau.

Bei einer Betrachtung der statistischen Daten über Wert und Umfang des Danziger Außenhandels im ersten Halbjahr 1925 kann man die Beobachtung machen, daß im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine merkliche Verschlechterung eingetreten ist, die sich nicht nur in einer Wertverminderung der Ausfuhr zu Ungunsten der Handelsbilanz, sondern auch in einer Verkleinerung des Gesamtumsatzes zu erkennen gibt. Aus dem vor-



liegenden Zahlenmaterial des „Statistischen Landesamtes der Freien Stadt Danzig“ ergibt sich nämlich, daß der Warenumsatz des ersten Halbjahres gegenüber 1924 um mehr als 155 000 Tonnen zurückgeblieben ist, obwohl der Schiffsverkehr zu Beginn des Jahres durch den letzten verhältnismäßig milden Winter wesentlich begünstigt und der Güterumschlag infolgedessen bei weitem nicht so lange unterbrochen war, wie im vorangegangenen Jahre. Der Rückgang im Wert und Umfang des Danziger Außenhandels wird durch folgende Zusammenstellung gekennzeichnet:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	To.	Mill. Gulb.	To.	Mill. Gulb.
1. Halbjahr 1925	421 950	264,4	701 338	176,4
1. Halbjahr 1924	428 645	274,2	850 173	318,9

Für die folgenden Monate (Juli bis September 1925) liegen erst vorläufige Ziffern vor, doch läßt sich aus diesen bereits entnehmen, daß die Ausfuhr in Verbindung mit dem zunehmenden Export polnischer Rohle und der seit einigen Monaten in Fluß befindlichen Getreideausfuhr wieder im Steigen begriffen ist.

	1925	Juli	August	September
		(Millionen Gulden)		
Einfuhrwert		47,4	39,9	33,5
Ausfuhrwert		22,2	24,9	31,6

Trotzdem erscheint es fraglich, ob der gesamte Außenhandel Danzigs bis Ende des Jahres infolge der polnischen Einfuhrsperremaßnahmen die Vorkriegshöhe erreichen wird. Im auswärtigen Handel Danzigs für das 1. Halbjahr 1925 steht Deutschland mit einer Warenausfuhr von 71,1 Mill. Gulden und einer Einfuhr aus dem Freistaat von 43,4 Mill. Gulden an der Spitze aller mit Danzig Handel treibenden Staaten. An zweiter Stelle steht England mit 40,6 Mill. Ausfuhr und 55 Mill. Einfuhr, an dritter Stelle Nordamerika, dessen Export nach Danzig 36,4 Mill. und Import 4,1 Mill. Gulden betrug. Hierauf folgt Frankreich mit 22,1 Mill., dann Chile mit 14,8, Dänemark mit 14,6, Holland mit 10,3, Schweden mit 8,1, Indien mit 6 Mill., Belgien mit 5 Mill., Brasilien mit 3,7 Mill. Gulden Ausfuhr nach Danzig. Als Bezugsländer von Waren, die aus Danzig exportiert werden, kommen außer Deutschland und England noch die Niederlande, Belgien, Frankreich und Rußland in Frage, wenn auch der Handelsverkehr der letzt genannten Länder nicht annähernd mit dem Umfang des deutsch-danziger oder englisch-danziger Handels zu vergleichen ist. Immerhin muß zugegeben werden, daß der Danziger Handel im Gegensatz zur Vorkriegszeit internationaler geworden ist, wie sich aus seiner Verteilung auf mehr als 20 verschiedene europäische und überseeische Länder ergibt; dennoch ist es Danzig innerhalb der polnischen Zollgemeinschaft noch nicht gelungen, die Vorkriegshöhe seines Außenhandels zu erreichen. Bisher betrug die seewärtige Ausfuhr nur 96,2 Prozent und die seewärtige Einfuhr 94,3 Prozent des Monatsdurchschnitts in den Vorkriegsjahren 1911/13. Wichtige Einfuhrwaren, die vor allem für den Weiterverkauf nach Polen in Frage kommen, stellen Düngemittel, Baumwolle und Metallwaren dar. Der Import von Eisenerzen über den Danziger Hafen für die polnische Hüttenindustrie ist trotz erheblicher Anstrengungen des Hafenausschlusses, die Umschlagmöglichkeiten im Hafen durch Aufstellung von großen Kränen usw. zu erhöhen, noch nicht recht in Fluß gekommen. Als Hauptausfuhrartikel kommen in Betracht: Polnisches Holz, Getreide und Zucker, für die als Absatzgebiete in erster Linie Deutschland und England in Frage kommen. Die Hoffnungen Danziger Exportfreie auf Belebung der polnischen Holzausfuhr haben sich in diesem Jahre noch nicht erfüllt. Der Holzexport ist im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen. Doch wird allgemein angenommen, daß sich die Exportkonjunktur in allernächster Zeit in Verbindung mit dem Sinken der polnischen Holzpreise als Folge des Holzsturzes und des reichlichen Schneefalles, der den Abtransport von Holz aus den polnischen Waldbezirken wesentlich erleichtert, bessern wird. Zu einer Belebung des Danziger Hafenverkehrs trägt augenblicklich der polnische Getreideexport bei, der das Getreideausfuhrgeschäft nach vielen Monaten wieder aufleben ließ. Da aber Polen zum Zwecke der inländischen Brotver-

sorgung in Kürze ein Getreideausfuhrverbot erlassen wird, so dürfte der Getreideexport über Danzig bald wieder ins Stocken geraten. Von Bedeutung ist noch der polnische Zuckerexport über den Danziger Hafen, der neben der Holz- und Getreideausfuhr den wichtigsten Platz im Danziger Außenhandel einnimmt.

Die Belebung des Danziger Hafenverkehrs ist allerdings der einzige Lichtblick im Danziger Wirtschaftsleben; im übrigen ist das wirtschaftliche Bild trüber denn je; denn die Belebung des Exports hat nur vereinzelt Handelszweigen einen zeitweiligen Konjunkturaufschwung gebracht, wodurch die Gesamtlage aber kaum nennenswert beeinflusst worden ist. Am beklagenswertesten ist die Lage der Danziger Industrie, die sich infolge der ständig größer werdenden Absatzschwierigkeiten noch mit jedem weiteren Monat verschlimmert. Der Absatz industrieller Erzeugnisse nach Polen war schon früher in Anbetracht der dortigen katastrophalen Finanzverhältnisse sehr erschwert; nunmehr ist aber die Geschäftstätigkeit angesichts der erheblichen Wertverminderung der polnische Valuta gänzlich unterbunden worden. Daß die Danziger Industrie, die vorwiegend auf den Absatz nach Polen eingestellt ist, unter diesen Umständen dem Ruin entgegengeht, ist ohne weiteres klar. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit und die Liquidations- und Konkursziffern geben ein treffendes Bild von der katastrophalen Wirtschaftslage des Freistaates. Wie man noch unter diesen Umständen den „Segnungen“ der Danziger Wirtschaft als Folge des zollpolitischen Anschlusses an Polen reden kann, — wie man es nicht nur in der polnischen, sondern auch in der ausländischen Presse vielfach zu lesen bekommt — erscheint geradezu bewußt irreführend, denn noch nie hat Danzig so schwer zu leiden gehabt, als in den letzten Jahren der aufgeführten Zollgemeinschaft mit Polen.

Selbst die finanziellen Vorteile der Danziger Regierung, die sich aus der Partizipation an den polnischen Zolleinnahmen ergaben, gehen infolge des stark eingeeengten Exports und des Holzsturzes immer mehr zurück und betragen kaum noch die Hälfte des vergangenen Jahres, so daß sich zu der schweren Wirtschaftskrise in Danzig auch noch eine Staatssfinanzkrise hinzugesellt, die die Danziger Regierung zwingt, einschneidende Maßnahmen zum Ausgleich des eingetretenen Defizits im Staatshaushalt zu ergreifen. In diesem Zusammenhang sollen erhebliche Streichungen des Ausgabebudgets (bis zu 25 Prozent) erfolgen, zumal es nicht angeht, die Ausfälle durch erhöhte Steuern wieder einzubringen. Bemerkenswert ist auch die Absicht des Senats, für die Fehlbeträge, die durch den für die Wirtschaft notwendigen Steuerabbau entstehen, ein Tabakmonopol auf dem Gebiete des Freistaats einzuführen und sich auf diese Weise die Einnahmen zu beschaffen, die zum Ausbalancieren des Budgets unbedingt notwendig sind. Hieraus ergibt sich, daß die Danziger Regierung in richtiger Erkenntnis der schweren Wirtschaftslage — wenn auch sehr spät — praktische Hilfe zu leisten gewillt ist und sich bemüht, die notleidende Wirtschaft wenigstens bis zu einem gewissen Grade von der derzeitigen Schwere des Steuerdrucks durch Abbau einzelner Steuern zu befreien. Mit großer Genehmigung wird besonders die angekündigte Abschaffung der Devisenumsatzsteuer aufgenommen; denn durch die Belastung der Umsätze in ausländischem Gelde, in dem immer noch die meisten Import- und Exportgeschäfte abgeschlossen werden, wurden dem Handel die schwersten Kesseln angesetzt. Der Danziger Senat erklärt sich ferner bereit, die Bemühungen der Danziger Industrie- und Handelskreise, ausländisches Kapital zu erhalten, nötigenfalls durch Übernahme einer staatlichen Bürgschaft zu unterstützen, was die Aufnahme größerer ausländischer Kredite zum mindesten doch erleichtern wird. Auf dem Gebiete des Kreditwesens gehen die Bemühungen des Senats dahin, eine Senkung der Zinssätze herbeizuführen und den Sparkassen öffentliche Gelder zur Ausleihung dieser an die Wirtschaft zu mäßigen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Zur Hebung der industriellen Produktion werden Aufträge des Staates in Zukunft, soweit wie irgend möglich, nur noch an inländische Betriebe vergeben und öffentliche Mittel zu Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsgelegenheit herbeigeführt. Es wäre zu wünschen, daß es der Danziger Regierung gelingt, mit Hilfe der angelegten Maßnahme der Krise Herr zu werden und eine baldige Besserung der Wirtschaftsverhältnisse in Danzig herbeizuführen.

\*) Der Gesamthandel Danzigs umfaßt die gesamte Ein- und Ausfuhr über die geographischen Grenzen Danzig-See und Danzig-Deutschland, dagegen ist die Durchfuhr in diesen Zahlen nicht enthalten.



### Ein neuer russischer Ausfuhr-Zolltarif.

Mit dem 1. Februar d. Js. ist in Rußland gemäß Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 26. Januar („Iswestja“ vom 3. Februar) ein neuer Ausfuhrzolltarif in Kraft getreten, der anstelle der bisher geltenden Ausfuhrtarife tritt und wesentliche Veränderungen der einzelnen Zoll-

fäße vorsieht. Der neue Ausfuhrzolltarif enthält die Bestimmung der rückwirkenden Anwendbarkeit für alle ab 1. August 1925 ausgeführten Waren, für die der Ausfuhrzoll bisher gestundet oder aus einem anderen Grunde noch nicht entrichtet worden ist.

Sämtliche ab 17. Februar 1924 erlassenen Ausfuhrzolltarife verlieren ab 1. Februar ihre Wirkungskraft.

## Mitteilungen

### Vorstandswahl der Industrie- und Handelskammer.

In der Plenarversammlung der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. d. Mts. wurde der Vorstand der Kammer wie folgt neu gewählt:

Herr Generaldirektor Hoffmann, Vorsitzender,  
Herr Generaldirektor Dr. Brenneke, 1. Stellvertreter,  
Herr Kommerzienrat Max Pinkus, 2. Stellvertreter.

### Ergänzungswahlen zur Industrie- und Handelskammer.

In der Plenarversammlung vom 18. Februar 1926 sind folgende Mitglieder ausgelost worden:

#### I. Wahlgruppe: Bergbau und Hüttenwerke.

1. Generaldirektor Heinrich Werner-Gleiwitz,
2. Generaldirektor Bergrat Franz Drescher-Benthen,
3. Bergwerksdirektor von Ehrenstein-Rohberg-Benthen D.-S.

#### II. Wahlgruppe: Industrie.

1. Direktor Hans Saurh-Gosel D.-S.,
2. Generaldirektor Karl Hoffmann-Oppeln,
3. Fabrikbesitzer Ernst Zimmermann-Oppeln,
4. Baumeister Hermann Rösner-Benthen-Karl D.-S.

#### III. Wahlgruppe: Handel.

1. Kaufmann Emil Pietrusky-Krenzburg D.-S.,
2. Kaufmann Karl Zendrusch-Ratibor,
3. Fabrikbesitzer Arthur Grünwald-Ratibor,
4. Kaufmann Franz Brzemeck-Leobschütz,
5. Kaufmann Karl Schreier-Groß-Strehlitz,
6. Kaufmann Ernst Schwierezena-Gosel D.-S.

Die Ergänzungswahlen finden gegen Ende des laufenden Jahres statt. Die ausgelosten Mitglieder bleiben bis zur Erledigung der Ergänzungswahlen im Amt.

Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien.

### Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Industrie- und Handelskammer in ihrer Plenar-sitzung vom 18. Februar 1926

Herrn Direktor Hermann Schmidt in Ratibor als Bücherrevisor und Bücherfachverständigen für die Provinz Oberschlesien öffentlich angestellt und beeidigt hat.

Oppeln, den 19. Februar 1926.

Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien.  
F. M.

v. Stoeppharius, Syndikus.

### Prüfungsordnung für Bewerber um öffentliche Anstellung und Vereidigung als Bücherrevisor.

In der Monatsversammlung der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Februar 1926 ist die Prüfungsordnung für Bücherrevisoren in einigen nicht unwichtigen Punkten abgeändert bzw. erweitert worden. Wir bringen sie daher in ihrer nunmehr gültigen Fassung erneut zum Abdruck. Die Veränderungen sind im Druck besonders hervorgehoben.

1. Die öffentliche Bestallung und Vereidigung von Bücherrevisoren für die Provinz Oberschlesien erfolgt durch die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln, soweit sie ein Bedürfnis bei

Handel, Industrie und Gewerbe anerkennt, nach Maßgabe der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen und den nachfolgenden Vorschriften.

- 2a) Die allgemeinen Voraussetzungen für Anstellung sind: persönliche Zuverlässigkeit, allgemeine Vertrauenswürdigkeit, Ehrenhaftigkeit, sowie sachgemäße kaufmännische Ausbildung und Befähigung.

- b) Ferner ist festzustellen, ob sich der Bewerber in geordneten Vermögensverhältnissen befindet, mit keinem die Berufstätigkeit beeinträchtigenden Leiden behaftet und im Bezirk der Industrie- und Handelskammer anässig ist.

- c) Voraussetzung ist ferner der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit seit wenigstens 3 Jahren.

- d) Die Ermittlungen haben sich auch darauf zu erstrecken, daß der Bewerber den Beruf als Bücherrevisor frei und selbständig betreibt oder zu betreiben beabsichtigt.

Bei Bewerbern, die diesen allgemeinen Anforderungen nicht genügen, ist von vornherein von der Zulassung zur Prüfung abzugehen.

3. Die sachgemäße kaufmännische Ausbildung (Nr. 2a) ist unter Einreichung eines lückenlosen Lebenslaufes, der vor allem den kaufmännischen Werdegang klar erkennen läßt, unter Beifügung von Zeugnissen usw. darzutun.

4. Der Befähigungsnachweis zur Ausübung des Berufs als vereidigter Bücherrevisor ist durch eine Prüfung zu erbringen. Diese ist vor einem von der Industrie- und Handelskammer in Oppeln einzusetzenden Prüfungsausschuß abzulegen. Der Vorstand der Industrie- und Handelskammer entscheidet nach freiem Ermessen, wann eine Prüfung abzuhalten ist. Prüfungen werden nur abgehalten, wenn ein dringendes Bedürfnis zur öffentlichen Bestallung vereideter Bücherfachverständiger besteht.

5. Der Prüfungsausschuß wird gebildet aus:

1. einem Mitgliede der Industrie- und Handelskammer als Vorsitzenden,
2. dem Syndikus der Industrie- und Handelskammer oder einem von diesem bestimmten Vertreter,
3. dem Direktor für das kaufmännische Bildungswesen bei der Industrie- und Handelskammer,
4. einem Dipl.-Handelschulmann der kaufmännischen Bildungsanstalten des Bezirkes,
5. einem vereidigten Bücherrevisor des Bezirkes,
6. einem Vertreter des Landesfinanzamtes der Provinz Oberschlesien.

Die Mitglieder zu 1, 4 und 5 ernennt der Vorstand der Industrie- und Handelskammer in Oppeln. Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens 5 Mitglieder anwesend sind.

6. Die Prüfung besteht aus:

- a) einer schriftlichen Hausarbeit. Diese Arbeit ist innerhalb der festgesetzten Zeit, die zwei Wochen nicht übersteigen soll, abzuliefern, unter Hinzufügung der ehrenwörtlichen Versicherung, daß die Arbeit ohne fremde Hilfe angefertigt worden ist.

- b) zwei schriftlichen Klausurarbeiten in der Dauer von je 3-4 Stunden. Die Aufgaben sind aus dem Berufsgebiet zu entnehmen und erst in der Klausur zu stellen. Der Prüfungsausschuß stellt die geeigneten Aufgaben fest. Die schriftlichen Arbeiten werden unter ständiger Aufsicht eines Auschukmitgliedes angefertigt. Die Beurteilung der schriftlichen Arbeiten liegt den Mitgliedern des Prüfungsausschusses ob, vor dem der Prüfling die mündliche Prüfung ablegen soll.

Auf Grund des Ausfalls der schriftlichen Prüfung beschließt der Prüfungsausschuß über die Zulassung



- zur mündlichen Prüfung.
- c) einer mündlichen Prüfung, die sich in angemessener Zeit auf folgende Gegenstände erstreckt:
    1. Buchführung und Revisionstechnik,
    2. Bilanz- und Bewertungsgrundsätze, insbesondere Selbstkostenberechnung,
    3. Steuerwesen,
    4. Handels-, Gesellschafts- und Genossenschaftsrecht, Bankgesetz, Bürgerliches Recht,
    5. Konkurswesen.
  7. Es ist erwünscht, daß die zu prüfenden Bücherrevisoren schriftliche Revisionsgutachten, die sie bereits erstattet haben, dem Prüfungsausschuß zur Einsichtnahme einreichen. Diese können bei Feststellung des Prüfungsergebnisses mit berücksichtigt werden.
  8. Bei Absolventen von Bücherrevisorenkursen an Handelshochschulen hat der Prüfungsausschuß die Prüfung in der Hauptsache auf praktische Fragen zu beschränken und ist berechtigt, in besonders geeigneten Fällen Erleichterungen zu gewähren. Es bleibt der Handelskammer überlassen, Bewerber ohne Prüfung zu vereidigen, wenn diese sich einer gleichwertigen Prüfung mit Erfolg bereits unterzogen haben oder über die erforderliche praktische Erfahrung verfügen.
  9. Der Prüfungsausschuß stellt mit einfacher Stimmenmehrheit fest, ob der Prüfling bestanden hat, oder nicht. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Dieses Ergebnis ist als Gutachten über die Befähigung des Bewerbers der Handelskammer zu unterbreiten.
  10. Das vorläufige Ergebnis der Gesamtprüfung wird dem Bewerber sofort mit „bestanden“ oder „nicht bestanden“ mündlich mitgeteilt.
  11. Die Arbeiten des Prüflings gehen in das Eigentum der Industrie- und Handelskammer über.
  12. Die Ablegung der Prüfung an sich berechtigt nicht zur Führung des Titels „geprüfter Bücherrevisor“ oder zur Benutzung einer ähnlichen Bezeichnung in öffentlichen Rundgebungen, Briefköpfen usw.
  13. Besteht der Prüfling die Prüfung nicht, so kann er nur noch einmal zur Prüfung zugelassen werden. Der Prüfungsausschuß hat zu bestimmen, nach welcher Zeit der Prüfling frühestens abermals zur Prüfung zugelassen werden soll.
  14. Vor Beginn der schriftlichen Prüfung sind von dem Bewerber 150.— M. Gebühren an die Kasse der Industrie- und Handelskammer in Oppeln zu entrichten. Im Falle des Ausschlusses von der mündlichen Prüfung erhält der Bewerber die Hälfte des Betrages zurück.

15. Die Ablegung der Prüfung an sich gibt keinen Anspruch auf Vereidigung. Eine Vereidigung kann nur erfolgen, wenn ein Bedürfnis vorliegt. (Siehe Nr. 1). Sie erfolgt in der Regel nach der Reihe, wie die Prüfung von den Bewerbern bestanden worden ist. Der Industrie- und Handelskammer bleibt es aber unbenommen, aus der Reihe der Bewerber in erster Linie die befähigten zu berücksichtigen. Die Vereidigung erfolgt nur auf Widerruf. Nach erfolgter Vereidigung dürfen sich die Bücherrevisoren „geprüfte, vereidigte Bücherrevisoren“ nennen. Dieses Recht erlischt aber, wenn die Vereidigung durch die Industrie- und Handelskammer widerrufen wird. Es erlischt ferner, wenn er seinen Sitz außerhalb des Bezirks der Industrie- und Handelskammer Oppeln verlegt, oder wenn er sein Amt freiwillig niederlegt.

Die Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien.

### Bergmännische Hochschultagung.

Um einige der wichtigsten Fragen der Ausbildung des akademischen Nachwuchses für den Bergbau zu erörtern, findet am

Sonnabend, den 13. März, in Berlin

eine bergmännische Hochschultagung statt.

Nach einer Eröffnungsansprache durch den Vorsitzenden des Ausschusses für bergmännisches Bildungswesen bei der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Generaldirektor Dr. Gold, über Zweck und Ziel der Tagung, werden folgende Themen behandelt werden:

1. Schulung des Bergakademikers in der chemischen Wissenschaft:  
Referent: Professor Dr. Birkenbach-Clausthal.  
Korreferent: Dr.-Ing. e. h. Thau, Halle/S.
2. Schulung des Bergakademikers im Maschinenbau.  
Referent: Prof. Dr. Schmidt, Berlin.  
Korreferent: Prof. Dr. Herbst, Essen.
3. Schulung des Bergakademikers in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft.  
Referent: Professor Dr. W. Hoffmann, Freiberg,  
Korreferent: Bergwerksdirektor Dr. Rademacher.

Eine möglichst weitgehende Teilnahme an der Tagung durch Herren, welche sich für die Ausbildung des bergmännischen Nachwuchses interessieren, ist erwünscht. Nähere Einzelheiten können bei der Geschäftsführung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins E. V. in Gleiwitz erfragt werden.

## Steuerwesen

### Einreichung der Lohnsteuerbeläge.

(Verordnung über die vereinfachte Einreichung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn für das Kalenderjahr 1925 v. 19. 1. 1926.)

Wer sich einmal überzeugt hat, welch gewaltige Arbeit allmonatlich die Arbeitgeber, besonders Unternehmungen mit größerer Arbeiterzahl, dem Reich dadurch abnehmen, daß sie für das Reich die Lohnsteuer für jeden einzelnen Arbeitnehmer berechnen, einbehalten und an das Reich gesammelt abführen, wird das Bestreben der Arbeitgeber verstehen, nach Möglichkeit bei dieser Arbeit eines Steuererhebers entlastet zu werden oder aber eine einigermaßen angemessene Entschädigung dafür zu erhalten. Erleichterungen oder eine Entschädigung scheinen aber nicht zu erreichen zu sein, gegen die Entschädigung kämpft selbstverständlich besonders das Reichsfinanzministerium.

Neben den laufenden monatlichen Lohnsteuerarbeiten ist den Arbeitgebern, welche die Abführung der Lohnsteuern im Ueberweisungsverfahren (nicht durch Uebergeben von Steuermarken) bewirken — welches Verfahren von fast allen Arbeitgebern gewählt worden ist —, eine vermehrte Arbeitsleistung dadurch aufgebürdet, daß sie bis Ende Januar jeden Jah-

res umfangreiche Zusammenstellungen über die im vergangenen Kalenderjahr abgeführten Lohnsteuerbeträge (unter namentlicher Aufführung der einzelnen Arbeitnehmer mit Wohnort usw.) den Finanzämtern einreichen müssen. Während diese Zusammenstellungen für die Jahre 1923 und 1924 in Wegfall kamen, ist für 1925 darauf nicht verzichtet worden. Schon im Oktober 1925 waren Anträge an das Reichsfinanzministerium gerichtet worden, auch für das Jahr 1925 von den Zusammenstellungen Abstand zu nehmen. Dem Wunsch ist nicht entsprochen worden. Der Reichsfinanzminister hatte jedoch zugesagt, eine mögliche Vereinfachung herbeizuführen. Eine Verordnung des Reichsfinanzministeriums vom 19. Januar d. Js. soll dem Rechnung tragen. Die genannte Verordnung verschob gleichzeitig die Frist für die Einreichung der Belege bis zum 15. Februar. Die Bekanntmachung der Vorschriften dieser Verordnung, erfolgte aber erst am 1. Februar (Vordrucke für die Belege waren aber selbst einige Tage später noch nicht zu haben). Wenn die Frist nicht wird innegehalten werden können, so wird dies zu einem wesentlichen Teil an der späten Benachrichtigung liegen. Weiterhin kommt hinzu, daß der Reichsfinanzminister Anfang Dezember v. Js. eine Anweisung herausgab, wonach mit den Vorarbeiten für die Einreichung der Lohn-



steuerbelege noch nicht begonnen, sondern die neue Verordnung abgewartet werden sollte. Auch wenn die Bekanntgabe der neuen Verordnung früher erfolgt wäre, hätten vor allem die größeren Unternehmungen die Frist nicht einhalten können. Man vergebewärtigt sich nur, daß größere Unternehmungen für Tausende von Arbeitnehmern die Belege auszufertigen haben.

In Anbetracht der gewaltigen Arbeitslast, welche die Ausstellung der Lohnsteuerbelege verursacht, ist die Frage naheliegend, wozu denn die Finanzämter diese Belege benötigen und ob mit der Anforderung der Belege nicht leere Formalismus getrieben wird, da ja die Finanzämter ohnehin wissen, welche Beträge insgesamt von den einzelnen Arbeitgebern abgeführt worden sind und darüber hinaus die Kenntnis der Steuerbeträge des einzelnen Arbeiters — soweit er nicht zur Einkommensteuer veranlagt wird, was bei der großen Masse ja nicht geschieht — nicht weiter interessiert. Diese Frage läßt sich dahin beantworten, daß die Arbeitgeber mit den Lohnsteuerbelegen Unterlagen für den „Finanzausgleich“ zwischen Reich, Ländern und Gemeinden liefern sollen, nämlich für die Verteilung der Steuerabzugsbeträge auf die Gemeinden. Bisher sollten die Steuerabzugsbeträge auf diejenigen Gemeinden als Rechnungsanteil entfallen, in welcher der Arbeitnehmer am Tage der letzten Personenstandsaufnahme seinen Wohnsitz (gegebenenfalls Aufenthalt) hatte. Es war also auf den Wohnsitz an einem bestimmten Stichtag abgestellt. Hierin ist durch eine Verordnung vom 23. Dezember 1925 eine Änderung eingetreten, insofern, als man von dem Stichtag abgesehen hat und die Verteilung auf die einzelnen Gemeinden nach der Wohnsitz-(Aufenthalts-)dauer der einzelnen Arbeitnehmer während des Jahres 1925 vornehmen will. Auf jede Gemeinde soll also der Teil der Steuerabzugsbeträge entfallen, welcher für den Arbeitnehmer für die Zeit abgeführt worden ist, in welcher er in der Gemeinde seinen Wohnsitz hatte. Mit Rücksicht auf diese Änderung sollen nach der Verordnung vom 19. Januar die Lohnsteuerbelege nur für diejenigen Arbeitnehmer ausgefüllt werden, welche während des ganzen Jahres 1925 oder eines Teiles desselben außerhalb der Beschäftigungsgemeinde gewohnt haben. Durch Abzug des für diese Arbeitnehmer abgeführten Lohnsteuerbetrages von dem Betrag, den der Arbeitgeber im Jahre 1925 für alle Arbeitnehmer zusammen abgeführt hat, ergibt sich dann der Steuerabzugsbetrag, welcher auf die Beschäftigungsgemeinde entfällt. Es ist zweifellos eine Erleichterung, daß die in der Beschäftigungsgemeinde wohnenden Arbeitnehmer in den Belegen nicht mehr aufgeführt zu werden brauchen. Andererseits muß nach den neuen Vorschriften jeder Arbeitnehmer, der während des Jahres seinen Wohnsitz gewechselt hat, mehrfach aufgeführt werden, nämlich für jede Wohnsitzgemeinde besonders unter Angabe des Steuerbetrages, welcher während der jeweiligen Wohnsitzdauer in einer Gemeinde für den Arbeitgeber abgeführt worden ist. Früher wurde ein solcher Arbeitnehmer nur einmal aufgeführt und zwar für die Gemeinde, in der er an dem bestimmten Stichtage gewohnt hatte.

Die Neuregelung gerade hinsichtlich des letzterwähnten Punktes wird praktisch vielfach undurchführbar sein!

Vielfach werden die Arbeitgeber, insbesondere die größeren Unternehmungen nicht wissen, ob die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer ihren Wohnsitz während der Beschäftigungsdauer gewechselt haben. Bekannt und im Lohnsteuerbüro vermerkt ist nur der Wohnsitz, welcher auf der vom Arbeitnehmer vorgelegten Steuerkarte angegeben ist. Mag nun auch der Arbeitnehmer verpflichtet sein, etwaigen Wohnsitzwechsel dem Arbeitgeber mitzuteilen, in der Praxis wird die Anzeige darüber selten erfolgen. Außerdem wird in solchen Ausnahmefällen im Lohnsteuerbüro ein entsprechender Vermerk nicht gemacht worden sein, weil nach den bisherigen Vorschriften die Eintragungen auf der Steuerkarte maßgebend sind. Soll die Verordnung vom 19. Januar genau durchgeführt werden, so müßte der Arbeitgeber jeden einzelnen Arbeitnehmer auffordern, amtliche Bescheinigungen über seinen Wohnsitz im Laufe des Jahres 1925 beizubringen. Theoretisch war das wohl möglich, in der Praxis aber nur bei Arbeitgebern mit niedriger Arbeitnehmerzahl durchführbar. Außerdem würde zur Ermittlung des Wohnsitzes die Frist vom 15. Februar bei weitem nicht hinreichen. Denkbar wäre die Nachforschung nach dem Wohnsitz auch

nur bei den Arbeitnehmern, die zur Zeit der jetzigen Ausstellung der Belege bei dem ausstellenden Arbeitgeber noch in Diensten stehen. Für die früher ausgeschiedenen Arbeitnehmer würde eine solche Maßnahme von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Es wird vom Interesse sein, daß bei den Werken der Oberschlesischen Montanindustrie der Wechsel der Arbeiter im Laufe des Jahres so groß ist, daß in der Regel etwa die doppelte Anzahl der im Durchschnitt täglich beschäftigten Arbeiter bei der Ausfertigung der Steuerbelege zu berücksichtigen ist. Die Arbeiterliste z. B. einer Grube, deren Belegschaft im Tagesdurchschnitt 3000 Köpfe beträgt, weist im Jahre etwa 6000 Namen auf. Eingeschaltet sei bei dieser Gelegenheit, daß die Arbeiterschaft der Oberschlesischen Montanindustrie über zahlreiche Gemeinden verstreut wohnt; z. B. kommen bei einer einzigen Grubenverwaltung nicht weniger als 186 Wohnsitzgemeinden in Betracht. Für jede dieser 186 Wohnsitzgemeinden ist aber eine besondere Lohnsteuerüberweisungsliste anzufertigen.

Von der Neuierung durch die vorerwähnte Verordnung sollte, soweit es sich um die Abweichung von einem bestimmten Stichtage handelt, in Anbetracht der vorstehend geschilderten Schwierigkeiten für die späteren Jahre wieder Abstand genommen werden. Im Endergebnis dürfte die Berücksichtigung des Wohnungswechsels, selbst wenn er wirklich erfaßt werden sollte, für die Gemeinden keine wesentlichen Änderungen bringen gegenüber der Verteilung der Steuerabzugsbeträge nach einem bestimmten Stichtage, da die Verschiebung der Wohnsitz in der Regel wieder zu einem Ausgleich unter den Gemeinden führt. Die Vereinfachung dagegen, daß für diejenigen Arbeitnehmer, die im Beschäftigungsorte ihren Wohnsitz haben, die Lohnsteuerbelege nicht ausgefüllt zu werden brauchen, kann auch bei der Ermittlung nach einem bestimmten Stichtag beibehalten werden; denn auch dann besteht die Möglichkeit, die auf die Beschäftigungsgemeinde entfallenden Steuerabzugsbeträge in der gleichen Weise wie nach der jetzigen Verordnung festzustellen.

★

**Nachtrag:** Die Frist zur Einreichung der Lohnsteuerbelege ist inzwischen vom Reichsfinanzministerium zwar bis zum 1. März einschließlich verlängert worden, doch dürfte diese Fristverlängerung zu mindestens für Unternehmungen mit größter Arbeitnehmerzahl nicht hinreichend sein.

### **Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.**

Ueber die Vorauszahlungstermine und den Maßstab für die Vorauszahlungen am 10. April 1926 hat der Reichsminister der Finanzen folgende Bestimmungen getroffen:

#### **I. Vorauszahlungstermine.**

Durch den Übergang von den Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen nach Ablauf eines Kalendervierteljahres (2. Steuernotverordnung und Steuerüberleitungsgesetz) zu Vorauszahlungen inmitten eines Kalendervierteljahres (§ 95 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 und § 24 des Körperschaftsteuergesetzes vom 10. August 1925) können insofern Schwierigkeiten für die Steuerpflichtigen eintreten, als sie im Kalenderjahr 1926 fünf Vorauszahlungen (z. B. 10. Januar, 10. April, 10. Juli, 15. August, 15. November) zu leisten haben würden. Es ist deshalb beabsichtigt, den § 95 Satz 1 (nicht auch Satz 2) des Einkommensteuergesetzes durch ein neues Gesetz dahin zu ändern, daß die Einkommensteuervorauszahlungen wieder am zehnten Tage nach Ablauf des Kalendervierteljahres zu leisten sind, die Vorauszahlungstermine also wie bisher der 10. Januar, 10. April, 10. Juli und 10. Oktober bleiben. Alle Steuerpflichtigen, deren Steuerabschnitt in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres endet, werden den Steuerbescheid erst nach Verabschiedung des in Aussicht genommenen Gesetzes erhalten, so daß bei ihnen dann mehr als vier Vorauszahlungen im Jahre 1926 nicht in Frage kommen. Schwierigkeiten können sich dagegen für solche buchführende Gewerbetreibende und Körperschaften ergeben, die ihr Wirtschaftsjahr in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 abgeschlossen haben und denen der Steuerbescheid nach dem



10. Januar, aber vor dem 15. Februar 1926, zugestellt wird. Sie würden für das Wirtschaftsjahr 1. Juli 1925 bis 30. Juni 1926 folgende Vorauszahlungen zu leisten haben: Eine am 10. Oktober 1925, eine am 10. Januar 1926, eine am 15. Februar 1926, eine am 10. April 1926 und eine am 10. Juli 1926. Zur Behebung solcher Härten ist von der Erhebung der Vorauszahlungssrate am 15. Februar 1926 Abstand zu nehmen: nach Aenderung des Gesetzes würde dann die nächste Vorauszahlung am 10. April 1926 zu leisten sein. Steuerpflichtige der genannten Art werden unverzüglich eine entsprechende Mitteilung erhalten.

## II. Maßstab für die Vorauszahlungen am 10. April 1926.

Den Steuerpflichtigen, die für die Frühjahrsvoranlage in Frage kommen (also hauptsächlich den nach dem Kalenderjahr steuernden und solchen Pflichtigen, die sonst in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1925 ihr Wirtschaftsjahr abgeschlossen haben), wird ein Steuerbescheid bis zum 10. April 1926 noch nicht zugestellt sein. Sie haben daher gemäß § 11 St. U. G. ihre Vorauszahlung am 10. April 1926 noch nach den bisherigen Vorschriften (Zweite Steuernotverordnung, Zweite Steuermitteilungsverordnung, Steuerüberleitungsgebot) zu zahlen. Auch hierbei gelten die Vorschriften des Steuerüberleitungsgebot, die die Vorauszahlung der mutmaßlichen Einkommensteuer angleichen sollen, insbesondere also bei Erbengesellschaften §§ 13, 14 St. U. G., bei Gewerbetreibenden und Handwerkern mit Einkommen bis zu 12.000 RM. § 17 St. U. G., bei Angehörigen der freien Berufe, Vermietern und Verbätern und großen Gehaltsempfängern § 21 St. U. G. Lediglich §§ 15, 16 St. U. G., §§ 61 bis 66 St. U. G. finden nach ihrem Wortlaut für das Kalenderjahr 1926 und Wirtschaftsjahr 1925/26 keine Anwendung mehr. Für buchführende Gewerbetreibende würde es also im Gegensatz zu den übrigen Steuerpflichtigen an einer Anpassungsvorschrift fehlen. Der Reichsminister der Finanzen ist aber damit einverstanden, daß buchführende Gewerbetreibende bei der am 10. April 1926 fälligen Vorauszahlung vorläufig ein Viertel des Betrages entrichten dürfen, der sich nach der beim Finanzamt abgegebenen Steuererklärung als Steuerschuld ergibt; führt die Veranlagung zu einer höheren Steuerschuld, als nach der Steuererklärung berechnet ist, so ist der für die Vorauszahlung am 10. April sich ergebende Unterschied innerhalb eines Monats nach Aufstellung des Steuerbescheides nachzuzahlen. Selbstverständlich sind die Steuerpflichtigen zur Vorauszahlung nach Maßgabe der Steuererklärung aber nur berechtigt, nicht verpflichtet; sie sind also nicht verhindert, den sich sonst nach den gesetzlichen Vorschriften (nach dem Umsatz, Vermögen usw.) ergebenden Vorauszahlungsbetrag zu zahlen.

Die Frist für die Abgabe der Steuerklärungen wird voraussichtlich auf die Zeit vom 8. März bis 25. März 1926 festgesetzt werden.

Für die buchführenden Gewerbetreibenden (einschließlich der Körperschaften), die ihr Wirtschaftsjahr vor dem 1. Juli 1925 abgeschlossen, aber bis zum 10. April 1926 den Steuerbescheid noch nicht erhalten haben, finden die vorstehenden Bestimmungen bei der Vorauszahlung am 10. April und, soweit die Höhe der am 10. Januar fälligen Vorauszahlung noch nicht festgesetzt ist, auch bei dieser entsprechende Anwendung.

## Steuerabzug vom Arbeitslohn bei Kurzarbeitern.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Rund-erlaß vom 9. Februar 1926 folgende Richtlinien über die Behandlung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn bei Kurzarbeitern aufgestellt:

„In letzter Zeit ist bei mir verschiedentlich Klage darüber geführt worden, daß teils der Arbeitgeber den Arbeitnehmern, die Kurzarbeiter sind, beim Steuerabzug nicht die vollen ihnen für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum zustehenden Ermäßigungen gutgebracht, sondern daß nur die Ermäßigungen berücksichtigt worden sind, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen. Beispielsweise also bei einem Arbeitnehmer, der nur Montags, Mittwochs und Freitags, in einer Fabrik arbeitet, nur die Ermäßigung für drei Tage. Auch die Finanzämter sollen mancherorts auf diesem Standpunkt stehen. Eine solche Handhabung ist falsch. Sie widerspricht auch dem § 8 der Durch-

führungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn. Danach sind im Falle der Kurzarbeit die im Gesetz für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum vorgesehenen steuerfreien Beträge auch dann als steuerfrei außer Ansatz zu lassen, wenn der Arbeitnehmer für einen Teil des Lohnzahlungszeitraums ohne sein Verschulden keinen Lohn bezogen hat. Es sind deshalb z. B. bei einem Arbeitnehmer, der im Wochenlohn steht, aber in einem Betriebe tätig ist, in dem wegen Betriebseinschränkung nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, die Wochenbeträge des steuerfreien Lohnbetrages und der Familienermäßigungen gutzubringen und nicht etwa nur drei Tagesermäßigungen zu berücksichtigen. Ebenso sind bei einem Arbeitnehmer, der im Wochenlohn steht und der zwar täglich, aber wegen Betriebseinschränkung nur 4 Stunden am Tage arbeitet, die vollen Wochenbeträge, nicht etwa nur die Stundenbeträge, gutzubringen.

Ich ersuche, die Finanzämter und in geeigneter Form auch die Arbeitgeber hiervon in Kenntnis zu setzen, wobei ein Hinweis in der Richtung angebracht erscheint, daß bei nicht voller Berücksichtigung der für den betreffenden Lohnzahlungszeitraum zustehenden Ermäßigungen dem Arbeitnehmer ein Erstattungsanspruch zusteht, der die Ausstellung einer Verdienstbescheinigung durch den Arbeitgeber notwendig macht und so die Betriebe belastet.

## Aenderung der Steuerzinsverordnung.

Die Steuerzinsverordnung hat durch eine Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 16. 1. 1926 eine Aenderung erfahren:

Die Verordnung ermäßigt die Sätze für die Verzugszinsen von zwölf auf zehn vom Hundert jährlich, für die Aufschubzinsen von neun auf acht vom Hundert jährlich und den Höchstfuß der Stundungszinsen von neun auf acht vom Hundert jährlich. Unberührt bleibt — die in § 1 Abs. 4 der Zweiten Steuernotverordnung enthaltene Bestimmung, daß insoweit, als Verzugszuschläge erhoben werden (also bei Rückständen an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umlaststeuer und Obligationsteuer), eine Verzinsung der rückständigen Beträge nicht stattfindet. Der Wortlaut der Steuerzinsverordnung in der jetzt gültigen Form lautet:

### § 1.

Für Verzugszinsen, die auf Grund des § 104 der Reichsabaabensordnung oder auf Grund anderer Vorschriften der Reichssteuergesetze dem Reiche geschuldet werden, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres zehn vom Hundert jährlich.

### § 2.

Soweit bei Zahlungsaufschub (§ 105 Abs. 1 der Reichsabaabensordnung) Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres acht vom Hundert jährlich.

### § 3.

Die Finanzbehörde, die zur Bewilligung von Stundung (§ 105 Abs. 2 der Reichsabaabensordnung) zuständig ist, bestimmt, wenn sie nicht zinslose Stundung gewährt, bei Bewilligung der Stundung den Zinsfuß, zu dem der gestundete Betrag zu verzinsen ist.

Der Zinsfuß beträgt bis auf weiteres mindestens fünf vom Hundert und höchstens acht vom Hundert jährlich. Wie hoch innerhalb dieses Rahmens der Zinsfuß zu bemessen ist, richtet sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den besonderen Umständen des einzelnen Falles.

In der Verfügung, durch die die Stundung wegen Verzinsung bewilligt wird, ist, wenn nicht der Zinsfuß auf acht vom Hundert jährlich bestimmt wird, die Heraushebung des Zinsfußes für die Zukunft vorbehalten.

### § 4.

Die Zinssätze, die sich aus den Bestimmungen der §§ 1 bis 3 ergeben, treten für die Geltungsdauer dieser Verordnung an die Stelle der Zinssätze, die im § 104 Abs. 1 Satz 1 der Reichsabaabensordnung, im § 4 Abs. 1 der Stundungsordnung vom 29. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 75) und in anderen Vorschriften der Steuergesetze (§§ 2, 3 der Reichsabaabensordnung) für Verzugszinsen, Aufschubzinsen und Stundungszinsen bestimmt sind.

Die Übergangsbestimmungen entsprechen der Regelung wie sie bisher stets bei Ermäßigungen der Sätze getroffen wurden.



Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab in Kraft.

Für die Zeit vom 1. Januar 1926 ab findet der im Artikel I Nr. 1 bestimmte Zinsfuß auch bei Verzugszinsen von solchen Beträgen Anwendung, die vor dem 1. Januar 1926 fällig geworden sind.

Ist vor dem 1. Januar 1926 durch Gesetz oder durch Verfügung einer Finanzbehörde Zahlungsaufschub oder Stundung zu einem Zinsfuß von mehr als 8 vom Hundert jährlich bewilligt worden, so beträgt für die Zeit vom 1. Januar 1926 ab der Zinsfuß acht vom Hundert jährlich.

### Die Vermögenssteuer-Vorauszahlung am 15. Februar 1926

Am 15. Februar 1926 (Schofrist 22. Februar) ist die erste Rate der Vermögenssteuervorauszahlung fällig. Die Vorauszahlung beträgt grundsätzlich ein Viertel der für das Kalenderjahr 1924 (Stichtag 31. Dezember 1923) festgesetzten Jahressteuerschuld.

Es besteht für den Steuerpflichtigen jedoch die Möglichkeit, gemäß § 15 Abs. 4 B. St. G. durch Verweisung auf seine Vermögenserklärung per 31. Dezember 1924 glaubhaft zu machen, daß der voraussichtlich für 1926 festzusetzende Jahressteuerbetrag erheblich hinter dem Vierfachen des Vorauszahlungsbetrages in der oben berechneten Form zurückbleibt. Er darf dann die Vermögenserklärung per 31. Dezember 1924 schon jetzt zu Grunde legen und ein Viertel der sich hiernach ergebenden Jahressteuerschuld als Vorauszahlung leisten. Es wird aber darauf hingewiesen, daß nach dem Wortlaut des § 15 Abs. 4 Vermögenssteuergesetz der Steuerpflichtige nicht ohne weiteres den Vorauszahlungsbetrag in der geminderten Höhe auf Grund der neuen Vermögenssteuererklärung entrichten kann. Erforderlich ist vielmehr nach § 15 Absatz 4 ein ausdrücklicher Antrag, den sich gemäß Absatz 3 ergebenden Unterschiedsbetrag bis zur Zustimmung des Vermögenssteuerbeiseides für den neuen Hauptveranlagungszeitraum zu stunden. Allerdings besteht, sofern die Voraussetzungen des Abs. 4 gegeben sind, ein Rechtsanspruch auf eine derartige Stundung.

Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, die im Gegensatz zu der früheren Regelung jetzt als solche steuerpflichtig sind, werden bis zum 15. Februar 1926 einen vorläufigen Vermögenssteuerbescheid erhalten. Die Gesellschaften können daher bei ihrer eigenen Vermögenssteuervorauszahlung von der an sich zu leistenden Vorauszahlung den Betrag abziehen, der auf den Anteil an der Gesellschaft entfällt.

### Luxussteuer.

Dem Reichstag liegen eine Reihe von Anträgen auf Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer (Luxussteuer) vor.

### Der Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages zur Finanzpolitik der Gemeinden.

In der Hauptausschubssitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 6. Februar erstattete Oberbürgermeister Dr. Most, M. d. R., Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer Duisburg, einen eingehenden Bericht über die Finanzpolitik der Gemeinden. Dem Redner diente als Grundlage seiner Ausführungen das Ergebnis einer Rundfrage, die der Deutsche Industrie- und Handelstag auf Grund eines ausführlichen Fragebogens an die deutschen Industrie- und Handelskammern gerichtet hatte und die für weit über hundert Gemeinden von typischer wirtschaftlicher Bedeutung die Unterlagen besonders zu einer genauen Gegenüberstellung der großen Ausgaben- und Einnahmegruppen für die Zeit vor und nach dem Kriege ergab.

Der Redner stellte den Grundsatz voran, daß Wirtschaft und Gemeinden sich nicht als Gegner gegenüberstehen dürfen. Die von strenger Sachlichkeit getragenen Ausführungen des Redners, der von vornherein unzulässige Verallgemeinerungen ausschloß und die Wichtigkeit der gemeindlichen Aufgaben betonte, wiesen mit zahlreichen Beispielen nach, daß auch der erweiterte Aufgabenkreis, der den Gemeinden von Reich und Landes wegen zugewiesen ist, keine ausreichende Rechtfertigung für die übermäßige Steigerung der Personalkosten und für die vielfach über das Maß des Notwendigen hinausgehenden sachlichen Ausgaben auf den verschiedenen

vom Redner im einzelnen behandelten Gebieten darstellt. Im Zusammenhang hiermit forderte er, daß die finanziellen Maßnahmen der Gemeinden wieder unter vollem Einblick der Öffentlichkeit vorgenommen werden müßten. Er verwies darauf, daß sich auch aus den Kreisen des Gemeindelebens die Stimmen mehrten, die eine Verständigung zwischen den Wirtschafts- und Gemeindeinteressen und Gemeinschaftsarbeit zwischen beiden Lagern auf der Grundlage voller Klarheit fordern.

Nachdem der Vertreter des Preussischen Ministeriums des Innern, Ministerialrat Surén, eingehend vom Standpunkt der Staatsaufsicht die Steigerung der Gesamtlasten der Gemeinden infolge der Reparations- und Besatzungskosten und des erhöhten Bedürfnisses sozialer Fürsorge, andererseits aber auch die Lage der Wirtschaft und die zwingende Notwendigkeit strengster Sparamkeit und der Zusammenarbeit gewürdigt hatte, kam folgende Entschliebung einstimmig zur Annahme:

#### 1.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag erkennt an, daß die Gemeinden in ihrer finanziellen Selbständigkeit durch die Gesetzgebung der letzten Jahre schwer beeinträchtigt und gleichzeitig mit vielen drückenden neuen Aufgaben belastet worden sind. Mit der Selbständigkeit der Einnahmebeschaffung hat diese Gesetzgebung, die den Gemeinden im Wege der Ueberweisungen bald im Ueberfluß gab, bald Notwendiges vorenthielt, auch den stärksten Trieb zur Sparamkeit, die eigene finanzielle Verantwortlichkeit, zum großen Teile beseitigt.

Es ist lebhaft zu beklagen, daß amtliche statistische Unterlagen über die gemeindliche Finanzgebarung bisher nicht vorliegen, und es ist zu fordern, daß die durch das Finanzausgleichsgesetz vom 10. August 1925 vorgegebene Finanzstatistik schleunigst durchgeführt wird. Aber auch ohne solche Unterlagen hat die Beobachtung der Tatsachen, die durch eine mangels amtlicher Unterlagen vom Deutschen Industrie- und Handelstag durchgeführte, weit über hundert Gemeinden umfassende Umfrage erhärtet wurde, klar ergeben, daß die Finanzgebarung vieler Gemeinden die Gesundung der Wirtschaft schwer gehemmt und das produktive Volkvermögen gemindert hat.

#### 2.

Bei der schweren Lage der Wirtschaft, die durch die gegenwärtige Krise offenkundig geworden ist, muß nunmehr grundsätzlich und endgültig das äußerste Maßhalten in der Auferlegung öffentlicher Lasten gesichert werden. In einer Zeit, da die Wirtschaft alles daran setzen muß, durch zweckmäßigere Organisation, durch Beschränkung der Ausgaben und durch Abbau aller nicht im strengsten Sinne produktiven Aufwendungen wieder zu Erträgen für sich und die Allgemeinheit zu gelangen, ist die Forderung berechtigt, daß endlich auch in allen Gemeinden das gleiche geschieht, die Tätigkeit der Gemeinden sich nicht wie in besseren Zeiten auf das Wünschenswerte erstreckt, sondern auf das Notwendigste beschränkt und durch größte Wirtschaftlichkeit die Minderleistung der verringernden Ausgaben gesteigert wird — Forderungen, die in gleicher Weise für Reich und Länder gelten.

#### 3.

In Erkenntnis der untrennbaren Verbundenheit des gemeindlichen und wirtschaftlichen Lebens besteht, wie der Deutsche Industrie- und Handelstag erklären kann, bei den Vertretungen und Vertretern der Wirtschaft durchaus der Wille, mit den Gemeinden auf dem Boden einer Gesetzgebung zusammenzuarbeiten, die die lebenswichtigen gemeindlichen Interessen in den Grenzen des volkswirtschaftlich Möglichen berücksichtigt und den in den letzten Jahren geschädigten und gefährdeten Gedanken der gemeindlichen Selbstverwaltung mit den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen und Tatsachen ausgleicht. Daneben besteht der dringende Wunsch, daß sich überall auch die einzelnen Gemeinden mit den Vertretungen der Wirtschaft zum Hand-in-Hand-Arbeiten zusammenfinden, um gemeinsam durch Anpassung an die gegenwärtige Notzeit diese zu überwinden und die Voraussetzungen zu einer für Wirtschaft und Gemeinden günstigeren Gestaltung der Zukunft zu schaffen.



**Die Umsatzsteuerumrechnungsfäße auf Reichsmark**  
für die nicht an der Berliner Börse notierten ausländischen  
Zahlungsmittel für den Monat Januar 1926.

Lfd. Nr.	Staat	Einheit	Reichsmark
1	Estland	100 estnische Mark	1,10
2	Lettland	100 Lat 100 lettische Rubel	80,55 1,60
3	Litauen	100 Litas	41,35
4	Luxemburg	100 Franken	19,05
5	Polen	100 Zloty	55,80
6	Rumänien	100 Lei	1,90
7	Rußland	1 Tischerwonez	21,65
8	Ägypten	1 ägyptisches Pfd.	20,95
9	Britisch Ostindien	100 Rupien	154,80
10	Britisch Straits Settlements	100 Dollar	239,00
11	Britisch Hongkong	100 Dollar	241,60
12	China Schanghai	100 Tael (Silber)	313,45
13	Argentinien	100 Goldpeso	395,55
14	Chile	100 Peso	51,45
15	Mexiko	100 Peso	205,75
16	Peru	1 peruanisches Pfd.	16,35
17	Uruguay	100 Peso	431,45

**Die Umsatzsteuerumrechnungsfäße auf Reichsmark**  
für den Monat Januar 1926.

1. bei ausschließlich wertbeständiger Buchführung in den nachstehend genannten ausländischen Zahlungsmitteln gemäß § 32a Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit § 1 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen zu Artikel IV der zweiten Steuernotverordnung vom 9. Januar 1924 (R. G. Bl. 1924 I S. 26):

Lfd. Nr.	Staat	Einheit	Reichsmark
1	England	1 Pfd. Sterling	20,40
2	Holland	100 Gulden	168,45
3	Schweiz	100 Franken	81,00
4	Vereinigte Staaten v. Nordamerika	100 Dollar	420,—

Werden andere Zahlungsmittel vereinnahmt, so sind sie zum jeweiligen Tageskurs der Berliner Börse in die Währung umzurechnen, in der die Bücher geführt werden.

2. Bei nicht wertbeständiger Buchführung gemäß § 32a Abs. 3 des Umsatzsteuergesetzes:

Lfd. Nr.	Staat	Einheit	Reichsmark
1	England	1 Pfd. Sterling	20,40
2	Holland	100 Gulden	168,45
3	Schweiz	100 Franken	81,00
4	Vereinigte Staaten v. Nordamerika	100 Dollar	420,00
5	Belgien	100 Franken	19,05
6	Bulgarien	100 Lewa	2,90
7	Dänemark	100 Kronen	104,20
8	Finnland	100 finnische Mark	10,55
9	Frankreich	100 Francs	15,85
10	Italien	100 Lire	16,95
11	Jugoslawien	100 Dinar	7,45
12	Norwegen	100 Kronen	85,50
13	Deutsch-Österreich	100 Schilling	59,15
14	Portugal	100 Escudo	21,30
15	Schweden	100 Kronen	112,45
16	Spanien	100 Peseten	59,40
17	Tschechoslowakei	100 Kronen	12,45
18	Ungarn	100 000 Kronen	5,90
19	Japan	100 Yen	185,80
20	Argentinien	100 Papierpeso	173,80
21	Brasilien	100 Milreis	62,65
22	Danzig	100 Gulden	80,90
23	Griechenland	100 Drachmen	5,70
24	Türkei	1 türkisches Pfund	2,20
25	Kanada	1 Dollar	4,20
26	Uruguay	1 Goldpeso	4,30

## Verkehrswesen

### Eisenbahn.

#### Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission (auszugsweise).

In der am 21./22. Januar 1926 abgehaltenen 141. gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Ausschuss der Verkehrsinteressenten hat die Ständige Tariffkommission nachstehende Beschlüsse gefaßt:

##### 1. Aufhebung des Bedeckungszwanges für Rohrgewebe.

In Lfd. Nr. 12 der Anlage II zum D. G. G. T. Teil I, Abt. A sind die Worte „sowie Rohrgewebe“ zu streichen.

##### 2. Frachtfreie Rückbeförderung beschädigter Eisengußwaren.

Die Ausführungsbestimmung III zu § 86 G. V. D. erhält folgende Fassung:

„Wenn Eisengußwaren oder gußeiserne Bestandteile anderer Waren, die nach Erklärung des Absenders auf dem Frachtbriefe unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung als Stückgut aufgegeben wurden, bei der Eisenbahnbeförderung beschädigt worden sind, so werden die beschädigten Stücke auf Verlangen des Absenders oder

Empfängers als Frachtgut von der Bestimmungsstation nach der Versandstation frachtfrei befördert.“ Weiter wie bisher.

##### 3. Frachtermäßigung für geschlämmtes Kaolin im Falle der Ausfuhr.

Zu den Anträgen auf Frachtermäßigung für geschlämmtes Kaolin im Falle der Ausfuhr wird beschlossen, der Hauptverwaltung zu empfehlen, einen Ausnahmetarif von bestimmten Versandstationen nach den Grenzübergängen mit den Säzen der Klasse F zu genehmigen.

##### 4. Überprüfung der deutschen Gütereinteilung.

a) In der Anmerkung zu Ziffer 11a der Klasse D der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ ist hinter den Worten „als Bearbeitung gelten nicht“ einzufügen „Das Nichten und Frimeln, sowie“. In einer Erläuterung wird erklärt werden, was unter Nichten und Frimeln zu verstehen ist.

b) Die Anmerkung zu Ziffer 16 der Klasse C der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ erhält folgende Fassung: „Hierunter fallen sowohl Stab- als auch plattenförmige Koststäbe, auch in Gruppen von höchstens drei parallel liegenden Stäben, letztere auch zusammengeknüpft.“

c) In Ziffer 17 der Klasse C der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ werden die Eingangsworte „Eisen und Streichbretter“ geändert in „Eisene und Streichbretter“. Ferner ist am Schlusse folgende Anmerkung



aufzunehmen: „Das Abschleifen der Spitzen und Ranten fällt nicht unter den Begriff: roh vorgearbeitet.“

- d) In Ziffer 3 der Klasse C (Bleche und Platten) der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ ist vor „verzinkt“ einzuschalten „lackiert“. Ebenso ist in Ziffer 20b der Klasse C (Stab- und Formeisen) der Tariffstelle „Eisen und Stahl usw.“ vor „verzinkt“ einzuschalten „lackiert“.
- e) In die Klasse D werden aufgenommen: 1. Phosphorsäures Ammoniak (Diammonphosphat), 2. Nenaammonphosphat, 3. Sarnstoffammonphosphat, sämtlich mit dem Zusatz „zum Düngen oder zur Bereitung von Düngemitteln bestimmt“.
- f) Der Antrag, Eisenblechabfälle (Abfälle von lackierten, verzinkten und verzinnenden Blechen, sämtlich zur Weiterverarbeitung) in die Klasse E aufzunehmen, wird abgelehnt.
- g) In der Tariffstelle „Essigsäure“ der Klasse B sind die Worte „im Falle der Ausfuhr oder Durchfuhr“ zu streichen.
- h) In Ziffer 5 der Tariffstelle „Holz“ der Klasse E sind die Worte „durch Leisten und Drahtstifte“ zu streichen.
- i) Für den Fall der Durchführung der in der 140. Sitzung beschlossenen Abtarisierung von Maschinen und sonstigen Eisen- und Stahlwaren der Klasse A ist folgende Tariffstelle in die Klasse B aufzunehmen: „Fahrzeuge, auch zerlegt (vgl. § 31 bis 33) folgende:

Eisenbahnfahrzeuge (zur Fortbewegung auf liegenden Schienen bestimmt):

1. Lokomotiven und Tender,
2. Triebwagen,
3. Personen- und Postwagen,
4. Wagenfrane.

Personenwagen für hängende Schienen- und Seilbahnen gehören zur Klasse A.“

Ferner ist der § 32 (1) der Allgemeinen Tarifvorschriften wie folgt zu fassen: „§ 32 (1): Für Eisenbahnfahrzeuge, die auf eigenen Rädern befördert werden, wird die Fracht für  $\frac{3}{4}$  des wirklichen Gewichts, mindestens für 10 000 kg, nach den Sätzen der Hauptklassen, oder mindestens für 6700 kg nach den Sätzen der Nebenklassen für 10 t, oder mindestens für 3400 kg nach den Sätzen der Nebenklassen für 5 t berechnet.“

Abgelehnt werden:

1. Die Aufnahme der gesamten Personenwagen in die Klasse D, der gesamten Güterwagen in die Klasse E;
  2. die Anträge auf Veretzung von „Holzfeldbahnwagen“ in die Klasse D und von „Kipp- und Förderwagen im Falle der Ausfuhr“ in die Klasse E;
  3. der Antrag auf Aufnahme von „Kipp- und Förderwagen, fahrbare Untergerüste ohne Einrichtung für den Kraftbetrieb“ in die ermäßigte Stückgutklasse.
- k) Die Bestimmung zu b) in Ziffer 7 der Tariffstelle „Holz“ der Klasse E erhält folgende Fassung:

„Im Falle b) wird das Holz zunächst als Holz taxiert. Kann die Abfertigung hiernach nicht nach der Klasse E erfolgen, so wird diese Klasse nachträglich gewährt, wenn nach dem Ermessen der Eisenbahn nachgewiesen wird, daß das Holz auch nach einfacher Zurichtung oder Haltbarmachung an Gruben des Bergbaues zur Verwendung im eigenen Bergbaubetrieb weitergeleitet worden ist.“

- l) Die Ziffer 1 des Abschnitts X des Nebengebührentariffs wird wie folgt geändert:

1. Die Deckenmiete beträgt für jede Decke bei Verwendung auf eine Entfernung von:

1 bis 200 km	7 M
201 bis 300 km	9 M
301 bis 500 km	11 M
501 bis 700 km	13 M
701 bis 1000 km	14 M
1001 und mehr km	15 M

Die Ziffer 2 wird gestrichen, die übrigen Gebühren bei den Ziffern 3 und 4 (künftig 2 und 3) bleiben bestehen.

- m) Der § 48 der Allgemeinen Tarifvorschriften ist wie folgt zu fassen:

(1) Bahneigene Decken werden dem Absender auf dessen Antrag nur überlassen, soweit solche verfügbar sind und ihre Beschädigung durch das zu verladende

Gut nach dem Ermessen der Verwaltung oder der Versandabfertigung nicht zu befürchten ist. Der Absender hat ein schriftliches Anerkennnis über den Zustand, in dem er die Decken übernimmt, abzugeben.

(2) Der Absender haftet für Beschädigungen jeder Art und den Untergang der Decken bis zur Rückgabe an die Eisenbahn, sofern er nicht nachweist, daß die Beschädigung oder der Untergang der Decken von der Eisenbahn oder ihren Leuten verschuldet worden oder auf natürliche Abnutzung zurückzuführen ist. Unter die natürliche Abnutzung fallen beispielsweise nicht Schäden, die durch die Beschaffenheit des verladenden Gutes oder des verwendeten Wagens entstehen.

(3) Bei Beschädigung oder Verlust von Decken finden die Bestimmungen des § 82 E. V. D. entsprechende Anwendung.

(4) Das Auflegen der Decken liegt dem Absender ob. (Schluß folgt.)

### Abrufen der Züge in den Warteräumen der Bahnhöfe.

Die Industrie- und Handelskammer hat sich zur Frage des Abrufens der Züge in den Warteräumen der Bahnhöfe wie folgt geäußert:

Auf denjenigen Bahnhöfen, in denen elektrische Abrufvorrichtungen vorhanden seien, dürfte sich das Abrufen der Züge in den Warteräumen erübrigen. Bei Verspätungen allerdings, die die elektrischen Abrufvorrichtungen nie anzugeben pflegen, würde das Abrufen der Züge sicherlich als eine Verkehrserleichterung im Interesse der Reisenden zu begrüßen sein. Ebenso müßte bei Verspätungen das Abrufen auf den Bahnsteigen erfolgen, damit das reisende Publikum im Winter und in den Übergangszeiten sich nicht unnötig lange auf den zugigen Bahnsteigen aufzuhalten brauche. Soweit aber elektrische Abrufvorrichtungen auf den Bahnhöfen nicht vorhanden seien, müßte das Abrufen der Züge wieder eingeführt werden.

### Ausnahmetarif für Flachsstroh und Flachs.

Die deutsche Flachsrostindustrie hat bei der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft einen Antrag betr. Einführung von Ausnahmetarifen für Flachsstroh und ferner für verarbeiteten Flachs gestellt. Die Industrie- und Handelskammer hat sich hierzu der Reichsbahndirektion Oppeln gegenüber wie folgt geäußert:

„Der Antrag des Reichsverbandes der deutschen Flachsrostindustrie in Sorau (Niederlausitz) wird von uns durchaus befürwortet.“

Flachs ist der einzige Faserstoff, der durch Anbau in Deutschland gewonnen werden kann. Allerdings wird damit zwar nur ein kleiner Teil des deutschen Bedarfs gedeckt. Trotzdem hat aber nicht nur die deutsche Landwirtschaft, die den Flachs anbaut, sondern auch die verbrauchende Industrie das allergrößte Interesse daran, daß die deutsche Erzeugung auf diesem Gebiete so weitgehend wie möglich gefördert wird, um dementsprechend den Bezug vom Auslande einschränken zu können. Insbesondere ist dies von besonderer Wichtigkeit zu Zeiten, in denen, wie dies während des Krieges der Fall gewesen ist, Deutschland vom Rohstoffbezug aus dem Auslande abgeschlossen ist.

Wie bereits von dem Verband darauf hingewiesen worden ist, ist der Flachs-anbau in Deutschland vor dem Kriege infolge der Unrentabilität bis auf ein geringes Maß eingestellt worden. In Oberschlesien beschränkte sich damals der Anbau von Flachs in der Hauptsache auf geringe Flächen in den Kreisen Kreuzburg und Rosenberg. Die deutsche Leinenindustrie war damals, wie bereits erwähnt, fast ausschließlich auf den Bezug vom Auslande, namentlich aus Rußland, angewiesen. Es sei hier kurz erwähnt, daß von der Einfuhr im Jahre 1912 an gebrochenem und geschwungenem Flachs in einer Menge von 746 000 dz allein 697 000 dz aus Rußland eingeführt worden sind. Für das vergangene Jahr beträgt diese Einfuhr etwa 120 000 dz, die ebenfalls in der Hauptsache aus dem Gebiet des ehemaligen Rußland stammen. Der Mangel an Faserstoffen während des Krieges infolge der Abschüttung Deutschlands vom Weltmarkte veranlaßte die deutsche Regierung und die maßgebenden Stellen, einen vermehrten Flachs-anbau in Deutschland anzuregen und zu fördern. Im nationalen



Interesse haben sich damals eine Anzahl Landwirte und zwar in der Hauptsache Bauern veranlaßt gesehen, den seit Jahren aufgegebenen Flachs- und Faseranbau wieder aufzunehmen. Infolgedessen sind auch in Oberschlesien eine Anzahl Flachs- und Faser- bzw. Flachsaufbereitungsanstalten errichtet worden. Von den in Deutschland bestehenden 70 Flachs- und Faseranstalten befinden sich allein in Oberschlesien 8. Während früher der Flachs meist von den Anbauern geröstet und geschwungen wurde, wird er neuerdings fast ausschließlich den Flachs- und Faseranstalten zur weiteren Verarbeitung und zwar häufig noch mit Leinenfasern zugeführt. Die Aufbereitungsanstalten sind in der Lage, die Aufbereitung des Flachs viel sachgemäßer und vorteilhafter als früher vorzunehmen.

Der Anbau von Flachs in Deutschland wird nun sehr bedroht, da der russische Flachs zu wesentlich günstigeren Preisen auf den Markt geworfen wird. Wie uns mitgeteilt wird, und wie bereits von dem Reichsverband der deutschen Flachs- und Faserindustrie darauf hingewiesen worden ist, soll sich unter den heutigen Lohnverhältnissen eine Preisenkung beim Flachsstroh nicht mehr erzielen lassen, wenn der Anbau noch lohnend sein soll. Andererseits muß das Fertigfabrikat, die Faser, auf die Weltmarktpreise Rücksicht nehmen, woraus sich ergibt, daß die Aufbereitungskosten auf ein Mindestmaß zurückgedrückt werden müssen. Hier spielen, wie in dem Antrage betont, die Frachttarife eine nicht unerhebliche Rolle. Infolgedessen wird auch von der Leinenindustrie unseres Bezirks der dringende Wunsch ausgesprochen, daß sowohl dem Flachsstroh wie auch dem aufbereiteten Flachs die niedrigste der niedrigste Tarif gewährt werden müßte, den die Eisenbahn z. Bt. zur Verfügung stellen kann, um den deutschen Flachs- und Faseranbau und die damit zusammenhängende Flachs- und Faserindustrie lebensfähig zu erhalten. Hierbei wird es für notwendig gehalten, daß das Flachsstroh mit Samen nicht höher tarifiert wird als solches ohne Samen. Zur Begründung wird folgendes angeführt: In Oberschlesien werde Flachs hauptsächlich von kleineren Landwirten angebaut, die allein selten eine ganze Wagenladung zum Versand bringen können, so daß meist der Flachs von mehreren Lieferanten zu einer Wagenladung vereinigt wird. Während einzelne den Flachs ohne Samen liefern, geben andere den Flachs mit Samen auf. Daß letzteres geschieht, ist darauf zurückzuführen, daß für Flachs sowohl mit wie ohne Samen die gleichen Preise gezahlt werden. Der Grund hierfür liegt darin, daß der zwar wertvollere Samen nur 12 Prozent des Gesamtgewichts ausmacht, dem etwa 20 Prozent ganz geringwertige Spreu gegenübersteht, wodurch der Preisunterschied restlos ausgeglichen wird. Die restlichen ca. 68 Prozent ergeben das reine Flachsstroh.

Die Gleichbehandlung beider Flachsarten (d. h. Flachsstroh mit und ohne Samen) wird deshalb von allen Seiten gefordert.

Röst- und Faseranstalten befinden sich in Oberschlesien an folgenden Orten: Falkenberg, Raundorf, Konstadt, Kreuzburg, Renja, Oberglogau, Peterwitz und Winzenberg, die als Empfangsstationen für Flachs- und Faser in Betracht kommen. Als Versandstationen von Flachs kommen fast alle Eisenbahnstationen in Betracht, da Flachs fast in allen Gebieten Oberschlesiens angebaut wird.

Die Verarbeitungsziffer der Flachs- und Faseranstalten in Deutschland wird schätzungsweise auf 250—300 000 dz jährlich beziffert. Davon werden etwa 85—90 Prozent der verarbeiteten Strohflachsmenge mit der Eisenbahn befördert, und der Rest wird den Flachs- und Faseranstalten von naheliegenden Flachs- und Faseranbauern mittels Wägen angeliefert. Dagegen findet der Versand der Flachs- und Faseranstalten in Fässern und Werg nur mittels Eisenbahn statt.

Für den Versand von Flachs- und Faser kommen die angegebenen Ortschaften und als Empfangsstationen die Spinnereien in fast allen Gegenden Deutschlands in Betracht, für Oberschlesien hauptsächlich, soweit uns bekannt ist, die Stationen Neusalz a. d. Oder, Liebau i. Schl., Sagan, Billethal, Landeshut, Freiberg i. Sa., und soweit eine Ausfuhr nach dem Auslande stattfindet, auch die tschechoslowakischen Übergangsstationen.

Wie schon eingangs betont, ist die Förderung des Flachs- und Faseranbaues in Deutschland sowie die Unterstützung der damit eng in Verbindung stehenden Flachs- und Faserindustrie unbedingt erforderlich. Wie uns von einigen Flachs- und Faseranstalten mitgeteilt wird, ist ihre Existenz durch die heutigen Verhältnisse derart gefährdet, daß sie sich bereits jetzt genötigt sehen, ihren Betrieb wieder einzustellen.

Wir bitten daher, dem Antrag des Reichsverbandes weitgehendste Berücksichtigung zuteil werden zu lassen."

### Frachtberechnung zwischen den Grenzstationen und den Tarifgrenzpunkten der politischen Grenze.

In der Frage der Frachtberechnung zwischen den Grenzstationen und den Tarifgrenzpunkten der politischen Grenze hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft folgenden Standpunkt eingenommen:

„Schon alsbald nach Beendigung des Krieges haben wir uns bemüht, den dringenden Wünschen der Wirtschaft auf Wiedereinführung direkter Tarife mit dem Ausland zu entsprechen, und als Ergebnis ist jetzt durchweg wieder eine direkte Abfertigung möglich, von der in großem, ständig wachsenden Umfange Gebrauch gemacht wird. Der Warenausbau der jetzigen Tarife nach Art der Vorkriegstarife ist beabsichtigt und trotz Währungsschwierigkeiten im Gange.

Eine frachtlche Begünstigung des gebrochenen Verkehrs, die im übrigen auch für die Reichsbahn schwer erträgliche Einnahmeausfälle bedingen würde, würde diesen Bestrebungen völlig zuwiderlaufen.

Wir verkennen zwar nicht, daß für die Verkehrstreibenden unter Umständen die Umbehandlung von Auslandsfrachten auf der Grenzstation in Einzelfällen aus besonderen Gründen zweckmäßig sein kann, obwohl durch Ausbau des internationalen Verkehrs (nachträgliche Anweisung, Zulassung eines Grenzpediteurs zur Verzollung durch Frachtbrieftvorschrift, versuchsweise Zulassung der Probeentnahme bei einzelnen Gütern) vielen geschäftlichen Bedürfnissen bereits Rechnung getragen worden ist. In diesen Fällen erwachsen der Reichsbahn indes die gleichen betrieblichen und verkehrsdienstlichen Arbeiten wie auch sonst bei zwei besonderen Transporten, so daß ihr jedenfalls ein Verzicht auf einen Teil der Abfertigungsgebühr oder gar die Durchrechnung der Staffel nicht zugemutet werden könne. Aber auch die für die Strecken von der politischen Grenze bis zur Grenzstation verbleibende Streckenfracht für 5 km wird bei den hohen Selbstkosten der Beförderung auf kurze Entfernungen nicht als unangemessen hoch bezeichnet werden können. Sie soll lediglich die Wirtschaftlichkeit des Verkehrs sicherstellen und entspricht einem allgemein durchgeführten Tarifgrundsatz.

Eine tarifliche Begünstigung des gebrochenen Verkehrs würde überdies leicht zur Ueberfüllung der Grenzbahnhöfe und Verkehrsstockungen Anlaß geben.

Aus diesen in der Öffentlichkeit bereits wiederholt erörterten Gründen sind wir zu unserm Bedauern nicht in der Lage, eine Änderung der derzeitigen Frachtberechnung in Aussicht stellen zu können."

### Herabsetzung der Stundungsgebühren der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank.

Im Einbernehmen mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sind die Gebühren für halbmönatliche Frachttundung von der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank mit Wirkung vom 1. Februar d. Js. von 3 v. Tausend auf 2 v. Tausend herabgesetzt worden.

### Ein neuer polnischer Eisenbahngütertarif

ist laut Verordnung des polnischen Eisenbahnministers „Dziennik Ustaw" vom 27. Januar Nr. 11) mit dem 10. Februar dieses Jahres in Kraft getreten. Der Tarif sieht eine Reihe von Ermäßigungen vor und ist den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Polens angepaßt.



Im Inlandsverkehr sind die Tarife für frischen Kohl und Sauerkohl, Flachs und Hanf in rohem Zustande, Drain- und andere Steingutrohre wesentlich ermäßigt worden, ferner die Frachten für den Transport lebender Tiere auf eine Entfernung von über 300 km, während für kürzere Entfernungen die Frachtsätze heraufgesetzt worden sind. Um die Höhe einer Stationsgebühr sind die Gebühren im Verkehr zwischen den Staatsbahnen und den kassubischen (Pommerellen) Privatbahnen ermäßigt worden. Ähnliche Ermäßigungen sind ebenfalls für die Transporte von Steinen aus den galizischen an der Bahn gelegenen Steinbrüchen vorgesehen.

Im Bereiche der Ausfuhrtarife sind Tarifiermäßigungen in Höhe von 10 Prozent bei der Ausfuhr von Schweinen in einem Mindestquantum von 200 Waggon monatlich vorgesehen. Der Ausfuhrtarif für Zinkphosphat ist auf Tarifklasse G, für Zink und Blei auf Klasse VI ermäßigt worden. Außerdem sind die Einfuhrtarife für schwedische Erze über Gdingen und Danzig sowie die Tarife für Baumwolle und Wolle, die über Danzig und Gdingen transportiert werden, ermäßigt worden. Des weiteren wird ein Spezialtarif für den Transport von Mais sowie Oelfuchen und Trockenrübenschnitzel aus Rumänien nach Danzig und Gdingen eingeführt. Eine Minderung erfährt ebenfalls die Berechnung der Zuschlagsgebühren für den Transport in gedeckten Wagen insofern, als für sämtliche Transporte in gedeckten Wagen an Stelle der bisherigen 10 Prozent eine 5prozentige Gebühr in Anrechnung kommt. Der Tarif hebt ferner die obligatorische Numerierung und Kennzeichnung halber Waggonsendungen auf.

## Post.

### Postcheckverkehr 1925.

Im Kalenderjahr 1925 ist die Zahl der Postcheckkonten bei den 19 Postcheckämtern des Deutschen Reiches von 809 000 (Ende 1924) auf 857 000 Konten, also um 48 000, gestiegen. Der Umsatz betrug rund 111 000 Millionen RM. (1924: 79 000 Millionen RM.) in 526 (408) Millionen Buchungen. Von dem Umsatz wurden 87 000 Millionen RM. (1924: 62 000 Millionen RM.) oder 79 v. H. bargellos abgewickelt. Das Guthaben der Postcheckkunden hat infolge der allgemeinen Geldknappheit nicht zugenommen; es betrug im Jahresdurchschnitt 572 Millionen RM. gegen 575 Millionen RM. Ende 1924. Sehr erfreulich ist die starke Zunahme der Ueberweisungen von Konto zu Konto, deren Pflege die Hauptaufgabe des Postcheckverkehrs ist. Durch Ueberweisung wurden 81 000 Millionen RM. (1924: 57 000 Millionen RM.) in 291 (236) Millionen Buchungen beglichen.

### Drucksachenbestimmungen.

An den aus Anlaß von Messen, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen von Ausstellern kurz vor Eröffnung dieser Veranstaltungen versandten Drucksachen können fortan, wenn sie in einem anderen als dem Ausstellungs-orte zur Postbeförderung aufgegeben werden, neben den üblichen Absenderangaben die Firma, Name, Stand, ständiger Wohnort usw. handschriftlich oder auf mechanischem Wege auch der Ausstellungs-ort und nähere Angaben über den Kaufstand angegeben werden, wie z. B.: „Alex Meier, Köln, Hansaring 12, zur Zeit Leipzig, Messpalast Specks Hof, 2. Etage, Koje 84.“ Derartige Ergänzungen werden künftig als Absenderangaben im Sinne des § 7 IX der Postordnung angesehen.

### Postwertzeichen.

Auf die Vorstellungen des Industrie- und Handelstages wegen Einführung von Freimariken im Werte von 15 und 25 Pfg. teilte der Reichspostminister mit, daß im kommenden Sommer neue Postwertzeichen ausgegeben werden, wobei auch die Herstellung von Freimariken für die Postkarten und den einfachen Brief im Auslandsverkehr vorgesehen sei.

## Code-Telegramme.

Das Reichspostministerium ersuchte die Industrie- und Handelskammer um Stellungnahme zu den auf der letzten Internationalen Telegraphenkonferenz gemachten Vorschlägen betr. Venderung der Codetelegramme. Hiernach sollten die Codewörter

1. in Zukunft nur bis 8 Buchstaben betragen, wobei Konsonanten und Vokale jeweils abwechseln sollen und jedes Codewort grundsätzlich mit einem Konsonanten beginnen muß;

2. nach dem anderen Vorschlage sollen die Codewörter nur 5 Buchstaben enthalten, dafür aber soll die Bedingung der Aussprechbarkeit fallen.

Die Industrie- und Handelskammer lehnte die beiden Vorschläge ab und sprach sich für die Beibehaltung des alten Zustandes aus.

## Wortzählung in Telegrammen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag ersuchte die Industrie- und Handelskammer um Stellungnahme und Äußerung zu einem beim Reichspostministerium gestellten Antrage, die Ausdrücke „Lesznoübergang — Lissaübergang“ und „Rawiczübergang — Rawitschübergang“ in Telegrammen als ein Wort zu berechnen. Die Industrie- und Handelskammer teilte dem Deutschen Industrie- und Handelstag mit, daß diese Ausdrücke im Verkehr innerhalb Deutschlands sowie im Verkehr mit dem Auslande so gebräuchlich geworden sind, daß sie auch abgesehen vom Telegrammverkehr als ein Wort gebraucht werden. Das Reichspostministerium hat dem Antrage stattgegeben.

## Fernsprechgebühren.

Zu der Frage der Fernsprechgebühren hat die Industrie- und Handelskammer dem Deutschen Industrie- und Handelstag ihre Stellungnahme wie folgt mitgeteilt:

Die Stellungnahme unseres Bezirks zu der Frage der Tarifgestaltung der Gebührenrechnung für Ortsgespräche ist geteilt. Ein Teil der Interessenten will an dem jetzigen Einzelgesprächssystem festhalten, während der andere Teil — und zwar die Mehrheit — die Rückkehr zum Tariffsystem von 1921 Grundgebühr-Ortsgesprächsgebühr vorschlägt. Auch wir möchten uns dem letzten Vorschlage anschließen, da dieses System u. G. sowohl den Teilnehmern mit geringem Sprechverkehr wie auch denen mit starkem Verkehr gerecht wird. Die Grundgebühr darf aber nur so hoch bemessen sein, daß sie auch die Teilnehmer, die nur wenige Gespräche führen, nicht drückt, andererseits müßten die Einnahmen, die die Post aus der Grundgebühr hat, dazu verwendet werden, die Gebühr für Ortsgespräche, die in der Vorkriegszeit 0,05 M. für ein Einzelgespräch betragen hat, wesentlich zu ermäßigen, höchstens aber auf 0,10 M. zu bemessen. Es muß u. G. bei Benutzung der Einzelgesprächsgebühr berücksichtigt werden, daß z. Bt. das Porto für einen Ortsbrief (bis 20 g), der jedenfalls nicht mehr Arbeitsaufwand für die Post erfordert, als wie die Vermittlung eines Gesprächs, nur 5 Pfg. beträgt. Mit Sicherheit ist damit zu rechnen, daß bei einer wesentlichen Ermäßigung der Ortsgebühren eine entsprechende Zunahme der Gespräche eintreten wird.

## Verzeichnis der Postanstalten, Eisenbahn-, Kraftwagen-, Luftverkehr- und Dampfschiffstationen.

Das von der Deutschen Reichspost herausgegebene Ortsverzeichnis (Verzeichnis der Postanstalten, Eisenbahn-, Kraftwagen-, Luftverkehr- und Dampfschiffstationen in Deutschland und der wichtigeren Orte im Auslande) ist in neuer Ausgabe (November 1925) erschienen und wird zum Preise von 3 RM. 10 Pfg. für ein Stück abgegeben. Den Bezug vermitteln die Postanstalten sowie — bei gleichzeitiger Ueberweisung des Bezugspreises auf das Postcheckkonto 38 200 beim Postcheckamt Berlin — die Geheime Kanzlei des Reichspostministeriums in Berlin W. 66, Leipziger Straße 15.



# Gesetzgebung und Verwaltung

## Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Dem Reichstag ist am 27. Januar d. J. ein Antrag Rebold, Borrmann und Genossen zugegangen (Drucksache Nr. 1800), der Reichstag wolle beschließen:

„1. § 105b Abs. II der Gewerbeordnung in der Fassung 1 der Verordnung vom 5. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt 1919 S. 176) lautet künftig:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag überhaupt nicht, an den sonstigen Sonntagen und Feiertagen nicht länger als vier Stunden beschäftigt werden. Außerhalb der Zeit der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern sind die Betriebe für den geschäftlichen Verkehr geschlossen zu halten. Durch statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbezweige auf Grund einer Abstimmung in den beteiligten Gewerbezweigen auf kürzere Zeit eingeschränkt, erweitert oder ganz unterjagt werden. Eine Erweiterung darf die Dauer von fünf Stunden nicht überschreiten. Für die letzten zwei Sonntage vor dem Weihnachtsfest und für weitere vier Sonntage im Jahr, darf auch bei sonst völliger Sonntagsruhe ohne Anhörung der Gewerbetreibenden eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern bis zu vier Stunden erfolgen.

2. § 142 Abs. I wird wie folgt geändert:

Statutarische Bestimmungen einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes können die ihnen durch das Gesetz überwiesenen gewerblichen Gegenstände mit verbindlicher Kraft ordnen. Diese Bestimmungen werden nach Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden, Gehilfen und Arbeiter getroffen, bedürfen der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde und sind in der für die Bekanntmachungen der Gemeinde oder des weiteren Kommunalverbandes vorgeschriebenen oder üblichen Form zu veröffentlichen.“

„Gleichzeitig treten alle für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe auf Grund des § 105b Abs. II und III der Gewerbeordnung erlassenen Sonder- und Ausnahmegesetzungen außer Kraft, die mit den Bestimmungen der vorstehenden Ziffern 1 und 2 in Widerspruch stehen.“

## Verordnung über den Handel mit Tafelschokolade.

vom 11. Dezember 1925

Unterm 11. Dezember 1925 hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund des § 11 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine Verordnung erlassen, welche den Handel mit Tafelschokolade mit Wirkung vom 1. Juli 1926 neu regelt:

Tafelschokolade darf danach im Einzelverkehr nur in bestimmten Einheiten des Gewichts gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten werden. Diese Vorschrift gilt jedoch nicht für die Abgabe von Stücken unter 25 Gramm. Sie gilt ferner nicht für den Verkauf von Teilen (Kiegeln, Rippen) einer Tafel, für die Abgabe durch Automaten und für Schokolade, die zugewogen verkauft wird. Zugelassen sind Tafeln mit einem Reingewichte von 500, 250, 200, 125, 100, 50 und 25 Gramm. Das Gewicht darf bei Tafeln über 100 Gramm nicht um mehr als 2 vom Hundert, und bei Tafeln von 100 Gramm und darunter nicht um mehr als 3 v. Hundert von den vorgeschriebenen Gewichten abweichen. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden auf Grund des § 11 Abs. 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 bestraft.

## Ausschaltung des Einzelhandels.

(Warenhandel der Beamten).

Wie in der D. W. Z. berichtet wird, beschäftigte sich der Einzelhandelsausschuß des D. F. u. H. bereits am 15. Oktober 1924 mit den Klagen des Handels über den Warenverkauf in öffentlichen Dienst- und Büroräumen. Die dort gefasste

Entscheidung wurde den Zentralbehörden des Reiches und der Länder mit der Bitte um Beseitigung dieser Mißstände unterbreitet. Da die Klagen aber trotzdem nicht verstummen, nahm der Einzelhandelsausschuß am 16. September 1925 nochmals zu dieser Frage Stellung. Als Ergebnis dieser Beratungen hat der D. F. u. H. die Zentralbehörden des Reiches und der Länder nochmals um Beseitigung etwa noch bestehender Mißstände.

Es gingen darauf folgende Antworten ein.

Das Auswärtige Amt teilt mit, daß dort zwar eine Warenverkaufsstelle der Beamten und Angestellten noch besteht, daß diese aber nur dem Vertrieb vorhandener Restbestände dient. Sie wird spätestens am 1. Februar 1926 aufgelöst.

Nach einer Mitteilung des Reichsministers der Justiz sind im Geschäftsbereich der Reichsjustizverwaltung keine Warenverkaufsstellen für Beamte.

Wie bereits früher, teilt auch jetzt der Reichspostminister mit, daß es dem ihm unterstellten Personal nicht gestattet ist, sich während des Dienstes oder unter Benutzung dienstlicher Einrichtungen sowie behördlichen Eigentums mit Warenbezugs- oder Warenvertriebsangelegenheiten zu befassen. Demgemäß sollen auch den Beamten entbehrliche Diensträume für den Warenvertrieb weder unentgeltlich noch gegen Mietzins zur Verfügung gestellt werden sein.

Nach einer Mitteilung des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches findet in seinem Geschäftsbereich ein Warenhandel durch Beamte nicht statt. Ebenso wenig werden Diensträume für diesen Zweck benutzt.

Das Reichsbankdirektorium bezieht sich auf seine seinerzeit gemachten Ausführungen, die auch jetzt noch zu Recht bestehen. Es liegt aber keine Veranlassung vor, dem Reichsbank-Konsum-Verein nahezulegen, sich aufzulösen. Weitere ähnliche Einrichtungen bestehen im Bereiche der Reichsbankverwaltung nicht.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft (Hauptverwaltung) teilt mit, daß im Reichsbahnbereich ein gemeinsamer Warenbezug des Personals in keiner Weise gefördert wird. Das Verbot ist am 8. Dezember 1925 erneuert. In der Ueberlassung entbehrlicher Räume, gegen ortsüblichen Mietzins an Konsumvereine oder ähnliche Selbsthilfeeinrichtungen auf genossenschaftlicher Grundlage kann jedoch die Reichsbahngesellschaft eine Förderung nicht erblicken. Solche Räume sind in dem ausgedehnten Reichsbahnbetriebe in größerer Zahl vermietet. Nach Ansicht der Gesellschaft wäre es unwirtschaftlich, wenn Mietsangebote zurückgewiesen werden und die Räume somit unbenutzt bleiben, zumal auch dem Handel solche außerhalb des Bahnbetriebes gelegenen entbehrlichen Räume gegen entsprechenden Mietzins überlassen werden könnten.

Es wird ferner in der Antwort darauf hingewiesen, daß den Reichsbahnbeamten die Ausübung eines Nebenberufs oder einer Nebenbeschäftigung sowie der Eintritt in den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrat einer auf Erwerb gerichteten Gesellschaft nur mit besonderer Genehmigung gestattet ist. Die Genehmigung wird nur in Ausnahmefällen nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse erteilt.

## Sicherungsübereignung und Registerpfandbrief. — Pfandbriefanstalten für Handel und Industrie. — Veröffentlichung der Wechselproteste.

Aus der Sitzung des Bankausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages am 4. Februar 1926.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Sicherungsübereignung und Registerpfandrecht“, vertrat zunächst Herr Dr. Koch, Stuttgart, in seinem Referat den Standpunkt derjenigen Kammern, die eine Erhöhung der Publizität von Sicherungsübereignungen sowie von Eigentumsvorbehalten durch Eintragung in ein Register befürworten. Er beantragte folgende Entscheidung:



Der Bankauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages äußert sich über die Einführung des Registerpfandrechts wie folgt:

1. Das Kaufpfand als einzige Rechtsform der Mobiliarmedien reicht für die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht aus.

2. Die Sicherungsübereignung aus berechtigten Wirtschaftsbedürfnissen herausgebildet, entbehrt zwar der ausdrücklichen besonderen Gesetzesregelung, ist aber als Rechtsfortbildung anerkannt und praktisch notwendig.

3. Im besonderen ist mit Rücksicht auf das Zustandekommen von Veredelungskrediten (bei denen Waren, welche der Verarbeitung oder der sogenannten Spezifikation unterliegen, die Kreditsicherung bilden) und im Interesse der Kreditgeber § 950 BGB. dispositiv zu gestalten.

4. Die dinglich geartete Sicherungsübereignung, der Eigentumsvorbehalt und ähnliche Rechtsverhältnisse sind aus Gründen der Verkehrssicherheit offenkundig zu machen durch ein beim Amtsgericht zu führendes (Kredit- und Pfand-) Register, in das die Sicherungsübereignung von Sachgesamtheiten, Eigentumsvorbehalte und ähnliche Rechtsverhältnisse unter Angabe der Gläubiger, der Forderung und der Zeit des Vertragsabschlusses eingetragen werden; Sicherungsübereignung an Sachgesamtheiten, Eigentumsvorbehalte und ähnliche Rechtsverhältnisse dürfen nur dann Dritten entgegengehalten werden, wenn sie eingetragen sind.

Das Korreferat wurde von Herrn Leopold Merzbach, in A. Merzbach G. m. b. H., Frankfurt a. Main, erstattet, der die Bestrebungen auf Einführung eines Registerpfandrechts lebhaft bekämpfte. Er legte der Versammlung folgenden Antrag vor:

Der Bankauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages äußert sich über die Einführung des Registerpfandrechts wie folgt:

1. Die Sicherungsübereignung gewährleistet in ihren vervollkommenen, durch die Rechtsprechung sanktionierten Formen dem gedeckten Gläubiger den besten Schutz, weil er bezüglich der Verwertung der Sicherheit und ihrer Geltendmachung gegenüber Konkurs- und Zwangsvollstreckung Dritter nicht an die für das Pfandrecht geltenden Bestimmungen gebunden ist. Eine Mobiliarmedienhypothek, die sich auf Sachgesamtheiten bezieht, deren Bestandteile nicht spezifiziert sind, würde eine Verminderung der Sicherheit bedeuten, weil sie ein Pfandrecht an wertvollen, aber auch an nicht wertvollen Mobilien darstellt. Da eine kontinuierliche Kontrolle bei Verpfändung von Sachgesamtheiten unmöglich ist, wird im Ernstfalle in der Praxis dem gedeckten Gläubiger als Pfand nur der minder wertvolle Teil der verpfändeten Mobilien übrig bleiben. Sollte die Mobiliarmedienhypothek sich jedoch auf einzelne Sachgüter erstrecken, so müßte zur Durchführung der Registrierung ein äußerst komplizierter Apparat bei jeder Veränderung im Mobiliarmedienpfand aufgewandt werden.

2. Zweifellos werden durch den dem Instrument der Sicherungsübereignung anhaftenden Publizitätsmangel ungedeckte Gläubiger zugunsten von gedeckten geschädigt werden können. Diese Schädigung wird jedoch durch die Einführung des Registerpfandes nicht ausgeschlossen. Auch bei ihnen kann der Glaube an das Vorhandensein großer und unbelasteter Warenbestände fälschlicherweise entstehen. Vorhandene Warenbestände können ohne Kenntlichmachung einem Eigentumsvorbehalt unterliegen oder nur kommissionsweise anvertraut sein.

3. Der komplizierte Apparat erschwert und verteuert dem Schuldner die Kreditnahme, sofern er überhaupt das Odium einer Veröffentlichung in einem Register auf sich nimmt. Für den Schuldner entsteht der weitere Nachteil, daß ihm durch einen ins Pfandregister erfolgten Eintrag weiterer Kredit abgeschnitten ist.

4. Das Registerpfand muß durch die komplizierte Technik zu einer Einengung des Verkehrs führen, ist also volkswirtschaftlich von ungeheurem Nachteil.

5. Der Kreditverkehr — insbesondere der mit dem Ausland — hat sich an das Instrument der Sicherungsübereignung gewöhnt. Deren Ersatz durch die Mobiliarmedienhypothek mit obligatorischer Registrierung wird Mißtrauen hervorrufen. Die Einführung einer solchen ist demnach auch geldpolitisch von Nachteil.

6. Die Registerpflicht erfordert umständliche Arbeit einer neuen Behörde, was auch vom Gesichtspunkt der Abbaunotwendigkeit veraltungstechnisch abwegig ist.

7. Der Bankauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages sieht infolgedessen in der Einführung der Mobiliarmedienhypothek und des Registerpfandes weder eine juristische noch eine sachliche Verbesserung. Er ist der Meinung, daß anormale Zustände wie die heutigen, nicht eine Gesetzesänderung veranlassen sollten. Er vermag zur Besserung der bestehenden Verhältnisse allenfalls eine Eintragungspflicht von Sicherungsübereignungen in ein vom Schuldner zu führendes durch einmalige behördliche Beglaubigung abgestempeltes Geschäftsbuch, ferner die Trennung von gedeckten und ungedeckten Gläubigern in der Bilanzauflistung und schließlich eine Verschärfung der Konkursvorschriften zu befürworten.

Im Verlaufe der Diskussion begründete Herr Geheimrat Hiedmann in eingehenden Ausführungen den ein gesetzliches Eingreifen fördernden Standpunkt des Zentralverbands des Deutschen Großhandels, während von Seiten des Zentralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie des Reichsverbands der Deutschen Industrie schwerwiegende Bedenken gegen den Antrag auf Einführung einer Mobiliarmedienhypothek geäußert wurden.

Nach weiterer eingehender Aussprache, an der sich insbesondere Herr Dr. Leuckfeld als Vertreter der Handelskammer Hamburg beteiligte, wurde mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheit beschlossen, die weitere Beratung einer zu diesem Zwecke gebildeten Kommission zu übertragen. Dieser Kommission gehören folgende Herren an: Präsident Dr. Grund, Breslau, Vorsitzender; Dr. Koch, Stuttgart; Merzbach, Frankfurt a. Main, als Berichterstatter; die Herren Geheimrat Zuckerswerdt, Magdeburg; Dr. Gelpke, Berlin; Geheimrat Frick, Berlin; Dr. Cohn, Nürnberg; Dr. Leuckfeld, Hamburg; Justizrat Walschmidt, Berlin; Dr. Juchow, Dortmund; Grünfeld, Berlin.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Pfandbriefanstalten für Handel und Industrie“, berichtete Herr Geheimrat Dr. Dietrich, München. Er erwähnte, daß die vom Deutschen Industrie- und Handelstag befragten Kammern, soweit sie Stellung genommen hatten, eine einmütige Ablehnung des Gedankens einer Förderung des Realkredits für Industrie, Handel und Gewerbe durch hypothekarietliche Beleihung aus öffentlichen Mitteln oder unter Staatsgarantie und durch Ausgabe von Pfandbriefen nicht für ratsam hielten. Die Vertreter der sächsischen Handelskammern wiesen darauf hin, daß die bisherigen Erfahrungen mit der sächsischen Pfandbriefanstalt für Handel und Industrie nicht als ungünstig zu bezeichnen seien. Es wurde eine den Anträgen des Berichterstatters entsprechende Resolution angenommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Veröffentlichung der Wechselproteste“, nahm der Ausschuß einstimmig auf Grund des Referats von Herrn Dr. Frenkel, Berlin, folgende Resolution an:

Der Bankauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hält das Beispiel der ausländischen Gesetzgebung, die eine Veröffentlichung der aufgenommenen Wechselproteste oder ihre Sammlung in einer jedermann zugänglichen Liste vorzuziehen, nicht für nachahmenswert. Eine derartige Maßnahme bedeutet für alle diejenigen Wechselschuldner, die ohne Verschulden genötigt sind, einen Wechsel gegen sich protestieren zu lassen, eine unbillige Härte und vor allem eine kaum wieder gutzumachende Schwächung ihrer Kreditfähigkeit.

Die Möglichkeit, durch eine binnen zehn Tagen nach Verfall ausgestellte Bescheinigung des Protestorgans eine Veröffentlichung bzw. eine Eintragung in die Liste zu vermeiden, bietet keinen ausreichenden Schutz und stößt hinsichtlich ihrer praktischen Durchführbarkeit auf schwere Bedenken.



Die Sammlung der Wechselproteste und ihre Zuleitung an das Publikationsorgan muß angesichts der großen Zahl der aufgenommenen Proteste und der Verschiedenheit der mit der Protestaufnahme betrauten Beamten-Kategorien zu großen technischen Schwierigkeiten führen und bedeutet eine Mehrbelastung der zuständigen Behörden, die angesichts der Forderungen der Wirtschaft auf Vereinfachung der Verwaltung nicht verantwortet werden kann. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß das gesamte Verfahren zu einer Erhöhung der Kosten der Rechtsverfolgung aus dem Wechsel führen muß, bei Insolvenz der aus dem Wechsel Verpflichteten wird der Gläubiger nicht imstande sein, die von ihm vorzuschießenden Kosten der Veröffentlichung zurückzuerhalten.

### Serabsetzung der Gebühren für Wohnungsanfragen.

Durch Runderlaß an die Ortspolizeibehörden hat der preussische Innenminister bestimmt, daß für die Beantwortung von Wohnungsanfragen durch die polizeilichen Einwohnermeldeämter mit Wirkung vom 1. 3. 1926 Gebühren nur nach folgenden Sätzen für den Einzelfall zu erheben sind: a) soweit die Angaben aus Registern, Listen, Karteien, Akten usw. der Einwohnermeldeämter gemacht werden können: 0,50 RM.; b) sofern Nachfragen, Ermittlungen usw. erforderlich sind: 1,— RM.

Aus sachlichen oder persönlichen Billigkeitsgründen kann in besonderen Ausnahmefällen von der Gebührenerhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden. Ersatzkrankenkassen sind von der Entrichtung der Gebühren für Wohnungsauskünfte nicht befreit.

## Messen und Ausstellungen

### Breslauer Frühjahrsmesse vom 7.—9. März.

Gegenüber hier und da verbreiteten Gerüchten über eine Verlegung der Breslauer Frühjahrsmesse sei ausdrücklich festgestellt, daß dieselben jeder Grundlage entbehren. Die Breslauer Frühjahrsmesse wird in jedem Falle in der Zeit vom 7.—9. März d. J. in der bisherigen unveränderten Form abgehalten werden.

Trotz Krisensturm und Konfursböden weisen die einzelnen Gruppen immerhin ein stattliches Bild leistungsfähiger und angesehener Ausstellerfirmen auf. Gewiß hat auch hier und dort der Drang der letzten Wochen und Monate Lücken in die Ausstellerrücken gerissen, die aber keinesfalls so bedeutend waren, als daß sie die Veranstaltung der Breslauer Frühjahrsmesse auch nur im geringsten hätten gefährden können. Zufriedenstellend sind zweifelsohne wiederum die Anmeldungen zur Textilmesse eingegangen, für die Fachleute mit einem guten Geschäft rechnen wollen. Die Aufträge, die von der Provinzialkundschaft an das Heer von Reisenden gegenwärtig noch gegeben werden, verringern sich zusehends, da — wie Fachkreise berichten — die schlesische Handelswelt ihren Bedarf erst auf der Breslauer Frühjahrsmesse zu decken gewillt ist. Gerade die Textilhandelswelt rechnet besonders diesmal damit, daß ihr die Anordnung der einzelnen Auslagen die Dispositionen für das kommende Frühjahr- und Sommergeschäft bedeutend erleichtern wird. Auch aus Kreisen der Wirtschaftsgeräte- und Porzellanwarenbranche verlautet, daß auf dem schlesischen Markt wohl erst die Breslauer Frühjahrsmesse eine gewisse

Belebung des Geschäftes mitbringen dürfte. Ähnliche Auffassungen werden im allgemeinen auch in den anderen Branchen vertreten. Zweifelsohne wird es sich nicht um Riesengeschäfte handeln, die auf der Breslauer Frühjahrsmesse zum Abschluß gelangen können, da hierfür bisher die Vorbedingungen fehlen. Trotzdem aber dürfte eine Aufbebung des Marktes für das kommende Frühjahr allen Anzeichen nach zu erwarten sein.

### Eine polnische Holzmesse

hat der Rat der Bromberger Holzbörse in Uebereinstimmung mit dem Magistrat in Posen beschlossen, alljährlich in Posen zu veranstalten und zwar zum ersten Male in der Zeit vom 2. bis 9. Mai d. J. Die Messe verfolgt den Zweck, der polnischen Holzindustrie Gelegenheit zu geben, Schnittmaterial aller Art wie Bretter, Bohlen, Eisenbahnschwellen, Telegraphensäulen usw., ferner der Holzverarbeitenden und Holzdestillations-Industrie, Türen, Fenster, Fässer und andere Holzwaren, sowie Produkte der Trockendestillation wie Terpentin und ähnliche auszustellen. Die staatlichen Forstereien werden auf der Messe Querschnitte von sämtlichen in den staatlichen Forsten vertretenen Holzsorten, Statistiken über das Waldwesen und Modelle ausstellen. Nebenbei findet eine Ausstellung von Holzbearbeitungsmaschinen statt, um der Holzindustrie Gelegenheit zu geben, die neuesten Maschinen kennen zu lernen. Anmeldungen werden von der Messedirektion bis zum 15. März 1926 entgegengenommen.

## Allgemeines

### Wirtschaftskrise und Studentenhilfe.

Es ist gegenwärtig viel die Rede von der schweren Krise, in der unser Wirtschaftsleben steht, einer Krise, die in den letzten Monaten geradezu bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Gibt es doch kaum einen Unternehmer, der nicht unter ihren Auswirkungen zu leiden hätte, ganz zu schweigen von der großen Anzahl derer, die ihr bereits zum Opfer gefallen sind. Es ist verständlich, daß in einer solchen Situation, wo es um Sein oder Nichtsein geht, die Sorge für die Zukunft zurücktritt vor den dringlicheren Forderungen des Augenblicks. Und doch wäre es falsch, wollte man sich deshalb ganz auf das Nächstliegende beschränken. Denn solche Beschränkung kann schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, für den Einzelnen und für die Gesamtheit.

Um einen solchen Fall von größter Tragweite handelt es sich bei der Frage unseres akademischen Nachwuchses. Es soll hier nicht die Rede sein, von dem Zurückgehen der Studentenzahl in den letzten Semestern; das war notwendig genug nach der Ueberflutung unserer Hochschulen in der Nachkriegszeit und während der Inflation — wenn auch als bedenkliches Zeichen festzustellen ist, daß bereits jetzt in einigen Fakultäten die Zahl der Studierenden prozentual bedeutend hinter dem Friedensstand zurückbleibt. Sehr viel wichtiger

aber ist es, darauf zu achten, daß das Studium nicht zum Privileg der begüterten Stände allein werde, sondern daß jedem Tüchtigen und Befähigten, insbesondere aus der breiten Schicht des Mittelstandes, die bisher im wesentlichen der Träger akademischer Kultur war, die Möglichkeit dazu offen stehe. Denn schließlich hängt von der Befolgung dieses Grundsatzes die Qualität unseres akademischen Nachwuchses und damit nicht zuletzt die Zukunft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes überhaupt ab.

Die klare Erkenntnis dieses Sachverhaltes ist es, auf der die Arbeit der „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“ \*) sich aufbaut. Diese Organisation entstand 1920 als einheitliche Zusammenfassung der örtlichen Wirtschaftskörper, die sich als Ausdruck studentischen Selbsthilfswillens unter der Mitwirkung von Dozenten und Männern des Wirtschaftslebens an den meisten deutschen Hochschulen bildeten und durch die Errichtung von Speisungen und anderen Einrichtungen zur Verbilligung der studentischen Lebenshaltung der allgemeinen Notlage der Studierenden zu steuern suchten. Die Aufrechterhaltung und Weiterführung dieser

\*) Dresden-A., 24, Kaiserstraße 2.



örtlichen Arbeit zu gewährleisten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der „Wirtschaftshilfe“. Darüber hinaus sucht sie durch Unterstützung der „Einzelfürsorge“ der Wirtschaftskörper gerade den minderbemittelten, tüchtigen Studenten die Fortsetzung und den Abschluß ihres Studiums zu ermöglichen. Insbesondere ist die „Darlehenskasse der Deutschen Studentenschaft“ geeignet, durch Gewährung langfristiger Darlehen bei geringer Verzinsung in dieser Richtung zu wirken. Es ist bemerkenswert, daß der geschäftliche Aufbau dieses Unternehmens so gestaltet ist, daß nach einer Reihe von Jahren laufende Zuschüsse nicht mehr erforderlich sind, sondern die Kasse sich dann, auf Grund der Pflichtbeiträge der Studierenden, der Rückzahlungen und der Zinsen, selbst trägt. Bis dahin freilich sind in Anbetracht der starken Finanzsperre bedeutende Mittel erforderlich, um den dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden, und die Beiträge des Reiches und der Länder reichen bei weitem nicht dafür aus. Ähnlich liegen die Dinge bei der „Studentenstiftung des Deutschen Volkes“, die vor allem dafür bestimmt ist, ganz besonders begabten, minderbemittelten Abiturienten den Weg zum Hochschulstudium zu ebnen, indem sie ihnen die Gelder dafür in vollem Umfange, soweit notwendig, zur Verfügung stellt. Voraussetzung dafür ist nicht nur nachweisbare wissenschaftliche Befähigung und Bedürftigkeit — diese wird bei allen wichtigeren Vergünstigungen der Wirtschaftshilfe gefordert — sondern eine überdurchschnittliche Qualifikation in jeder Hinsicht, die durch das übereinstimmende Zeugnis von Lehrern, Erziehern und sonstigen maßgebenden Persönlichkeiten verbürgt sein muß. Die Entscheidung über die Aufnahme in die Studienstiftung liegt in

den Händen eines zentralen Arbeitsausschusses, der sich aus besonders dafür geeigneten Persönlichkeiten zusammenstellt und dadurch die größtmögliche Gewähr bietet, daß der Sinn der Stiftung erfüllt wird. Bisher sind in dieser Weise 219 Abiturienten Mitglieder der Studienstiftung geworden, darunter mehr als 59 Prozent aus den Reihen des Mittelstandes.

Die Arbeit, die hier geleistet wird, hat nicht nur einen rein karitativen und sozialen Wert. Hinter ihr steht das klare Bewußtsein, daß der endgültige Wiederaufbau nur dann möglich ist, wenn die wertvollsten und tüchtigsten Elemente des Volksganges auch wirklich an dem Werke, den ihre geistige und menschliche Befähigung ihnen zuweist, tätig sein können, daß aber ist der Sinn der Arbeit der „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“. Aus dieser Erkenntnis heraus haben sich führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Staates und der Wirtschaft an leitender Stelle in den Dienst dieser Arbeit gestellt, so z. B. Reichswirtschaftsminister a. D. Engelhard Baezel, Geheimrat Duisberg, der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. von Stauß, Direktor der Deutschen Bank u. a. m. Des weiteren aber ist es notwendig, daß aus Handel und Industrie sich ein immer größerer Kreis von Freunden und Förderern um die „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“ schart. Der Wirtschaft muß es als ihre Aufgabe erscheinen, an diesem bedeutenden Werk zur Erhaltung deutscher Wissenschaft mitzuarbeiten. *Tua res agitur*: Es handelt sich um die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

## Geschäftsaufsichten und Konkurse in Oberschlesien.

### Konkurse im Industrie- und Handelskammerbezirk Oppeln im Januar 1926.

**Beuthen.** Möbelgeschäftsinhaber August Eder, Roßberg, Konkursverw. Reinhold Pfoertner, Beuthen (5. 1. 1926). — H. Krafczyk & Co., Inh. Kaufm. Georg Tuchenhausen, Beuthen, Konkursverw. Leo Guttmann, Beuthen (14. 1. 1926). — Willy Steffen, Beuthen, Konkursverw. Reinhold Pfoertner, Beuthen (30. 1. 1926). — Morik Schüftan, Beuthen, Konkursverw. Reinhold Pfoertner, Beuthen (9. 1. 1926). — Kaufmann Eduard Woitaschik, Beuthen, Biekarer Str. 79, Konkursverw. Kaufm. Leo Guttmann, Beuthen (28. 1. 1926).

**Gleiwitz.** Frau Paula Badrian, Gleiwitz, Beuthener Str. 13, Konkursverw. Emil Reußner, Gleiwitz (1. 2. 1926). — Nicodem Dzierzan, Schneider, Gleiwitz, Konkursverw. Kaufmann Emil Woitylak, Gleiwitz (21. 1. 1926). — Elisenwerk G. m. b. H., Gleiwitz, Parkstr. 7, Konkursverw. Kaufmann Paul Stein, Gleiwitz (18. 1. 1926). — Kaufmann Salo Frey, Gleiwitz, Konkursverw. Kaufmann Emil Reußner, Gleiwitz (19. 1. 1926). — Witwe Martha Golancki, geb. Schalka, Gleiwitz, Konkursverw. Kaufmann Paul Passel, Gleiwitz (4. 1. 1926). — Schneider und Geschäftsinhaber Josef Kiehlbassa, Pilchowitz, Konkursverw. Kaufmann Paul Passel, Gleiwitz (27. 1. 1926).

**Gnadenfeld.** Kaufmann Alois Mikulla, Chrost, Konkursverw. Prozeßagent Georg Langer, Gnadenfeld (27. 1. 1926).

**Gr.-Strehlig.** Kaufmannsfrau Wanka Schostok, geb. Vinczower, Inh. der Fa. Elisabeth Vinczower, Sandowitz, Konkursverw. Rentant Paul Stofow, Groß-Strehlig (29. 12. 1926).

**Guttentag.** Handelsfrau Marie Sczypiol, geb. Dchmann, Guttentag, Konkursverw. Kaufm. Paul Piezonka, Guttentag (11. 1. 1926).

**Hindenburg.** D. S. G. Fritz Kniep & Co., Zuckerwaren und Konfitüren, Generalagentur und Engrosbetrieb (Inh. Kaufmann Friedrich Kniep, Biskupitz, und Werkmeister a. D. Peter Kasperczyk, Hindenburg, Konkursverw. Bücherrevisor Paul Zajadacz, Hindenburg OS. (26. 1. 1926). — Konditormeister Albalbert Dittrich, Zaborze, Konkursverw. Kaufm. Bruno Babin, Zaborze (7. 1. 1926). — Kauffrau Elisabeth Malik, geb. Cellbrodt, Biskupitz, Konkursverw. Bücherrevisor Paul Zajadacz, Hindenburg (7. 1. 1926). — Tiefbauunternehmer Oskar Reich, Hindenburg, Konkursverw. Kaufmann Bruno Babin, Zaborze (12. 1. 1926). — Vermögen der minderjähr. Geschw. Karl u. Margarete Bräpflent, Hin-

denburg, Konkursverw. Bücherrevisor B. Kornath, Hindenburg (15. 1. 1926).

**Krappitz.** Kaufmann Leo Sawollek, Krappitz, Konkursverw. Obergerichtsbollzieher i. R. Hermann Eibner, Krappitz (19. 1. 1926).

**Kreuzburg.** Walter Hahn, Maschinenfabr., Inh. derselbe, Kreuzburg, Konkursverw. Kaufm. Berthold Bräpflent, Kreuzburg (24. 12. 1925). — Robert Salomon, Kreuzburg, Konkursverw. Agent Oskar Seeliger, Kreuzburg (25. 1. 1926).

**Leisnig.** Uhrmacher und Kaufmann Friedrich Becker, Leisnig, Konkursverw. Kaufmann Max Nowak, Freidorf (13. 1. 1926).

**Löwen.** Kaufmann Ernst Sternagel, Dambrau, Konkursverw. Bankier Knittel, Oppeln (18. 1. 1926). — Kaufmann Alfred Diekmann, Schurgast, Konkursverw. Kaufm. Paul Schneider, Schurgast (19. 1. 1926).

**Meiße.** Kaufmann Carl Spiller, Konkursverw. Bankdirektor a. D. Rudolf Golla, Meiße (12. 1. 1926).

**Oppeln.** Otto Breitshneider, Oppeln, Konkursverw. Kaufmann Em. Rumpel, Oppeln (8. 1. 1926). — Kurt Haunshild, Oppeln, Konkursverw. Bücherrevisor Richter, Oppeln (8. 1. 1926). — Tapeziermeister Paul Wiechalla, Oppeln, Konkursverw. Kaufmann Em. Rumpel, Oppeln, (4. 1. 1926).

**Pitschen.** Freigutbesitzer Erich Dalibor, Rochelsdorf, Konkursverw. Landwirt und Kaufm. Paul Rabitz, Pitschen (13. 1. 1926).

**Ratibor.** Kaufmann Karl Bräuer, Tabakwaren, Ratibor, Konkursverw. Bücherrevisor Franz Scholz, Ratibor, (28. 1. 26). — Kaufmann Josef Gonfior, Ratibor, Brunkenstraße 1, Konkursverw. Bücherrevisor Daiermann, Ratibor (18. 1. 1926). — D. S. G. „Sanja“ W. Bukofzer, Inh. Kaufleute Alex Bukofzer, Frankfurt a. M., Walter Bukofzer, Ratibor, Konkursverw. Bankier Rick, Ratibor (11. 1. 1926). — Eduard Martzloß, Ratibor, Inh. der Fa. J. Paskers Nachf. Eduard Martzloß, Konkursverwalter Johannes Schmigel, Ratibor (4. 1. 1926). — verw. Frau Kaufmann Schulze, Inh. der Fa. Simon Schulze, Ratibor, Konkursverw. Bücherrevisor Dgiermann, Ratibor (20. 1. 1926).

**Rosenberg.** Gebr. Antlauf, Inh. Franz Antlauf, Rosenberg OS., Konkursverw. Rechtsbeistand Albert Rosiol, Rosenberg OS. (18. 1. 1926). — Kaufmann Karl Wiechozek, Zomnitz, Konkursverw. Bücherrevisor Georg Zwainsti, Rosenberg (31. 12. 1926).



**Angeordnete Geschäftsaufsichten im Handelskammerbezirk  
Oppeln.**

**Beuthen.** Kaufmann Otto M. Bitak, Aufsichtsperson Kaufmann Reinhold Pfoertner, Beuthen, Kaiser-Franz-Joseph-Platz Nr. 1. — Firma W. C. Schmidt & Co., G. m. b. H., Aufsichtsperson Kaufmann Josef Czerner, Beuthen, Gojstr. 4. — Firma Oberschlesischer Schuh-Vertrieb, G. m. b. H., Schießhausstr. 6, Aufsichtsperson: Kaufm. Leo Guttman, Beuthen, Ring 8. — Fa. Theophil Stodolka, Biergroßhandlung, Kasernenstr., Aufsichtsperson Kaufmann Josef Czerner, Beuthen, Gojstr. 4. — Fa. Adolf Schwiedernoch, Aufsichtsperson: derselbe. — Kaufmann Max Schwiedernoch, Piefarer Str., Aufsichtsperson: derselbe. — Frau Marie Schwiedernoch, geb. Vitz, Tarnowitzer Str. 32, Aufsichtsperson: derselbe. — Kaufmann Georg Schwiedernoch, Tarnowitzer Str. 32, Aufsichtsperson: derselbe. — Firma R. Neustadt, Inh. Leo Galliner, Ring 15, Aufsichtsperson: derselbe. — Fa. Johannes Karmeinski, Gleiwitzer Str. 23, Aufsichtsperson: derselbe. — Kaufmann Johannes Karmeinski, Hubertusstraße 13, Aufsichtsperson: derselbe. — Frau Agnes Eugen, Bahnhofstr., Aufsichtsperson Kaufmann Reinhold Pfoertner, Beuthen O. S. — Frau Elisabeth Schwiedernoch, Piefarer Str. 1, Aufsichtsperson Kaufmann Josef Czerner, Beuthen, Gojstr. 4. — Kaufmann Moriz Kaiser, Kluckowitzer Str. 3, Aufsichtsperson Kaufmann Karl Schunk, Beuthen, Gymnasialstr. 12. — Fa. Artur Proskauer, Kaiser-Franz-Joseph-Platz 8, Aufsichtsperson Kaufmann Leo Guttman, Beuthen, Ring 8. — Fa. Perls sen. Nachf. Inh. Frau Lina Brauer, Krakauer Str. 23, Aufsichtsperson Kaufmann Karl Schunk, Beuthen, Gymnasialstr. — Fa. Carl Heine, Kaiser-Franz-Jos.-Pl. 11, Aufsichtsperson: Kaufm. Josef Czerner, Beuthen, Gojstr. 4. — Kaufm. Karl Heine, Kaiser-Franz-Joseph-Platz 11, Aufsichtsperson Kaufm. Josef Czerner, Beuthen, Gojstr. 4. — Klavierhändler Erich Sklabnikiewicz, Friedrich-Wilhelm-Ring 6, Aufsichtsperson Kaufmann Leo Guttman, Beuthen, Ring 8.

**Bladen, Krz. Leobischütz.** Kaufmann Paul Wittek, Aufsichtsperson Bürovorsteher a. D. Grande, Leobischütz.

**Gleiwitz.** Kaufmann Johann Muschiol, Tofter Str. 39, Aufsichtsperson Kaufm. Herm. Guttman, Gleiwitz, Bahnhofstr. 23. — Kaufm. Erich Pawelitzki, Aufsichtsperson Bankdirektor a. D. Oskar Baitich, Gleiwitz, Oberwallstr. 14. — Kaufmann Emanuel Chlebitz, Tofter Str. 7, Aufsichtsperson Kaufm. Hermann Guttman, Gleiwitz, Bahnhofstr. 23. — Fa. Modehaus Anna Ehrlich & Co., Wilhelmstr. 4, Aufsichtsperson Bücherrevisor Viktor Kornath, Hindenburg, Schechelpatz 10. — Kaufmann Reinhold Schimura, Nikolaistraße 2, Aufsichtsperson Herr J. Rawak, Gleiwitz, Tarnowitzer Straße 5.

**Gogolin bei Krappitz.** Kaufmann Peter Sudalla, Aufsichtsperson Kaufm. Samuel Schüttenberg, Oppeln, Ring 29.

**Hindenburg.** Kaufmann Georg Fröhlich, Kronprinzenstraße 120, Aufsichtsperson Bücherrevisor Viktor Kornath, Hindenburg. — Sattlermeister Josef Aloje, Kronprinzenstr. 138, Aufsichtsperson: derselbe. — Hermainski & Faber, Bahnhofplatz 6, Aufsichtsperson: derselbe. — Firma Adolf Czysch, Kronprinzenstr. 136, Aufsichtsperson: derselbe. — Kaufmann Vinzenz Gnida, Kronprinzenstr. 83, Aufsichtsperson: derselbe. — Kaufmann Alfred Klemann, Aufsichtsperson Kaufmann Ferdinand Pollak, Hindenburg, Schechelpatz. — Gertrud Woitasiof, geb. Kiehl, Guidostr. 65, Aufsichtsperson Bücherrevisor Viktor Kornath, Hindenburg. — Schlossermeister Georg Adamek, Hermannstr. 6, Aufsichtsperson: derselbe.

**Kreuzburg.** Fa. Hans Adamek, Inh. Anna Adamek, Aufsichtsperson: Bücherrevisor Gruner, Kreuzburg. — Kaufmann Alfons Pawellek, Aufsichtsperson Bücherrevisor Lapan, Kreuzburg O. S. — Kaufmann Paul Rode, Aufsichtsperson Kaufmann Oskar Seeliger, Kreuzburg, Ring.

**Reiße.** Erste Schlesische Regen-Gummimäntel-Fabrik Erwin Dzialischnski, Aufsichtsperson Bankdirektor a. D. Rudolf Golla, Reiße, Mährengasse 27.

**Neustadt.** Kaufmann Karl Sedlag, Aufsichtsperson Kaufmann Eugen Doctor, Neustadt O. S.

**Ratibor.** Fa. Wedekindt, Rohlapp & Co., Aufsichtsperson Bankier Otto Visk, Ratibor.

**Reinschdorf bei Cosel.** Kaufmann Ignaz Sandrich, Aufsichtsperson Albert Walke, Cosel, Ring 63.

**Rosenberg.** Kaufmann Leo Weber, Aufsichtsperson Rechtsberater Roziol, Rosenberg.

**Zaborze A.** Kaufmann Nathan Horwiz, Aufsichtsperson Bücherrevisor Viktor Kornath, Hindenburg.

**Aufgehobene Geschäftsaufsichten im Handelskammerbezirk  
Oppeln.**

**Beuthen.** Kaufmann Moriz Schüftan, Bahnhofstr. 2. —

**Beuthen-Rohberg.** Dampfseifenfabrik Zellek & Werner. — Kaufmann Karl Mücke.

**Biskupitz.** Firma Aniep & Co., Zuckerwarenvertrieb, Hindenburgstraße 47.

**Hindenburg.** Frau Henriette Schewiola, Dorotheenstraße 6. — Kaufmann Adolf Heymann.

**Kreuzburg.** Kaufmann Robert Salomon.

**Leobischütz.** Kaufmann Gerhard Thusef.

**Oppeln.** Oberschlesische Baubedarf G. m. b. H.

**Sülz, Kreis Neustadt.** Kaufmann Bernhard Grischek.

**Bücher und Zeitschriften****Buch der deutschen Stadt Beuthen O. S. und ihrer  
Umgebung.**

In der Reihe der „Monographien deutscher Städte“ ist im Deutschen Kommunalverlag G. m. b. H. Berlin-Friedenau ein neuer Band, „Die Deutsche Stadt Beuthen“ erschienen. Das Buch ist von Stadtrat Dr. Rasperfowicz im Auftrage des Magistrats und mit Unterstützung führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens herausgegeben. Es ist hervorragend ausgestattet und bietet trotz des billigen Preises von nur 6,50 M eine umfassende Uebersicht über Geschichte, Bau- und Bodenpolitik, Hygiene, Wohlfahrtspflege, Schulwesen, Kultur- und Kunstpflege, Verkehr und Wirtschaft der Stadt Beuthen. An Hand reichhaltiger statistischen Materials wird ein anschauliches Bild der schweren Wunden, die das Genfer Diktat gerade der Stadt Beuthen geschlagen hat, gegeben, aber auch der feste Wille bekundet, allem Unglück zum Trotz im Besitz dessen, was ihr verblieben, ein Bollwerk deutscher Kultur im äußersten Südoften des Reiches zu sein und zu bleiben. Das Buch verdient weiteste Verbreitung: Den amtlichen Stellen eine Mahnung zu helfen, jedem Oberschlesier und allen Deutschen eine wertvolle Erinnerung.

„Der Zucker“, Ausstellung Magdeburg vom 23. Mai bis 7. Juni 1925, Werden und Verkauf, herausgegeben von der Mitteldeutschen Ausstellungs-Gesellschaft m. b. H., Magdeburg.

Die Mitteldeutsche Ausstellungs-Gesellschaft bringt mit der 120 Seiten umfassenden Broschüre eine außerordentlich interessante Veröffentlichung heraus, die die in diesem Jahre abgehaltene Reichszucker-Ausstellung noch einmal zusammenfassend überblickt. Neben Aufsätzen, die die Mitteldeutsche Land, Magdeburg, die Zuckerwirtschaft und die Zuckerausstellung behandeln, sind vor allen Dingen die aus berufener Feder stammenden Abhandlungen über die verschiedenen Gruppen der Ausstellung beachtenswert, die noch einmal einen Gang durch die Ausstellung ins Gedächtnis zurufen. Rübenbau, Technik der Rohzuckerindustrie, das Raffineriegewerbe, die Süßwarenindustrie in allen ihren Teilen werden kurz behandelt und auch die wissenschaftlichen Apparate und Untersuchungsmethoden, sowie die Verarbeitung der anfallenden Nebenprodukten und ihre Verwendung sind im Rahmen der Broschüre übersichtlich skizziert. Für die Zucker herstellenden und verarbeitenden Industrien wird die Veröffentlichung von besonderem Wert sein, da sie zu-



gleich ein umfangreiches Bezugsquellenmaterial bietet, das in dieser Zusammenfassung kaum erchienen sein dürfte. Die mustergültige Ausstattung der reich illustrierten Broschüre, die als Umhlag wieder auf schwarzem Grund die Deffelsche Biene, das Wahrzeichen der Zucker Ausstellung, in Golddruck bringt, wirkt außerordentlich vornehm und zeigt wieder das Bestreben der Mitteldeutschen Ausstellungs-gesellschaft, auch auf dem Gebiet der Aufmachung ihrer Veröffentlichungen vorbildlich zu sein.

**Seiler, Karte vom westberchlesischen Industriegebiet, umfassend die Kreise Hindenburg, Benthien, Gleiwitz 1:40 000.**

Das Erscheinen dieser zwar für den Schulgebrauch bearbeiteten, sehr sauber und übersichtlich gezeichneten Karte wird sicher auch in kaufmännischen und industriellen Kreisen mit Freuden begrüßt werden, zumal noch der neuen Grenz-ziehung auch in den engeren Heimatkreisen über die Lage und Zugehörigkeit der im Bereich der neuen Grenze gelegenen Ortschaften, Industrie- und Hüttenwerke, Grenzübergänge usw. vielfach Zweifel und Unsicherheiten auftauchten. Die übersichtliche, genaue und deutliche Darstellung der Grenzen, Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswege, der Siedlungen usw. wird deshalb die Karte zu einem gern benutzten Orientierungsmittel auch für die Hand des Kaufmanns und Beamten machen. Zu begrüßen ist es auch, daß die Karte mit größter Deutlichkeit die ganze Brutalität der unsinnigen und widerrechtlichen Grenzziehung durch das Genfer Diktat und die rückwärtslose Zerstückung unseres einst so blühenden ober-schlesischen Industriebezirks veranschaulicht. Diese jedem Gerechtigkeitsgefühl hohnsprechende Tatsache kann jedem Deutschen nicht oft genug vor Augen geführt werden. Bei einer etwaigen weiteren Auflage würde es sich vielleicht empfehlen, die Grenzlinie durch eine noch mehr absteckende Farbe zu markieren. Die Anschaffung der Karte kann auch in kauf-männischen und industriellen Kreisen nur dringend empfohlen werden.

**Kommentar zum Angestelltenversicherungsgesetz in der Fassung vom 28. Juli 1925 unter Berücksichtigung der bis-herigen Rechtsprechung und der Verwaltungsübung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte von Dr. Franz Alendorff, Oberregierungsrat bei der Reichsversiche-rungsanstalt für Angestellte. Industrie-Verlag Spaeth & Linde, Berlin W. 10. 1925.**

Das vorliegende Werk stellt den neuesten und vollständi-gsten Kommentar zum Angestelltenversicherungsgesetz dar. Alle Änderungen der vergangenen Jahre bis zum abschlie-ßenden Gesetz vom 28. Juli 1925 sind berücksichtigt. Auch die neueste Rechtsprechung und die Verwaltungsübung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind verwertet. Das Werk ist auf wissenschaftlicher Grundlage aufgebaut, aber in erster Linie für die Praxis bestimmt. Der Verfasser ist bestrebt gewesen, den Stoff in einer auch dem Laien ver-ständlichen Form zu behandeln. Alle jene Fragen, auf die es Industrie- und Handel am meisten ankommt, sind beson-ders eingehend berücksichtigt worden.

**Handbuch der Deutschen Gesellschaften mit beschränkter Ha-ftung. 5. Ausgabe. Herausgegeben von C. Greulich, Archivar der Diskonto-Gesellschaft. Verlagsbuchhandlung Joseph Jaschrow, Berlin W. 30. Preis RM. 60.—. Ein Hand- und Nachschlagebuch für Bank-, Industrie und Handelskreise, Behörden und Auskunftsstellen.**

Bei der Bearbeitung des Werkes ging der Herausgeber von der Ueberzeugung aus, daß den Interessentenkreisen nicht mit der Aufnahme aller mit Papiermarkkapital ar-beitenden Gesellschaften gedient sein kann, sondern nur mit Erfassung aller derjenigen Firmen, die durch die Umstellung ihrer Papiermarkkapitalien auf Reichsmark die Möglichkeit einer Beurteilung ihrer finanziellen Grundlagen geschaffen haben. Das Werk enthält auf über 1000 Seiten alles Wissenswerte über etwa 40 000 mit Goldkapital arbeitende G. m. b. H. in Deutschland, im Saar-, Danziger und Memelgebiete in durchgehender alphabetischer Anordnung; es gibt dem Benutzer Auskunft über Gründungsstermin, Höhe des Goldkapitals, Art der Einlagen (Geld- und Sach-einlagen), Zweck des Unternehmens, Geschäftsführer, Ver-tretungsbefugnis. Es sind ferner nach Möglichkeit Bilanzen, Dividenden, Bankverbindungen, Postcheckkonten abgedruckt sowie Angaben über Konkursöffnungen, Verhängung der Geschäftsaufsicht. Da die Orientierungsmöglichkeit auf dem G. m. b. H.-Gebiet nicht so allgemein gegeben ist wie auf

dem Gebiete der Aktiengesellschaften, und die Beschaffung des Materials oft mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, wird das Handbuch den Interessenten zum praktischen Ge-brauch willkommen sein.

**Das amtliche Bahnhofverzeichnis 1926 der Deutschen Reichs-bahn und der deutschen Privatbahnen (mit Ausnahme der Kleinbahnen) ist soeben im Verlage H. S. Hermann & Co., Berlin SW. 19, Benthstraße 8, erschienen.**

Das Verzeichnis ist nach amtlichen Unterlagen vom Eisenbahn-Zentralamt aufgestellt; es enthält in Buchstaben-folge alle Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn und der deut-schen Privatbahnen (ausgenommen Kleinbahnen). Für jeden Bahnhof sind angegeben die Strecke, an der er liegt, der Direktionsbezirk, die vorgesetzten Aemter und die am Orte vorhandenen selbständigen Dienststellen. Beschränkungen in den Abfertigungsbefugnissen eines Bahnhofs sind genau bezeichnet.

Dem Bahnhofverzeichnis geht ein Verzeichnis der Reichs-bahndirektionen, der Privatbahnverwaltungen und der Aemter und Ausbesserungswerke der Reichsbahn mit Post-an-schrift und Postfern-ruf voran. Diese Angaben werden für alle Verkehrtreibenden und für viele Wirtschaftskreise von besonderem Werte sein, weil sie in dieser übersichtlichen und erschöpfenden Darstellung anderweitig bisher nicht zu-sammengetragen sind.

Für Vochkartenzwecke der Reichsbahn sind die Bahnhöfe, Strecken usw. durchnummert. Dieses Nummerungswerk wird von allen Geschäftsbetrieben, die mit dem Vochkartenver-fahren arbeiten und von allen Kreisen, die sich mit dem Vochkartenverfahren beschäftigen, begrüßt werden; es läßt sich als grober geographischer Nummerungsplan auch für geschäftliche Zwecke (Kundenregister usw.) ausbauen.

Das Bahnhofverzeichnis wird allen Verkehrtreibenden, dem gesamten Handel und der Industrie zur Beschaffung dringend empfohlen. Der Verkaufspreis beträgt 10 RM.; Bestellungen sind an den Verlag zu richten.

**Handbuch für das Gruben-Rettungswesen im sächsischen Verabau. Herausgegeben auf Veranlassung des Vorstan-des der Sektion VII (Sachsen) der Knappschafts-Verufs-genossenschaft in Zwickau (Sa.). Bearbeitet von Ober-steiger M. Knauth, Leiter der Unfallhilfsstelle Delsnitz (Erzgeb.). Preis RM. 2.25. Direkt zu beziehen vom Verlag J. A. P. Felix Kopke, Delsnitz (Erzgeb.).**

Was sagen prominente Fach-Kapazitäten? — Der Verfasser geht weit über das hinaus, was son-stige Leit-faden oder Führer für Rettungsmannschaften brin-gen. Infolgedessen verdient das Handbuch für das Gruben-Rettungswesen nicht nur im Bereiche des sächsischen Berg-baues, sondern weit darüber hinaus im Verabau allgemeine Verbreitung. — Eine Anzahl guter Abbildungen fördert das Verständnis des Geschehenen. — Mit großem In-teresse durchgelesen. — Das Werk verdient weiteste Be-achtung in allen Kreisen des Bergbaues, der Sanitäts-felonnen und Krankenhäuser, der Feuerwehr und der chemi-schen Industrie usw. — Allenfalls erkennt man die praktische Erfahrung des Verfassers, der mit der Heraus-gabe des Werkes dem praktischen Gruben-Rettungsdienst einen großen Dienst erwiesen hat. — Im Interesse der Bekämpfung der Unfallgefahren, wie der Rettung Ver-unglückter wünsche ich diesem brauchbaren Büchlein weiteste Verbreitung nicht nur im sächsischen Verabau, sondern in allen Betrieben, in denen unatembare Gase den Menschen bei seiner Arbeit bedrohen. — Bei dem gerinen Preis können wir es darum allen nur dringend empfehlen. —

Die Abschriften der vollständigen Original-Gutachten ver-fendet auf Wunsch gerne der obenbezeichnete Verlag.

**Schnellste Beförderung von Frachtgutladungen auf der Deutschen Reichsbahn von Ausland zu Ausland. Ausgabe Winter 1925/26.**

Unter diesem Titel hat die Deutsche Reichsbahn-Gesell-schaft ein interessantes und handliches Karten- und Tabellen-werk herausgegeben, das in übersichtlicher Weise über die besten Beförderungsmöglichkeiten von Grenzstation zu Grenz-station im deutschen Durchgangsverkehr unter gleichzeitiger Angabe der Beförderungsdauer in Stunden notiert. Das Werk ist durch die Reichsbahndirektion zu beziehen.



# Statistisches

## Produktion und Absatz des westerschlesischen Bergbaues

### I. Förderung bezw. Produktion

Jahr bezw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	förder- täglich	je ver- fahrene Schicht d. Gesamt- belegung Schicht	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- belegung Schicht	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Ar- beitsstag der Gesamt- belegung Schicht
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1913	11 090 908	37 218	1,139	1 283 916	3 518	1,263	112 170	376	5,296
1923 <sup>1)</sup>	8 744 679	29 246	0,625	1 503 661	4 120	1,117	116 812	391	2,715
1924 <sup>1)</sup>	10 900 259	36 141	0,933	1 120 803	3 062	1,185	202 500 <sup>2)</sup>	671	4,301
1925	14 272 687	47 895	1,154	1 075 046	2 945	1,415 <sup>3)</sup>	356 231	1 195	7,113 <sup>3)</sup>
Januar 1926	1 458 785	60 783	1,252 <sup>3)</sup>	93 819	3 026	1,468	43 215	1 801	8,960

<sup>1)</sup> Juni 1923, Mai und Juni 1924 waren Streikmonate.

<sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen.

<sup>3)</sup> Seit April 1924 ist eine zweite Brikettfabrik in Betrieb gesetzt worden.

### II. Zechenelbstverbrauch und Deputatkohlen

	1913 t	1923 t	1924 t	1925 t	Januar 1926 t
Zechenelbstverbrauch	565 685	615 368	566 845	541 417	58 970
Deputatkohle . . .	148 790	210 496	201 120	200 686	14 480
Im ganzen	714 475	825 864	767 965	742 103	73 450
% der Förderung	6,44	9,44	7,05	5,20	5,04

### III. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

#### 1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bezw. Monat	Nach Deutsch- Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland						Im ganzen
			Polnisch- Oberschlesien	übriges Polen	Tschecho- slowakai	Deutsch- Oesterreich	Ungarn	übriges Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1913	—	—	—	—	—	—	—	—	10 388 329 <sup>1)</sup>
1923	3 521 852	4 324 749	60 326	—	17	—	—	—	7 906 944
1924	3 594 200	6 078 447	45 523	7 456	129 838	57 081	16 396	9 166	9 938 107
1925	4 241 138	8 737 670	23 699	5 761	553 564	121 104	20 488	18 157	13 721 581
Januar 1926	418 803	869 334	—	—	72 509	10 790	2 040	595	1 374 071

<sup>1)</sup> Wie sich der Absatz auf die einzelnen Länder verteilt, läßt sich einwandfrei nicht feststellen.



## 2. Steinkohlenabfaß nach Beförderungsarten

Jahr bezw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m s c h l a g							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gleisw		im ganzen	
					in Cosel		in den übrigen Oberhäfen					
					t	%	t	%				
1	2		3		4		5		6		7	
1913	7 821 990	75,30	2 566 339	24,70	842 457 <sup>1)</sup>	8,11	—	—	6 037	0,06	848 494	8,17
1923	5 392 194	68,20	2 514 750	31,80	385 015	4,87	41 249	0,52	6 800	0,09	433 064	5,48
1924	7 630 325	76,78	2 307 782	23,22	828 814	8,34	42 440	0,43	3 313	0,03	874 567	8,80
1925	11 353 433	82,74	2 368 148	17,26	1 373 732	10,01	78 843	0,58	1 845	0,01	1 454 420	10,60
Januar 1926	1 149 885	83,68	224 186	16,32	14 260	1,04	6 445	0,47	160	0,01	20 865	1,52

<sup>1)</sup> Dies ist der gesamte Wasserumschlag mit der Hauptbahn, seine Verteilung auf die einzelnen Häfen ist nicht bekannt.

## 3. Abfaß an Koks

Jahr bezw. Monat						von Spalte 5		von Spalte 6 bzw. 7 Umschlag aufs Schiff		Von Spalte 2 Abfaß an die Hütten- industrie
	Deutschs Oberschlesien	übriges Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmalspur- bahn, Seil- bahn und Landfuhr- werk	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn		
	t	t	t	t	t	t	t	t		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1923	44 7608	986 432	64 338	1 498 378	1 171 120	327 258	12 688	100	406 766	
1924	281 398	600 585	132 816	1 014 799	749 072	265 727	10 809	—	247 644	
1925	397 698	522 392	132 121	1 052 211	674 538	377 673	28 969	345	365 000	
Januar 1926	32 808	62 179	7 765	102 752	73 015	29 737	—	—	29 013	

Einwandfreie Zahlen für das Jahr 1913 liegen nicht vor.

## 4. Abfaß an Bricketts

Jahr bezw. Monat	Deutschs Oberschlesien		Übriges Deutschland	Ausland	im ganzen	von Spalte 5		Von Spalte 6 bzw. 7 Umschlag aufs Schiff		Von Spalte 5
						mit der Hauptbahn	mit der Schmalspur- bahn, Seil- bahn und Landfuhr- werk	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spur- bahn	Eisenbahn- dienst- britetts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1923	1 183	115 221	—	116 404	116 282	122	—	—	67 152	
1924	24 660	173 885	370	198 915	197 102	1 813	50	132	156 053	
1925	40 605	296 089	18 021	354 715	351 360	3 355	435	—	266 121	
Januar 1926	6 308	36 434	373	43 115	42 198	917	—	—	34 235	

Einwandfreie Zahlen für das Jahr 1913 liegen nicht vor.



## IV. Nebenproduktion der Koksanstalten

Jahr bezw. Monat	P r o d u k t i o n					A b f a ß				
	Rohsteer	Teerpech und Teeröl	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Naphthalin	Rohsteer	Teerpech und Teeröl	Rohbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1923	54 462		14 188	18 713	— <sup>1)</sup>	54 156		14 255	19 403	— <sup>1)</sup>
1924	45 224		13 795	15 531	268	47 058		14 006	15 808	322
1925	47 898	644	15 244	16 374	472	48 665	700	15 296	13 845	517
Januar 1926	4 435	55	1 373	1 458	67	4 295	—	1 386	2 929	21

<sup>1)</sup> Angaben liegen nicht vor.

## V. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	S t e i n f o h l e n g r ü b e n						K o k s a n s t a l t e n				B r i k e t t f a b r i k e n			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 2-4)	von Spalte 5		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 8-10)	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen (Spalte 12-14)
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1913	28 927	1 685	1 127	31 739	22 113	9 626	2 382	298	106	2 786	51	20	—	71
1923	45 423	1 574	2 029	49 026	33 677	15 349	3 039	142	507	3 688	86	4	54	144
1924	40 835	766	1 133	42 734	30 855	11 879	2 397	42	146	2 585	122	2	32	156
1925	43 107	450	1 122	44 679	32 704	11 975	1 958	20	104	2 082	137	2	29	168
Januar 1926	46 299	379	1 068	47 746	36 094	11 652	1 942	22	97	2 061	169	2	30	201

Für die vollen Jahre sind die im Jahresdurchschnitt, für die einzelnen Monate die am viertletzten Arbeitstage beschäftigten Arbeiter angegeben.

Die Hauptbahn-Wagengestellung für den Versand von Steinkohle, Koks und Bricketts  
Deutsch-Oberschlesiens nach den Übersichten der Reichsbahndirektion Oppeln

(Wagen zu 10 Tonnen)

Jahr bezw. Monat	gestellt	gefehlt		arbeitsmäßig im Durchschnitt
			%	
1923	670 871	6 554	1,0	2 244
1924	881 600	1 522	0,2	2 923
1925	1 267 647	—	—	4 254
Januar 1926 . . .	129 292	—	—	5 387



## Gliederung des Absatzes an Steinkohlen, Koks und Brifetts Deutsch-Oberschlesiens nach Verbrauchergruppen im Monat Dezember 1925

Verbrauchergruppen	innerhalb des Deutschen Reiches						davon Deutsch-Oberschlesien					
	Steinkohle		Koks		Brifetts		Steinkohle		Koks		Brifetts	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
Platzhandel (d. h. ab Lagerplatz bediente Verbraucher in Hausbrand, Landwirtschaft, Kleingewerbe und sonst. Industrie) und Landwirtschaft . . . . .	312 796	25,25	44 504	48,11	8 996	21,24	71 328	17,58	2 527	7,59	2 003	42,62
Marine- und Militärbedarf . . . . .	690	0,06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reichsbahngesellschaft . . . . .	126 008	10,17	538	0,58	29 886	70,58	30 906	7,62	538	1,62	2 662	56,64
Privatbahnen . . . . .	11 798	0,95	—	—	995	2,35	860	0,21	—	—	—	—
Schiffahrt . . . . .	3 735	0,30	—	—	—	—	480	0,12	—	—	—	—
Koksanstalten (zur Verkokung) . . . . .	129 790	10,48	—	—	—	—	129 790	31,99	—	—	—	—
Brifettfabriken (zur Brifettierung) . . . . .	41 218	3,33	—	—	—	—	41 218	10,16	—	—	—	—
Wasserwerke (einschl. Kanalisation) . . . . .	2 475	0,20	37	0,04	15	0,04	40	0,01	1	0,00	—	—
Gaswerke . . . . .	112 177	9,06	36	0,04	—	—	6 273	1,55	—	—	—	—
Elektrizitätswerke . . . . .	73 191	5,91	192	0,21	135	0,32	16 798	4,14	94	0,28	—	—
Chem. Industrie (einschl. Sprengstoffe, techn. Öle und Fette) . . . . .	14 983	1,21	7 645	8,27	270	0,64	3 394	0,84	56	0,17	20	0,42
Glas u. Porzellan (einschließlich optische Industrie) . . . . .	8 849	0,71	110	0,12	—	—	3 721	0,92	—	—	—	—
Stein, Ton, Chamotte, Ziegel, Mineralmühlen, Schmirgel, Eisenbahnbau, Zement, Kalk und Gips . . . . .	45 188	3,65	1 239	1,34	365	0,86	21 335	5,26	500	1,50	—	—
Leder, Schuhe, Gerbereien, Gummi . . . . .	2 520	0,20	27	0,03	—	—	—	—	—	—	—	—
Textilindustrie (einschl. Bleicherei und Färberei, Appretur usw.) . . . . .	14 345	1,16	738	0,80	40	0,09	365	0,09	—	—	—	—
Papier und Zellstoff . . . . .	35 135	2,84	101	0,11	15	0,04	12 945	3,19	13	0,04	—	—
Erzgewinnung, Eisen- und Metallerzeugung, Eisen- und Metallhütten . . . . .	25 339	2,04	20 583	22,25	198	0,47	23 067	5,68	20 311	61,02	—	—
Eisen- und Metallverarbeitung, Maschinenindustrie . . . . .	88 840	7,17	11 386	12,31	125	0,29	25 535	6,29	8 537	25,65	—	—
Getreidemühlen . . . . .	6 079	0,49	218	0,24	20	0,05	1 078	0,26	60	0,18	—	—
Zuckerfabriken . . . . .	48 034	3,88	433	0,47	50	0,12	3 470	0,85	—	—	—	—
Brennereien, Brauereien und Mälzereien . . . . .	15 477	1,25	190	0,20	237	0,56	2 472	0,61	—	—	15	0,32
Sonstige Nahrungsmittel . . . . .	6 223	0,50	135	0,14	150	0,35	405	0,10	—	—	—	—
Kali, Salzwerke, Salinen . . . . .	90	0,01	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Industrie (einschl. Entwässerung, Hoch- und Tiefbau, Holzbe- und -Verarbeitung, Expedition usw.) . . . . .	113 738	9,18	4 385	4,74	847	2,00	10 282	2,53	651	1,95	—	—
Summe:	1 238 718	100,00	92 497	100,00	42 344	100,00	405 762	100,00	33 288	100,00	4 700	100,00



### Nachweisung der im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau im Monat Dezember 1925 verfahrenen und entgangenen Schichten

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten			Vollarbeiter 1)		Durchschnittlich angelegte Arbeiter 2)		Entgangene Schichten infolge				
	insgesamt	auf 1 Voll- arbeiter	davon Schichten für Ueber- arbeiten	insgesamt	in % von der End- summe	insgesamt	in % von der End- summe	Krankheit	Feierns	entschädig- ungspflichti- gen Urlaubes	Gesamtzahl	auf 1 ange- legten Arbeiter
a) Hauer	191 208	26,2	23 181	7 308	17,01	8 201	17,00	8 271	6 939	5 341	20 551	2,51
b) Schlepper	152 829	26,0	17 828	5 869	13,66	6 743	13,98	10 041	8 591	1 466	20 098	2,98
c) Reparaturbauer	139 000	27,8	23 901	5 003	11,65	5 529	11,46	4 477	3 990	3 649	12 116	2,19
d) Sonstige Arbeiter	369 659	27,1	56 010	13 636	31,75	15 434	31,99	18 392	17 097	5 694	41 183	2,67
Summe: Unter Tage:	852 696	26,8	120 920	31 816	74,07	35 907	74,43	41 181	36 617	16 150	93 948	2,62
a) Facharbeiter	90 301	27,3	14 297	3 304	7,69	3 618	7,50	2 281	2 084	2 877	7 242	2,00
b) Sonstige Arbeiter	172 360	26,9	24 874	6 412	14,93	7 151	14,82	7 999	4 912	4 157	17 068	2,39
c) Jugendliche männliche Arbeiter v. 14—16 Jahren	8 831	24,1	429	366	0,85	393	0,82	368	272	—	640	1,63
d) Weibliche Arbeiter	26 006	24,7	1 734	1 055	2,45	1 173	2,43	1 027	913	796	2 736	2,33
Summe: Ueber Tage:	297 498	26,7	41 334	11 137	25,93	12 335	25,57	11 675	8 181	7 830	27 686	2,24
Gesamtsumme aller Arbeiter- gruppen:	1 150 194	26,8	162 254	42 953	100,00	48 242	100,00	52 856	44 798	23 980	121 634	2,52
davon in Nebenbetrieben:	15 412	28,8	3 096	535	1,25	574	1,20	370	326	189	885	1,54

### Nachweisung der im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau im Jahre 1925 verfahrenen und entgangenen Schichten

Arbeitergruppen	Verfahrene Schichten			Vollarbeiter 1)		Durchschnittlich angelegte Arbeiter 2)		Entgangene Schichten infolge						
	insgesamt	auf 1 Voll- arbei- ter	davon Schichten für Über- arbeiten	ins- gesamt	in % von der End- summe	ins- gesamt	in % von der End- summe	Abg- mange s	be- trieb- tech- nische Grün- de	Krankheit	Feierns	entschä- digungs- pflichtigen Urlaubes	Gesamtzahl	auf 1 ange- legte n Ar- beiter
a) Hauer	1 994 389	310,7	81 754	6 418	16,29	7 425	16,41	80 000	620	104 121	55 682	59 455	299 878	40,39
b) Schlepper	1 555 211	309,6	58 245	5 023	12,75	5 931	13,11	73 101	525	109 386	72 868	14 763	270 643	45,63
c) Reparaturbauer	1 593 151	329,5	152 348	4 835	12,28	5 457	12,06	44 546	336	58 648	36 304	45 654	185 488	33,99
d) Sonstige Arbeiter	3 843 249	319,1	253 832	12 045	30,58	13 986	30,90	155 802	1 459	216 401	138 781	65 966	578 409	41,36
Summe: Unter Tage	8 986 000	317,3	546 179	28 321	71,90	32 799	72,48	353 449	2 940	488 556	303 635	185 838	1 334 418	40,68
a) Facharbeiter	1 082 651	329,1	102 234	3 290	8,35	3 644	8,05	26 418	90	31 436	18 835	28 823	105 602	28,98
b) Sonstige Arbeiter	2 032 560	322,4	154 088	6 304	16,01	7 142	15,78	62 849	291	94 021	49 044	43 561	249 766	34,97
c) Jugendl. männl. Arbeiter von 14—16 Jahren	124 601	303,2	2 085	411	1,04	469	1,04	6 433	7	6 766	4 043	—	17 249	36,78
d) Weibliche Arbeiter	325 251	305,7	8 304	1 064	2,70	1 200	2,65	10 155	30	13 875	10 179	6 413	40 652	33,88
Summe: Über Tage	3 565 063	322,1	266 711	11 069	28,10	12 455	27,52	105 855	418	146 098	82 101	78 797	413 269	33,18
Gesamtsumme aller Arbeitergruppen	12 551 063	318,6	812 890	39 390	100,00	45 254	100,00	459 304	3 358	634 654	385 736	264 635	1 747 687	38,62
davon in Nebenbetrieben	174 062	349,5	25 796	498	1,26	538	1,19	169	—	5 855	3 342	2 720	12 086	22,46

1) Die Zahl der Vollarbeiter wird in der Weise ermittelt, daß die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

2) Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.



**Im deutsch-oberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne  
für den Monat Dezember 1925**

Arbeitergruppen	Leistungslohn (einschl. Versicherungsbeiträge der Arbeiter)		Soziallohn je vergütete Schicht	Nettolohn (ohne Versicherungsbeiträge der Arbeiter) je verf. Schicht	Bruttolohn je vergütete Schicht	Barverdienst des Arbeiters	Versicherungsbeiträge je verf. Schicht
	je verf. Schicht Mk.	je Bossarbeiter Mk.					
a) Hauer	7,08	185	0,29	6,72	7,84	7,51	0,76
b) Schlepper	5,11	133	0,09	4,58	5,45	5,29	0,70
c) Reparaturhauer	6,16	171	0,28	5,95	6,94	6,71	0,72
d) Sonstige Arbeiter	4,21	114	0,14	3,86	4,66	4,48	0,60
Summe: Unter Tage	5,33	143	0,19	4,97	5,89	5,67	0,67
a) Facharbeiter	5,86	160	0,27	5,70	6,72	6,40	0,68
b) Sonstige Arbeiter	4,15	112	0,17	3,87	4,73	4,48	0,59
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,27	31	—	1,15	1,28	1,27	0,13
davon unter Tage	1,46	36	0,01	1,34	1,47	1,48	0,13
d) Weibliche Arbeiter	2,38	59	0,08	2,11	2,67	2,48	0,36
Gesamtsumme aller Arbeitergruppen	5,10	137	0,19	4,77	5,68	5,44	0,65
Davon in Nebenbetrieben	4,71	136	0,21	4,65	5,40	5,26	0,57

**für das Jahr 1925**

a) Hauer	7,02	2 181	0,29	6,68	7,59	7,36	0,68
b) Schlepper	5,08	1 574	0,09	4,55	5,30	5,20	0,65
c) Reparaturhauer	5,83	1 922	0,27	5,59	6,43	6,27	0,66
d) Sonstige Arbeiter	4,07	1 298	0,14	3,69	4,40	4,28	0,57
Summe: Unter Tage	5,21	1 653	0,19	4,84	5,63	5,47	0,62
a) Facharbeiter	5,51	1 813	0,26	5,32	6,14	5,96	0,61
b) Sonstige Arbeiter	3,94	1 269	0,16	3,65	4,35	4,20	0,54
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,18	357	0,01	1,03	1,19	1,19	0,15
davon unter Tage	1,36	410	0,01	1,21	1,38	1,37	0,16
d) Weibliche Arbeiter	2,27	694	0,08	2,04	2,45	2,36	0,32
Gesamtsumme aller Arbeitergruppen	4,91	1 566	0,18	4,58	5,34	5,18	0,60
Davon in Nebenbetrieben	4,55	1 591	0,20	4,47	5,11	5,02	0,52

1. Der Leistungslohn ist der Gedingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten.
2. Nettolohn=Leistungslohn einschl. Zuschläge für Ueberarbeiten, Hausstands- und Kinderlohn, aber auschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.
3. Bruttolohn=Nettolohn, zuzüglich Wert der Deputatkohle, Urlaubsschädigung und Versicherungsbeiträge der Arbeiter.
4. Barverdienst=Leistungslohn zuzüglich aller Zuschläge für Ueberarbeiten, sowie des Hausstands- und Kinderlohn.



## Die Metallindustrie Deutsch-Oberschlesiens.

### A. Hochofenwerke, Stahl- und Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- und Presswerke, Eisen- und Stahlgießereien

#### I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Rohstahl		Halbzeug zum Verkauf	Fertigerzeugnisse <sup>*)</sup>	Gußwaren II. Schmelzung
	insgesamt t	davon Gießerei- roheisen t	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferro- mangan und Ferrosilizium t	Rohblöcke	Stahl- formguß (basischer und saurer) t			
1913	381 318	59 489	121 819	345 957	8 908	8 319	170 406	50 504
1923	368 182	88 322	170 253	379 238	9 107	30 577	189 238	29 949
1924	262 264	57 421	192 046	261 097	7 026	5 164	141 428	19 452
1925	288 870	125 823	142 620	*) 347 097	*) 9 703	*) 48 533	*) 237 844	*) 33 105
Januar 1926	19 562	9 536	9 663	24 105	781	4 717	14 091	

\*) Vorläufige Zahlen. \*\*) Der Walzwerke einschl. Schmiede- und Presswerke. (Venderung gegenüber der bisherigen Art der Aufstellung!)

#### II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofenwerke				Stahl- und Walzwerke				Eisen- und Stahlgießereien			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1913	1 907	123	450	2 480	3 676	155	197	4 028	1 695 <sup>1)</sup>	196 <sup>1)</sup>	37 <sup>1)</sup>	1 928 <sup>1)</sup>
1923	2 217	25	487	2 729	5 694	116	359	6 169	2 273	140	103	2 516
1924	2 083	56	273	2 412	4 391	46	166	4 603	1 421	92	38	1 551
1925	2 048	40	249	2 337	3 411	32	78	3 521	1 907	80	62	2 049
Januar 1926	1 757	35	186	1 978	2 898	21	76	2 995	1 817	76	63	1 956

In den vollen Jahren sind die im Jahresdurchschnitt angelegten, in den einzelnen Monaten die am viertletzten Tage des Monats beschäftigten Arbeiter angegeben.

<sup>1)</sup> Angaben für 1914.

### B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

#### I. Produktion (einschließl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr	Galmei t	Zinkblende t	Bleierz t	Eisenerz t	Schwefel- fließ t	Zinkstaub t	Zinkblech t	Blei (Zinkblei) t
1913	2 736	92 463	15 300	4 225	5 688	528	3 935	163
1923	—	38 132	5 194	1	1 704	86	3 406	45
1924	—	39 107	5 073	460	1 972	39	4 410	56
1925	—	49 753 <sup>*)</sup>	6 639 <sup>*)</sup>	—	7 533	8 929	4 547	99

\*) berichtete Zahl

#### II. Belegschaftszahlen.

Jahr	Zink- und Bleierzgruben					Zinkwalzwerke				
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt unter Tage	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren				über 16 Jahren	unter 16 Jahren			
<b>Jahresdurchschnitt</b>										
1913	2 644	61	758	3 463	2 042	1 421	107	3	4	114
1923	1 859	46	723	2 628	1 317	1 311	95	4	1	100
1924	1 512	41	553	2 106	1 010	1 096	103	5	1	109
1925	1 743	36	594	2 373	1 190	1 183	123	3	1	127



## Steinkohlenförderung und Absatz Polnisch-Oberschlesiens.

Jahr bezw. Monat	Steinkohlenförderung			Abatz					
	insgesamt	förder- täglich im Durch- schnitt	je Kopf und Schicht	Nach Polnisch-Oberschl.		Nach dem übrigen Polen	Nach dem Ausland		Gesamtabsatz (ohne Selbst- verbrauch und Deputate)
				insgesamt	mit der Hauptbahn		insgesamt	davon nach Deutschland	
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
Monatsdurchschnitt									
1913	2 666 492	107 016	1,202	—	—	—	—	—	2 447 937
1923	2 208 304	89 224	0,606	482 664	133 522	449 260	993 349	668 187	1 925 273
1924	1 975 214	79 273	0,728	396 618	120 406	390 172	924 985	564 564	1 711 775
1925	1 786 136	72 046	1,023	401 467	122 583	513 810	641 766	225 462	1 557 043
Januar 1926	1 777 177	74 049	1,125 <sup>1)</sup>	455 860	144 501	593 819	583 989	1 517	1 633 668

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahl.

## Produktion und Absatz der Koksanstalten Polnisch-Oberschlesiens

Jahr bezw. Monat	Koksproduktion			A b s a t z					
	ins- gesamt	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag	nach Polnisch- Oberschlesien		nach dem übrigen Polen	nach dem Ausland		Gesamt- absatz ohne Selbst- verbr. u. Deput.
				ins- gesamt	mit der Haupt- bahn		ins- gesamt	dav. nach Deutsch- land	
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Im Monatsdurchschnitt									
1913	76 499	2 515	1,316	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>
1923	114 434	3 762	0,927	62 516	16 671	33 005	19 494	10 879	115 015
1924	79 198	2 597	0,921	42 067	12 085	23 547	13 846	6 498	79 460
1925	80 337	2 641	1,356	38 405	13 271	28 506	8 898	1 663	75 809
Januar 1926	92 384	2 980	1,493	45 374	16 772	32 226	9 575	—	87 175

<sup>1)</sup> Diese Zahlen liegen nicht vor.

## Produktion und Absatz der Brickettfabriken Polnisch-Oberschlesiens.

Jahr bezw. Monat	Brickettproduktion			A b s a t z					
	ins- gesamt	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag	nach Polnisch- Oberschlesien		nach dem übrigen Polen	nach dem Ausland		Gesamt- absatz ohne Selbst- verbr. u. Deput.
				ins- gesamt	mit der Haupt- bahn		ins- gesamt	dav. nach Deutsch- land	
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Im Monatsdurchschnitt									
1913	26 733	1 073	3,428	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>	— <sup>1)</sup>
1923	25 715	1 039	2,935	231	228	7 982	17 271	15 882	25 484
1924	28 817	1 157	2,907	2 289	2 248	14 239	12 414	11 996	28 942
1925	23 499	948	3,258	1 999	1 913	16 135	5 235	3 154	23 369
Januar 1926	16 832	701	3,000	1 183	948	11 762	1 219	—	14 164

<sup>1)</sup> Diese Zahlen liegen nicht vor.



## Deutsche Großhandelsindexziffern in Gold (1913=100).

Jahresdurchschnitt 1924/25 — Januar/Februar 1926.

Warengruppen	Jahresdurchschnitt		Januar 1926				Februar 1926		
	1924	1925	13.	20.	27.	Monats- Durchschnitt	3.	10.	17.
1. Getreide und Kartoffeln . .	96,9	118,6	102,4	101,5	100,2	101,0	99,7	99,0	*)
2. Fette, Zucker, Fleisch u. Fisch	132,5	138,5	132,6	133,0	134,2	133,6	134,0	133,9	
3. Kolonialwaren, Hopfen . .	187,8	179,1	185,3	185,3	185,3	185,2	183,8	182,8	
4. Häute und Leder . . . . .	130,7	126,2	114,2	112,5	112,5	112,9	111,1	109,3	
5. Textilien . . . . .	199,1	195,1	177,7	176,0	175,4	176,3	174,3	173,6	
6. Metalle und Mineralöle . .	119,9	131,2	128,3	127,7	127,1	127,8	126,8	127,2	
7. Kohle und Eisen . . . . .	133,5	121,6	119,8	119,8	119,8	119,8	119,9	119,9	
Agrarzeugnisse . . . . .	111,5	127,5	115,2	114,7	114,1	114,5	113,5	113,0	112,3
Industriestoffe . . . . .	143,0	135,8	130,7	130,3	130,1	130,4	129,9	129,7	129,4
Inlandswaren . . . . .	113,4	123,0	112,7	112,2	111,7	112,1	111,4	111,1	*)
Einfuhrwaren . . . . .	168,2	167,1	160,5	159,6	159,2	159,7	158,2	157,6	
<b>Gesamtindexziffer</b>	<b>122,5</b>	<b>130,4</b>	<b>120,6</b>	<b>120,1</b>	<b>119,7</b>	<b>120,0</b>	<b>119,2</b>	<b>118,8</b>	<b>118,2</b>

\*) Ermittlungen stehen noch aus.

## Reichsindexziffer für die Kosten der Lebenshaltung

Januar 1926 (1913/14 = 100).

Monat	Gesamt- lebens- haltung <sup>1)</sup>	Gesamt- lebens- haltung ohne Wohnung	Er- nährung	Wohnung	Heizung und Be- leuchtung	Be- kleidung	Sonstiger Bedarf einschl. Verkehr	Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung
<b>1926</b>								
Januar . . . . .	139,8	152,1	143,3	91,1	142,5	171,1	189,1	134,7

<sup>1)</sup> Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, Bekleidung, „Sonstiger Bedarf“ (ohne Steuern und soziale Abgaben).

## Uebersicht über den Londoner Goldpreis.

Gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken von 29. Juni 1923 (R. G. Bl. I. S. 482)

Zeitraum	für	
	1 Unze Feingold	1 Gramm Feingold
<b>1926</b>		
vom 1. Januar bis 18. Januar	84 sh 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> d	32,7455 pence
„ 19. „ „ 25. „	84 „ 10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> „	32,7455 „
„ 26. „ „ 1. Februar	84 „ 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> „	32,7455 „
„ 2. Februar „ 8. „	84 „ 10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub> „	32,7355 „
„ 9. „ „ 15. „	84 „ 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> „	32,7455 „
„ 16. „ „ 22. „	84 „ 10 „	32,7294 „